# MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Neoliberalismus in der Krise? „Project 2025“ als Hegemonieprojekt der amerikanischen Rechten

verfasst von | submitted by

Yannic John-Henry Sylvester Bandt

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

| | |
|---|---|
| Studienkennzahl lt. Studienblatt \| Degree programme code as it appears on the student record sheet: | UA 066 824 |
| Studienrichtung lt. Studienblatt \| Degree programme as it appears on the student record sheet: | Masterstudium Politikwissenschaft |
| Betreut von \| Supervisor: | Mag. Dr. Tobias Boos BA |

**Abstract**

Die vorliegende Arbeit analysiert mithilfe eines neo-gramscianischen Ansatzes das „Project 2025“ der *Heritage Foundation*. Der gewählte theoretische Rahmen weist „Project 2025“ als Hegemonieprojekt aus und macht die *Heritage Foundation* als organischen Intellektuellen eines konservativen *policy planning networks* sichtbar.

Zunächst wird das „Project 2025“ in seiner historischen Struktur (Cox 1981) situiert, um die organische Krise der neoliberalen Globalisierung als Möglichkeitsfenster für ein rechtes Hegemonieprojekt sichtbar zu machen. Die elektorale Basis entzog der neoliberalen Globalisierung längst die Zustimmung, doch die hegemoniale Auseinandersetzung mit China hat auch bei den amerikanischen Eliten zunehmend zu einem Umdenken geführt.

Die Arbeit untersucht anschließend die dem „Project 2025“ zugrundeliegende Verdichtungsleistung der *Heritage Foundation*, denn sie bündelte als organischer Intellektueller disparate ökonomische Interessen führender Kapitalfraktionen - des Technologie- Finanz- und fossilen Kapitals - zu einem Hegemonieprojekt. Sie bemächtigte sich dabei des Drehtüreffekts, um führender Politiker der Trump I-Administration für das „Project 2025“ zu rekrutieren und anschließend führende Positionen der Trump II-Administration mit Politikern mit Verbindung zu „Project 2025“ zu besetzen.

Dieses Hegemonieprojekt fungiert als strategische Blaupause der amerikanischen Rechten für eine zweite Amtszeit von Donald Trump. Die Untersuchung setzt sich zum Ziel, das „Project 2025“ entlang seiner ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen mithilfe der Analyseachsen Akkumulationsstrategie, Einbindung subalterner Akteur*innen und Rückbezug auf strukturelle Selektivitäten zu charakterisieren.

Identifiziert wird eine fossil-militarisierte Re-Industrialisierung als Akkumulationsstrategie, welche - vermittelt über eine radikale Deregulierungsagenda - die Bedürfnisse der widersprüchlichen Kapitalallianz in Einklang bringen soll. Weiter wird die *MAGA*-Basis primär durch kulturell-ideologische Zugeständnisse auf Kosten marginalisierter, nicht-weißer Klassen eingebunden, während ökonomisch-korporatistische Interessen der einzugliedernden subalternen Gruppen kaum berücksichtigt werden. Durch das „Two Nations Project“ (Jessop 1990: 210) drohen Akkumulationsstrategie und Konsensproduktion fortwährend auseinander zu fallen. Auf staatlichem Terrain wird um Verallgemeinerung gerungen: die Politisierung der Verwaltung sowie die Zentralisierung der politischen Macht bei der Exekutive soll den „Trumpismus“ dauerhaft institutionalisieren.

**Inhalt**

**1. Einleitung – vom politischen Außenseiter zum Protagonisten eines Hegemonieprojekts** ..... 1

**2. Stand der Forschung** ..... 6

**3. Theoretischer Rahmen** ..... 11

**3.1. Neo-Gramscianismus** ..... 11

**3.2. Hegemonie** ..... 14

**3.3. Hegemonieprojekte** ..... 17

**3.4. Organische Intellektuelle** ..... 24

**4. Methode** ..... 29

**5. Kontext: Organische Krise der neoliberalen Globalisierung?** ..... 34

**5.1. Anatomie des amerikanischen Kapitalismus, Aufstieg zur Weltmacht und „New Deal-Synthese“ (van der Pijl 2012 [1984])** ..... 34

**5.2. Neoliberalismus als Krisenbearbeitungsstrategie und informelles Herrschaftsinstrument** ..... 37

**5.3. Totgesagte leben länger? Organische Krise des Neoliberalismus** ..... 41

**5.4. Zwischenfazit: Krise der neoliberalen Globalisierung als Ausgangspunkt des „Project 2025“** ..... 47

**6. Die Koalition hinter Trump II: finanzielle und personelle Verknüpfungen zwischen Trump I, Project 2025 und *corporate america*** ..... 50

**6.1. Die ökonomische Koalition hinter Trump I und Trump II** ..... 50

**6.2. Die *Heritage Foundation* als organischer Intellektueller der Trump II-Koalition: personelle Verflechtungen und Interessensartikulation** ..... 58

**6.3. Zwischenfazit: Interessenskongruenzen zwischen Trump II-Koalition und Spender*innennetzwerk hinter „Project 2025“ vermittelt über konservatives policy planning network** ..... 63

**7. Fossile Re-Industrialisierung als Kern der Akkumulationsstrategie** ..... 66

**7.1. Militarisierte Re-Industrialisierung: Decoupling, Nearshoring und Staatsinverventionismus in kritischen Industriezweigen** ..... 72

**7.2. Widerspruch zwischen economic nationalists und libertarians innerhalb des rechten Hegemonieprojekts: „free trade“ oder „fair trade“?** ..... 77

**7.3. Deregulierungsagenda als Widerspruch zur versicherheitlichten Industriepolitik?** ..... 79

**7.4. Zwischenfazit: fossil-militarisierte Akkumulationsstrategie mit umfassender Deregulierungsagenda als „policy paradigm“ (Jessop 1990: 210)** ..... 84

**8. Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik zur Einbindung subalterner Akteur*innen in den historischen Block** ..... 86

**8.1. Die libertär-religiöse Synthese: Bildungspolitik als Schlüssel zur konservativen Hegemonie?** ..... 93

**8.2. Marginalisierung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten zugunsten religiös-konservativer Geschlechts- und Familienbilder als Ab- und Ausgrenzungsmechanismus** ..... 95

**8.3. Repressive Migrationspolitik zwischen rassifizierter Mobilisierung und handfesten ökonomischen Zugeständnissen** ..... 101

**8.4. Zwischenfazit: Asymmetrie zwischen Akkumulationsstrategie und der Einbindung subalterner Akteur*innen?** ..... 107

**9. Rückbezug auf die strukturellen Selektivitäten des amerikanischen Staates: "Taking the Reins of Government"** ..... 109

**9.1. "Personnel is policy": "right-wing LinkedIn", die konservative Politisierung der Verwaltung und Abbau des Verwaltungsstaats** ..... 110

**9.2. König auf Zeit? Institutionelle Zentralisierung der Exekutive beim Präsidenten** ..... 115

**9.3. Zwischenfazit - Blaupause für Hegemonialwerdung?** ..... 118

**10. Fazit - Wie lässt sich das „Project 2025" entlang seiner ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen als Hegemonieprojekt der amerikanischen Rechten charakterisieren?** ..... 120

**10.1. Verortung im Forschungsfeld, Limitationen der Erkenntnisse und Ansatzpunkte für weitere Forschung** ..... 125

**10.2. Ausblick - Rückkehr des progressiven Populismus, Radikalisierung des konservativen *policy planning networks*, weitere Konsolidierung der Kapitalallianz** ..... 127

**11. Abbildungsverzeichnis** ..... 130

**12. Quellenverzeichnis** ..... 131

## 1. Einleitung – vom politischen Außenseiter zum Protagonisten eines Hegemonieprojekts

Nach der überraschenden Wahl vom Donald J. Trump zum US-Präsidenten am 8. November 2016 zeigten sich die politischen Kommentatoren in den Zeitschriften des amerikanischen Mainstreams tief erschüttert: Nye (2019) beschrieb den Aufstieg Trumps als Ausdruck einer breiten populistischen Gegenbewegung zu den Eliten - Trumps Wahlerfolg war ihm zufolge kein Betriebsunfall, sondern sei als Ausdruck eines tiefgreifenden innenpolitischen Umbruchs, der die Grundlagen amerikanischer Politik in Frage stellt, zu verstehen - vom *Wilsonianism* hin zu einem *retrenchment* (ibid.: 79). Colgan & Keohane (2017: 37) verstanden die Wahl Trumps als spezifisch amerikanische Ausprägung eines international um sich greifenden Populismus, welchem zufolge räuberische ausländische Staaten und eigennützige inländische Eliten die USA ausbeuteten - transnationale Eliten hätten sich der liberalen Ordnung tatsächlich bemächtigt, um sich auf Kosten der Mittel- und Unterschichten den größten Teil der Einkommens- und Vermögenszuwächse der Jahrzehnte der Globalisierung anzueignen, im Zuge dessen erodiere der amerikanische Gesellschaftsvertrag zunehmend (ibid.).

Abseits anfänglicher Polemiken (Drezner 2016, Walt 2018) entbrannte eine Debatte um die strukturellen Auslöser der Trump-Wahl: Schweller (2018) argumentierte, der Niedergang der US-Hegemonie, gezeitigt durch die Umverteilung wirtschaftlicher Macht im Internationalen System, die Erosion der liberalen internationale Ordnung und die zunehmende Unzufriedenheit mit den Auswirkungen der Globalisierung habe eine immanente Notwendigkeit für den *economic nationalism* geschaffen. Mearsheimer (2019) greift ähnliche Denkmuster auf, ihm zufolge enthielt die liberale Ordnung die „Saat ihres eigenen Untergangs“ (ibid.: 30), da die grenzenlose Expansion des Liberalismus nationalistisch-populistische Gegenreaktionen hervorrief und die durch die Hyperglobalisierung hervorgerufene ökonomische Instabilität und soziale Ungleichheit innerhalb der liberalen Staaten die Legitimität liberaler Eliten und deren Politik unterminierte (ibid.: 30ff). Norlof (2018) spitzt diesen Gedankengang zu: *America first* im Internationalen gehe mit einer innenpolitischen *white america first*-Wählerkoalition Hand in Hand - was sich im *economic nationalism* der Trump-Administration zeitige.

Andere verstanden den Aufstieg des politischen Außenseiters Donald Trump als Ausdruck vertiefter kultureller Polarisierung, ökonomischer Abstiegsängste, realer Abstiegserfahrungen oder gar einer tiefen Entfremdung mit dem politischen Establishment. So beschreiben Norris & Inglehart (2019: 87ff.) eine langfristige kulturelle Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft entlang sozioökonomischer Trennlinien: während die Demokraten als Konsequenz aus der Bürgerrechtsbewegung zunehmend sozialliberale Positionen vertraten und so vorrangig junge, urbane, gebildete Wählerschichten repräsentierten, rückten die Republikaner sukzessive

nach rechts und wurden zur Heimat sozialkonservativer Wähler aus weißen, ländlichen Milieus. Trump vertiefte diese Polarisierung, indem gezielt kulturelle Reizthemen, wie etwa Migration, Religion, und Geschlechterrollen fruchtbar für den Wahlkrampf gemacht wurden, seine *Anti-Establishment*-Rhetorik, welche die latente Polarisierung in eine Freund-Feind-Distinktion umwandelte, machte ihn außerdem für Wählerschichten attraktiv, die sich von den liberalen Eliten übergangen, bisweilen gar herabgewürdigt fühlten (ebd.: 257ff.).

Trumps erste Amtszeit war, wenn man diese Perspektive etwas zuspitzt, ein „morbides Symptom“ politischen Versagens - seine Wahl resultierte aus einer Entfremdung zwischen „Repräsentierten und deren Repräsentanten“ (Babić 2020: 781), welche ein schier unstillbares Verlangen nach Disruption des Status Quo durch eine starke Führungspersönlichkeit schuf. Dabei konnte Trump auf ein jahrhundertealtes Reservoir populistischen Alltagsverstands in den USA zurückgreifen; unmittelbar vor seinem Wahlsieg war in Gestalt der *Tea Party* eine rechtspopulistische Bewegung erfolgreich gewesen, in welcher autoritäre, sozialchauvinistische und nativistische Affekte in einer sozialkonservativen Kampagne gegen den amerikanischen Staat kulminierten (Norris & Inglehart 2019: 332ff.).

Rodrik (2017) hingegen macht den Aufstieg Trumps als Reaktion auf durch die Globalisierung induzierte ökonomische Schocks aus. Je weiter die Globalisierung voranschreite, desto geringer fallen die gesamtwirtschaftlichen Effizienzgewinne aus, während Verteilungskonflikte aufgrund der ungleichen Verteilung der erzielten Gewinne zunehmen, denn einer großen Anzahl von Verlierer*innen stehen einige wenige Gewinner*innen gegenüber (ebd.: 3ff.). Gerade die Finanzialisierung wirke hier als Brandbeschleuniger; die Liberalisierung der Finanzmärkte erhöhe die Verhandlungsmacht des Kapitals gegenüber der Arbeit dramatisch, durch angedrohte oder tatsächlich vollzogene Standortverlagerungen konnte die Faktorentlohnung der Arbeit enorm reduziert werden (ebd.: 16ff.). Die neoliberale Entbettung globaler Märkte ermöglichte demnach populistische Gegenreaktionen entlang nationaler Konfliktlinien.

In kritischer Lesart mögen die Republikaner zwar historisch die Wohlhabenden und die Demokraten demgegenüber die Arbeiter*innen- und Mittelklassen vertreten haben, doch repräsentieren beide Parteien nach Jahrzehnten der Deregulierung und De-Industrialisierung keine eindeutig ausdifferenzierbaren Klasseninteressen, stattdessen haben sie sich zu zwei Varianten autokratischer Herrschaft entwickelt, die jeweils als Erfüllungsgehilfen führender Kapitalfraktionen deren Interessen in den amerikanischen Staat einschreiben (Mayer 2025). Obwohl sich die *G.O.P.* und die demokratische Partei unversöhnlich als unvereinbare Gegensätze präsentieren, waren sich die beiden Parteien etwa bei der Unterstützung

transnationaler Finanzkapitalien und globalisierter Tech-Giganten in der Vergangenheit weitgehend einig.

Vielen Beobachtern zufolge hinterließ Trump den amerikanischen Staat als Scherbenhaufen: seine inkohärente Außenwirtschaftspolitik und seine unzureichende Bearbeitung der COVID-19-Krise sowie die kaum verleugneten Umverteilungsmaßnahmen zugunsten von Finanz- und Technologieeliten sorgten dafür, dass er 2020 von Joe Biden in einer Wahl auf Messers Schneide abgelöst wurde (Evans 2021). Außerdem war Trumps Amtszeit geprägt vom Aufstieg sowie der anschließenden Radikalisierung rechter Bewegungen, gerade in scharfer Abgrenzung zu progressiven Bewegungen wie *Black Lives Matter*: dies wurde sichtbar durch die wachsende Präsenz bewaffneter Milizen wie der *Patriots, Oath Keepers* und die *Three Percenters* sowie dem steigenden Einfluss rechtsextremer Positionen auf die Republikanische Partei (Mayer 2024a). Beim Sturm aufs Kapitol stellten diese rechten Milizen dann eindrucksvoll unter Beweis, Trump notfalls auch mit Gewalt im gemeinsamen Kampf gegen Globalisierung, Zuwanderung, sexuelle Minderheiten sowie progressive Eliten zur Seite zu stehen (ebd.).

Joe Biden bemühte sich zwar redlich, einerseits die amerikanische Demokratie zu revitalisieren sowie andererseits aber auch die amerikanische Führungsrolle innerhalb des westlichen Bündnisses wiederherzustellen (Evans 2021). Doch der Handlungsspielraum der Biden-Regierung blieb von Anfang an gering, die Demokraten selbst waren alsbald tief gespalten zwischen den zentristischen Kräften um das neoliberale Establishment und den progressiven Kräften um Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez (Mayer 2021b). Nachdem dann auch noch das Repräsentantenhaus in den *Mid Terms* 2022 an die radikalisierte Republikanische Partei fiel, musste eine handlungsunfähige Regierung mitsamt ihrem heillos zerstrittenen zivilgesellschaftlichen Unterbau hilflos dabei zusehen, wie sich um Donald Trump eine revitalisierte *MAGA*-Bewegung scharrte, die längst die republikanische Partei im Sinne ihres Präsidentschaftskandidaten gleichgeschaltet hatte (Swan et al. 2024).

Die Granden der demokratischen Partei betrieben Machtpolitik aus dem Hinterzimmer, um Kamala Harris in letzter Sekunde statt Joe Biden zur Präsidentschaftskandidatin 2024 zu machen (Goldmacher 2024). Die Republikanische Partei erzielte jedoch trotzdem einen Erdrutschsieg: Trump gewann in nahezu jedem *County* unabhängig dessen originärer politischer Orientierung im Vergleich zu 2020 hinzu, auch vorherige Nichtwähler*innen bevorzugten Donald Trump gegenüber Harris, einzig in *Counties* mit afro-amerikanischer Bevölkerungsmehrheit resonierte Trumps Wahlkampf schlechter als 2020, während Harris in nahezu jeder Metrik schlechter als Biden abschnitt - unter anderem erzielte sie 7 Millionen Stimmen weniger als Biden 2020 (Wu et al. 2024).

Mit stolzgeschwellter Brust zog Trump 2024 erneut ins *Oval Office* ein, doch etwas war anders: nicht länger Außenseiter des politischen Establishments hatte sich um ihm stattdessen ein politisches Projekt formiert - die strukturellen Blockaden - etwa „illoyale“ Verwaltungskader, oder Jurist*innen aus dem neokonservativen Establishment, die während der ersten Amtszeit noch mit ihrem mäßigenden Einfluss seine schlimmsten Exzesse verhinderten - sollten überwunden werden, stattdessen sollten nationalkonservative Kader auf allen Ebenen der Verwaltung darauf hinwirken, den „Trumpismus [endgültig] zu institutionalisieren“ (Garcia-Navarro 2024).

Früh machte in diesem Kontext ein Strategiepapier namens „Project 2025“ die Runde: führende Beamt*innen der Trump I-Administration verfassten unter Schirmherrschaft der *Heritage Foundation* einen 920 Seiten umfassenden Schlachtplan für eine zweite Trump-Administration (Shao & Wu 2024). Obwohl Donald Trump im Wahlkampf das Dokument öffentlich verleugnete - er behauptete wahlweise, dessen Inhalte nicht zu kennen oder lehnte das „Project 2025“ pauschal ab - blieb „Project 2025“ damit selbstredend untrennbar mit seinem politischen Umfeld verbunden (Levien 2024). Die Auswahl von J.D. Vance als *running mate* erschwerte die Verleugnung des „Project 2025“ zusätzlich, denn dieser ist spätestens seit 2017 mit der *Heritage Foundation* assoziiert (Homans 2024). „Project 2025“ wurde von den Demokraten in der Folge daher als Beweis für eine verschwörerische, autoritäre Agenda des Donald Trump und der Republikanischen Partei angeführt - das Wahlkampfteam um Trump distanzierte sich rhetorisch vehement von der "government-in-waiting infrastructure“ des Project 2025 (Levien 2024). Trump konnte damit „Project 2025“ erfolgreich für den Wahlkampf entschärfen, nach seiner Wiederwahl blieb der Entwurf politisch aber weiterhin verwertbar: über 60 *executive orders* allein im ersten Monat seiner Präsidentschaft waren dem „Project 2025“ zuordenbar, über alle Politikbereiche hinweg lieferte das „Project 2025“ die Handlungsanleitung für eine zweite Trump-Administration (Shao et al. 2025).

Doch *wer* steht genau hinter „Project 2025“? *Wessen* ökonomische Interessen sind dem „Project 2025“ eingeschrieben? *Wie* verhält sich „Project 2025“ zur *MAGA*-Basis? Die Politikwissenschaften haben das „Project 2025“ bislang sträflich vernachlässigt, weshalb auf all diese Fragen bisher nur unzureichend Antworten gefunden worden sind (siehe Kapitel 2). Diese Arbeit soll einen grundständigen Beitrag zur noch emergierenden Debatte um das „Project 2025“ leisten; aus neo-gramscianischer Perspektive sollen kritisch dem „Project 2025“ eingeschriebene ökonomische Interessen, diesem zugrundeliegende Modi der Konsensproduktion sowie von diesem angestrebte Rekonfigurationen des amerikanischen Staates herausgearbeitet werden. Dabei soll folgende Forschungsfrage die Untersuchung leiten:

Wie lässt sich das „Project 2025“ entlang seiner ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen als Hegemonieprojekt der amerikanischen Rechten charakterisieren?

Der Begriff des Hegemonieprojekts als Kompositum aus „Hegemonie“ und „Projekt“ soll die Prozesshaftigkeit hinter der Hegemonie, einem Zustand der politisch-moralischen Führung, sichtbar machen. Ein Hegemonieprojekt integriert heterogene Strategien, Akteur*innen und Diskurse zu einem verallgemeinerbaren politischen Programm. Der Begriff wird in Kapitel 3 entlang der Analyseachsen Akkumulationsstrategie, Einbindung subalterner Akteur*innen und Rückbezug auf strukturelle Selektivitäten operationalisiert.

Diese Arbeit wird „Project 2025“ als Hegemonieprojekt dominanter Kapitalfraktionen sichtbar machen, welches in die Krise der neoliberalen Globalisierung intervenieren soll (Kapitel 5). Die *Heritage Foundation* wird als organischer Intellektueller der libertär-sozialkonservativen Rechten ausgemacht, dabei fungiert der Drehtüreffekt, der führende Beamt*innen der Trump I-Administration für die *Heritage Foundation* als Autoren des „Project 2025“ nutzbar machte als Bindeglied zwischen der ökonomischen Koalition hinter Trump II- und der fossil-industriellen Spender*innenallianz hinter dem „Project 2025“. Damit bleibt diese Arbeit nicht beim „Project 2025“ als Strategiepapier stehen, sondern soll darüber hinaus die Verdichtungsleistung der *Heritage Foundation* als organischen Intellektuellen rekonstruieren (Kapitel 6).

Kapitel 7 identifiziert eine fossile, militaristische Industrialisierung als Kern der Akkumulationsstrategie, daneben sollen die dem Projekt eingeschriebenen Deregulierungsvorhaben als „policy paradigm“ (Jessop 1990: 210) sichtbar gemacht werden. Kapitel 8 macht eine umfassende Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik als kulturell-ideologischen Nukleus des „Project 2025“ greifbar, der weitgehend auf ökonomische Zugeständnisse verzichtet und damit nahezu idealtypisch als „two nations project“ (Jessop 1990: 211f.) zu charakterisieren ist. Kapitel 9 erarbeitet die politisierte Personalpolitik sowie die Zentralisierung der politischen Macht beim Präsidenten als wirksamen Rückbezug auf die institutionellen Selektivitäten des amerikanischen Staates, welcher die tatsächliche Hegemonialwerdung nach Wahlsieg von Trump sicherstellen soll. Ein finales Kapitel rekapituliert konzise die zentralen Erkenntnisse der Untersuchung, beantwortet die Forschungsfrage und stellt schlaglichtartig weiterführende Überlegungen an.

Die folgenden Kapitel erarbeiten für diese empirische Untersuchung zunächst den maßgeblichen Forschungsstand (Kapitel 2), entwerfen dann einen geeigneten theoretischen Rahmen zur Analyse (Kapitel 3) und legen schließlich die methodische Vorgehensweise dar (Kapitel 4).

## 2. Stand der Forschung

Arbeiten zu libertären, reaktionären oder erzkonservativen Bewegungen in den USA sowie zum drohenden *hostile takeover* des amerikanischen Staates durch *Old-Money*-Familiendynastien und mächtigen Kapitalfraktionen sind womöglich so alt wie der amerikanische Staat selbst: in seinem immer noch aktualisierten Klassiker von 1967 *Who Rules America?* arbeitete G. W. Domhoff (2022) erneut die sich zuspitzende Vermögenskonzentration bei den reichsten 0,5% der Amerikaner*innen heraus, welche ihren Reichtum dazu nutzten, über Think Tanks, Stiftungen, Beratertätigkeiten sowie schlicht über führende Positionen in der amerikanischen Exekutive die amerikanische Politik in ihrem Sinne zu gestalten. Anschlussfähig daran arbeitete Geoghegan (2020) in *Democracy for Sale: Dark Money and Dirty Politics* etwa heraus, wie die Koch-, Mercer- und Scaife-Familiendynastien eine milliardenschwere Infrastruktur aus konservativen Think Tanks und Interessengruppen (*Heritage Foundation*, *American Enterprise Institute, Hudson Institute, Cato Institute*) finanzieren, um Deregulierung und Klimaskeptizismus - vermittelt über den intellektuellen Output der unterstützten gemeinnützigen Organisationen - in den amerikanischen Staat einzuschreiben. Neo-Gramscianische Arbeiten von van Appeldoorn & De Graaf (2015, 2021) sowie van Appeldoorn et al. (2023) führten diese Forschungsstränge zusammen und machten über eine Analyse des *policy planning networks* die amerikanische Außenpolitik als Kondensat der Interessen mächtiger Kapitalfraktionen sichtbar.

Levitsky & Ziblatt (2023) machten – wie einige andere Autoren auch (Norris & Inglehart 2019, Davis 2021, Meyer 2025) gleichzeitig deutlich, wie sich die Republikanische Partei zunehmend auf eine elektoral minoritäre Koalition aus weißen Amerikaner*innen aus den ländlichen Südstaaten verlassen muss - der „rural bias“ (ebd.: 193) des amerikanischen Wahlsystems unterbindet tatsächlich kompetitive Wahlen und begünstige die Radikalisierung der beiden Parteien, aber auch zunehmenden Klientelismus und Korruption zugunsten alliierter Kapitalfraktionen.

Damit stünde eigentlich einem dichten Forschungsstand zum „Project 2025“ nichts mehr im Wege, denn dieses bündelt letztlich diese bereits vielfach identifizierten Triebfedern der gegenwärtigen amerikanischen Politik in einem (instabilen) Hegemonieprojekt, wie diese Arbeit herausarbeiten wird. Doch die Forschung zum „Project 2025“ befindet sich wohl noch in ihrer Entstehung, die zweite Amtszeit von Donald Trump dürfte in jedem Fall dem „Project 2025“ als Untersuchungsgegenstand neue Relevanz verleihen.

„Project 2025“ fand aber als Untersuchungsgegenstand zunächst vor allem in journalistischen Arbeiten Beachtung - sowohl zum Zeitpunkt von dessen Entstehung 2023 als auch während der

Hochphase des Wahlkampfs 2024 sowie verstärkt ab Ende 2024, als die beträchtlichen personellen Überschneidungen zwischen „Project 2025“ und der Trump II-Administration zunehmend augenfällig wurden. Investigative Arbeiten deckten etwa auf, dass (1) über die Hälfte der Autoren politische Positionen im Trump-Kosmos innehatten, (2) „Project 2025“ weitgehend kongruent mit Trumps „Agenda 47“ war und postulierten (3) das „Project 2025“ fungiere als konservatives Staatsprojekt für eine zweite Trump-Amtszeit (vgl. Shao & Wu 2024).

Der Konnex zwischen „Project 2025“ und der zweiten Trump-Administration ist aber auch der Zivilgesellschaft nicht verborgen geblieben: der *Project 2025 Tracker* etwa verfolgt die Umsetzung der politischen Vorschläge von „Project 2025“ tagesaktuell (derzeit: 50% umgesetzt). Zudem haben sich aus der organisierten Zivilgesellschaft heraus fruchtbare Debatten um „Project 2025“ entwickelt. Progressive Think Tanks etwa setzten sich verstärkt kritisch mit dem Inhalt des Dokuments auseinander, darunter *United to Protect Democracy* und *Democracy Forward*. *Promises, Powers, and Plans: The Authoritarian Playbook for 2025* verstehen das Projekt als konservativ-autoritären Fürstenspiegel, welches im Lichte des globalen Rechtsrucks betrachtet werden müsse; *United to Protect Democracy* stellt in diesem Kontext die Zentralisierung der Exekutivgewalt bei Donald Trump zur Aushebelung demokratischer Kontrollmechanismen als hauptsächliches Ziel der Autoren heraus. *Democracy Forward* (2024) bemüht sich, die bisweilen technokratischen Formulierungen im “Project 2025” einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und stellt - eher pragmatisch - die konkret zu erwartenden negativen Auswirkungen konkreter Politiken heraus, etwa die antizipierten massiven Arbeitsplatzverluste, den Abbau sozialer Sicherungssysteme und die geplanten Eingriffe des amerikanischen Staates in höchstsensible Lebensbereiche wie Sexualität, Bildung und Bürgerrechte.

Der wissenschaftliche Forschungsstand im engeren Sinne ist - wohl der Aktualität des Themas geschuldet - sehr dünn, einige wenige Autoren haben sich dennoch bereits um eine überblickshafte politische Einordnung des „Project 2025“ bemüht. Die Funktion des „Project 2025“ als Blaupause für eine zweite Trump-Administration wird dabei insgesamt kaum in Frage gestellt (vgl. Theveßen 2025: Kapitel 5). Die bislang relevanteste Monografie von David A. Graham (2025) kommt zu dem Schluss, dass „Project 2025“ nicht ausschließlich als konservative Vision für einen beliebigen Präsidenten zu verstehen ist, sondern stattdessen als sorgfältig ausgearbeitete Vorlage zur radikalen Umgestaltung der Vereinigten Staaten während einer zweiten Trump-Regierung dient. Graham zufolge sei besonders die angestrebte Machtkonzentration beim Präsidenten bemerkenswert, durch die Politisierung des öffentlichen

Dienstes, die Instrumentalisierung wichtiger Behörden und den Abbau administrativer Kapazitäten ziele „Project 2025“ darauf ab, eine christlich-nationalistische Agenda in der Sozial-, Einwanderungs-, Umwelt-, und Energiepolitik umzusetzen. Graham arbeitet weiter heraus, wie eng „Project 2025“ in den Kosmos von Donald Trump integriert ist: eine beträchtliche Anzahl der Autoren war bereits in der ersten Trump-Regierung tätig, viele von ihnen wurden in der zweiten Amtszeit in Spitzenpositionen berufen.

Diese Überblicksarbeit greift allerdings zu kurz: so kann wohl kaum der christliche Nationalismus allein oder überhaupt vorrangig als prägend für „Project 2025“ angesehen werden, denn die im „Project 2025“ angelegte umfassende Deregulierungsagenda begünstigt zuvorderst Kapitalfraktionen aus dem Energie- und Verteidigungssektor sowie das Finanzkapital. Die subalterne *MAGA*-Basis wird stattdessen vorrangig durch moralische Zugeständnisse in das konservative politische Projekt eingebunden, die umfassende Deregulierungsagenda bevorteilt vorrangig Unternehmen sowie die oberen Perzentile der amerikanischen Gesellschaft, oder benachteiligt die *MAGA*-Basis stellenweise gar. Weiter bietet diese Arbeit vorrangig einen Überblick über die zu verfolgenden Politiken an, sie vernachlässigen es, „Project 2025“ empirisch in die entstehende ökonomische Fraktion der Trump II-Administration einzubetten; auch kontextuell steht „Project 2025“ in einem Vakuum, ohne dieses in seine konkreten historischen Gegebenheiten einzubetten.

Auch die herausragende Rolle von Denkfabriken in der amerikanischen Politik wird vernachlässigt: Graham etwa bleibt bei der Beobachtung stehen, dass außerordentlich viele Autoren des „Project 2025“ hochrangige Posten in der Trump II-Administration bekleiden, versäumt es aber, dies mithilfe bestehender kritischer Arbeiten zu den USA als Kernmerkmal nahezu jeder amerikanischen Administration seit dem kalten Krieg sichtbar zu machen und stattdessen die Spezifika des intellektuellen Apparats hinter Trump II herauszuarbeiten (van Appeldoorn & de Graaf 2015).

Einzelne Aufsätze haben Teilaspekte des „Project 2025“ aus dem Gesamtkontext herausgelöst betrachtet. So analysiert Dombrowski (2024) die Außenpolitik einer (prospektiven) zweiten Trump-Amtszeit auf Basis des „Project 2025“: dieses befürworte zwar einerseits - klassisch republikanisch - eine Stärkung des amerikanischen Militärs, eine konfrontative Politik gegenüber China sowie eine gerechtere Lastenteilung zwischen den NATO-Mitgliedern. Andererseits stellt „Project 2025“ offen Multilateralismus und Freihandel in Frage und schlägt ein stärker unilaterales Vorgehen vor. Dombrowski konstatiert, die angestrebte assertive, traditionell republikanische Außenpolitik sei mit den innenpolitischen Imperativen des „Project 2025“ unvereinbar und kollidiere mit dem populistischen Protektionismus, der autoritären

Migrationspolitik sowie den libertären Verwaltungsreformen - langfristig drohe dies, zu einem Rückzug der USA aus der liberalen Weltordnung zu führen.

Andere haben sich vorrangig mit den sozial- und gesellschaftspolitischen Implikationen befasst: Quinan (2025) versteht die Vorschläge des „Project 2025“ als Radikalisierung konservativer Gesetzgebung zu Transsexualität: das „Project 2025“ gehe über die Kriminalisierung sexueller Minderheiten hinaus und ziele systematisch auf deren Auslöschung und Entmenschlichung ab. Transsexuelle werden systematisch als Sündenbock für das *MAGA*-Elektorat positioniert, unter anderem sehe „Project 2025“ eine biologistische Neudefinition des Geschlechtsbegriffs, ein nationales Verbot geschlechtsangleichende Behandlungen, die Einstufung der „Transgender-Ideology“ als Kindesmissbrauch bzw. Aufklärung darüber als Pornografie vor. Quinan (2025) verknüpft die Vorschläge mit bestehenden konservativen Gesetzesvorhaben auf Bundesstaatenebene, die als Schlachtplan für eine rapide Verdrängung von Transidentitäten aus dem amerikanischen öffentlichen Leben durch Maßnahmen der Exekutive auf Bundesebene dienen sollen. Weitere Autoren beobachteten analog dazu, wie „Project 2025“ in verschiedenen anderen Politikbereichen progressive Einstellungen verdrängen soll. Piroddi et al. (2025) attestieren dem „Project 2025“ eine feindliche Haltung zur Wissenschaft (etwa zu Forschung zu Klimawandel und Gender), „Project 2025“ sehe eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Wissenschaftsfreiheit vor. Weiter beobachten sie eine religiös-konservative Politisierung der öffentlichen Gesundheit zulasten sexueller Minderheiten, progressiver Geschlechtsidentitäten und gegen wissenschaftliche Errungenschaften. Gutierrez-Romine (2025) beschreibt in diesem Kontext die im „Project 2025“ vertretene *pro-Life*-Ideologie als offensichtliche Verankerung religiöser Forderungen in der amerikanischen Politik. In einer Analyse der bildungspolitischen Vorschläge beschreiben Salajan und Jules (2025) Angriffe auf Vielfalt und Gleichberechtigung, außerdem befürchten sie eine massive Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten von religiösen oder konservativen Privatschulen. Die langfristige Abschaffung des Bildungsministeriums - wie im „Project 2025“ vorgesehen - ziele außerdem auf eine Verschärfung der Ungleichheiten im Bildungswesen ab, außerdem führten die exekutiven Eingriffe in die Bildungspolitik zu einer Einschränkung der akademischen Freiheit an den Schulen und Universitäten in den USA.

Steinkopf (2025) stellt stärker auf die diskursiven Konstruktionen im „Project 2025“ ab, konkret untersuchen sie den Frame des „American Worker" im Kontext einer von der Autorin diagnostizierten Wende hin zu einem Postneoliberalismus: „Project 2025“ diagnostiziere als Ursache der wirtschaftlichen Verwerfungen Familienfeindlichkeit sowie Initiativen für Vielfalt und Inklusion: die Schuld für den Abstieg Amerikas wird einem kulturell definierten

antagonistischen - zumeist liberalem, dann migrantischem, oder weiblichem - Feindbild zugeschrieben. Wirtschaftlicher Wohlstand und gesellschaftliche Sicherheit sind demnach nur wiederherzustellen, wenn die Arbeiter*innenschaft zu einer konservativen christlichen Identität zurückfindet, der Staat muss hierfür das „single bread winner"-Modell wiederherstellen. Arbeit wird als Dienst an Gott, den Mitmenschen und der Familie gerahmt: der Postneoliberalismus ist durch einen „Neo-Illiberalismus" gekennzeichnet, der religiös-kulturelle Mobilisierung nutzt, um die Grundprinzipien des neoliberalen Kapitalismus zu schützen.

Insgesamt decken die - teilweise recht kleinteiligen - Arbeiten zwar bereits einige Teilbereiche des „Project 2025" ab, jedoch wurde bisher noch keine kohärente, kritische Analyse des gesamten „Project 2025" bzw. seiner inneren Logik vorgenommen. Zudem fehlen Analysen zu den dem „Project 2025" offensichtlich eingeschriebenen wirtschaftlichen Interessen vollends. Weiter bleiben die Kontaktpunkte zwischen dem „Project 2025" und der Trump II-Administration weitgehend unberücksichtigt: das Dokument wird zwar gemeinhin als Blaupause für die zweite Trump-Administration wahrgenommen, eine konkrete Analyse der Wirkmechanismen wird aber nicht vorgenommen. Bestehende Arbeiten konzentrieren sich außerdem häufig einseitig auf konkrete Politikvorschläge - diese befriedigen dann entweder die *MAGA*-Basis oder dienen der autoritären Umgestaltung der USA, werden aber nicht im Gesamtkontext der ökonomischen Interessen der Trump II-Koalition betrachtet.

Diese Arbeit interveniert in diese identifizierten Forschungslücken: „Project 2025" soll als Hegemonieprojekt führender Kapitalfraktionen analysiert und damit deutlich über die bisher überwiegend fragmentierten, thematisch eng umrissenen Studien hinausgehen. Die *Heritage Foundation* wird als organischer Intellektueller der amerikanischen Rechten ausgewiesen, der im *policy planning network* (vgl. van Appeldoorn & de Graaf 2015) den Zusammenhang zwischen Trump I, den partikularen Interessen verschiedener Kapitalfraktionen und der Trump-II-Administration herstellt und mit dem „Project 2025" ein Hegemonieprojekt der amerikanischen Konservativen skizziert. Durch die empirische Analyse entlang des Dreiklangs von Akkumulationsstrategie - Einbindung subalterner Akteur*innen - Bezug auf strukturelle Selektivitäten kann zudem ein immanenter Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessen, kulturell-ideologischen Zugeständnissen und der Disziplinierung des amerikanischen Staatsapparates hergestellt werden, welchen bestehende Arbeiten durch die Fragmentierung des „Project 2025" in einzeln zu untersuchende Politikfelder nicht aufzuzeigen vermochten. Das folgende Kapitel zum theoretischen Rahmen erarbeitet einen gramscianischen „Instrumentenkasten", um die kritische Untersuchung des „Project 2025" konzeptionell anzuleiten.

## 3. Theoretischer Rahmen

Ausgehend von der Erschließung gramscianischer Ansätze für die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) durch Robert Cox (1981, 1983) sowie maßgeblicher weiterführender Theoriestränge führt die Arbeit in die gramscianischen Schlüsselkonzepte Hegemonie, integraler Staat und historischer Block ein, um damit das Konzept des „Hegemonieprojekts" fassbar zu machen. Genealogisch fußt der Begriff des Hegemonieprojekts auf früheren, neo-gramscianischen Projektbegriffen (Jessop 1983, 1990; Bieling/Steinhilber 2000), diese sollen ausführlich diskutiert werden, um den Begriff für die empirische Analyse operationalisierbar zu machen. Anschließend soll näher auf die Vermittlung von Hegemonieprojekten durch organische Intellektuelle eingegangen werden.

Zunächst erscheint es widersprüchlich, Gramscis Werk zur Analyse der IPÖ heranzuziehen, denn Gramscis räumlicher Bezugspunkt war zuvorderst der Nationalstaat (Opratko 2022: 59). Dieser wird jedoch keinesfalls naturalisiert, vielmehr sind Nationalstaaten für ihn das Ergebnis nationaler, aber auch internationaler hegemonialer Kämpfe (ebd.). Morton (2007: 69-75) hebt zwar hervor, dass bei Gramsci die nationale Staatsbildung untrennbar mit internationalen Kräften verbunden ist, da internationale Beziehungen die inneren politischen Verhältnisse sowohl passiv als auch aktiv beeinflussen: die Entwicklung eines Landes wird Gramsci zufolge entscheidend durch seine Position im internationalen System und durch ideologische Strömungen aus „fortgeschritteneren" Nationen geprägt, die scheinbar unabhängigen nationalen Staatsbildungsprozesse werden als miteinander verbundene Ergebnisse eines ausgreifenden welthistorischen Prozesses sichtbar gemacht. Dennoch bleibt Gramsci aufgrund seines politisch-historischen Kontexts zumeist auf der nationalen Ebene verhaftet: umfassende Überlegungen zu transnationaler Hegemonie, oder die Fruchtbarmachung weiterer gramscianischer Begriffskategorien für die Untersuchung der IPÖ wurde maßgeblich von den neogramscianischen Theoriesträngen geleistet (Opratko 2022: 59).

### 3.1. Neo-Gramscianismus

Der Artikel *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory* (Cox 1981) gilt weithin als zentraler Ankerpunkt neo-gramscianischer Arbeiten. Zunächst formuliert Cox (1981) eine scharfe Kritik an etablierten *problem-solving-theories,* worunter er die „ahistorischen" *Mainstream*-Theorien des Realismus sowie des Liberalismus fasst. Diese behandeln den Staat als unitäre *black box,* ohne zu problematisieren, welche gesellschaftlichen Kräfte innerhalb des Staates wirken: zugrundeliegende Klassen-, Sozial- und Produktionsverhältnisse werden durch eine arbiträre Grenzziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft verdeckt, wodurch die sozialen und historischen Ursprünge realer Phänomene

vernebelt würden. Dem entgegen stellt Cox (1981) die kritische Theorie, die bestehende innerstaatliche Machtverhältnisse selbst zum Gegenstand der Untersuchung macht und danach fragt, wie die bestehende Ordnung überhaupt entstanden ist und wie sie sich verändern ließe. Dies bedarf eines historischen Bewusstseins, welches dem Dynamismus und der Kontingenz historischer Prozesse Rechnung trägt, Cox (1981) führt hierfür das Konzept der *historical structure* ein:

> "This framework has the form of a historical structure, a particular combination of thought patterns, material conditions, and human institutions which has a certain coherence among its elements. These structures do not determine people's actions in any mechanical sense but constitute the context of habits, pressures, expectations, and constraints within which action takes place. (Cox 1981: 97)."

Die historische Struktur ist demnach lediglich eine momentane Konstellation von Kräften, welche den Rahmen für menschliches Handeln schafft, aber durch die Geschichte hinweg stets transformierbar bleibt. Strukturen selbst sollen historisiert werden - ihre stetige Veränderbarkeit wird von Cox vorausgesetzt, dies unterscheidet ihn vom Strukturalismus der *problem-solving* Theorien (Opratko 2022: 80). Die historische Struktur setzt sich aus Ideen, materiellen Fähigkeiten und Institutionen zusammen, die sich wechselseitig aufeinander beziehen. Wenn ein dominantes Zentrum gleichzeitig über ausreichend materielle Macht verfügt, eine kollektive, weitgehend geteilte Vorstellung von Ordnung besteht und Institutionen existieren, welche diese Ordnung universalisieren und stabilisieren, kann von internationaler Hegemonie gesprochen werden (ebd.).

Zur Analyse derlei historischer Strukturen bedient sich Cox (1981: 94) des historischen Materialismus, der eine historisch eingebettete Analyse gesellschaftlicher Kräfte und Produktionsverhältnisse ermöglicht. Konflikt ist demnach keine zyklisch wiederkehrende Folge einer naturgegebenen menschlichen Machtgier, sondern dialektisch als Triebfeder für tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel zu verstehen (ebd.). Der historische Materialismus analysiert weiter die wechselseitige Durchdringung von Staat und Zivilgesellschaft und bricht damit die vorherrschende Abstraktion des Staates als *black box* auf, wodurch dieser als Ausdruck spezifischer, hegemonial verankerter Machtverhältnisse und Klasseninteressen greifbar gemacht werden kann (ebd.: 94ff.).

Der reformulierte Hegemoniebegriff ist dann die Basis für Cox' multiskalares Verständnis von Weltordnung, welches sich aus sozialen Kräften, Staatsformen und der Weltordnung selbst wechselseitig konstituiert (Opratko 2022: 84). Dem zugrunde liegt Cox' (1981: 96) zentrale Analysekategorie, der *state/society complex*, welche den Staat als temporäre Konfiguration hegemonialer Klassenallianzen sichtbar macht. Durch das dialektische Verständnis von historischem Wandel, welches Konflikt und Widerspruch zwischen sozialen Kräften als dessen

Triebfeder ansieht, rücken Produktionsverhältnisse in den Fokus der Analyse, denn diese fördern jene sozialen Kräfte erst zutage, wie Cox (1981) anhand der *Pax Britannica* und der *Pax Americana* aufzeigt. Weltordnungen werden durch diese sozialen Kräfte, vermittelt über den *state/society complex*, die Staatsform konstituiert. Veränderungen in der Produktionsweise bringen neue soziale Kräfte hervor, diese schreiben sich in nationale Staatsformen ein, welche dann wiederum die Weltordnung nach Abbild ihrer dominanten Gesellschaftsformationen prägen - der Wirkungszusammenhang ist dabei nicht einseitig, sondern stets zirkulär; wie Cox (1981) im Abschnitt zur Internationalisierung des Staates ausführt, sind Rückwirkungen auf die nationalstaatliche Ebene oder die Produktionsweise durchaus beobachtbar.

Während in *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory* (1981) - abgesehen vom Hegemoniebegriff - oft lediglich implizit gramscianische Einsichten verarbeitet werden, liefert Cox in *Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method* (1983) einen breiten, explizit gramscianischen, begrifflichen Werkzeugkasten zur Analyse der IPÖ. Cox (1983) selbst legt Wert darauf, Gramscis Denken nicht als geschlossenes System abstrakter Begriffe zu verstehen, sondern als historisch situiertes, praxisorientiertes Erkenntnisinstrument. Gramsci entwickelte seine Konzepte stets mit Rückgriff auf konkrete historische Erfahrungen im doppelten Sinne: einerseits basierend auf der historisierten Reflexion vergangener Epochen, andererseits fußend auf seiner eigenen politischen Biographie (ebd.: 215). Die konkrete Bedeutung gramscianischer Begrifflichkeiten entfaltet sich daher nicht durch abstrakten Historizismus, sondern dadurch, dass sie mit einer konkreten historischen Situation in Beziehung gesetzt werden und durch den zweckmäßigen Transfer auf geeignete Sachverhalte begrifflich fortentwickelt werden (Opratko 2022: 59, Morton 2007: 27). Cox selbst steht repräsentativ für einen kritisch-realistischen Neo-Gramscianismus, der die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und daraus emergierende soziale Kräfte als Triebfeder hinter der zyklisch-kontingenten Abfolge transnationaler hegemonialer Ordnungen identifiziert (Bieling 2013: 186). Das Amsterdamer Projekt hingegen macht vorrangig temporäre Kompromissgleichgewichte zwischen rivalisierenden Kapitalfraktionen („concepts of control“) und deren internationale Durchsetzung in transnationalen Elitennetzwerken als Wirkmechanismen transnationaler Hegemonie aus, ein analytischer Schwerpunkt liegt dabei seit geraumer Zeit auf der Entstehung und Aufrechterhaltung (und des Abstiegs, Overbeek 2024) des Neoliberalismus als eine spezifische Periode transnationaler Hegemonie (van Appeldoorn 2002; Overbeek 2004; van der Pijl 1989). Stephen Gill schließlich prägte den konstitutionalistischen Neo-Gramscianismus, welcher sich mit der von transnationalen Eliten bewirkten Einschreibung marktradikaler Imperative in die Institutionen der *Global Governance*

befasst (Bieling 2013: 186). Es lassen sich durchaus einige Gemeinsamkeiten der diversen Theoriefortentwicklungen erkennen: (1) ein erweitertes Verständnis von Hegemonie, welches neben ihr zugrundeliegenden Zwangselementen auch ihre konsensuale Verankerung betont, (2) ein damit kongruentes Staatsverständnis, welches auf dem von Gramsci entlehnten Konzept des integralen Staats basiert, womit die Zivilgesellschaft als Terrain sozialer Konflikte um politisch-moralische Führung miteinbezogen wird, (3) die Berücksichtigung transnationaler Gesichtspunkte hegemonialer Ordnungen und deren Reproduktion im Internationalen und (4) der Anspruch, sich von *problem-solving theories* abzugrenzen und stattdessen emanzipatorische Potenziale sichtbar zu machen (Bieling 2013: 187f).

Gemein haben neogramscianische Ansätze des Weiteren, dass „mit Gramsci über Gramsci hinaus“ (Opratko 2022: 19) gedacht werden soll: in diesem Theoriekapitel findet diese Maxime konkret Anwendung, indem in den Unterkapiteln aufgezeigt werden soll, wie der begriffliche „Instrumentenkasten“ transponiert werden kann, um „Project 2025“ als Hegemonieprojekt der neuen Rechten zu analysieren. Cox (1983: 49) rückt - wie auch zahlreiche andere Gramsci-Rezipient*innen - das Konzept der Hegemonie in den Mittelpunkt seines Denkens, die anderen Begrifflichkeiten „kreisen“ gewissermaßen um den Hegemoniebegriff, weshalb dessen umfassender theoretischer Entfaltung im folgenden Unterkapitel Raum gegeben werden soll.

### 3.2. Hegemonie

Der Begriff der Hegemonie hat eine wohl nahezu endlose Geschichte, welche mindestens bis in die Antike zurückreicht (für eine Genese des Begriffs siehe Opratko 2022: 28ff.). Zum Ursprung des gramscianischen Begriffsverständnisses gibt es zwei Vermutungen: der ersten zufolge basiert der Begriff auf Lenins Hegemonieverständnis, wie Gramsci selbst in den Gefängnisheften andeutet (ebd.: 33), der zweiten zufolge übernahm Gramsci von Machiavelli die Metapher des Zentauren welcher - halb Mensch, halb Tier - eine zur Machtausübung notwendige Kombination aus Zustimmung und Zwang verkörpert (Cox 1983: 215ff.).

Der Begriff wird damit bei Gramsci keinesfalls mit ‚Vorherrschaft‘ gleichgesetzt - stattdessen erschließt sich dessen vielschichtige Bedeutung, wenn man ihn mit den Begriffen Führung und Herrschaft in Verbindung setzt:

> „Das methodologische Kriterium, auf welches die eigene Untersuchung gegründet werden muss, ist folgendes: dass sich die Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe auf zweierlei Weise äußert, als »Herrschaft« und als »intellektuelle und moralische Führung«. Eine gesellschaftliche Gruppe ist herrschend gegenüber den gegnerischen Gruppen, die sie »auszuschalten« oder auch mit Waffengewalt zu unterwerfen trachtet, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muss sogar bereits führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (das ist eine der Hauptbedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch fest in Händen hält, wird sie herrschend, muss aber weiterhin auch »führend« sein (GH 1947).“

Dieses Zitat beinhaltet bereits die entscheidende Differenzierung zwischen Herrschaft und Führung: Herrschaft wird durch Zwang, welcher die Gewaltandrohung, oder -Ausübung umfasst, hergestellt, während Führung auf einer intellektuell-moralischen Ebene stattfindet (Opratko 2022: 38). Hegemonie bezeichnet damit zunächst eine durch Konsens und Zustimmung ausgeübte, politische Macht, welche in der Superstruktur gefestigt wird (ebd.). Die Superstruktur umfasst „Politik, Staat, Recht, Philosophie und Wissenschaften, Kunst und Kultur“ (Becker et al. 2013: 37) und umfasst sowohl die zivile Gesellschaft als Stätte der Konsensproduktion sowie die Zwangsapparate des Staates.

Dichotom dazu ist die Struktur als materieller Kern der Gesellschaft zu verstehen: damit sind Produktionsverhältnisse, Kontrolle über Produktionsmittel und Eigentumsverhältnisse gemeint (ebd.). Anders als bei Marx ist aber die Superstruktur nicht ökonomisch determiniert, sondern stets umkämpft - Gramsci lehnt sowohl Ökonomismus als auch Idealismus ab, statt einem Gegensatz zwischen Struktur und Superstruktur muss von Reziprozität gesprochen werden (Cox 1983: 219).

Bei Gramsci nimmt die Zivilgesellschaft als Terrain der Auseinandersetzung konkurrierender sozialer Kräfte um gesellschaftliche Hegemonie eine zentrale Rolle ein: dort wird „um die konkreten Organisationsmuster von Staat, Ökonomie und Gesellschaft [gerungen]“, wobei der „Kampf um Deutungen, Interpretationen und Wahrheiten“ die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen dominiert (Bieling 2011a: 89). Dieser Kampf findet keineswegs unter gleichen Vorzeichen statt, denn die Arena der Zivilgesellschaft ist durch Machtasymmetrien zwischen den Klassen geprägt, welche die Auseinandersetzung um Vorherrschaft strukturieren, aber nicht determinieren (Becker et al. 2013: 68ff.). Zum Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft formuliert Gramsci:

> „Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle »Ebenen« festlegen - diejenige, die man die Ebene der „Zivilgesellschaft“ nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin »privat« genannten Organismen, und diejenige der „politischen Gesellschaft oder des Staates“ -, die der Funktion der »Hegemonie«, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der „direkten Herrschaft“ oder des Kommandos, die sich im Staat und in der »formellen« Regierung ausdrückt, entsprechen (GH 12: 1501).“

Die Bedeutung dieser Erkenntnis wird durch eine theoretische Neubestimmung des Staatsbegriffs verdeutlicht: der Begriff „integraler Staat“ beschreibt die „Absorbtion des Staates in die Zivilgesellschaft“ (Candeias 2007: 23), aber auch die Einbettung staatlicher Machtlogiken in zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen (Bieling 2011a: 90). Treffenderweise definiert Gramsci den integralen Staat daher als „politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, d. h. Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (GH: 783), wodurch der enge

Zusammenhang zwischen Ideologie einerseits und den staatlichen Machtwerkzeugen andererseits deutlich wird (Candeias 2007: 23).

Wenn Herrschaftsfunktionen nicht primär über Zwang, sondern über Konsens - also über zivilgesellschaftliche Einrichtungen in der Superstruktur - ausgeübt werden, dann sind die „Institutionen, Apparate und gesellschaftlichen Organismen der Hegemonieproduktion“ ebenso Teil des Hegemonieapparates (Opratko 2022: 39). Der integrale Staat umfasst damit sowohl politische Gesellschaft als auch Zivilgesellschaft, welche sich wechselseitig durchdringen (ebd.). Diese Erkenntnis mag zunächst widersprüchlich erscheinen, da als Ausgangspunkt dieses Abschnitts die scheinbar streng dichotomen Begriffspaare Konsens/Zwang und Struktur/Superstruktur herangezogen wurden: diese Unterscheidung trifft Gramsci jedoch nur analytisch, um die Dimensionen der Machtausübung zu abstrahieren, empirisch sind diese Dimensionen aber stets ineinander verwoben (Opratko 2022: 43).

Doch wie gelingt es, Hegemonie herzustellen und wann, oder *wem* gelingt es *nicht*? Gramsci schlägt vor, hegemoniale Kondensationsprozesse entsprechend „des Grades an Homogenität, Selbstbewusstsein und Organisation“ (GH: 1560) sozialer Kräfte zu analysieren (Opratko 2022: 44). Gramsci unterscheidet zwischen drei Ebenen: (1) die ökonomisch-korporative Ebene, auf welcher sich die spezifischen Interessen einer bestimmten Gruppe herausbilden, (2) dem Moment der Klassensolidarität, wonach ökonomische Interessen entlang der gesamten sozialen Klasse geteilt werden und (3) die hegemoniale Konstellation, in welcher die Interessen der führenden Klasse mit denen der subalternen Klassen in Einklang gebracht und deren Interessen in eine universell artikulierte Ideologie einbezogen werden (Cox 1983: 220f.). Die Bewegung hin zur Hegemonie kann damit als „Übergang von der Struktur zur Sphäre der komplexen Superstrukturen” (GH: 1560) verstanden werden (Opratko 2022: 44). Die Stabilität einer Hegemonie speist sich demnach daraus, dass subalterne Gruppen durch den partiellen Einbezug ihrer Interessen Zustimmung erteilen - sonst wäre die Hegemonie ausschließlich auf Zwang zu reduzieren (Candeias 2007: 19). Die herrschende Klasse durchdringt also durch Verallgemeinerung unterworfene Klassen, nimmt dadurch teils aber auch deren Interessen in sich auf - es werden Zugeständnisse erbracht, „aber es besteht auch kein Zweifel, dass solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können“ (GH 7: 1567, ebd.). Kann eine gesellschaftliche Gruppe ihre Herrschaft gesamtheitlich durchsetzen und gleichzeitig in der Superstruktur Konsens mithilfe der politischen, ideologischen und kulturellen Herrschaftsapparate herstellen, kann von einem historischen Block gesprochen werden (Opratko 2022: 44). Sind Struktur und Superstruktur in Einklang gebracht, kann temporär eine relativ stabile Phase der kapitalistischen Entwicklung eingeläutet werden (ebd.).

Ein gramscianisches Hegemonieverständnis fragt jedoch nicht nach „Stabilität einer bestimmten Ordnung als vielmehr nach der bestimmenden Entwicklungsrichtung der Bearbeitung von Widersprüchen“ (Candeias 2007: 21). Hegemonie ist aufgrund ihrer fortwährend zu Tage geförderten inneren Widersprüche kontingent, dynamisch und krisenbehaftet, erschöpft sich die Fähigkeit führender Klassen - etwa aufgrund ökonomischer oder moralisch-kultureller Umwälzungen - im integralen Staat Konsens herzustellen, gerät die Hegemonie in eine Krise:

> „»Konjunkturelle« Krisen sind durch kleinere Anpassungen in der Herrschaftsausübung zu bearbeiten und zu kontrollieren. In „organischen“ Krisen kommt es zu tiefgreifenden Umbrüchen: Der gesellschaftliche Zusammenhang von Produktions- und Lebensweise, von Ökonomie und Politik selbst gerät in die Krise. […]. Ihre Lösung ist davon abhängig, ob es durch eine Erneuerung von Führung gelingt, den Kapitalismus insgesamt zu modernisieren - oder sich Kräfte für eine emanzipatorische Transformation bilden (Becker et al. 2013: 303f.).“

Offenbart eine Hegemonie, vermittelt durch eine organische Krise, permeable Bruchlinien, kann sie durch die Artikulation gegenhegemonialer Projekte abgelöst, der sie tragende historische Block aufgebrochen werden (Candeias 2007: 21). Dies ist aber keinesfalls ausgemacht, herrschende Klassen können ihre Führung jedoch durch eine „passive Revolution“ ebenso erneuern: passiv, weil die Interessen der Beherrschten zwar selektiv aufgegriffen werden, diese aber dadurch nicht „führend“ werden; revolutionär, weil sich tiefgreifende gesellschaftliche Transformation einstellt und eine neue hegemoniale Ordnung etabliert, zugespitzt geht es darum, „alles [zu] verändern, damit im Grunde alles so bleiben kann, wie es ist“ (Becker et al. 2013: 303). Kapitel 5 wird auf diesen Krisenbegriff direkt rekurrieren, um das „Project 2025“ in seiner konkreten historischen Gegebenheit zu situieren.

Nach dieser Einführung in den Neo-Gramscianismus sowie in zentrale gramscianische Begrifflichkeiten soll davon ausgehend der Begriff des Hegemonieprojekts entwickelt werden. Der Projektbegriff umfasst die konkreten Strategien im integralen Staat, mithilfe welcher ökonomische Partikularinteressen in ein gesamtgesellschaftlich wirkendes, zu universalisierendes Programm überführt werden sollen. Während Hegemonie bei Gramsci einen Zustand der politisch-moralischen Führung bezeichnet, soll mit dem Projektbegriff die Prozesshaftigkeit der Universalisierung partikularer Interessen in den Fokus gerückt werden.

### 3.3. Hegemonieprojekte

Gramsci selbst merkte an, eine Analyse politischer Herrschaft müsse zwangsläufig einen konkreten historischen Block untersuchen, nämlich im Hinblick auf das „Moment der Hegemonie und des Konsenses“ als notwendige Manifestation des geschichtlichen Blocks (Opratko 2022: 60). Der Projektbegriff stellt eine dynamische Erweiterung des gramscianischen

Hegemoniekonzepts dar, da er eine analytische Vermittlungsinstanz zwischen abstrakten Machtstrukturen und konkretem politischen Handeln schafft: Das hegemoniale Projekt ist der "Moment der institutionalisierten (Klassen-)Kompromisse" (Bieling/Steinhilber 2000: 106). Am Anfang der Hegemonialwerdung stehen damit zwangsläufig konkrete politische Projekte, die sich in gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit anderen politischen Projekten befinden (Kannankulam & Georgi 2012: 34). Das Konzept der Hegemonieprojekte geht auf vorherige neo-gramscianische Projektbegriffe zurück, konkret diskutiert werden soll das „hegemonic project“ bei Jessop (1983, 1990) sowie das „politische Projekt“ bei Bieling & Steinhilber (2000), zudem soll die fruchtbare, kritische Diskussion dieser Projektbegriffe bei Buckel et al. (2012, 2014) und Kannankulam & Georgi (2012) herangezogen werden, um daraus einen für diese Arbeit operationalisierbaren Hegemonieprojekt-Begriff zu destillieren.

Der Projektbegriff bei Bieling und Steinhilber (2000) kann als zusätzliche analytische Ebene des gramscianischen Hegemoniekonzepts betrachtet werden. Die erste Ebene umfasst den historischen Block als ein „Ensemble von Zwangs- und Konsensinstitutionen“, die zweite Ebene den hegemonialen Block, also Allianzen von sozialen und politischen Kräften, die über organische Intellektuelle eine gemeinsame Weltsicht organisieren (ebd.: 105). Hegemoniale Projekte sind dann konkrete politische Initiativen, die als Vermittlungsinstanz zwischen Blöcken wirken: „Im Allgemeinen handelt es sich bei hegemonialen Projekten um politische Projekte, die als Moment der institutionalisierten (Klassen-)Kompromisse den ‚historischen‘ und ‚hegemonialen Block‘ dynamisch stabilisieren bzw. transformieren“ (ebd.: 106). Bieling & Steinhilber (2000) grenzen ihren Projektbegriff von einer allzu umfassenden, ökonomistischen Lesart ab: Projekte sind partikulare, konkrete Maßnahmen „die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen“ (Bieling & Steinhilber 2000: 106). Politische Projekte sind also spezifische politische Initiativen, die sich keinesfalls auf ihren ökonomischen Kern reduzieren lassen: „Aus gramscianischer Perspektive verbinden sich in hegemonialen Projekten verschiedene Dimensionen des sozialen und politischen Handelns: materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen, ideologische Überzeugungen, Gefühle etc.“ (ebd.).

Sie warnen damit davor, politische Strategien und kulturelle Phänomene direkt aus den Klassenverhältnissen abzuleiten, denn den Autoren zufolge umfasst Hegemonie auch „die aktive Zustimmung und das selbstmotivierte Engagement der subalternen Klassen“ (ebd.: 104). Der Projektbegriff soll also den Blick auf gesellschaftliche Praxis lenken, nicht nur auf strukturelle Zwänge: „Die Beziehung zwischen den politischen Projekten und sozialen Strukturen [ist] als ein wechselseitig determiniertes Verhältnis zu betrachten. […] Die

politischen Projekte sind demzufolge nicht nur ein Ergebnis des Klassenhandelns, sondern immer auch ein diskursives und strategisches Mittel zur Neuordnung der sozialen Machtverhältnisse“ (ebd.).

Doch wie lassen sich diese für das hegemoniale Projekt konstitutiven „verschiedenen Dimensionen des sozialen und politischen Handelns“ (Bieling & Steinhilber 2000: 106) operationalisieren? Jessop (1983) strengt hierfür zunächst eine Unterscheidung zwischen *accumulation strategy* und *hegemonic project* an, aus seiner Staatstheorie soll zudem der Begriff der *strukturellen Selektivitäten* entlehnt werden.

Jessop (1983: 89ff.) argumentiert zunächst aus staatstheoretischer Perspektive, man müsse eine analytische Brücke schlagen zwischen den abstrakten Gesetzen der kapitalistischen Reproduktion (Marx‘ Formanalyse) und den konkreten politischen Prozessen, durch welche bestimmte Klasseninteressen gesellschaftlich universalisiert werden. Hierfür dienlich ist für Jessop der Begriff der „Akkumulationsstrategie“: dieser soll dabei helfen, als „strategisch-theoretisches“ Konzept die Brücke zwischen der klassentheoretischen Analyse sozio-ökonomischer Kämpfe einerseits und abstrakten Wertformanalysen andererseits schlagen (Jessop 1990: 198).

Eine Akkumulationsstrategie wird als ein spezifisches ökonomisches Entwicklungsparadigma definiert, welches jedoch auch die notwendigen nicht-ökonomischen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen miteinschließt. Für den Erfolg einer solchen Strategie ist es entscheidend, die unterschiedlichen Kapitalsorten unter der Führung einer bestimmten Kapitalfraktion zu vereinen - dem Industriekapital:

> “The heart of the circuit of capital is the production process itself (in popular parlance, wealth must first be created before it can be distributed). This means that the performance of productive (or industrial) capital is the ultimate economic determinant of the accumulation process and that the real rates of return on money capital (including credit) and commercial capital taken as a whole (and thus abstracted from competition) depend in the long term on the continued valorization of productive (or industrial) capital (Jessop 1990: 199).”

Angelehnt an Gramsci wählt Jessop (ebd.: 91ff.) die Dichotomie *economic domination/economic hegemony,* um divergierende Führungsmodi zu charakterisieren: ökonomische Herrschaft bezeichnet die Fähigkeit einer führenden Kapitalfraktion, ihre eigenen partikularen, ökonomisch-korporativen Interessen temporär den untergeordneten Fraktionen aufzuzwingen, während ökonomische Hegemonie den kurzfristigen Verzicht auf eigene Partikularinteressen erfordert, um mittels eines instabilen Kompromissgleichgewichts die (langfristige) Akkumulationsstrategie abzusichern. Die temporäre Führung einer bestimmten Kapitalfraktion überwindet dabei jedoch nicht zwangsläufig den Wettbewerb oder

Interessenskonflikte zwischen konkurrierenden Kapitalfraktionen - Innerhalb der Akkumulationsstrategie sind Jessop zufolge verschiedene konkurrierende Strategien und untergeordnete Taktiken denkbar:

> „Linked to this issue is a more general problem of the variety of tactics within a given accumulation strategy and the plurality of strategies possible in a given conjuncture. [...] Even where there is a dominant accumulation strategy we can expect to find supplementary or countervailing strategies. [...] At the same time it is important to recognize that there will be several tactics which can be followed in pursuit of a given strategy. The availability of alternative tactics [...] is essential for the flexible implementation of accumulation strategies (Jessop 1990: 204f.)."

Eine Akkumulationsstrategie ist also als übergeordnetes Strukturprinzip zu verstehen, welches vorgibt, wie die Kapitalakkumulation konkret gesichert werden soll - selbst, wenn eine Strategie dominiert, kann sie auf verschiedene Weisen umgesetzt - oder von verschiedenen Seiten herausgefordert - werden (Kannankulam & Georgi 2012: 27). Taktiken sind dann die konkreten Maßnahmen, mit denen die strategische Orientierung ihre praktische Umsetzung findet (ebd.). Akkumulationsstrategien sind damit selbst kontingent und widersprüchlich; sie sind stets ein dynamisches, aber instabiles Kompromissgleichgewicht, das Hegemonieprojekt muss ein „policy paradigm" anbieten, innerhalb dessen Konflikte über Einzelinteressen verhandelt werden können, ohne das Hegemonieprojekt als solches infrage zu stellen (Jessop 1990: 210). Akkumulationsstrategien sind Kernbestandteil eines jeden Hegemonieprojekts, denn auch wenn diese nicht ihrer Natur nach rein ökonomisch sein müssen, formuliert Jessop (1990: 210f): "Successful pursuit of a hegemonic project will depend on the flow of material concessions to subordinate social forces and thus on the productivity of the economy"; diese „relation to accumulation" definiert Jessop als erste Grundbedingung für ein erfolgreiches Hegemonieprojekt.

„Hegemoniale Projekte" geben bei Jessop (1983: 99ff.) diesen Akkumulationsstrategien deren politisch-gesellschaftliche Rahmung. Dies geschieht durch die Entwicklung eines „national-populären Programms", welches ein allgemeines Interesse formuliert, dessen Verfolgung implizit oder explizit die langfristigen Interessen der hegemonialen Klasse fördert, gleichzeitig bestimmte ökonomisch-korporative Interessen anderer sozialer Kräfte anerkennt und privilegiert, sofern diese mit dem Gesamtprojekt kompatibel sind (ebd.). Ein erfolgreiches Hegemonieprojekt muss damit als zweite Erfolgsbedingung über diese sogenannte „strategic orientation" verfügen: die hegemoniale Klasse muss subalterne gesellschaftliche Gruppen einbinden, dies gelingt, indem man ein Staatsprojekt formuliert, das als allgemeines Interesse erscheint (Jessop 1990: 210f.).

Aber (umfassende) Hegemonie sollte keinesfalls als Normalzustand kapitalistischer Gesellschaften missverstanden werden:

> „So far I have implied that hegemony is typical or normal in capitalist societies, that hegemonic projects somehow manage to secure the support of all significant social forces, and that the hegemonic force itself is bound in the long term to be an economically dominant class or class fraction rather than a subordinate class or non-class force. In each case these implications are misleading or false (Jessop 1983: 103)."

Jessop unterscheidet dabei zwischen zwei Idealtypen hegemonialer Verallgemeinerung: dem „one nation project" und dem „two nations project" (ebd.). „One nation projects" zielen maximalistisch auf eine umfassende Hegemonie ab, bei der die Unterstützung aller subalterner Gruppen durch „materielle Zugeständnisse und symbolische Belohnungen" mobilisiert werden sollen (ebd.) - beispielhaft könnte dies wohl die Periode der „New Deal-Synthesis" (van der Pijl 2012 [1984]) beschreiben, in der unter dem Primat des Industriekapitals die enormen verteilungspolitischen Spielräume zur ungekannten Ausweitung von Massenproduktion und -Konsum genutzt wurden und *American way of life* und Antikommunismus moralisch-symbolisch Kohäsionskraft stifteten.

„Two nations projects" zielen demgegenüber ihrer Natur nach auf eine eingeschränkte Form der Hegemonie ab: sie sichern sich die elektorale Unterstützung relevanter Bevölkerungsgruppen durch ökonomische und symbolisch-moralische Zugeständnisse, während die Schattenseiten des Hegemonieprojekts - besonders der Akkumulationsstrategie - auf andere (subalterne) Gruppen abgewälzt werden (Jessop 1983: 104). „Two nations projects" erfordern ihrem Wesen nach Abgrenzung und Ausgrenzung von der „feindlichen" Nation, während selektiv Zugeständnisse an die „begünstigten" subalternen Gruppen geleistet werden (ebd.). Wie etwa faschistische „two nations projects" zeigen, können Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitiken gegenüber feindlichen subalternen Gruppen selbst als kulturell-ideologische Zugeständnisse an vom Hegemonieprojekt privilegierte untergeordnete Klassen fungieren (ebd.).

Doch wie verhalten sich hegemoniale Projekte zur Akkumulationsstrategie? Sie sind nicht ident, auch wenn sie sich überschneiden und gegenseitig bedingen können: Akkumulationsstrategien stellen durch temporäre Befriedung von Konflikten zwischen den Kapitalfraktionen in der Struktur Bedingungen für die ökonomische Expansion her, während hegemoniale Projekte auch nicht-ökonomische Interessen umfassen und in der Superstruktur - im integralen Staat - durch Artikulation national-populärer Programme gesamtgesellschaftlich Konsens herstellen (Jessop 1983: 100ff.). Kannankulam & Georgi (2012: 29) bemerken, dass „offensichtlich genügend Raum gegeben ist, dass diese beiden Bereiche auseinanderfallen, sich widersprechen oder behindern können. Umgekehrt heißt das: "In general it would seem obvious

that accumulation and hegemony will be most secure where there is a close congruence between particular strategies and projects" (Jessop 1990: 208, zitiert nach Kannankulam & Georgi 2012: 29). Diesbezüglich merken Buckel et al. (2014: 45) an, Hegemonieprojekte würden zwar nicht a priori eine konkrete Akkumulationsstrategie benötigen, jedoch gilt dies als Voraussetzung, um gesamtgesellschaftlich hegemonial werden zu können. Weiter verweisen Buckel et al. (ebd.) folgerichtig darauf, dass erfolgreiche Hegemonieprojekte eine konkrete Strategie zur Anordnung der politischen Institutionen verfolgen müssen, also auf die „vorherrschenden institutionellen Selektivitäten" (ebd.: 45) Bezug nehmen müssen.

Dies geschieht auf dem Terrain des Staates: dieser ist zwar als institutionell abgesonderte Instanz vom Kapitalkreislauf getrennt, um allgemeine kapitalistische Reproduktionsbedingungen absichern zu können, bleibt jedoch bezüglich seiner konkreten Ausgestaltung indeterminiert: die Eigenlogik staatlicher Repräsentations-, Interventions- und Organisationsformen schafft strukturelle Selektivitäten ((Jessop 1983: 98ff.). Der Staat ist ein Kraftfeld, welcher gewisse Handlungsmöglichkeiten eröffnet, oder beschränkt, in diesem selektiven Raum sind unterschiedliche Strategien und Projekte möglich (ebd.). Mit dem Begriff der „structural determination", an gleicher Stelle auch als „strukturelle Selektivität" bezeichnet, formuliert Jessop (1990: 209) die dritte Bedingung für ein erfolgreiches Hegemonieprojekt: dieses kann sich demnach nicht einfach von außen in den Staat einschreiben, sondern muss die im Staatsapparat angelegten institutionellen Selektivitäten strategisch bearbeiten. Nur indem es diese Selektivitäten entweder produktiv nutzt, also seine Ziele in eine mit der bestehenden Logik kompatible Form übersetzt, oder sie aktiv umgestaltet, kann es seine eigene Projektlogik in der staatlichen Struktur verankern, nur durch eine solche institutionelle Konsolidierung wird aus einem politischen Projekt ein tatsächlich hegemoniales Projekt. Weiter muss ein Hegemonieprojekt auch auf dem Terrain des Staates für innere Kohäsion sorgen, damit dessen „formal unity" zu einer „substantive unity" überführt wird: das Hegemonieprojekt muss die konkurrierenden Staatsorgane und deren verschiedenen Interessen auf die Förderung der Akkumulationsstrategie und des „national-populären Programms" konditionieren:

> „Even where there is a well-defined distribution of functions and power within the state system and it is organized in a formal, 'rational-legal' manner, it is still necessary to translate this formal unity into substantive unity. Consensus on a hegemonic project can limit conflicts within and among the various branches of the state apparatus and provide an ideological and material base for their relative unity and cohesion in reproducing the system of political domination. […] Indeed, the problem of avoiding a merely particularistic reproduction of competing and contradictory 'economic-corporate' interests and securing some coordination and cohesion of the state apparatus becomes more pressing with the expansion of that apparatus and the extension of its activities well beyond formal facilitation of capital accumulation to include a wide range of social reproduction and directive activities (Jessop 1990: 210f.)."

Buckel et al. (2012, 2014) sowie Kannankulam & Georgi (2012) nehmen in Auseinandersetzung mit diesen Projektbegriffen einige wichtige Ergänzungen vor und entwickeln anschließend den Begriff des Hegemonieprojekts. Kannankulam & Georgi (2012) schlagen zunächst vor, tatsächlich bereits hegemoniale Projekte durch die Schaffung des Begriffs der Hegemonieprojekte von lediglich nach Hegemonie strebenden gesellschaftlichen Projekten zu unterscheiden. Freilich gelingt es nicht jeder Koalition, welche versucht, die Partikularinteressen ihrer führenden Fraktionen zu universalisieren, tatsächlich hegemonial zu werden: durch die vorgenommene begriffliche Nachschärfung kann sichtbar gemacht werden, dass im integralen Staat divergierende, konkurrierende Hegemonieprojekte um politisch-moralische Führung ringen (ebd.: 34). Kannankulam & Georgi (2012: 34) führen die bislang angestellten Überlegungen zu einer Definition zusammen:

> „Hegemonieprojekte sind Verdichtungen bzw. die meist unbewussten und indirekten Verknüpfungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien die sich auf konkrete politische Projekte oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten. Die darin beteiligten AkteurInnen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden."

Hegemonieprojekte sind damit kontingente Prozesse: sie bündeln heterogene Strategien und Taktiken und bilden damit den Kristallisationspunkt hegemonialer Kämpfe, in welchen Akteur*innen versuchen, ihre partikularen Interessen zu universalisieren (Kannankulam & Georgi 2012: 36). Hegemonieprojekte lassen sich als Verdichtungen unterschiedlicher Strategien und Taktiken verstehen, die nicht zentral koordiniert, sondern kontingent als analytische Abstraktionen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu begreifen sind (ebd.). Sie verbinden ökonomische Interessen mit zivilgesellschaftlichen Praktiken sowie institutionellen Strategien und zielen darauf, ein instabiles Kompromissgleichgewicht zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und politischen Akteur*innen herzustellen (ebd.). Hegemonieprojekte reagieren dynamisch auf gesellschaftliche Konflikte, sie sind damit keine statischen Gebilde, sondern verändern sich im historischen Prozess in Abhängigkeit von ökonomischen, politischen und kulturellen Verschiebungen (Buckel et al. 2012: 22).

Aus diesem Füllhorn an diskutierten Projektbegriffen kann nun ein eindeutig operationalisierbarer Projektbegriff destilliert werden:

- Die Unterscheidung zwischen bereits hegemonialen Projekten und im integralen Staat um Universalisierung ringenden Hegemonieprojekten, soll von Buckel et al. (2012) übernommen werden.
- Der bei Jessop (1990) angelegte Dreiklang Akkumulationsstrategie - hegemoniales Projekt - Staatsprojekt ist zwar inhaltlich erhellend, begrifflich aber irreführend, weshalb in dieser

Arbeit stattdessen von Akkumulationsstrategie, Einbindung subalterner Akteur*innen und Bezug auf die „vorherrschenden institutionellen Selektivitäten“ als konstitutive Dimensionen eines Hegemonieprojekts gesprochen werden soll (Buckel et al. 2014).

- Die Analyse der im „Project 2025“ angelegten Akkumulationsstrategie soll Kongruenzen, aber auch Kontingenzen und Wiedersprüche in den Interessen der verschiedenen, in Kapitel 6 identifizierten Kapitalfraktionen sichtbar machen (Jessop 1990).
- Zur Analyse der Einbindung subalterner Akteur*innen im “Project 2025” soll die Dichotomie zwischen „two nations project“ und „one nation project“ (Jessop 1990: 211) herangezogen werden, um Umfang und Reichweite der angestrebten Hegemonie sowie Inklusions- und Exklusionsmechanismen des Hegemonieprojekts sichtbar zu machen.
- Der Bezug auf die „vorherrschenden institutionellen Selektivitäten“ (Buckel et al. 2014: 45) ist instrumentell, um vom Hegemonieprojekt aus tatsächlich hegemonial zu werden: der im „Project 2025“ angelegte Staatsumbau sowie die Zentralisierung der Exekutivmacht beim Präsidenten sollen dahingehend analysiert werden.

Offen bliebe schließlich noch die Frage nach den Akteur*innen: diese müssten in der Lage sein, unterschiedliche Interessen temporär in ein kohärentes Projekt zu überführen und anschließend diskursiv in der Superstruktur zu verallgemeinern - wer ist zu einer solchen Verdichtungsleistung fähig? Jessop (1990: 167) geht zunächst davon aus, dass die Interessen einzelner Kapitalfraktionen („particular capitals“) nicht zwangsläufig identisch sind mit den allgemeinen Interessen des Kapitals („capital in general“), weiter haben die disparaten Kapitalfraktionen zumeist organisatorische Schwierigkeiten, ihre Interessen über die kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus zu bündeln und in eine kohärente, langfristige Akkumulationsstrategie zu überführen. Deshalb ist es für ihn plausibel, dass andere Akteur*innen die entscheidende Rolle bei der Entwicklung solcher Akkumulationsstrategien übernehmen: diese Akteur*innen müssen unterschiedliche Interessen integrieren, daraus eine gemeinsame Strategie formulieren und zu einem Hegemonieprojekt verdichten (ebd.). Im folgenden Abschnitt soll in diesem Kontext der Begriff der „organischen Intellektuellen“ diskutiert werden, bevor anschließend im zweiten Teil des Abschnitts eine Brücke zum empirischen Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit geschlagen werden soll.

### 3.4. Organische Intellektuelle

Organische Intellektuelle spielen eine fundamentale Rolle bei der Universalisierung partikularer Interessen. So merkten Buckel et al. (2012: 21) an: „Eine besondere Rolle bei dieser Aggregation [unterschiedlicher Strategien und Taktiken zu einem Hegemonieprojekt] spielen organische Intellektuelle. Diskursiv verknüpfen sie Teilelemente eines Projekts und

rationalisieren seine Ziele, Interessen und Kompromisse in ‘politischen Erzählungen’“. Um hegemonial zu werden, „muss es einem Hegemonieprojekt gelingen, eine Reihe von konkreten und begrenzten ‚politischen Projekten‘ derart in Stellung zu bringen, dass diese zum politisch-strategischen ‚Terrain’ werden, auf dem sich erst ein hegemoniales Projekt verdichten kann“ (Kannankulam & Georgi 2012: 35). Dabei werden Hegemonieprojekte jedoch nicht zwangsläufig von der ökonomisch dominanten Klasse oder Klassenfraktion universalisiert: es sind häufig organische Intellektuelle, etwa Journalist*innen, Politiker*innen oder Wissenschaftler*innen, welche die hegemonialen Projekte ausarbeiten, artikulieren und legitimieren (Jessop 1983: 107). „Organisch“ bringt dabei zum Ausdruck, dass diese Intellektuellen keineswegs eine autonome soziale Gruppe bilden, sondern im Gegenteil aus einer bestimmten sozialen Klasse emergieren und diese unterstützen, indem sie ihr „Homogenität und Bewußtheit der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben“ (GH 12: 1497).

Gramsci nimmt zunächst eine erhebliche Erweiterung des Begriffs vor, sein Verständnis von Intellektuellen erscheint zunächst kontraintuitiv: „Alle Menschen sind Intellektuelle […] aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen“ (GH 12: 1497, Becker et al. 2013: 89ff.). In jeder historischen Konjunktur bilden sich spezifische Gruppen heraus, deren Aufgabe nicht primär in der materiellen Produktion liegt, sondern in der Ausübung einer intellektuellen Funktion: der Organisation und Legitimation gesellschaftlicher Verhältnisse (Opratko 2022: 51). Jede herrschende gesellschaftliche Gruppe produziert ihre eigenen Intellektuellen, welche wiederrum ihre Interessen organisieren, formulieren und rechtfertigen, etwa am Beispiel des Bürgertums dargestellt: „der kapitalistische Unternehmer schafft mit sich den Techniker der Industrie, den Wissenschaftler der politischen Ökonomie, den Organisator einer neuen Kultur, eines neuen Rechts usw. usf.“ (GH 12: 1497, Opratko 2022: 50). Gramsci zufolge unterscheiden sich Menschen also nicht maßgeblich in ihrer intellektuellen Fähigkeit, sondern zuvorderst in ihrer gesellschaftlichen Funktion. Der Intellektuellenbegriff ist damit Teil seines Erklärungsansatzes bezüglich der gesellschaftlichen Machtverhältnisse:

> „Die Intellektuellen sind die »Gehilfen« der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung, nämlich: 1. des »spontanen« Konsenses, den die großen Massen der Bevölkerung der von der herrschenden grundlegenden Gruppe geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens geben, eines Konsenses, der »historisch« aus dem Prestige (und folglich aus dem Vertrauen) hervorgeht, das der herrschenden Gruppe aus ihrer Stellung und ihrer Funktion in der Welt der Produktion erwächst; 2. des staatlichen Zwangsapparats, der »legal« die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv »zustimmen«, der aber für die gesamte Gesellschaft in der Voraussicht von Krisenmomenten im Kommando

> und in der Führung, in denen der spontane Konsens schwindet, eingerichtet ist (GH 12: 1498).“

Organischen Intellektuellen kommt demnach nicht nur die Rolle zu, innerhalb der Zivilgesellschaft Konsens zu organisieren, sondern auch gleichsam in der politischen Gesellschaft „Führung durch Staat, Recht, Verwaltung, Parteien und Regierung“ auszuüben (Demirovic 2007: 34). Dies ergibt sich gewissermaßen aus dem „antinominalistischen“ Staatsbegriff (Opratko 2022: 50): Hegemonie ist im integralen Staat als Zusammenspiel von Konsens- und Zwangselementen institutionalisiert, organische Intellektuelle sind notwendig, um die Durchdringung von Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft handlungswirksam zu machen. Ohne diese Vermittlungsfunktion könnte die ideologisch-moralische Führung nicht reproduziert werden, denn erst durch die Doppelrolle organischer Intellektueller wird die Interpenetration von Zivilgesellschaft und Staat in konkrete gesellschaftliche Führung umgesetzt. Die organischen Intellektuellen sind demnach „im weiten Sinne organisatorisch Tätige“ […] (sie) organisieren - bewusst oder unbewusst, und mit unterschiedlicher Reichweite und wechselndem Erfolg“ (Opratko 2022: 50f.) Hegemonie.

Im Kontext dieser Arbeit stellt sich nun aus empirischer Perspektive die Frage, welche Akteur*innen konkret in der Lage sind, als organische Intellektuelle tätig zu werden, also jene diskursiv-organisatorische Leistung zu vollbringen, die notwendig wäre, um partikulare Interessen zu verallgemeinern. De Graaf & van Appeldoorn (2016) nehmen diesbezüglich explizit Think Tanks als Koordinatoren der strategischen Leitlinien innerhalb der amerikanischen Eliten in den Blick. Den Autoren zufolge wird in den *policy planning networks,* bestehend aus Think Tanks, Stiftungen und *Advocacy Groups*, welche durch Finanzierung, personelle Überschneidungen (*board interlocks*), und gemeinsame Projekte miteinander verflochten sind, die intellektuelle und ideologische Vorarbeit für Hegemonieprojekte geleistet (ebd.: 15). Das *policy planning network* ist demnach der institutionelle Rahmen, in dem Think Tanks als organische Intellektuelle agieren. Sie entwickeln, legitimieren und verbreiten die Diskurse, wodurch partikulare Interessen in ein Hegemonieprojekt überführt werden können. Think Tanks, als intellektueller Kern des *policy planning networks,* stellen einen zentralen Knotenpunkt im Netzwerk der wirtschaftlichen Eliten dar:

> “As an important infrastructure of corporate elite power, policy planning networks fulfill two important integrated functions. First, it is within these bodies that at certain levels divergent elite interests, views, and ideological predispositions are arbitrated and welded into a more coherent and integrated set of ideas. Second - whether representing a wider elite consensus or narrower ideological viewpoints - these bodies seek to disseminate their ideas throughout civil society and shape public policy (ebd.: 64).”

Die Verdichtungsleistung von Think Tanks folgt demnach der Logik eines Hegemonieprojekts: sie organisieren zunächst den Konsens innerhalb der herrschenden Klasse, indem sie divergierende Fraktionsinteressen zu einem diskursiv tragfähigen Hegemonieprojekt bündeln. Anschließend tragen sie diesen Diskurs in die Sphäre der Zivilgesellschaft hinein und streben dort an, ihr Partikularinteresse zu verallgemeinern: „Yet, they present these interests as within the general public interest, and thus seek to make them hegemonic in a Gramscian sense“ (ebd.). Mit Rekurs auf Jessop (1990) verweisen De Graaf und van Appeldoorn (2016: 18f.) in diesem Zusammenhang auf die Doppelrolle des Staates: Er stellt einerseits eine Arena dar, in der soziale Kräfte mit konkurrierenden Strategien divergierende politische Projekte verfolgen. Andererseits ist der Staat aber strukturell selektiv, wird bevorzugt bestimmten sozialen Klassen zugänglich und begünstigt damit deren Interessen strukturell gegenüber konkurrierenden Gruppen (ebd.). Im US-amerikanischen Kontext zeigt sich diese strukturelle Selektivität besonders deutlich zugunsten dominanter Akteur*innen aus der Privatwirtschaft, diese üben ihren Einfluss entweder - durch den öffentlichen Diskurs vermittelt - über private Medien oder mithilfe von Beratungstätigkeiten im *policy planning network* aus (ebd.). Besonders wirksam ist jedoch die personelle Überschneidung zwischen der staatlichen Exekutive sowie der *corporate community*, wodurch ein strukturelles Näheverhältnis zwischen Staat und Kapital entsteht (ebd.: 19).

In diesem Kontext institutionalisiert der *revolving door*-Mechanismus die wechselseitige Durchdringung von Struktur und Superstruktur, indem die Macht im staatlichen Zwangsapparat von Personen ausgeübt wird, die selbst Teil der ökonomischen Elite sind (ebd.: 67). Als dritter Knotenpunkt im *policy planning network* sind auch Think Tanks vom *revolving door* nicht ausgenommen: es besteht auch zwischen der *corporate elite* sowie den Denkfabriken eine erhebliche personelle Überschneidung (ebd.: 67ff.). Gleichermaßen üben Think Tanks damit über den *revolving door*-Mechanismus für die herrschende Klasse auch exekutive Funktionen in der politischen Gesellschaft aus - das *policy planning network* stellt das maßgebliche Personalreservoir für Führungspositionen in der Exekutive dar (vgl. Domhoff 2021 [1967]. Kapitel 4). Der Drehtüreffekt ist also gewissermaßen der institutionelle Transmissionsriemen, der dafür sorgt, dass die intellektuellen Produktionen der Think Tanks - und damit dominanter privatwirtschaftlicher Akteur*innen - nicht nur in der Zivilgesellschaft wirken, sondern sich auch in den Staatsapparat einschreiben können: “the most powerful way [to influence public policy] is when you develop ideas with people who then actually go in and have their hands on the lever or you get your owns hands on the lever and the ideas are directly related to power“ (Nye 1998, zitiert nach de Graaf & van Appeldoorn 2016: 79). Auch wenn also formal die

präsidial dominierte Exekutive über die Entscheidungsgewalt verfügt, agiert diese in Abstimmung mit den informellen Zirkeln des *policy planning networks* (ebd.: 19).

Diese Erkenntnisse lassen sich wie folgt verdichten: Organische Intellektuelle spielen bei der Universalisierung partikularer Interessen eine zentrale Rolle, indem sie Hegemonieprojekte diskursiv und organisatorisch formen. Sie sind keine eigenständige Klasse, sondern entstehen aus spezifischen sozialen Gruppen, deren Interessen sie artikulieren, rationalisieren und legitimieren. Ihre Funktion liegt in der Herstellung von Konsens in der Zivilgesellschaft wie auch in der Ausübung von Führung innerhalb der politischen Gesellschaft, wodurch sie die Durchdringung von Struktur und Superstruktur ermöglichen. Im Kontext des US-amerikanischen *policy planning networks* übernehmen Think Tanks die Rolle solcher organischen Intellektuellen. Sie bündeln divergierende Interessen innerhalb der herrschenden Klasse zu kohärenten Hegemonieprojekten und tragen diese in die Öffentlichkeit, wo sie als Allgemeininteresse gerahmt werden. Dabei wird ihre Funktion durch die spezifische strukturelle Selektivität des amerikanischen Staates erst ermöglicht, denn durch personelle Verflechtungen mit der Exekutive sind Think Tanks eng mit den Zwangsapparaten des Staates verflochten. Think Tanks fungieren somit nicht nur als ideologische Produktionsstätten, sondern auch als institutionelle Verdichtungspunkte, über welche die materiellen Interessen der ökonomischen Eliten in den Staatsapparat eingeschrieben und gesellschaftlich hegemonial verankert werden können.

Das folgende Methodenkapitel soll ausgehend von den zentralen theoretischen Erkenntnissen zur empirischen Untersuchung überleiten und aufzeigen, wie der herausgearbeitete theoretische Rahmen zur Analyse des „Project 2025“ herangezogen werden soll, welches empirische Material zur Rekonstruktion der Koalition hinter Trump II und der *Heritage Foundation* als organischem Intellektuellen des „Project 2025“ herangezogen werden soll und wie das „Project 2025“ im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse nach der ihm eingeschriebenen Akkumulationsstrategie, dem Modus der Einbindung subalterner Akteur*innen sowie seinem immanenten Bezug auf strukturelle Selektivitäten des amerikanischen Staates befragt werden soll. Zudem soll aufgezeigt werden, wie behelfsmäßig Sekundärquellen eingesetzt werden, um nicht nur das Dokument „Project 2025“ zu analysieren, sondern (weit) darüber hinaus tatsächlich das dahinterstehende Hegemonieprojekt als Verdichtung von (teils) disparaten Klassen- und Kapitalinteressen sichtbar zu machen.

## 4. Methode

Ausgehend von der zuvor dargelegten Theorie wird „Project 2025“ als Versuch verstanden, eine Hegemonie der amerikanischen Rechten zu etablieren. Hegemonie bezeichnete das vorherige Kapitel - mit Gramsci - als durch Konsens und Zustimmung ausgeübte, politische Macht, welche in der Superstruktur gefestigt wird (Opratko 2022: 38). Während Hegemonie bei Gramsci einen Zustand der politisch-moralischen Führung bezeichnet, wurde der Begriff des Hegemonieprojekts in Unterkapitel 3.3. erarbeitet, um die Prozesshaftigkeit der Universalisierung partikularer Interessen in den Fokus rücken zu können. Im Sinne von Buckel et al. (2012) wird „Project 2025“ als Hegemonieprojekt verstanden: eine Verdichtung heterogener Strategien, Akteur*innen und Diskurse, die versuchen, ein partikulares Programm als universelles Allgemeininteresse zu artikulieren. Ziel der Untersuchung ist es, entlang des Dreiklangs von Akkumulationsstrategie - Einbindung subalterner Akteur*innen - Bezug auf strukturelle Selektivitäten die ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen dieses Projekts sichtbar zu machen.

Der Projektbegriff nahm vorweg, dass Hegemonie stets in einer konkreten historischen Konjunktur analysiert werden muss - also dort, wo sich materielle Kräfteverhältnisse, institutionelle Arrangements und ideologische Formationen zu einem spezifischen historischen Block verdichten. Daher soll im nächsten Kapitel die kontextuelle Einbettung des „Project 2025“ in die aktuelle organische Krise der neoliberalen Globalisierung und des (progressiven) Neoliberalismus (Fraser 2019) mithilfe geeigneter Sekundärliteratur vorgenommen werden. Das Kapitel schlägt dabei kursorisch den historischen Bogen vom *New Deal* über die neoliberale Globalisierung bis zur organischen Krise des Neoliberalismus, induziert durch die misslungene Krisenbearbeitung der Finanzkrise 2008, der Covid-19-Pandemie sowie dem Aufstieg eines rivalisierenden Akkumulationszentrums in Gestalt der VR China und macht diese spezifische historische Gegebenheit als Möglichkeitsbedingung für ein konservatives Hegemonieprojekt aus.

Zur systematischen Beantwortung der Forschungsfrage „Wie lässt sich das „Project 2025“ entlang seiner ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen als Hegemonieprojekt der amerikanischen Rechten charakterisieren?“ soll in den auf diese kontextuelle Grundlegung aufbauenden, folgenden Kapiteln methodisch in zwei Schritten vorgegangen werden. Das erste empirische Kapitel fragt zunächst nach der Koalition hinter der zweiten Amtszeit von Donald Trump und dem „Project 2025“. Im Zentrum des ersten Unterkapitels steht zunächst die empirische Analyse von Primärdaten zur Wahlkampffinanzierung von *OpenSecrets* mithilfe deskriptiver Statistik. Dabei soll über die

Wahlen 2016, 2020, 2024 und die *Inauguration* 2025 hinweg kritisch nachvollzogen werden, welche Sektoren und Kapitelfraktionen welchen Parteien/Kandidaten Finanzmittel für ihren Wahlkampf zur Verfügung stellten. Dies ermöglicht eine chronologische Darstellung der finanziellen Unterstützung Trumps angefangen mit den populistischen Außenseiterwahlkampf 2016, über die Konsolidierung 2020 bis zur Formation einer Koalition führender Kapitalfraktionen hinter Donald Trump 2024 und dem Beitritt weiterer Kapitalfraktionen zur Amtseinführung 2025. Ziel ist es, die Entstehung der ökonomische Trump II-Koalition präzise nachzuzeichnen, um dessen Aufstieg vom Außenseiter zum maßgeblichen politischen Verbündeten des Finanz-, Industrie- und Technologiekapitals nachzuvollziehen. Neben der deskriptiven Statistik soll geeignete (journalistische) Sekundärliteratur herangezogen werden, um die empirische Analyse angemessen kontextuell einzubetten, so sollen maßgebliche Annäherungsmomente zwischen Donald Trump, der *MAGA*-Bewegung und führenden Kapitalfraktionen rekonstruierbar gemacht werden.

Das zweite Unterkapitel trianguliert die aus diesem Unterkapitel gewonnen Erkenntnisse mit einer Analyse der personell-ideellen Verflechtungen zwischen Trump I, der *Heritage Foundation*, dem „Project 2025“ sowie der (fossilen) Spender*innenkoalition hinter „Project 2025“ und die dem „Mandate for Leadership“ zugrundeliegenden konservativen Think-Tank-Netzwerk. Dabei soll am Ende dieses ersten empirischen Kapitels insgesamt die Verdichtung heterogener Strategien, Akteur*innen und Interessen zu einem partikularen Programm, dem „Project 2025“, nachvollzogen werden, um gewissermaßen den „Moment der Hegemonie und des Konsenses“ (Opratko 2022: 60) einzufangen und den entstehenden historischen Block aus führenden Kapitalfraktionen, dem konservativen *policy planning network* und der *MAGA*-Basis greifbar zu machen.

„Project 2025“ soll anschließend in einer umfassenden empirischen Auswertung als Hegemonieprojekt sichtbar gemacht werden. Die empirische Analyse des „Project 2025“ als Hegemonieprojekt wird strukturiert entlang der in 2.3. dargelegten Operationalisierung, wobei der Diskussion der Akkumulationsstrategie, der Einbindung subalterner Akteur*innen und den institutionellen Selektivitäten jeweils in separaten Kapiteln Raum gegeben wird. Dabei soll selbstredend das „Mandate for Leadership“ als Primärquelle herangezogen werden, aber um über das Dokument hinaus zu gehen - insbesondere um emergierende Allianzen, Widersprüche oder gar Unvereinbarkeiten innerhalb des Hegemonieprojekts sichtbar zu machen, sollen weitere geeignete Sekundärquellen analysiert werden, insbesondere stützt sich diese Arbeit zur Kontextualisierung des „Project 2025“ auf journalistische Artikel der *New York Times*. „Project 2025“ soll nicht nur als „geduldiges Papier“ hinsichtlich der tatsächlich dort festgehaltenen

Politikvorschläge- und Maßnahmen diskutiert werden, sondern als Moment der Verdichtung von Klasseninteressen zu einem Hegemonieprojekt sichtbar gemacht werden - hierfür ist die kontextuelle Einbettung durch geeignete Sekundärliteratur unerlässlich. Sekundärliteratur soll außerdem herangezogen werden, um - wo sinnvoll - zu belegen, wie die im „Project 2025“ angelegten Aktionslogiken das Handeln der Trump II-Administration prägen; damit kann auch verhindert werden, dass diese Arbeit von der empirischen Realität „überholt“ wird und als reine Inhaltsanalyse des „Project 2025“ das Hegemonieprojekt nur unzureichend erfasst wird.

In den einzelnen empirischen Kapiteln soll anschließend danach gefragt werden, welche konkreten übergeordneten Akkumulationsstrategien und Taktiken „Project 2025“ entwirft, wie diese wirtschaftlichen Interessen gerahmt werden und wie/ob die Bedürfnisse führender Kapitalfraktionen in ein „nationales Interesse“ überführt werden und wie Widersprüche zwischen konkurrierenden Kapitalfraktionen aufgelöst werden sollen. Anschließend soll untersucht werden, auf welche Weise subalterne gesellschaftliche Gruppen durch moralisch-ideologische oder ökonomische Zugeständnisse in das Hegemonieprojekt eingebunden werden. Abschließend wird analysiert, wie dem „Project 2025“ zufolge der US-Staat institutionell umgestaltet werden soll, um das konservative Hegemonieprojekt nach dem erneuten Wahlerfolg von Donald Trump zu einem tatsächlich hegemonialen Projekt zu konsolidieren. Die Erkenntnisse der jeweiligen Kapitel sollen außerdem mit Rückbezügen zur im Kapitel 4 erarbeiteten Kapitalallianz hinter Donald Trump und dem „Project 2025“ verzahnt werden, um deutlich zu machen, *wessen* Interessen *wie* universalisiert werden sollen und *wie* diese auf dem Terrain des Staates hegemonial werden sollen.

Die empirischen Kapitel orientieren sich dabei an der Leitlinie, nicht *a priori* von einer inneren Konsistenz des Hegemonieprojekts auszugehen, stattdessen sollen Kontingenzen, Wiedersprüche oder gar Unvereinbarkeiten innerhalb des Hegemonieprojekts sichtbar gemacht und analysiert werden - dies gilt sowohl für die beteiligten Kapitalfraktionen als auch für die Dimensionen Akkumulationsstrategie - Einbindung subalterner Akteur*innen - Bezug auf die strukturellen Selektivitäten. Der Dreiklang Akkumulationsstrategie - Einbindung subalterner Akteur*innen - strukturelle Selektivitäten leitet zwar die Untersuchung, stellt aber lediglich eine analytische Heuristik zur empirischen Analyse dar, in den einzelnen Kapiteln lassen sich Rückbezüge oder Vorgriffe nicht vermeiden, stattdessen machen diese den Zusammenhang zwischen materiellen Interessen, kulturell-ideologischen Zugeständnissen und institutionellen Verdichtungen umso mehr deutlich.

Zur Analyse des „Mandate for Leadership“ als Dokument selbst soll eine qualitative Inhaltsanalyse nach Gläser & Laudel (2010) durchgeführt werden. Gläser & Laudel verstehen

die qualitative Inhaltsanalyse als ein offenes Erkenntnisverfahren zur prozessorientierten und interpretativen Analyse von komplexem, kontextgebundenem Material. Im Zentrum der Methode steht die Kategorienbildung, diese kann deduktiv (aus bestehenden Theorien oder Forschungsfragen abgeleitet) oder induktiv (aus dem Material selbst heraus) erfolgen. Dies ist insbesondere für die Analyse eines umfangreichen strategischen Dokuments wie des „Project 2025“ vorteilhaft, da es die notwendige Flexibilität bietet, die vielschichtigen Mechanismen zur Artikulation der Interessen der nationalen Kapitalfraktionen, der Konsensbildung und der angestrebten Disziplinierung des amerikanischen Staates iterativ zu entschlüsseln.

Das 920 Seiten umfassende „Mandate for Leadership“ *2025: The Conservative Promise* der *Heritage Foundation* soll hierfür auf sinnvolle Analyseeinheiten reduziert werden. Das Dokument ist modular nach Politikfeldern aufgebaut und enthält in Form der einzelnen Kapitel abgeschlossene argumentative Einheiten, die sich als separierte Einheiten eignen. Das Dokument wurde dabei nach der ihm eingeschriebenen Akkumulationsstrategie, dem Modus der Einbindung subalterner Akteur*innen sowie seinem immanenten Bezug auf die strukturellen Selektivitäten des amerikanischen Staates befragt.

**Folgende Kapitel des „Mandate for Leadership“ wurden nach Abschluss des zirkulären, iterativen Forschungsprozesses für die maßgeblichen Kapitel dieser Arbeit herangezogen:**

<u>Akkumulationsstrategie</u>

- Vorwort: A promise to America
- Kapitel 4: Department of Defense
- Kapitel 6: Department of State
- Kapitel 12: Department of Energy and Related Commissions
- Kapitel 13: Environmental Protection Agency
- Kapitel 18: Department of Labour and Related Agencies
- Kapitel 21: Department of Commerce
- Kapitel 22: Department of the Treasury
- Kapitel 26: Trade
- Kapitel 27: Financial Regulatory Agencies

<u>Einbindung subalterner Akteur*innen</u>

- Vorwort: A promise to America.
- Kapitel 5: Department of Homeland Security
- Kapitel 11: Department of Education
- Kapitel 14: Department of Health and Human Services

- Kapitel 18: Department of Labour and Related Agencies

Bezug auf strukturelle Selektivitäten

- Vorwort: A promise to America
- Kapitel 1: White House Office
- Kapitel 2: Executive Office of the President of the United States
- Kapitel 3: Central Personnel Agencies: Managing the Bureaucracy

**Aus diesen Kapiteln wurden anschließend jeweils geeignete Textstellen zur Analyse extrahiert, induktiv wurden zudem weitere, untergeordnete Analysekategorien gebildet:**

Akkumulationsstrategie

- Fossile Re-Industrialisierung
- Militarisierte Re-Industrialisierung
- Außenwirtschafts- und handelspolitische Taktiken
- Deregulierung

Einbindung subalterner Akteur*innen

- Feindbildproduktion
- libertär-religiöse Bildungspolitik
- Marginalisierung nicht-binärer Geschlechtsidentitäten
- Repressive Migrationspolitik

Bezug auf strukturelle Selektivitäten

- Politisierte Personalpolitik
- Zentralisierung der politischen Macht beim Präsidenten

Die Befragung des „Mandate for Leadership“ entlang dieser Analysekategorien strukturiert das methodische Vorgehen in den empirischen Kapiteln 7 bis 9, Kapitel 6 greift auf Primärquellen zur Finanzierung von Donald Trump (zwischen 2016 und 2025) sowie der *Heritage Foundation* zurück und kontextualisiert diese mithilfe geeigneter Sekundärquellen. Das folgende Kapitel situiert das Hegemonieprojekt innerhalb seiner historischen Struktur - der organischen Krise des Neoliberalismus.

## 5. Kontext: Organische Krise der neoliberalen Globalisierung?

Dieses Kapitel soll dazu dienen, das „Project 2025“ umfassend kontextuell einzubetten. Gewissermaßen soll die historische Struktur erarbeitet werden, welche das Handeln der maßgeblichen Akteur*innen diszipliniert und damit als Möglichkeitsrahmen für die Kondensation von divergierenden Kapitalinteressen zum Hegemonieprojekt „Project 2025“ fungiert. Kursorisch führt dieses Kapitel in die Charakteristika des amerikanischen Kapitalismus ein und zeichnet anschließend dessen zentrale historische Rekonfigurationen konzise nach. Vom umfassenden Klassenkompromiss der „New Deal-Synthesis“ (van der Pijl 2012 [1984]), über die minimale Hegemonie (Cafruny 1990) der neoliberalen Globalisierung ab 1979 soll im letzten Abschnitt zuletzt die organische Krise des Neoliberalismus, induziert durch Finanzkrise, COVID-19-Pandemie und die zunehmende innenpolitische Polarisierung herausgearbeitet werden. Daneben soll ebenfalls die organische Krise der neoliberalen Globalisierung - maßgeblich verursacht durch den durch sie selbst hervorgebrachten Aufstieg Chinas als rivalisierendes Akkumulationszentrum - sowie der Herausbildung einer abgehängten, weißen Arbeiter*innenklasse als Möglichkeitsfenster für ein rechtes Hegemonieprojekt positioniert werden. Daneben zeichnet dieses Kontextkapitel entlang der historischen Einbettung die Herausbildung des *policy planning networks* bis zu dessen Ruptur während Trump I nach und widmet sich damit nicht nur der „Makropolitik“, sondern fragt nach den vorherrschenden Klassenverhältnissen während der einzelnen historischen Perioden.

### 5.1. Anatomie des amerikanischen Kapitalismus, Aufstieg zur Weltmacht und „New Deal-Synthese“ (van der Pijl 2012 [1984])

In ihrem Standardwerk *The Making of Global Capitalism: The Political Economy of American Empire* sezierten Gindin & Panitch (2012) den amerikanischen Kapitalismus, sie kommen zu dem Schluss, dass dessen scheinbar immerwährende Vorherrschaft in seiner spezifischen Anatomie begründet liegt: (1) die Wettbewerbsfähigkeit seiner auf dem Weltmarkt agierenden, dynamischen Unternehmen, (2) der aktive Staat zur Unterstützung der Kapitalakkumulation im Inneren (3) die Internationalisierung des amerikanischen Staates durch unilaterale Zwangsmittel und internationale Institutionen (Gindin & Panitch 2012: Kapitel 1). Diese strukturellen Merkmale des amerikanischen Kapitalismus bildeten sich über das „lange 19. Jahrhundert“ hinweg aus. Der amerikanische Kapitalismus entwickelte sich durch eine einzigartige Kombination aus intensiver technologischer Innovation einerseits und umfassender Expansion in neue Territorien und Märkte andererseits (ebd.: 26ff.). Es entstand zunächst eine auf Agrarindustrialisierung und kapitalintensiver Industrieproduktion fußende Wirtschaftsweise, im späten 19. Jahrhundert kam es dann zu einer raschen Konzentration des

Kapitals, zum Aufstieg großer Unternehmen und zur Entstehung eines dynamischen, dezentralisierten Finanzsystems (ebd.). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die USA weltweit zur führenden Industrie- und Finanzmacht aufgestiegen (ebd.: 42ff.).

Die USA exportierten aber nicht nur Industrie- und Agrargüter, sondern auch die der eigenen Entwicklung zugrunde liegende amerikanische Spielart des Kapitalismus, welche auf dem Aufstieg global kompetitiver, privater Unternehmen, sich wechselseitig bedingender Massenproduktion- und Nachfrage sowie hohen Produktivitätszuwächsen basierte (Gindin & Panitch 2012: 26-31). Durch die Entstehung der *Federal Reserve* 1913 verschmolz der exekutive Staatsapparat zunehmend mit dem Finanzsektor, als die Vereinigten Staaten sich während des ersten Weltkriegs global von einer Schuldner- zu einer Gläubigernation wandelten, begann New York, London als Dreh- und Angelpunkt der Weltwirtschaft abzulösen (Gindin & Panitch 2012: 35-43).

Die seit 1823 bestehende Monroe-Doktrin begründete eine zunehmend interventionistische Rolle in Lateinamerika zugunsten führender amerikanischer Kapitalfraktionen, die sogenannten „Open Door Notes“ von 1899 begründeten dann den Anspruch der USA, in einem liberalen Handelssystem durch seine überlegenen industriellen Fertigungskapazitäten sukzessive Marktanteile zu erobern (van Appeldoorn & de Graaf 2015: 40f.). Zunächst sicherten sich die USA im frühen 20. Jahrhundert Marktzugang in Ostasien und Lateinamerika, doch die „Open Door policy“ (Gindin & Panitch 2012) war von Anfang an als zu universalisierende politische Maxime konzipiert, deren Prinzipien auf die ganze Welt Anwendung finden sollten. Der Expansionismus der USA nahm in der Folge eine explizit universalistische ideologische Form an: die wilson’sche Maxime “make the world safe for democracy” verknüpfte die kapitalistische Akkumulation explizit mit liberalen, internationalistischen Idealen (van Appeldoorn & de Graaf 2015: 42). In den Zwischenkriegsjahren setzten republikanische Regierungen, die eng mit Finanz- und Unternehmereliten verwoben waren zunächst die Förderung einer liberalen Ordnung in der Finanz- und Handelspolitik fort, die Weltwirtschaftskrise von 1929 induzierte dann aber eine umfassende Rekonfiguration des amerikanischen Kapitalismus (ebd.: 43).

Zur Stabilisierung der Kapitalakkumulation zielte der *New Deal*-Interventionismus auf eine sich wechselseitig bedingende Ausweitung von Massenproduktion und Massenkonsum ab: die tayloristische Produktionsorganisation ermöglichte durch enorme Produktivitätssteigerungen die Massenproduktion von Konsumgütern, Vollbeschäftigung und Reallohnsteigerungen stabilisierten die Akkumulationsstrategie nachfrageseitig, dieser Engelskreis ermöglichte bis Anfang der 1970er Jahre enorme Wachstumsraten (Bieling 2011b: 90). Der *New Deal* basierte auf einem Klassenkompromiss zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, weiter

wurde der Finanzsektor den Bedürfnissen der Industrieproduktion sowie den Erfordernissen der emergenten fordistischen Gesellschaftsordnung untergeordnet (van der Pijl 2012 [1984]: 76ff.). Die soziale Grundlage dieser Akkumulationsstrategie ist in einer aufstrebenden, transnational orientierten Unternehmerelite zu verorten, die sich um kapitalintensive Industrien und das transnationale Finanzkapital formierte und sich zunehmend gegen protektionistische Interessen durchsetzte (van Appeldoorn & de Graaf 2015: 45f.).

Ursprünglich auf die Absorbierung überschüssigen Kapitals im Inland ausgerichtet, wurde der New Deal bald internationalisiert, da die politischen Entscheidungsträger zu dem Schluss kamen, dass die Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung und damit einhergehender kapitalistischer Stabilität langfristig nur durch den Zugang zu globalen Märkten sichergestellt werden könne (van Appeldoorn & de Graaf 2015: 46). Das Bretton-Woods-System verankerte den Dollar nachhaltig als Weltreservewährung und führte zur Gründung des Internationalen Währungsfonds und der späteren Weltbank (Helleiner 2017: 202-204).

Die schrittweise Liberalisierung der US-Außenwirtschaftspolitik wurde von einem breiten Konsens unter den Funktionseliten getragen: Regierungen, Banken, Großkonzerne und Medien sowie die wirtschaftswissenschaftlichen Expert*innen als organische Intellektuelle stützten das Hegemonieprojekt ab (vgl. Scherrer 1999: 17ff.). Zunächst gelang es, die Öffnung zum Weltmarkt als ein politisches Projekt zu formulieren, in dem auch subalterne Akteur*innen ihre Interessen widergespiegelt sahen, doch „seit den frühen sechziger Jahren ist die liberale Außenwirtschaftspolitik zudem durch die Diskrepanz zwischen den in sie gesetzten Erwartungen und den tatsächlichen Ereignissen wiederholt in Frage gestellt worden: Zahlungsbilanzkrise, Handelsbilanzdefizite, devisenmarktliche Einschränkungen der wirtschaftspolitischen Autonomie und Wettbewerbskrise der Hochtechnologie-Industrien“ (Scherrer 1999: 15). Der Antikommunismus diente nach dem zweiten Weltkrieg als integratives Moment der Freihandelskoalition: über den Weltmarkt vermittelt sollten Lohnabhängige in eine fordistische Arbeitsteilung integriert werden, zunehmend wurde die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt jedoch zum Vorwand, um Ansprüche der Lohnabhängigen zurückzuweisen (ebd.: 17). Wie Scherrer aufzeigt, stützt sich die liberale Außenhandelspolitik seitdem nur auf einen Elitenkonsens, die Mehrheit der Amerikaner*innen ist seit jeher geprägt durch eine protektionistische Grundhaltung (Scherrer 1999: 98).

Diese Periode markierte auch die Herausbildung des *policy planning networks* sowie des Drehtüreffekts als Strukturmerkmal amerikanischer Politikgestaltung. Im frühen 20. Jahrhundert, im „golden age of think-tanks" (Abelson 2014) wurden führende amerikanischer Politikforschungsinstitute wie das Carnegie Endowment for International Peace (1910), die

Rockefeller Foundation (1913), die Brookings Institution (1916), die Hoover Institution (1919) und der Council on Foreign Relations (1921) mit dem Ziel, Expertenwissen zur Bewältigung nationaler und internationaler Herausforderungen zu nutzen, ins Leben gerufen (Abelson 2014: 132f.). Diese Institutionen etablierten sich in kürzester Zeit als einflussreiche Akteur*innen in der Außenpolitikberatung sowie zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung - in der Tat wirkten die Denkfabriken alsbald auf die Ablösung Großbritanniens als Hegemon hin (Parmar 2015: 6).

In diesen elitären Foren im integralen Staat - an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Staat - wurde zudem die Internationalisierung des *New Deals* maßgeblich vorbereitet. Rockefeller- und Carnegie-Stiftungen zielten auf die Untergrabung des Isolationismus und die Förderung einer liberal-internationalistischen politischen Kultur ab und etablierten hierfür ein gegenhegemoniales Netzwerk: aus jenen elitären Politikberatungs- und Planungsforen entstand die erste Iteration des *policy planning networks* (Parmar 2015: Kapitel 3). Während des Fordismus expandierte das *policy planning network* dann, es bestand nicht länger ausschließlich aus den philanthropischen Stiftungen, stattdessen wurden American Enterprise Institute (1943), RAND Corporation (1948), Foreign Policy Research Institute (1955), Hudson Institute (1961), Center for Strategic and International Studies (1962), Institute for Policy Studies (1963) gegründet, sie dienten zunehmend der Verdichtung von Klasseninteressen (zumeist gegen eine Ausweitung des New Deals) sowie der Profilierung von aufstrebenden Experten für Positionen in der amerikanischen Exekutive (Abelson 2014: 134, Medvetz 2012: Kapitel 2).

### 5.2. Neoliberalismus als Krisenbearbeitungsstrategie und informelles Herrschaftsinstrument

Der durch hohe Militär- und Sozialausgaben verursachte Inflationsdruck im Inland führte in Verbindung mit einem massiven Kapitalabfluss zu einem rapide steigenden Zahlungsbilanzdefizit, dadurch genährte Zweifel an der Wertstabilität des Dollars führten zu einem zunehmenden Spekulationsdruck - Goldbindung und feste Wechselkurse waren nicht mehr aufrechtzuerhalten, 1971 gab die Nixon-Administration den Goldstandard auf (Helleiner 2017: 211f.). Dazu trat 1973 bis 1975 die Ölpreiskrise; von der OPEC veranlasste Preisspitzen und gedrosselte Produktionsmengen vervierfachten den Ölpreis, verschärften inflationäre Tendenzen und markierten eine tiefe Zäsur - diese Krise kapitalistischer Überakkumulation besiegelte das Ende der keynesianischen Globalsteuerung und läutete die Ära des Neoliberalismus ein (vgl. van Appeldoorn & de Graaf 2015: 51-52). Der Fordismus zerbrach in den USA damit an seinen eigenen Widersprüchen, aber auch an der zunehmenden

Unvereinbarkeit innenpolitischer Verpflichtungen mit den imperialen Ambitionen der amerikanischen Nachkriegsadministrationen (Gindin & Panitch 2012: 128-132).

Viele weiße Arbeiter*innen litten unter der zunehmenden Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt, die industrielle Wiederauferstehung Deutschlands und Japans sowie der Aufholprozess ost- und südostasiatischer „Tigerstaaten" führten zu einer schleichenden Deindustrialisierung, der daraus resultierende - reale oder befürchtete - soziale Abstieg war Wasser auf den Mühlen populistischer, gegen das angebliche „Big Government" gerichtete Bewegungen (Mayer 2024b). Ronald Reagan schlug daraus Kapital: seine Wahl zum Präsidenten 1981 markierte die endgültige Wiederauferstehung des amerikanischen Konservatismus, das strategische politische Bündnis aus Unternehmereliten und der populären Bewegung um desillusionierte weiße Südstaaten- und Vorstadtamerikaner*innen stützte sich auf eine neokonservative Synthese von Libertarismus, Sozialkonservativismus und militantem Antikommunismus (Himmelstein 1990). Diese ungleiche Koalition der Neuen Rechten konstituierte sich aus weißen Evangelikalen (*Moral Majority*-Bewegung) und wirtschaftsliberalen Eliten aus der Rüstungsindustrie, dem fossilen Kapital und *Old Money*-Familiendynastien, diese stützte fast 40 Jahre lang die Wahlerfolge der Republikaner elektoral ab; ihnen galt der Leitsatz „Die Regierung ist nicht die Lösung unseres Problems, sie ist das Problem" (Mayer 2024b).

Der Neoliberalismus ging im Äußeren einher mit dem „neuen Imperialismus" (Harvey 2003): die Überakkumulationskrise nach der Ölpreiskrise sollte unter anderem durch den Export von überschüssigem Kapital in die Peripherie aufgelöst werden, in einem *petrodollar*-Kapitalkreislauf verschmolzen fossile Renten mit dem amerikanischen Kapitalmarkt und den Investitionstätigkeiten des transnationalen Kapitals im Globalen Süden (Hannieh 2023: 62ff.). Die Bretton-Woods Institutionen, flankiert durch die militärische Macht der USA, stellten durch forcierte Marktöffnungen die Konditionen für die Expansion des amerikanischen transnationalen Kapitals her (Harvey 2003: 181). Die durch den Volcker-Schock ausgelöste Schuldenkrise in Mexiko (1982) wurde dazu genutzt, Mexiko ein Strukturanpassungsprogramm aufzuzwingen: Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung veränderten nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Kurs Mexikos, sondern festigten das neoliberale Paradigma und nährten die Autorität der internationalen Finanzinstitutionen weiter (Williams & O'Brien 2019: 274f.). Der „disciplinary neoliberalism" (Gill 1995) markierte eine neue Qualität der Internationalisierung des amerikanischen Staates: globale Finanzmärkte und internationale Institutionen erzwingen marktfreundliche Politiken, die „transnationale Rechts- und Regulierungsstaatlichkeit" (Bieling 2013: 192) legt

verbindliche Grenzen für finanz- und industriepolitische Maßnahmen von Staaten fest, staatliche Apparate wurden umkonfiguriert, um die formale Trennung von Ökonomie und Politik sowie von Staat und Zivilgesellschaft fortzuschreiben und den Staat den hegemonialen Akteur*innen des Neoliberalismus, dem Finanzkapital und den transnationalen Konzernen, Untertan zu machen (Gill 2014: 37ff.).

Die Gründung der Welthandelsorganisation im Jahr 1995 markierte eine internationale Verallgemeinerung dieser neoliberalen Praktiken: die WTO wurde zu einer nahezu universellen Organisation, außerdem wurde der Anwendungsbereich des internationalen Handelsregimes deutlich ausgeweitet, indem neben der Ausweitung des Warenhandels auch die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs sowie die handelspolitische Verrechtlichung geistigen Eigentums vorangetrieben wurde (Bieling 2011b: 122ff.). Auch der postsowjetische Raum sowie Südostasien wurden zunehmend von transnationalem Kapital erschlossen, wobei die Asienkrise (1997) sowie die Russlandkrise (1998-1999) die Grenzen neoliberaler „one size fits all"-Strukturanpassungsprogramme offenbarte (Stiglitz 2003: 89ff., 133ff.). Die Phase der beschleunigten kapitalistischen Globalisierung nach dem Ende des kalten Krieges war geprägt von einer massiven Expansion der globalen Finanzwirtschaft sowie einer neuen globalen Arbeitsteilung, die durch integrierte Produktionsnetzwerke erleichtert wurde: In dieser Phase wuchsen Welthandel und ausländische Direktinvestitionen doppelt so schnell wie die globale Wertschöpfung, dabei blieben amerikanische Finanz- und Technologieunternehmen Dreh- und Angelpunkt der Weltwirtschaft (Gindin & Panitch 2012: 283ff.).

Der WTO-Beitritt 2001 schrieb die irreversible Integration Chinas in den Kreislauf des globalen Kapitalismus fest, er beschleunigte die Transformation des Landes zu einer führenden Exportnation durch den Transfer von Technologie, Wissen und den massiven Zustrom ausländischer Direktinvestitionen (Gindin & Panitch 2012: 292ff.). Die sukzessive Marktliberalisierung führte im Inland durch die industrielle Modernisierung zu signifikantem Wirtschaftswachstum; die strukturelle Unterbewertung des Renminbi in Verbund mit dem extravertierten Akkumulationsregime führte zu enormen Außenhandelsüberschüssen und zur Anhäufung massiver Dollarreserven, perpetuierte aber auch die Abhängigkeit von den US-Verbrauchermärkten - die Interdependenz zwischen den USA und China führte zur Herausbildung einer zeitweise fruchtbaren, jedoch volatilen Wirtschaftsbeziehung (ebd.). China fungierte zunächst primär als verlängerte Werkbank der USA: Konzerne eigneten sich einen Großteil der Wertschöpfung an, Konsumenten profitierten von niedrigen Preisen, der chinesische Binnenmarkt wurde außerdem zu einem wichtigen Absatzmarkt für US-Technologiekonzerne, schließlich profitierte das Finanzkapital von niedrigen Zinsen, da China

seine hohen Handelsbilanzüberschüsse vornehmlich in US-Staatsanleihen investierte (Scherrer 2019: 40ff.). China begann jedoch in der Folge, durch eine koordinierte Industriepolitik - in Missachtung der neoliberalen Spielregeln - den technologischen Anschluss an die USA herzustellen, der inländische Wertschöpfungsanteil an den chinesischen Exporten stieg ebenso wie der chinesische Anteil an der globalen Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe: aus der Werkbank der Welt stieg ein staatskapitalistischer Konkurrent empor, der die Rolle der USA als globale Hegemonialmacht herausfordert (ebd.).

Mit dem Ende des Kalten Krieges entfiel das zentrale geopolitische Argument zur Begründung wirtschaftlicher Liberalisierungsmaßnahmen, außerdem verlor der Antikommunismus seine ideologische Kohäsionskraft: das *Global Justice Movement* war Symptom einer wachsenden Globalisierungsskepsis - Scherrer (1999) dokumentiert eine zunehmende Aktivierung der zuvor passivierten Ablehnung des Freihandels vonseiten des amerikanischen Elektorats. In den 1990er-Jahren formierte sich folglich gegen die neoliberale Globalisierung eine rechtspopulistische Opposition: diese kanalisierte ihre pauschale Ablehnung der Freihandelspolitik sowie ihr allgemeines Misstrauen gegenüber der Exekutive in xenophobe, rassistische und verschwörungsideologische Bahnen (Mayer 2024b). Nach dem Terroranschlag 2001 gelang es dieser populistischen Rechten, ihre Kritik an der Unterminierung von Arbeitsrecht, Umweltstandards, dem Verlust nationaler Souveränität sowie der schwelenden De-Industrialisierung als unmittelbare Auswirkungen des neoliberalen Freihandelsregimes stärker im öffentlichen Diskurs sichtbar zu machen (ebd.).

National wie international nahm nach dem *New Deal* das *policy planning network* enorm Einfluss auf diese Rekonfiguration der amerikanischen Hegemonie: die *Trilateral Commission* (1973) stellte das Personal der Carter-Administration zu maßgeblichen Anteilen, international diente sie der Verdichtung transatlantischer Kapitalinteressen zu einem neoliberalen, hegemonialen Block (Gill 1991). 1973 wurde zudem die *Heritage Foundation* gegründet: diese fokussierte sich weniger auf akademisch hochwertige Produktionen, sondern schnitt Publikationen auf den Erwartungshorizont konservativer Kongressabgeordneter zu, dadurch veränderte sich das Wesen amerikanischer Denkfabriken nachhaltig; von intellektuell eher unabhängigen Kaderschmieden wurden sie zum festen Bestandteil des *revolving door* (Medvetz 2012: Kapitel 3). Die *Heritage Foundation* und das American Enterprise Institute verankerten zudem reaktionäre Weltanschauungen tief in der öffentlichen Meinung, die erste Ausgabe des „Mandate for Leadership“ wurde für die Reagan-Administration handlungsleitend - es entstand ein konkurrierendes neokonservatives *policy planning network,* wodurch sich die

amerikanische Politik auf Sicht zusehends veränderte (Himmelstein 1990: 50f., Medvetz 2012: Kapitel 3).

Nach der tief polarisierten Reagan-Ära näherten sich die Demokraten und die Republikaner politisch zunächst wieder an, das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) schien ohnehin die ideelle Vorherrschaft des (neo-)liberalen Kapitalismus zu naturalisieren, der „unipolare Moment“ (Krauthammer 1990) zementierte die materielle Dominanz der USA vorerst. Die Präsidentschaften H.W. Bush, Clinton und G.W. Bush wurden daher geprägt durch ein konsolidiertes, nahezu parteiübergreifendes *policy planning network*, welches maßgeblich vom *Council on Foreign Relations*, der *Trilateral Commission*, der *Bilderberg Group*, dem *Aspen Institute* und dem *Atlantic Council* dominiert wurde - diese Institutionen fungierten als zentrale Schnittstelle zwischen dem *corporate sector* (vorrangig Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor) und dem Staat (van Appeldoorn & de Graaf 2015: Kapitel 4). Dieses Netzwerk reproduzierte durch ihren intellektuellen Output das neoliberale Projekt und fungierte öffentlichkeitswirksam als dessen organischer Intellektueller, die tiefgreifenden personellen Verflechtungen zwischen den politischen Planungsgremien und dem transnational orientierten Kapital stabilisierten den Neoliberalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert weiter (ebd.: Kapitel 4 & 5). Trotz der Finanzkrise rekrutierte die Obama-Administration vorrangig aus dem transnationalen Finanzsektor, das *policy planning network* bestand erneut überwiegend aus den organischen Intellektuellen der neoliberalen Globalisierung (van Appeldoorn & de Graaf 2015: 191ff.). Die erste Trump-Administration koppelte sich dann aber fast vollends von etablierten transnationalen Elitenetzwerken ab - dies wird im folgenden Kapitel vertieft diskutiert.

### 5.3. Totgesagte leben länger? Organische Krise des Neoliberalismus

Jahrzehnte der neoliberalen Restrukturierung, angefangen mit der monetaristischen Wende der *Federal Reserve*, über die Deregulierungsagenda der Reagan-Administration bis hin zu deren Appropriation durch die Clinton-Demokraten führten langfristig zu steigender Ungleichheit, sinkender Lohnentwicklung und zu einer zunehmenden Dominanz des Finanzsektors (Evans 2018: 91ff.). Augenscheinlich wies die amerikanische Wirtschaft in den Jahren vor 2007 bemerkenswerte makroökonomische Indikatoren auf: stetes Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Unternehmensgewinne und ansteigende Investitionen, dies war jedoch auf eine ephemere Immobilienblase zurückzuführen, die durch günstige Kredite und Finanzmarktinnovationen, etwa die zunehmende Finanzialisierung von Hypotheken, stimuliert wurde (Evans 2007: 132ff.). Durch die Zinssatzerhöhungen der *Federal Reserve* kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Hypothekenausfälle und dem Einbruch der Immobilienpreise, dies löste Panik im Interbankengeschäft aus und lähmte die globalen Kreditmärkte (Lapavitsas

2023: 57ff.). Die zentrale Stellung der amerikanischen Kapitalmärkte in der Weltwirtschaft führte zu einer raschen Ausbreitung der Krise über die amerikanischen Grenzen hinweg (ebd.). Eine ausgeprägte globale Depression konnte durch umfassende Rettungsmaßnahmen und Konjunkturprogramme des US-Staates verhindert werden (van Appeldoorn & Overbeek 2012: 1ff.). Diese Maßnahmen führten insgesamt jedoch lediglich zu einer Sozialisierung privater Verluste, ohne das Finanzsystem nach Jahrzehnten neoliberaler Finanzialisierung wieder politisch einzubetten (Gindin & Panitch 2012: 310ff.). Die Finanzkrise wurde bisweilen gar als Instrument zur weiteren Neoliberalisierung genutzt: durch aggressive Privatisierung und selbstverordnete Austerität stellte sich eine signifikante Umverteilung des Reichtums zugunsten der obersten Perzentile ein (Lapavitsas 2023: 63ff.).

Die Bankenkrise 2007/08 radikalisierte die rechtspopulistische Kritik am Neoliberalismus weiter, da massenhafte Arbeitsplatzverluste und Zwangsräumungen enteigneter Immobilienbesitzer als Folge elitärer Finanzialisierung wahrgenommen wurden: nachdem sowohl Demokraten als auch das republikanische Establishment die Rettungspakete für Banken und Unternehmen unterstützten, vertiefte sich die Kluft zwischen der elektoralen Basis und den Funktionseliten in beiden Parteien (Mayer 2024b). Es formierten sich links wie rechts des Establishments mit der *Tea Party* und *Occupy Wall Street* populäre Bewegungen. Die *Tea Party*-Bewegung bündelte antistaatliche, rassifizierte Affekte gegen die Obama-Administration, die Massenprotestbewegung wurde auch von konservativen Medien und milliardenschweren reaktionären Spender*innennetzwerken unterstützt (Mayer 2024b). *Occupy Wall Street* demonstrierte gegen Ungleichheit, Finanzialisierung, Polizeigewalt und extraktivistische Politik, konkrete Kämpfe richteten sich gegen Zwangsräumungen, fossile Projekte und prekäre Arbeitsbedingungen - sie bildete den Nukleus der elektoralen Unterstützung für Bernie Sanders 2016, dessen Kandidatur letztlich in den elitären Parteigremien der Demokraten verhindert wurde (ebd.).

Dennoch hatte sich der Neoliberalismus zunächst als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen: aus den Protestbewegungen kristallisierte sich vorerst kein kohärentes gegenhegemoniales politische Projekt heraus, durch den flexiblen Kriseninterventionismus konnte die Vormachtstellung des transnationalen Finanzkapitals gefestigt werden (van Appeldoorn & Overbeek 2012: 1ff.). Die Finanzkrise zeigte jedoch auch die strukturellen Grenzen des *Open Door* auf: die signifikanten Kosten der Kriege nach dem 11. September sowie die zunehmende Staatsverschuldung hatten die Fähigkeit der USA, ihre globale Hegemonie aufrecht zu erhalten, erheblich beeinträchtigt (van Appeldoorn/de Graaf 2012: 207ff.). Die Aufrechterhaltung des kostspieligen Imperiums brachte dieses an den Rand des

Zusammenbruchs, während die Aufgabe von imperialen Verpflichtungen die langfristigen kapitalistischen Interessen gefährden würde, für deren Erfüllung das Imperium in erster Linie aufgebaut wurde (Gindin & Panitch 2012). Darüber hinaus hatte die neoliberale Akkumulationsstrategie zum Aufstieg rivalisierender Akkumulationszentren in Ostasien und Europa geführt, die nun zunehmend die Vormachtstellung der USA zu untergraben drohten (van Appeldoorn/de Graaf 2012: 207ff.).

Die Kontinuität des *Open Door*s manifestierte sich in den TPP-, TTIP-, und TiSA-Handelsabkommen der Obama-Administration, welche die neoliberale Globalisierung konsolidieren, die regulatorische Hegemonie der Vereinigten Staaten aufrechterhalten und die geoökonomische Expansion Chinas eindämmen sollten (van Appeldoorn/de Graaf 2015: 213ff.). Der *Pivot to Asia* erfüllte in diesem Kontext eine Doppelrolle: Einerseits sollte die Integration Chinas in die liberal-kapitalistische Weltordnung vertieft werden, andererseits sollte der Emergenz eines rivalisierenden Akkumulationszentrums durch den Aufbau regionaler Governance-Strukturen und der Verlegung militärischer Kapazitäten in den Indo-Pazifik Rechnung getragen werden (ebd.: 221-224). Der *Pivot to Asia* der Obama-Administration war dabei zwar prinzipiell multilateral ausgelegt, er sah jedoch vor, China durch tiefe Handelsabkommen - ohne Chinas Beteiligung - außenpolitisch zunächst systematisch zu isolieren und dessen späteren Beitritt zur Freihandelszone an die endgültige Annahme der Spielregeln der neoliberalen Globalisierung zu koppeln (Scherrer 2019: 35ff.).

Die Obama-Administration priorisierte die Wiederbelebung des Wachstums innerhalb des neoliberalen Paradigmas, vermied aber insgesamt eine substanzielle Adressierung struktureller Dysfunktionalitäten. Konsistent mit der neoliberalen Logik lag der Fokus primär auf der Stabilisierung der finanzmarktgetriebenen Akkumulationsstrategie durch eine Restitution des Vertrauens in den amerikanischen Finanzmarkt, durch selektive industriepolitische Eingriffe wurden Zugeständnisse an die Arbeiter*innenklasse mit dem Ziel der Steigerung der Exportquote verknüpft (Gindin & Panitch 2012: 318ff.). In der Tat stellte sich ab 2009 nominell eine langanhaltende Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs ein, doch die neoliberale Krisenbearbeitungsstrategie führte ein zentrales Paradoxon herbei: große Unternehmen nutzen ihre Profite nicht für produktive Reinvestitionen, sondern für Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe, wodurch sich ein hochgradig ungleiches Wirtschaftswachstum zugunsten der reichsten Amerikaner*innen einstellte (Evans 2018: 96ff.). Trotz ausbleibender Produktivitätssteigerungen führte die expansive Geldpolitik mittelbar durch steigende Börsenkurse zu einer Stabilisierung großer Unternehmen, während Reallöhne, Lohnquote und

Konsumneigung der Arbeiter*innen sich nach 2008 aggregiert im Sinkflug befanden (Lapavitsas 2023: 60ff.).

Mittelfristig wurde dadurch die politische Legitimität der gesellschaftlichen Ordnung irreparabel beschädigt: der progressive Neoliberalismus konnte seine antiegalitäre Verteilungspolitik nicht länger durch eine vorgeschobene, inklusive Rhetorik maskieren (Fraser 2019). Weite Teile des amerikanischen Elektorats verloren das Vertrauen in das liberale Establishment, diese Enttäuschung spitzte sich 2016 zu einem Zweikampf zwischen dem progressiven Populismus des Bernie Sanders und dem letztlich siegreichen reaktionären Populismus des Donald Trump zu (ebd.). Trumps Wahlsieg beruhte auf der Mobilisierung weißer Arbeiter*innen in Regionen, die von Deindustrialisierung, stagnierenden Löhnen und ethnischen Veränderungen geprägt waren (Evans 2018). Donald Trump mobilisierte eine konservative Gegenreaktion gegen die Erfolge progressiv-liberaler Bewegungen wie Feminismus, Antirassismus und LGBTQIA+-Rechte (Huke 2019: 631ff.). Der autoritäre Populismus markierte paradoxerweise auch den Versuch eines Teils des Bürgertums, das Kräftegleichgewicht in einer Phase der Repräsentationskrise zu ihren Gunsten zu verändern, ohne materielle Kompromisse eingehen zu müssen (Demirovic 2018: 29ff.).

Trump versprach seinem *MAGA*-Elektorat wörtlich, den Sumpf - das liberale Establishment - trocken zu legen. Tatsächlich jedoch verfolgte er jedoch eine inkohärente Wirtschaftspolitik, die den wohlhabendsten Schichten um die großen amerikanischen Unternehmen zugutekam: er sorgte für deren steuerliche Entlastung, deregulierte Großkonzerne sowie den Finanzsektor und schwächte die sozialen Sicherungssysteme (Evans 2018: 92ff.). Die erste Amtszeit von Donald Trump hatte also nicht das Ende des Neoliberalismus eingeleitet, sondern markierte dessen extreme Zuspitzung: besonders die Interventionen während der COVID-19-Pandemie vertieften die Verwerfungen der neoliberalen Finanzialisierung (Evans 2021). Die Arbeitslosigkeit stieg 2020 zwischenzeitlich auf 14,8%, wobei Frauen, ethnische Minderheiten und Geringqualifizierte weit überdurchschnittlich von der Massenarbeitslosigkeit betroffen waren (ebd.: 284ff.). Die Marktinterventionen während der Pandemie blieben einseitig, die *Federal Reserve* stabilisierte selbstverständlich als *Lender of Last Resort* die globalen Finanzmärkte, die Trump-Administration stützte Vermögensverwalter wie *BlackRock* oder *Vanguard* und Unternehmen wie *Boeing* und *American Airlines*, diese asymmetrischen Interventionen verteilten nach oben um und vertiefte die Prekarisierung Geringqualifizierter und ethnischer Minderheiten (ebd.: 287ff.). Die 660 amerikanischen Milliardär*innen konnten zwischen März 2020 bis Januar 2021 ihr Vermögen von kumuliert 2,9 Billionen Dollar auf

kumuliert 4,1 Billionen Dollar erhöhen, zu den größten Gewinner*innen gehörten führende Vertreter des Technologiekapitals (ebd.).

Die erste Trump-Administration markierte insgesamt auch einen Bruch mit dem *Open Door*: die bisherige Rolle der USA als globale Führungsmacht wurde ausdrücklich abgelehnt und durch einen doktrinären *America First*-Nationalismus ersetzt (van Appeldoorn et al. 2023: 109). Die Regierung ersetzte das bislang unverrückbare Bekenntnis zum Freihandel durch eine ungekannt protektionistische Politik: die Welthandelsorganisation wurde nicht mehr als Produkt der Extraversion der politischen Ordnung Amerikas anerkannt, sondern als externe Bedrohung der amerikanischen Souveränität rekonstruiert (ebd.: 116ff.). Das neue Hegemonieprojekt fokussierte sich auf einen neomerkantilistischen *economic nationalism*, der auf die Schaffung von Wohlstand im Inland durch die Revitalisierung der vernachlässigten amerikanischen produktiven Kapazitäten abzielte: Die Außenwirtschaftspolitik wurde in der Folge darauf ausgerichtet, den strukturellen Abfluss von Direktinvestitionen und die damit eng verknüpfte Abwanderung industrieller Fertigungskapazitäten aus den USA umzukehren (ebd.: 121ff.).

In der *Global Governance* vollzog die Trump I-Administration im Eiltempo eine Abkehr vom liberalen Internationalismus: Austritte aus dem Pariser Klimaabkommen, der Weltgesundheitsorganisation sowie ein zunehmend transaktionales Verhältnis zu ehemals engen Verbündeten in Europa und Ostasien vertiefen den Befund eines zunehmend unilateral agierenden amerikanischen Empires (van Appeldoorn et al. 2023: 107ff.). Auch die China-Politik war gezeichnet von einer Rückkehr der unilateralen Zwangsmittel: mit Strafzöllen und Sanktionen sollte China gezwungen werden, seine geächtete interventionistische Industriepolitik aufzugeben und seine Märkte weiter für das transnationale Finanzkapital zu öffnen (Scherrer 2019: 44f.). Der Aufstieg Chinas von der Werkstatt der Welt zum hegemonialen Konkurrenten durch eine staatlich gelenkte Industrie- und Technologiepolitik droht, durch Herausforderung dominanter amerikanischer *Lead Firms* die *conditio sine qua non* der amerikanischen Hegemonie aufzuheben, folglich findet das Ziel, den Chinas Aufstieg zur Weltmacht vereiteln trotz der voranschreitenden Polarisierung partei- und klassenübergreifende Zustimmung (Scherrer 2019: 40f.).

Mit einer Reihe von *Executive Orders* nahm Biden eine symbolische Abkehr von Trumps unilateralem Kurs vor: gleich zu Beginn seiner Amtszeit erfolgte der Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen sowie in die Weltgesundheitsorganisation sowie eine Kurswende in der nationalen Gesundheitspolitik, der mantraartig wiederholte Slogan „America is back“ sollte emblematisch den westlichen Verbündeten die Rückkehr der USA in ihre angestammte Rolle signalisieren (Evans 2021: 291ff.). Biden gab sich rhetorisch bewusst progressiv und versuchte,

mit einer expansiven Fiskalpolitik, bestehend aus Infrastrukturinvestitionen und einer grünen Industriepolitik die Konjunktur anzukurbeln, um die wirtschaftlichen Verwerfungen der Trump-Regierung zu überwinden (ebd.). Doch der Handlungsspielraum der Biden-Regierung wurde durch eine zunehmend radikalisierte republikanische Partei einerseits sowie andererseits durch die interne Spaltung der Demokraten in ein zentristisches und ein progressives Lager stark eingeschränkt (Mayer 2021b). Überhaupt werden amerikanische Regierungen zunehmend von der Hypothek der neoliberalen Jahrzehnte gehemmt: die USA sind spätestens nach 2008 - noch potenziert durch die Pandemie - geprägt von extremer gesellschaftlicher Ungleichheit, massiver politischer Polarisierung und zunehmender politischer Gewalt (Mayer 2021a).

Die Biden-Administration versuchte stellenweise, an die *Open Door*-Doktrin anzuknüpfen und verschrieb sich der Sicherung der Profitmöglichkeiten für das amerikanische Kapital und der Ausdehnung kapitalistischer Marktprinzipien - „‘capitalism first‘ - wie immer, nur anders“ (Scherrer 2021). Im Gegensatz zu Präsident Obama, dessen Versuch einer Einkreisung Chinas letztlich scheiterte, wollte Biden die Interessen der Lohnabhängigen besser vertreten; anders als Trump, der auf eine aggressive, unilaterale Konfrontation mit China setzte, wollte Biden traditionelle Verbündete miteinbeziehen und damit die angestammte Hegemonialstellung innerhalb des westlichen Bündnisses wiederherstellen (Scherrer 2021: 308). Finanz- und Industriekapital strebten nach freiem, grenzüberschreitendem Datenverkehr und Finanzfluss sowie dem verstärkten Schutz geistigen Eigentums, demokratische Gewerkschaften hingegen fokussieren ihre Forderungen auf den Erhalt von Industriearbeitsplätzen in den USA und fordern deren Schutz in Handelsabkommen ein (ebd.). Aufgelöst werden sollten diese widersprüchlichen Forderungen durch eine aktive Industrie- und Technologiepolitik, die auf die Förderung der heimischen produktiven Basis - zur Überwindung der chinesischen Herausforderung der Vormachtstellung der USA - abzielte (ebd.). Kernstück war der auf acht Jahre angelegte *Infrastructure Investment and Jobs Act*, welcher massive Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung und die produktiven Kapazitäten des verarbeitenden Gewerbes vorsah (ebd.: 310f.). Die Biden-Regierung führte damit Trumps protektionistische Industriepolitik mit grünem Antlitz weiter und setzte außerdem auch selektiv dessen Einfuhrzölle fort: er erhöhte Zölle auf Elektroautos und Autobatterien sogar gegen Ende seiner Amtszeit von 25 auf 100 Prozent, betroffen von etwas geringeren Zöllen waren außerdem „kritische“ Rohstoffe, Stahl, Aluminium und Solarpaneele (Mayer 2025).

Der neomerkantilistische *economic nationalism* war damit also keineswegs verschwunden: die „small yard, high fence“-Doktrin setzte die von Donald Trump eingeleitete Transformation der US-Hegemonie fort und vertiefte das Bestreben, China geopolitisch einzuhegen, schrieb aber

auch die zunehmende technologische Entkopplung von China fest. Die Biden-Administration agierte stellenweise ähnlich unilateral wie die vorherige Trump-Administration: China wurde vom Zugang zu den fortschrittlichsten, auf amerikanischer Technologie basierenden Chips abgeschnitten, selbst wenn diese von ausländischen Unternehmen hergestellt werden, auch der Verkauf von Maschinen, Vorprodukten, Software-Updates und anderen Dienstleistungen an Chinas Chiphersteller wurde verboten (Swanson & Wong 2022). Wichtige Verbündete zögerten, ihre Handelsbeziehungen mit China abzubrechen - die Biden-Regierung entwarf derweil unilateral die „small yard, high fence"-Doktrin, sie rahmte ihren *economic nationalism* in der Folge inklusiv als „Führungsstärke" innerhalb eines demokratischen, westlichen Bündnisses, welches sich gegen die hegemoniale, autokratische Herausforderung Chinas zur Wehr setzen müsse (ebd.). Biden griff damit gewissermaßen eine „Heuristik" von van der Pijl (2006) auf: die Auseinandersetzung mit China wurde zunehmend als existenzieller Kampf des kapitalistischen, lockeschen Kernlandes gegen den hobbesschen Herausfordererstaat überhöht (zitiert nach Scherrer 2023: 610).

Diese „geoökonomische Wende" (Babić et al. 2024) basiert auf dem Einsatz ökonomischer Machtmittel in der Handels-, Außenwirtschafts-, und Technologiepolitik, besonders in der Auseinandersetzung mit China ist längst ein Handels- und Technologiekrieg ausgebrochen, der *investment-screening, de-risking, de-coupling* und zunehmende Interventionen in strategische Sektoren wie Halbleiter und Chips umfasst (ebd.). Gewissermaßen muss von einem komplexen Revirement globaler Wirtschaftsbeziehungen, statt einer einfachen De-Globalisierung gesprochen werden: private ökonomische Profitinteressen werden zunehmend nationalen Interessen untergeordnet, wobei sich das Verhältnis zwischen führenden Kapitalfraktionen und den Nationalstaaten derzeit in einem Aushandlungsprozess befindet (ebd.: 6ff.). Die durch Trumps *economic nationalism* induzierte Abkehr vom *Open Door* stellt damit keine bloß temporäre Aberration dar, sondern prägte auch die Amtszeit von Joe Biden - vieles spricht dafür, dass sich damit allmählich eine neue Akkumulationsstrategie herausbildet, in der „Sicherheit" neoliberale Effizienzargumente schlägt, das Primat absoluter Gewinne zurückkehrt und national orientierte Kapitalfraktionen an Boden gegenüber dem transnationalen Kapital aus Technologie- und Finanzindustrie gewinnen (Roberts et al. 2019).

### 5.4. Zwischenfazit: Krise der neoliberalen Globalisierung als Ausgangspunkt des „Project 2025"

Das Hegemonieprojekt der neoliberalen Globalisierung war damit am Vorabend der Ära Trump II damit *de facto* an seinen eigenen Widersprüchen gescheitert. Der Neoliberalismus versprach über den *trickle-down*-Effekt Wohlstand durch Marktliberalisierung, die finanzmarktgetriebene

Akkumulationsstrategie offenbarte aber mit der Finanzkrise ihre strukturellen Dysfunktionalitäten. Die staatlichen Rettungsmaßnahmen unter Obama verschlimmerten dies gar: sie sozialisierten lediglich die privaten Verluste und leiteten eine signifikante Umverteilung zugunsten des obersten Perzentils ein, indem Unternehmensprofite durch selektive Interventionen stabilisiert wurden, während Reallöhne und Konsum stagnierten. Dadurch radikalisierte sich die Kritik an der neoliberalen Globalisierung: die libertär-nativistische *Tea Party*-Bewegung sowie die gegen die Finanzialisierung gerichtete *Occupy Wall Street*-Bewegung waren Ausdruck einer Entfremdung zwischen Elektorat und *Mainstream*-Politik - die politische Legitimität des liberalen Establishments war irreparabel beschädigt.

Das hegemoniale Projekt der neoliberalen Globalisierung verlor seine politische Kohäsion zunächst an der elektoralen Basis: die Legitimitätskrise kulminierte 2016 im Wahlsieg von Donald Trump, der die Missbilligung des „progressiven Neoliberalismus" (Fraser 2019) durch die weiße Arbeiter*innenschicht populistisch mobilisierte. Trumps Amtszeit markierte zunächst die extreme Zuspitzung des Neoliberalismus im Inneren, aber auch einen Bruch mit der Globalisierung im Äußeren: er setzte auf einen doktrinären *„America First"*-Nationalismus, der die Globalisierung als existenzielle Bedrohung nationaler Souveränität rahmte und einen neomerkantilistischen *economic nationalism* zur Revitalisierung der heimischen Produktivkapazitäten anstrebte.

Joe Bidens Amtszeit zeigt auf, dass aber auch der Elitenkonsens zur neoliberalen Globalisierung zunehmend erodiert: er bekannte sich zwar rhetorisch noch zum liberalen Internationalismus, behielt aber die Zölle der Trump-Administration selektiv bei und flankierte diese durch eine protektionistische Industriepolitik, welche durch massive Infrastrukturinvestitionen die grüne Modernisierung der industriellen Fertigungskapazitäten vorantreiben sollte. In der hegemonialen Auseinandersetzung heiligt der Zweck alle Mittel: das Ziel, den Aufstieg Chinas zur Weltmacht zu vereiteln findet partei- und klassenübergreifende Zustimmung, die Interessen herausgeforderter *Lead Firms* und des amerikanischen Staates verschmelzen zunehmend (Scherrer 2019: 40f.). Die „small yard, high fence"-Doktrin schrieb diese „geoökonomische Wende" (Babić et al. 2024) der neoliberalen Globalisierung fort: vieles deutet auf die Entstehung einer neuen Akkumulationsstrategie hin, in der das Primat der „nationalen Sicherheit" das Imperativ relativer Gewinne unter maximaler Marktfreiheit übertrumpft.

Vor diesem Hintergrund muss dann das im konservativen *policy planning network* entstandene „Project 2025" verstanden werden: wie diese Arbeit zeigen wird, ist „Project 2025" kein strikt gegenhegemoniales Projekt, sondern versucht, die Krise der neoliberalen Globalisierung im Sinne der führenden Kapitalfraktionen hinter Trump II zu bearbeiten. An diesem Punkt setzt

die empirische Analyse dieser Arbeit an. In einem ersten empirischen Kapitel soll die Herausbildung einer widersprüchlichen Allianz führender Kapitalfraktionen - inklusive ihrer personellen Netzwerke und finanziellen Knotenpunkte - herausgearbeitet werden, deren materielle Interessen tief im „Project 2025“ eingeschrieben sind. Die folgende Untersuchung zeigt nicht nur die Zusammensetzung der ökonomischen Koalition hinter Trump II auf, sondern zeigt zugleich, wie das konservative *policy planning network* deren ökonomische Interessen im „Project 2025“ zu einem nationalkonservativen Hegemonieprojekt verdichtet. Die empirische Analyse des Hegemonieprojekts selbst soll aufzeigen, wie auf die Krise der neoliberalen Globalisierung mit einem „two nations project“ geantwortet wird, im Rahmen dessen diese Arbeit (1) eine fossil-militarisierte Akkumulationsstrategie, (2) eine Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik als Modus der Einbindung subalterner Akteur*innen und (3) eine Konzentration der politischen Macht beim amerikanischen Präsidenten zur Hegemonialwerdung des Hegemonieprojekts ausmacht.

## 6. Die Koalition hinter Trump II: finanzielle und personelle Verknüpfungen zwischen Trump I, Project 2025 und *corporate america*

Dieses erste empirische Kapitel soll die Entstehung der ökonomischen Koalition hinter der Trump II-Administration nachzeichnen. Mithilfe von Primärdaten zur Wahlkampffinanzierung von *OpenSecrets* sowie weiteren Sekundärquellen soll nachvollzogen werden, wie sich hinter dem einstmaligen Außenseiter Donald Trump, der 2016 zunächst mit einer Koalition aus seiner *MAGA*-Basis sowie den „Lumpenkapitalisten" (Evans 2021) gewann, über 2020 bis zu seiner Wiederwahl 2024 eine widersprüchliche Koalition aus Finanz-, Industrie- und Technologiekapital formierte. Anschließend soll aufgezeigt werden, wie dies im Zusammenhang mit der *Heritage Foundation* steht, indem personelle Verflechtungen zwischen „Project 2025" sowie den beiden Trump-Administrationen und - wo möglich - *corporate america* aufgezeigt werden.

### 6.1. Die ökonomische Koalition hinter Trump I und Trump II

2016 war die Person Donald Trump selbst noch ein politischer Paria. Seine Nominierung wurde nahezu vom gesamten republikanischen Establishment abgelehnt, sowohl von aktuellen oder ehemaligen Amtsträgern als auch von den traditionellen republikanischen Wahlkampfspender*innen. Kritik entzündete sich an seinem Charakter, seinen unorthodoxen Positionen zur Wirtschaft und zur Außenpolitik sowie an seiner in Zweifel gezogenen Hingabe zum Sozialkonservatismus (Jacobson 2017: 11ff.). Trumps *hostile takeover* der Republikanischen Partei legte die Entfremdung des republikanischen Establishments mit dem wütenden Elektorat schonungslos offen (ebd.). Er widersetzte sich den Konventionen des Präsidentschaftswahlkampfs und setzte auf soziale Medien und Massenkundgebungen statt auf Fernsehwerbung, um seine *MAGA*-Anhänger zu begeistern; die Verachtung, die ihm vonseiten traditioneller Geldgeber entgegenschlug, zwang ihn dazu, seinen Wahlkampf vorrangig aus Eigenmitteln und kleinen Spenden der *MAGA*-Basis zu bestreiten (Martin & Burns 2016).Noch erstaunlicher als seine Wahl zum Präsidenten entgegen dem Willen des Republikanischen Establishments war die rücksichtslose Säuberung der Republikanischen Partei in den folgenden Jahren: trotz Widerstand der Bush-Dynastie und anderer neokonservativer Zirkel um John McCain und Mitt Romney erzwang er mithilfe der Macht der Alt-Right-Bewegung bedingungslose Loyalität eines jeden Republikaners - Abweichler wählten den vorzeitigen Rücktritt, um ihrer Entmachtung zuvor zu kommen (Davis 2021: 205f.). Der ultrakonservative Flügel der Republikanischen Partei wurde zur glaubwürdigen Gegenmacht, der die traditionellen Republikaner nahezu vollständig verschlungen hat: Trump hat Loyalist*innen an den maßgeblichen Schalthebeln der Macht der Republikanischen Partei installiert und sich die

bedingungslose Gefolgschaft von Kongressabgeordneten und Senatoren gesichert; die Partei wurde nach seinem Antlitz neugestaltet (Bender 2024, Cohn 2023, Plott & Martin 2021). Nachdem er den Washingtoner Politikbetrieb, die Wallstreet und den Verwaltungsstaat attackierte, bisweilen brüskierte und sich damit für diese als Präsidentschaftskandidat zunächst disqualifizierte, formierte sich eine ungewöhnliche Koalition von Kapitalien, die seinen Wahlkampf 2016 unterstützten (Mayer 2025: 214). Ein Blick in die Zahlen bestätigt, dass Trump 2016 als politischer Außenseiter gewann und weder von den politischen noch von den ökonomischen Eliten ernsthaft unterstützt wurde. Trump lukrierte 2016 nur $433 Millionen, während Hillary Clinton rund $770 Millionen einnahm - Donald Trump gewann die Wahl, obwohl er lediglich von der Agrarwirtschaft mehr Wahlkampfspenden einnahm als Hillary Clinton; in allen anderen Sektoren wurde er von seiner demokratischen Konkurrentin vollkommen abgehängt (siehe Abbildung 1).

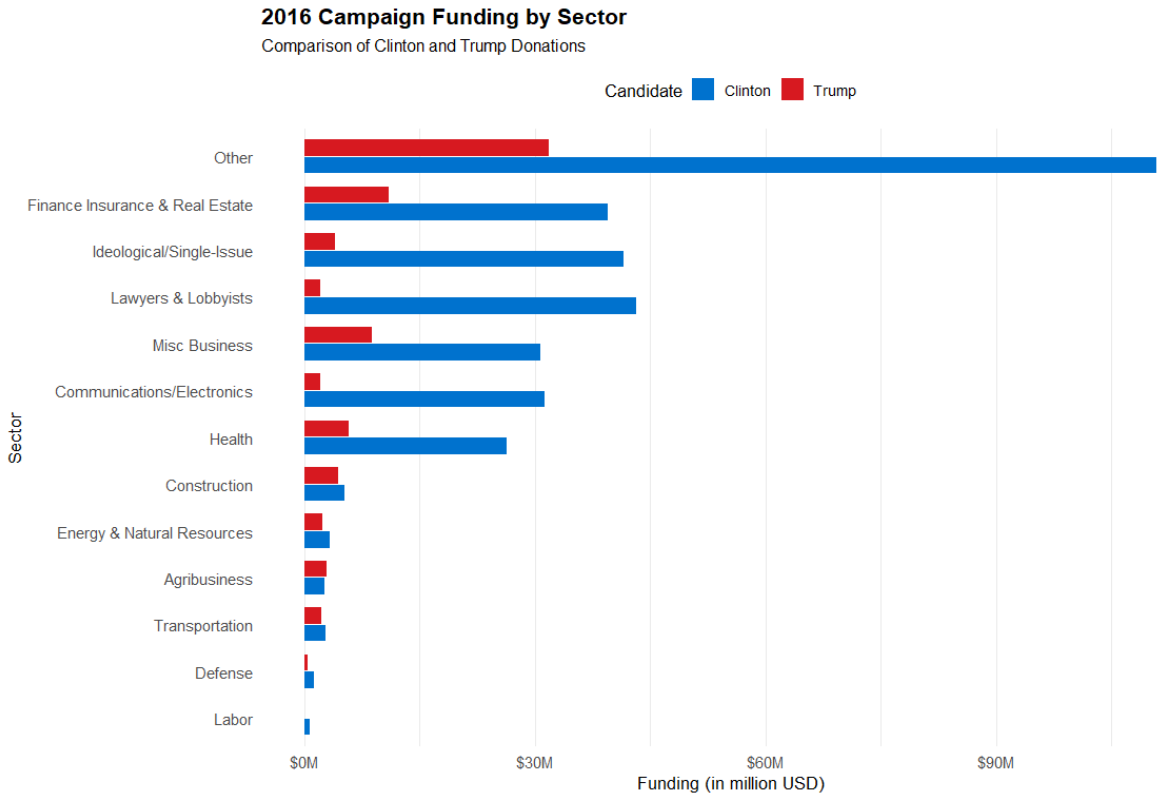


*Abbildung 1: Wahlkampfspenden 2016 nach Sektor und Kandidat*in. Eigene Darstellung nach OpenSecrets 2017. Anmerkungen: Die Kategorie "Other" umfasst zumeist (hohe) Einzelspenden. Die Kategorie „Ideology/Single-Issue" umfasst Organisationen/Gruppen, die sich auf bestimmte, parteipolitische Einzelthemen wie Abtreibung, Waffenrecht oder Umweltschutz konzentrieren oder eine bestimmte politische Ideologie vertreten.*

Während in der Vergangenheit Präsidenten beider Couleur zumeist dank der Unterstützung der Fortune-500-Unternehmen an die Macht kamen, gewann Trump 2016 mit einer Koalition aus „Lumpenkapitalisten" (Davis 2021: 207):

> „Obwohl Rüstungsunternehmen, die Energieindustrie und Big Pharma wie üblich ihre Abgaben an das Weiße Haus zahlen, wenn die Republikaner an der Macht sind, ist die

> Geberkoalition […] weitgehend an der Peripherie der traditionellen Standorte wirtschaftlicher Macht angesiedelt. Neben Familiendynastien, die sich hauptsächlich auf Ölreichtum stützen, wie die Kochs, die es seit den Tagen von Goldwater und der John Birch Society gibt, sind Trumps wichtigste Verbündete postindustrielle Raubritter aus Orten im Hinterland wie Grand Rapids, Wichita, Little Rock und Tulsa, deren Vermögen sich aus Immobilien, privatem Beteiligungskapital, Casinos und Dienstleistungen von Privatarmeen bis hin zum Kettenwucher speist (ebd.).“

Auch der Großteil des Silicon Valley stand 2016 politisch noch eindeutig auf der Seite der Demokraten und sah Trumps Migrations- und Handelspolitik sowie die angedrohten wettbewerbsrechtlichen Eingriffe als Gefahr für das Technologiekapital: einzig Peter Thiel erkannte die *MAGA*-Bewegung früh als Plattform für seine techno-libertären Ansichten (Manjoo 2016).

An seiner politischen Randstellung außerhalb des amerikanischen Establishments änderte sich mit seiner Wahl zum Präsidenten im November 2016 zunächst nichts: vielmehr bildete sich eine neue Führungsschicht heraus, welche die Schlüsselposten der ersten Trump-Administration besetzte. Das politische Personal etwa war kaum in früheren US-Regierungen tätig - nur zwei hatten Erfahrung auf Bundesebene, es herrschte kaum personelle Kontinuität zu Administrationen aus der Clinton-, Bush- oder Obama-Ära, klassische Elitennetzwerke wurden marginalisiert (de Graaf & van Appeldoorn 2021). Die reformierte Elite entstammte trotz tiefer Verflechtungen mit Unternehmerkreisen weniger häufig den traditionellen Schaltzentralen globalisierter Fortune-500-Konzerne, sondern kleineren, häufig auf den Binnenmarkt ausgerichteten Firmen und Familienimperien (ibid.). Zudem resultierte aus der ersten Trump-Administration eine Abkopplung von etablierten Denkfabriken, welche vormalig als Kaderschmiede für hochrangiges Personal fungierten: punktuell wurde zwar aus nationalkonservativen Organisationen rekrutiert, aber vormals einflussreiche Institutionen wie der Council on Foreign Relations oder transnational orientierte Denkfabriken verloren fast vollends an Einfluss (ibid.; van Appeldoorn & de Graaf 2015). An die Stelle einer transnational orientierten, aus neoliberalen Think Tanks und Großkonzernen rekrutierten Führungsschicht trat eine ideologisch heterogene, institutionell fragmentierte Gruppe national orientierter Eliten, Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels innerhalb der amerikanischen Machtelite (van Appeldoorn et al. 2023).

Besonders auf den Binnenmarkt orientierte Kapitalfraktionen begannen, Donald Trump nach seiner ersten Amtszeit finanziell zu unterstützen, dies zeigt sich etwa in den Wahlkampfspenden zur Präsidentschaftswahl 2020 (Abbildung 2). Trotz höherer Unterstützung für Joe Biden insgesamt ($1,6 Milliarden gegenüber $1,1 Milliarden) wurde Trump von Unternehmerkreisen, dem Gesundheitssektor, dem Energiesektor, der Agrarwirtschaft und dem Bausektor bevorzugt

unterstützt, während Biden vorrangig vom FIRE-Sektor (etwa gleichauf bei Real Estate) und dem Telekommunikationssektor finanziert wurde (*OpenSecrets*, 2021).

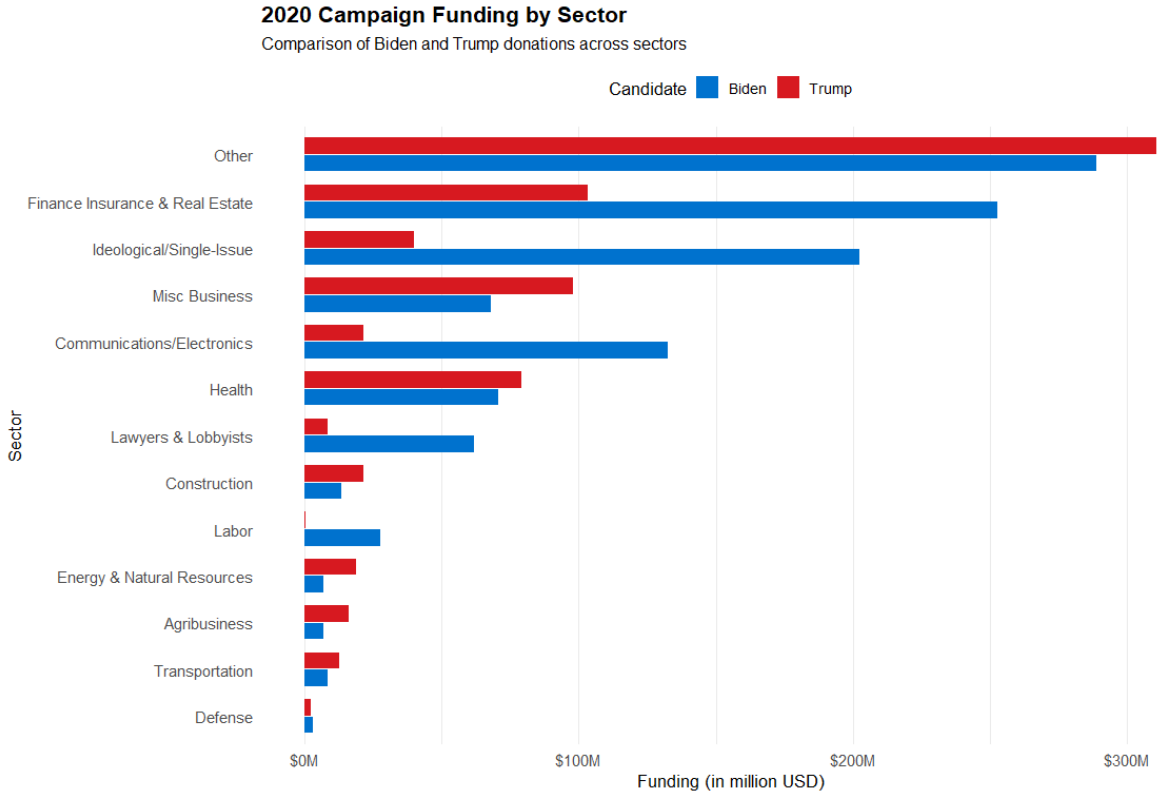


*Abbildung 2: Wahlkampfspenden 2020 nach Sektor und Kandidat. Eigene Darstellung nach OpenSecrets 2021.*

Die Wahlkampfausgaben waren 2020 von beispiellosem Ausmaß: die Gesamtausgaben für das Präsidentenamt, den Senat und das Repräsentantenhaus beliefen sich auf fast 14 Milliarden US-Dollar, wobei allein der Präsidentschaftswahlkampf etwa 6,6 Milliarden US-Dollar kostete, dabei gaben die Demokraten landesweit knapp 50% mehr aus als die Republikaner (Goldmacher 2020). Kleinspender*innen lieferten etwa 22 % der Einnahmen im Wahlzyklus 2020, außerdem machten Milliardäre und Political Action Committees (PACs) weiterhin einen großen Teil der Wahlkampffinanzierung aus (ebd.). Zunehmend an Einfluss gewann sogenanntes *dark money*: nur etwa 30% der Wahlkampfspenden waren zweifelsfrei zuordenbar (ebd.). Bidens Vorsprung in der Wahlkampffinanzierung war fast ausschließlich auf wohlhabende, hochgebildete Wähler zurückzuführen: besonders aus Kalifornien, New York, Massachusetts und Washington erhielt Biden enorme Wahlkampfspenden (Goldmacher et al. 2020). Trumps Wahlkampffinanzierung entstammte demgegenüber dem wirtschaftlich abgehängten, weniger gebildeten, ländlichen und vorstädtischen Amerika: in allen 28 Bundesstaaten, deren Einkommen und Bildungsniveau unter dem nationalen Median lag, übertraf Donald Trump Joe Biden (ebd.). Die Republikanische Partei lukrierte in erster Linie von der weißen Arbeiter*innenklasse aus Vororten und Kleinstädten in kulturell konservativen

Gemeinschaften - die wohlhabenden Metropolen finanzieren überwiegend die Demokraten, Trump beschleunigte die Tendenzen in der Wählerwanderung und schrieb sie gewissermaßen fest (ebd., vgl. Mayer 2025).

Elektoral stützte sich demgegenüber die Biden-Koalition auf die gebildete Mittelschicht in urbanen Regionen; bereits 2020 vertiefte sich die Abkehr der verarmten, oft rassifizierten Arbeiter*innen in den Städten und der (vornehmlich weißen) Bevölkerung in Kleinstädten und ländlichen Gebieten von der demokratischen Partei (Mayer 2021a). Hinter der Biden-Administration stand aus ökonomischer Perspektive eine klassenübergreifende Wahlkoalition aus transnationalem Kapital und Hightechindustrie einerseits und Gewerkschaften und progressiven Organisationen andererseits (Scherrer 2021: 310f.). Trotz der von vielen Amerikaner*innen als Katastrophe empfundenen ersten Amtszeit von Trump errang Biden nur einen knappen Sieg: seine nominell beachtliche absolute Stimmmehrheit wurde in Kalifornien und New York erzielt, sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat sowie durch die Besetzung der Judikative mit Loyalist*innen zum Ende der Trump-Administration konnten die Republikaner einen demokratischen Erdrutschsieg vereiteln (Davis 2021).

Trotz der 2020 letztlich nicht erfolgten Wiederwahl formierte sich 2024 um Donald Trump eine breite Koalition von auf den ersten Blick zusammenhangslosen Kapitalinteressen (Abb. 3).

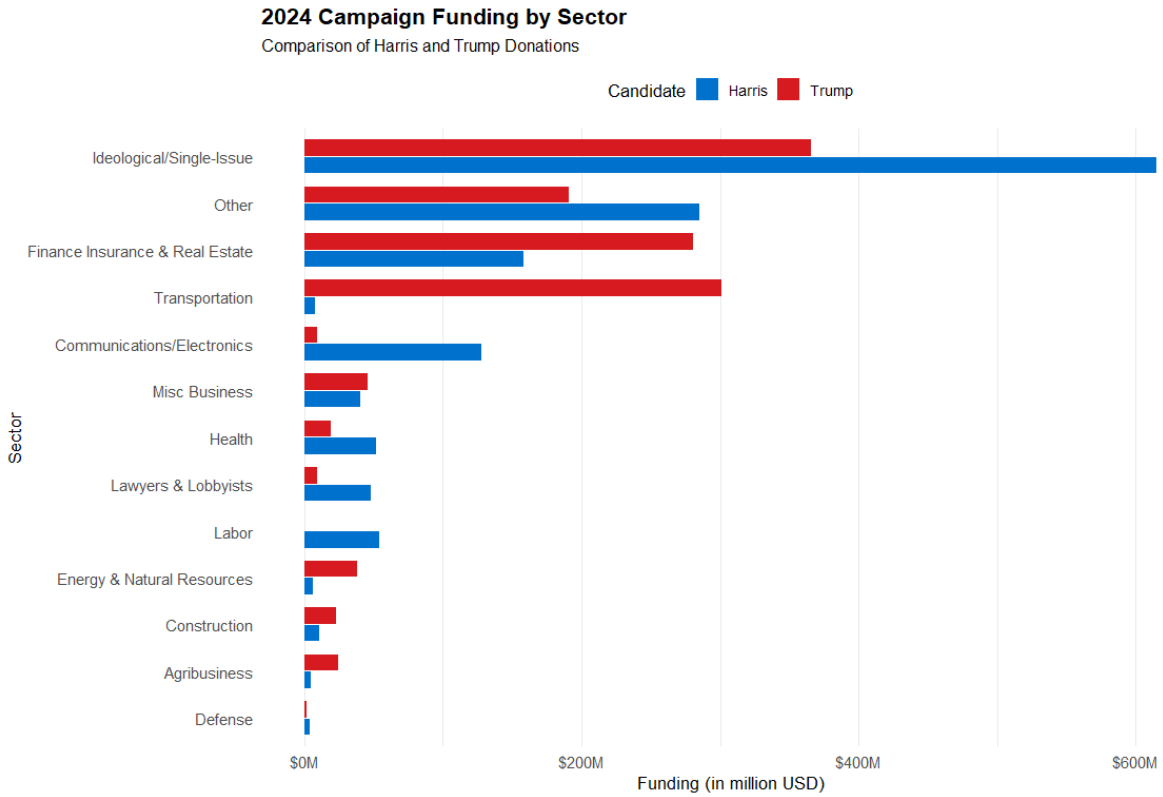


*Abbildung 3: Wahlkampfspenden 2024 nach Sektor und Kandidat*in. Eigene Darstellung nach OpenSecrets 2025a.*

Daten zur Finanzierung des Wahlkampfs 2024 untermauern diese These: während Harris mit $2 Milliarden insgesamt deutlich mehr als Trump ($1,45 Milliarden) lukrierte, konnte Trump sich erneut auf seine Koalition aus Unternehmern, dem Energiesektor, der Agrarwirtschaft und Bausektor verlassen, hinzu kam diesmal der FIRE-Sektor ($280 Millionen im Vergleich zu $150 Millionen für Harris) sowie Einzelspenden von SpaceX ($276 Millionen) und Transportation-Milliardär Timothy Mellon in Höhe von $150 Millionen (*OpenSecrets*, 2025a).

Der Präsidentschaftswahlkampf 2024 wurde erneut sowohl von zahlreichen Kleinspender*innen der elektoralen Basis, aber zunehmend auch von einer kleinen Gruppe Milliardären finanziell dominiert, deren Wahlkampfspenden insgesamt - besonders zum Ende hin - den Wahlkampf entscheidend prägten (Schleifer 2024a). Besonders einflussreich waren 2024 in diesem Zusammenhang sogenannte Super-PACs, in denen Unternehmen und Verbände unbegrenzt Spenden einreichen dürfen, solang diese nicht direkt an Kandidaten, Parteien oder andere PACs weitergeleitet werden, der Wahlkampf also von diesen Super-PACs selbst koordiniert wird: *MAGA* Inc. ($410 Millionen), America PAC ($252 Millionen), Preserve America ($115 Millionen), Right for America ($72 Millionen) und Turnout for America ($46 Millionen) zementierten den Einfluss unternehmerischer Spender*innen bei den Republikanern - bei den Super-PACs lag Trump weit vor Harris (Schleifer & Sun 2024). Diese *corporate* Super-PACs ermöglichten es den Republikanern, ihre kostspieligen Wahlkampfaktivitäten aggressiv auszulagern: externe Einrichtungen, die unbegrenzt Spenden annehmen dürfen, wurden mit der Finanzierung und Durchführung des Haustürwahlkampfes, der Wählerregistrierung und der Mobilisierung von Wählern betraut, damit die Trump-Kampagne ihre eigenen finanziellen Reserven schonen und damit den finanziellen Nachteil gegenüber den Demokraten ausgleichen konnte (Schleifer 2024b). Diese strukturellen Vorteile der Republikanischen Wahlkampforganisation resultierten dann auch - neben anderen Faktoren - in einer hohen Mobilisierung an der republikanischen Basis, aber vor allem von vorherigen Nichtwähler*innen, während viele Stammwähler*innen der Demokraten von der Migrationspolitik und der grassierenden Inflation desillusioniert der Wahl fernblieben (Harris erreichte 2024 7 Millionen Stimmen weniger als Biden, ebd.).

Über die drei Wahlen hinweg zeigt sich damit ein eindeutiges Bild: die ökonomische Basis Donald Trumps ist seit 2020 stark in der nationalen Industrie verankert (Bau, Agrar, Transport, Energie), während auch der FIRE-Sektor spätestens seit 2024 zunehmend Trump unterstützt. Bei den Republikanern hat sich - abseits der mithilfe des Kulturkampfes mobilisierten Basis - eine sektorübergreifende Koalition aus Industrie-, Technologie- und Finanzkapital herausgebildet. Gerade der Lagerwechsel des Technologiekapitals scheint auf den ersten Blick

unverständlich, dabei ist die Beziehung zur Trump II-Administration durchaus symbiotisch: Tech-Eliten haben aus seiner ersten Amtszeit gelernt, dass ein persönlicher Zugang zu Trump Schutz vor Zöllen und regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen bieten kann. Angesichts der zahlreichen kartellrechtlichen Interventionen der Biden-Regierung sehen sie Trump zudem nun als transaktionalen Verbündeten, der durch eine maximalistische Außenpolitik die Dominanz der amerikanischen Technologieunternehmen im Wettbewerb mit China fortschreiben und durch Deregulierung die künstliche Intelligenz entfesseln soll (Mickle & McCabe 2024). Besonders die Wahl von J.D. Vance zum Vizepräsidenten spiegelt die Konsolidierung einer neuen techno-populistischen republikanischen Koalition wider: Trump erhielt im Gegenzug Finanzierung für seinen Wahlkampf und Unterstützung bei seinen juristischen Auseinandersetzungen, privilegierten Zugang zu den Algorithmen der *social-media*-Plattformunternehmen sowie mächtige Mitstreiter im Kulturkampf gegen den Progressivismus (Mahler et al. 2024).

Der Kurswechsel hängt weiter eng mit jüngsten Entwicklungen in der Technologieindustrie zusammen. In den USA ließen sich lange Zeit (1) „globalists“, (2) „national champions“ und (3) „techno-utopians“ unterscheiden: „Globalists“ sind vom Zugang zu internationalen Märkten abhängig, „national champions“ richten sich an den nationalen politischen Prioritäten aus und konkurrieren um Regierungsaufträge und „techno-utopians“ betrachten ihre Technologie als revolutionäre Kraft, die den Nationalstaat ersetzen soll (Bremmer 2021: 120ff.). Die COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg sowie die sich verschärfende Rivalität zwischen den USA und China machten Technologieunternehmen unverzichtbar, durch industriepolitische Interventionen und protektionistische Abkopplungsunterfangen wie die „*small yard, high fence*“-Doktrin der Biden-Administration stellte sich aber gleichzeitig eine technologische Fragmentierung ein, welche die „Globalisten“ wie Apple und Tesla unter Druck setzte und gleichzeitig „nationale Champions“ wie Microsoft und Palantir begünstigte (Bremmer 2025). „Techno-Utopians“ wie Elon Musk, Peter Thiel und Mark Zuckerberg haben hingegen eine autoritäre Wende vollzogen: sie wollen den Staat nicht länger überwinden, sondern unterwerfen; die Vorherrschaft in den Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz und Quantencomputing benötigt fortlaufend staatliche Unterstützung, für „Globalisten“ wie für „Techno-Utopians“ wird das Modell der national champions damit also immer attraktiver (Bremmer 2025). Die Kehrtwende von einer libertären Staatsferne hin zu einem transaktionalen Staatsverständnis kann demnach als Versuch betrachtet werden, die Interessen des Technologiekapitals, vermittelt über eine zweite Trump-Amtszeit, in den amerikanischen Staat einzuschreiben, um die technologische Vorherrschaft gegenüber China zu behaupten und

gleichzeitig die anhaltend hohen Renditen abzusichern - Moraes & Wigell (2022: 47) sprechen von „patriotic capitalism“.

Folglich scheint es kaum verwunderlich, dass sich hinter Donald Trump während seiner zweiten Amtszeit eine ökonomische Koalition aus Finanz- und Technologiekapital einerseits sowie Energie- und Verteidigungsindustrie andererseits formierte. Die Spenden zur Amtseinführung von Donald Trump Anfang 2025 bestätigen diesen Eindruck empirisch: erstens ist hervorzuheben, dass mit 251,4 Millionen US-Dollar insgesamt eine Rekordsumme eingenommen wurde, zweitens lässt sich deutlich eine emergente Trump-Koalition aus national orientierten Industriesektoren (Verteidigung und Energie zusammen $25 Millionen), dem Technologiekapital (hier: *Communication & Electronics*, $28,90 Millionen) sowie seit 2024 auch dem *FIRE*-Sektor ($73,49 Millionen, siehe Abbildung 4).

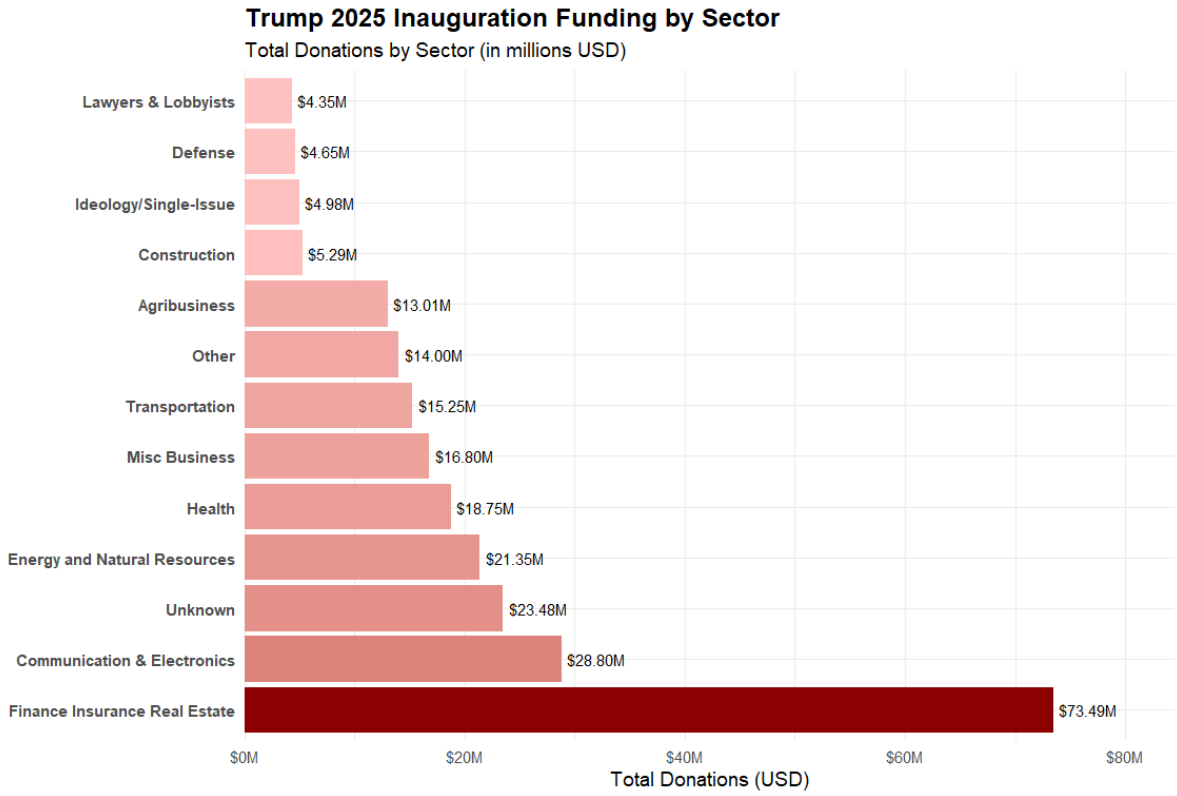


*Abbildung 4: Spenden zur Amtseinführung von Donald Trump 2025 nach Sektor. Eigene Darstellung nach OpenSecrets 2025b.*

Berücksichtigt man Spenden oberhalb der 1 Millionen US-Dollar - immerhin 104 Einzelspender*innen - sind davon mehr als die Hälfte in den Bereichen Energie, Verkehr, Agrarindustrie, Bau- und Immobilienwirtschaft oder Rüstungsindustrie tätig; sie spendeten über 60 Millionen US-Dollar (*OpenSecrets* 2025b). Nach den Industriesektoren folgt der Finanzsektor, darunter traditionelle Akteur*innen wie *JPMorgan Chase, BlackRock, Goldman Sachs*, aber mit über 16 Millionen US-Dollar an Spendenvolumen auch einige Akteur*innen aus dem aufsteigenden Krypto-Segment: *Ripple Labs* ($4.9 m),

*Robinhood* ($2 m), *Coinbase, Paradigm Operations, Galaxy Digital, Payward (Kraken), Solana Labs* ($1 m). Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind hingegen praktisch nicht vertreten - lediglich die *Heritage Foundation* spendete 1 Millionen US-Dollar. Noch 2021 bezeichnete Trump Kryptowährungen öffentlich als „Scam […] based on thin air", die fundamentale ideologische Ablehnung wich im Wahlkampf 2024 einer uneingeschränkten Befürwortung, dieser Wandel wurde durch massive Lobbyarbeit der Branche vorangetrieben, die sich nach seinem Wahlsieg noch intensivierte (Yaffe-Bellany & Vogel 2025). Freilich koinzidiert diese politische Kursänderung auch mit direkten finanziellen Verflechtungen der Trump-Dynastie und der Krypto-Industrie - durch World Liberty Financial und den $TRUMP *memecoin* erzielte Trump mindestens dreistellige Millionengewinne (Lipton et al. 2025).

Mayer (2025) erkennt darin eine emergente, widersprüchliche Kapitalkoalition hinter der Trump-Wiederwahl: (1) erhofft sich das Finanzkapital eine Entfesselung von Zukunftstechnologien, extraktiven Industrien und des Immobiliensektors, um die Profitabilität seiner Investitionen zu erhöhen, (2) pocht die fossile Energieindustrie auf eine Deregulierung der extraktiven Sektoren, (3) streben auch die Kryptoindustrie und (4) die Technologiekonzerne eine umfassende Deregulierungsagenda an. *Das Mandate for Leadership 2025: The Conservative Promise* der konservativen *Heritage Foundation* wird dabei als Grundsatzprogramm dieser emergenten, ungleichen Koalition aus der *MAGA*-Basis und diesen hinter Trump vereinten Kapitalfraktionen bislang kaum berücksichtigt.

Auch das Revirement des *policy planning networks* blieb weitgehend unbemerkt, obwohl die *Heritage Foundation* für die zweite Amtszeit Trumps eine zentrale Rolle als Kaderschmiede, aber vor allem auch als Ideenschmiede einnimmt und der widersprüchlichen ökonomischen Allianz über das „Project 2025" ihre Kohäsionskraft zu verleihen versucht. Diesen Zusammenhängen geht das folgende Unterkapitel auf den Grund.

### 6.2. Die *Heritage Foundation* als organischer Intellektueller der Trump II-Koalition: personelle Verflechtungen und Interessensartikulation

Für das "Project 2025" arbeiteten über 50 konservative Organisationen unter Schirmherrschaft der *Heritage Foundation* zusammen - diese zählt selbst zu den drei einflussreichsten Think Tanks der USA, sie verfügt über ein Stiftungsvermögen von $415 Millionen (ProPublica 2025, University of Pennsylvania 2025). Die *Heritage Foundation* lukrierte ihm Jahr 2022, als das „Project 2025" konzipiert und bereits teilweise verfasst wurde, rund $95 Millionen, schüttete aber auch knapp $2 Millionen an Think Tanks aus dem *policy planning network* des „Project 2025" aus, wohl um die widersprüchliche Koalition aus Libertären, Wirtschaftsnationalisten und Neokonservativen zusammenzuhalten (Doyle 2023). Das übergeordnete Ziel war es, ein

qualifiziertes, vorbereitetes Team von Konservativen aufzubauen, um den amerikanischen Staat vom ersten Tag an nach Machtübernahme umzugestalten, die Eigenbezeichnung lautet „2025 Presidential Transition Project“ (Roberts 2023: 13).

Donald Trump und die *Heritage Foundation* haben durchaus eine Vorgeschichte: 2016 veröffentlichte die *Heritage Foundation* die damals siebte Auflage des „Mandate for Leadership“: nach einem Jahr an der Regierung setzte Trump bereits 64% der Handlungsempfehlungen des „Project 2015“ um (Rattner 2024). Kevin D. Roberts, Präsident der *Heritage Foundation* formuliert über die erste Amtszeit: “The Trump administration, with the best of intentions, simply got a slow start. And Heritage and our allies in Project 2025 believe that must never be repeated” - um die Umsetzung der Trump II-Agenda sicherzustellen, soll „Project 2025“ die koordinative Infrastruktur bieten: vom Schattenkabinett bis zu konkreten Handlungsempfehlungen (Garcia-Navarro 2024). Die Unterstützung eines etwaigen konservativen Präsidenten muss dafür umfassend wie nur möglich sein; das „2025 Presidential Transition Project“ basiert hierfür auf vier Säulen. Erstens liefert ein umfangreiches Handbuch, das *Mandate for Leadership 2025: The Conservative Promise* eine kohärente konservative Vision und formuliert bereits konkrete Anleitungen zum Umbau wichtiger Bundesbehörden aus. Zweitens wurde eine Personaldatenbank für konservatives Führungspersonal ins Leben gerufen - unabhängig von der Republikanischen Partei hat man sich zum Ziel gesetzt, bis zu 20000 potenzielle Beamt*innen in einem „right-wing LinkedIn“ (Swan & Haberman 2023) zu erfassen. Drittens wurde dafür Online eine „Presidential Administration Academy“ (Dans 2023: 14) eingerichtet, in welcher konservative Experten - etwa ehemalige „Reaganites“ - Wissen über administrative Abläufe in der präsidialen Exekutive an potenzielle konservative Kader vermitteln soll. Viertens wurden, ausgehend von ersterem, ein sogenanntes „Playbook“ (ebd.) entworfen, damit nach Amtseinführung des nächsten konservativen Präsidenten sofort die Umsetzung des Programms angegangen werden kann.

Obwohl sich „Project 2025“ nicht explizit auf Donald Trump als designierten republikanischen Präsidenten festlegt, kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Programm auf Donald Trump zugeschnitten wurde - in einem Interview mit der New York Times (Garcia-Navarro 2024) bestätigte Kevin D. Roberts, Präsident der *Heritage Foundation*, Ziel des „Project 2025“ sei es, „den Trumpismus zu institutionalisieren“. Besonders aus der Personalpolitik des „Project 2025“ ergeben sich handfeste Belege für eine Ausrichtung des Projekts auf eine zweite Amtszeit Donald Trumps. Achtzehn der 40 Autoren des „Mandate for Leadership“ waren in der ersten Trump-Regierung tätig, ein weiterer arbeitete in Trumps erstem „presidential transition team“, zwölf bekleideten sowohl während Trumps erster Regierung als auch im Rahmen eines

„presidential transition teams“ oder eines Wahlkampfteams einen Posten, von den 267 weiteren Mitwirkenden am „Project 2025“ arbeiteten mindestens 144 auch entweder für Trump während seiner ersten Amtszeit, in einem „presidential transition team“ oder einem Wahlkampfteam (Shao & Wu 2024). Paul Dans, Direktor des „Project 2025“ diente etwa als Chief of Staff im Office of Personnel Management, Ken Cuccinelli (Homeland Security Department), Christopher Miller (Defense Department) und Kiron K. Skinner (State Department) bekleideten leitende Positionen in den jeweiligen Behörden während der ersten Amtszeit, bevor sie im „Project 2025“ die politischen Leitlinien für eine zweite Amtszeit von Trump formulierten (Rattner 2024). Des Weiteren bekleideten sieben von zehn Autoren im Abschnitt über die Umstrukturierung der Wirtschaft Posten in Trumps erster Regierung, oder in einem seiner Wahlkampf- und Übergangsteams, darunter etwa prominente Berater wie Stephen Moore oder Peter Navarro - die New York Times kommt zu dem Schluss, 78% der am „Project 2025“ beteiligten Autoren seien Mitglieder der Trump I-Administration gewesen (ebd.).

„Project 2025“ übt nun folgerichtig in der Personalpolitik auch einen gewichtigen Einfluss auf die zweite Trump-Regierung aus: Mehr als 50 hochrangige Beamt*innen stehen in Verbindung zu Think Tanks, die unter Schirmherrschaft der *Heritage Foundation* am „Mandate for Leadership“ mitarbeiteten, insgesamt stehen etwa 70 % der Beamt*innen auf Kabinettsebene (17 von 24) mit mindestens einer Denkfabrik hinter „Project 2025“ in Verbindung (Fassler 2025). Dabei handelt es sich zumeist nicht bloß um eine informelle „Kontaktschuld“: Einige Beamt*innen der Trump II-Administration verfassten selbst Kapitel im „Project 2025“, andere waren als Fellow oder gar in leitender Funktion bei den beteiligten Beratergruppen tätig, andere haben wiederholt Spenden geleistet oder anderweitig mit den Organisationen hinter „Project 2025“ zusammengearbeitet (ebd.). Andere hochrangige Beamt*innen weisen ebenfalls indirekte Verknüpfungen zur *Heritage Foundation* oder zum *policy planning network* hinter „Project 2025“ auf: Vizepräsident J.D. Vance, Außenminister Marco Rubio, Homeland Security Secretary Kristi Noem, Treasury Secretary Scott Bessent und Verteidigungsminister Pete Hegseth (Fassler 2025).

„Project 2025“ ist damit Kristallisationspunkt eines rechten Hegemonieprojekts, wobei die *Heritage Foundation* als organische Intellektuelle die disparaten Interessen der mehr als 50 beteiligten Denkfabriken und ihrer Spender*innen (siehe unten) zu einer gemeinsamen politischen Strategie verdichtet hat. Die finanzielle und personelle Infrastruktur der *Heritage Foundation* soll divergierende ideologische Standpunkte integrierbar machen. Die enorme personelle Verflechtung zwischen Trump I, „Project 2025“ und der Trump II-Administration zeigt erneut auf, wie Think Tanks als Transmissionsriemen des *policy planning networks*

dienen: vermittelt über diese können führende Kapitalfraktionen ihre Interessen unmittelbar in den Staatsapparat einschreiben. Denn „Project 2025“ liefert nicht nur die intellektuelle Blaupause für eine „Institutionalisierung des Trumpismus“, sondern kann über den Drehtüreffekt für dessen tatsächliche Umsetzung auf allen Ebenen der amerikanischen Exekutive politisch loyale Kader platzieren.

Nachdem zuvor bereits aufgezeigt wurde, dass sich hinter Trumps zweiter Amtszeit eine Koalition aus mächtigen amerikanischen Kapitalfraktionen formierte, sollen nun die Kapitalfraktionen hinter „Project 2025“ und der *Heritage Foundation* beleuchtet werden. Öffentlich verfügbare Daten zur Finanzierung der *Heritage Foundation* zeugen von einem breiten Netzwerk finanzkräftiger konservativer und libertärer Unterstützerorganisationen, die teils seit Jahrzehnten für Marktradikalismus, Deregulierung und Klimaskepsis eintreten: allein 2022 spendete die Sarah Scaife Foundation (Industriekapital) $1,5 Millionen, die National Christian Charitable Foundation (konservativ-nativistisch) $1,35 Millionen und die Diana Davis Spencer Foundation (Finanzkapital) gar $5 Millionen (ProPublica 2025).

Journalistische Untersuchungen lassen ebenfalls keinen Zweifel daran, dass auch „Project 2025“ von jenen fossilen Dynastien maßgeblich unterstützt wurde. Allein sechs *Old Money*-Familiendynastien haben seit 2020 mehr als 120 Millionen Dollar an Think Tanks hinter dem „Project 2025“ gespendet (Fassler 2024a) - ganz im Gegensatz zum vorgeblichen Selbstverständnis des „Project 2025“: „Our work is by no means the comprehensive compendium of conservative policies, nor is our group the exclusive cadre of conservative thinkers […], [but] an agenda prepared by and for conservatives” (Dans & Groves 2023: IX, Roberts 2023: 2). Die Bradley-Familie ($52,9 Millionen), die Seid-Familie ($22,4 Millionen), die Scaife-Familienstiftungen ($21,5 Millionen), die Uihlein-Erben ($13 Millionen), die Koch-Geschwister ($9,6 Millionen) und die Coors-Familie ($2,7 Millionen) haben über direkte Spenden sowie über Spendensparkonten an knapp 50 am „Project 2025“ beteiligte Denkfabriken getätigt (Fassler 2024a). Diese Familiendynastien sind von der Petrochemie und dem extraktiven Sektor, über die Industrieelektronik, bis hin zu Logistik in diversen Sektoren der amerikanischen Wirtschaft tätig, dennoch sollen sie gemeinsam vom „Project 2025“ materiell profitieren: die Deregulierungsagenda soll Bundesbehörden schwächen, Umwelt- und Arbeitsschutzmaßnahmen aushöhlen, die Justiz umgestalten und konservative Verbündete an die Schalthebel der Macht befördern (ebd.). Die jahrzehntelange finanzielle Unterstützung eines konservativen *policy planning networks* kulminiert in einem umfassenden Plan zur Umstrukturierung des Staates, der ihre wirtschaftlichen Interessen fördern und gleichzeitig ihre bevorzugte soziale, politische und legale Ordnung in den Staatsapparat einbetten soll (Fassler

2024b). Auch die Unternehmensstiftung von Shell hat mehr als eine halbe Million Dollar an das *policy planning network* hinter „Project 2025“ gespendet - Shell fügt sich damit nahtlos in die fossile Koalition ein (Dembicki 2024).

Das amerikanische Recht erlaubt es, dass Spender*innen von gemeinnützigen Organisationen weitgehend anonym zu bleiben - insbesondere bei Verwendung von Spendensparkonten (*Donor-Advised Funds*, DAF). Privatpersonen spenden Kapital in eine Dachstiftung, diese wird angewiesen, an eine gemeinnützige Organisation zu spenden: die Identität der Privatpersonen und damit die Herkunft des Geldes wird verschleiert (Fassler 2024a). Dazu kommt, dass die dem „Project 2025“-*policy planning network* zugrundeliegenden Think Tanks finanziell teils eng miteinander verwoben sind, weshalb Gelder zwischen den beteiligten Institutionen zirkulieren, wodurch die tatsächliche Herkunft des Geldes kaum nachvollziehbar ist (ebd.). Hinzu kommen laxe Offenlegungspflichten für gemeinnützige Organisationen, intermediäre Finanzdienstleister und legale, bewusst durchgeführte Verschleierungsmanöver wohlhabender Einzelpersonen und Unternehmen - *dark money* ist längst Bestandteil der amerikanischen Politik geworden, für die Öffentlichkeit sind jene Geldströme kaum noch nachzuvollziehen (Massoglia 2024). Damit dürfte es sich bei der nachweisbaren Finanzierung lediglich um die Spitze des Eisbergs handeln.

Dieser Befund erhärtet sich weiter, wenn man die Personalpolitik hinter „Project 2025“ erneut im Licht der Interessen fossiler Kapitalfraktionen analysiert: ehemalige Beamt*innen, die sich während der Trump I-Administration für eine Rückabwicklung der Klimapolitik ausgesprochen hatten, sind nach ihrer Amtszeit zu den Thinktanks hinter „Project 2025“ gewechselt: Andrew Wheeler, David Bernhardt, Mandy Gunasekara und Bernard McNamee (Fassler & Kelly 2024). Als größter Coup der fossilen Lobby gilt aber wohl die Installierung von Chris Wright als Energieminister der Trump II-Administration: seine Vergangenheit als CEO eines Fracking-Unternehmens wie auch seine Nähe zur Koch-Familiendynastie steht exemplarisch für die *revolving door* zwischen Think Tanks, der (fossilen) Wirtschaft und der amerikanischen Exekutive (vgl. Fassler 2024c).

Auch drei der größten amerikanischen Finanzunternehmen (Fidelity, Charles Schwab und Vanguard) können als Wegbereiter des „Project 2025“ gesehen werden: über ihre *Donor-Advised Funds* wurden mindestens $171 Millionen an 68 der insgesamt 111 Think Tanks im konservativen *policy planning network* ausgeschüttet (Fassler 2024d). Die Finanzdienstleister profitieren damit unmittelbar finanziell von den wohlhabenden Einzelspender*innen hinter „Project 2025“, im Gegenzug werden über die *Donor-Advised Funds* die Einzelspender*innen anonymisiert - nominell berufen sie sich auf die Wahlfreiheit der Spender*innen der *Donor-*

*Advised Funds*, faktisch unterstützen Teile des Finanzkapitals damit die Agenda des „Project 2025“, denn besonders von der Deregulierung profitieren würden Finanzdienstleister, die eng mit dem fossilen Kapital verwoben sind (ebd.).

Nachdem im vorherigen Unterkapitel eine heterogene Koalition hinter Trump II selbst ausgemacht wurde, ist die finanzielle Allianz hinter der *Heritage Foundation* homogener und insgesamt vorrangig von fossilen und industriellen Kapitalfraktionen geprägt: besonders prominente *Old-Money*-Familiendynastien nutzen die *Heritage Foundation*, um ihre Interessen in das konservative *policy planning network* einzuschreiben. Außerdem wurde mit einer umfassenden Deregulierungsagenda, sowie der Aushöhlung von Umweltschutzvorschriften und Arbeitsschutzmaßnahmen das übergeordnete Interesse dieser Allianz identifiziert.

### 6.3. Zwischenfazit: Interessenskongruenzen zwischen Trump II-Koalition und Spender*innennetzwerk hinter „Project 2025“ vermittelt über konservatives policy planning network

Dieses erste empirische Kapitel arbeitete heraus, wie sich zwischen 2016 und 2024 hinter Donald Trump eine heterogene Allianz führender Kapitalfraktionen herausbildete. Finanzierte er seine Präsidentschaftskandidatur 2016 noch primär aus Eigenmitteln und Kleinstspenden der *MAGA*-Basis, konsolidierte sich bis zu seiner Wiederwahl 2024 eine breite, sektorübergreifende Allianz von dominanten Kapitalfraktionen. Ab 2020 zeigte sich bereits eine starke Verankerung Donald Trumps in national orientierten Industriesektoren, 2024 vollzogen dann weite Teile des Finanz- und Dienstleistungssektors und des Technologiekapitals einen Lagerwechsel: Tech-Eliten sehen in Trump einen transaktionalen Verbündeten, der eine umfassende Deregulierungsagenda sowie Schutz vor wettbewerbsrechtlichen Eingriffen verspricht und die amerikanische Technologieführerschaft gegenüber China sichern soll. Mit dem Beitritt der Kryptoindustrie zur Trump-Koalition konsolidierte sich diese Allianz weiter. Die Kapitalinteressen hinter der Trump-Wiederwahl können wie folgt zusammengefasst werden: (1) das Finanzkapital erhofft sich eine Entfesselung von Zukunftstechnologien, extraktiven Industrien und des Immobiliensektors, um die Profitabilität seiner Investitionen zu erhöhen, (2) pocht die fossile Energieindustrie auf eine Deregulierung der extraktiven Sektoren, (3) die Kryptoindustrie und (4) die Technologiekonzerne streben eine umfassende Deregulierungsagenda an (vgl. Mayer 2025).

Diese ökonomische Allianz findet ihre programmatische und personelle Organisationsinfrastruktur im von der *Heritage Foundation* koordinierten „Project 2025“. Die *Heritage Foundation* fungiert als organischer Intellektueller zur „Institutionalisierung des Trumpismus“ (Garcia-Navarro 2024), indem sie - neben der Bereitstellung einer umfassenden

Anleitung zur Umgestaltung der USA sowie einer konservativen Personaldatenbank - zur Verdichtung der Trump-Koalition zu einem Hegemonieprojekt beiträgt. Empirisch belegte diese Arbeit diese Ausrichtung auf eine zweite Trump Amtszeit mithilfe der personellen Kontinuität: über 78 % der Autoren des „Mandate for Leadership“ waren bereits in Trumps erster Amtszeit tätig, und auch im Kabinett der zweiten Administration stehen etwa 70 % der Beamt*innen in direkter Verbindung zum konservativen *policy planning network*. Finanziell wird dieses Netzwerk maßgeblich von einer Koalition aus *Old Money*-Familiendynastien des extraktiven Sektors getragen, die seit 2020 über $120 Millionen an die Think Tanks hinter „Project 2025“ spendeten und sich von der angelegten Deregulierungsagenda materielle Vorteile versprechen. Die Verflechtungen zwischen dem fossilen Kapital und der Exekutive werden durch die *revolving door* ermöglicht - vermittelt über das *policy planning network* hinter "Project 2025", welches personell die zweite Trump-Administration prägt, können diese führenden Kapitalfraktionen ihre Interessen in den amerikanischen Staat einschreiben.

Diese „zwei Körper des Königs“ - die Kapitalfraktionen hinter Trump II einerseits sowie die industriell-extraktivistische Spender*innenkoalition hinter der *Heritage Foundation* andererseits - werden über das *policy planning network* miteinander verknüpft: zunächst ist die *Heritage Foundation* als organischer Intellektueller zwar finanziell von der Old-Money-Spender*innenallianz abhängig, weiter greift die *Heritage Foundation* mithilfe des *revolving door* aber auf das Personal der Trump I-Koalition zurück, um sich so direkten Zugang zur amerikanischen Exekutive bei Wiederwahl von Donald Trump zu sichern. Nachdem die *revolving door* nach dem zweiten Amtsantritt von Donald Trump maßgebliche Autoren des „Project 2025“ sowie weiteres Personal aus dem Dunstkreis der *Heritage Foundation* in führende Posten brachte, führen die Pfade beider Kapitalkoalitionen nun zusammen: das „Project 2025“ verdichtet diese disparaten Kapitalinteressen zu einem Hegemonieprojekt.

Nachdem damit die Frage nach den dominanten Akteur*innen hinter dem Hegemonieprojekt hinreichend diskutiert wäre, stellt sich nun die Frage nach dessen konkretem Inhalt: deshalb analysieren die folgenden Kapitel dieses Hegemonieprojekt empirisch. Zunächst soll die zugrundeliegende Akkumulationsstrategie herausgearbeitet werden, anschließend wird die Einbindung subalterner Akteur*innen dargestellt und abschließend wird der Bezug zu den spezifischen institutionellen Selektivitäten des amerikanischen Staates sichtbar gemacht.

Das erste Kapitel wird dabei eine fossile Re-Industrialisierung als Kern der Akkumulationsstrategie sichtbar machen, die komplementär durch eine interventionistische Industriepolitik im Verteidigungssektor sowie in maßgeblichen Schlüsselsektoren ergänzt werden soll. Wiedersprüche macht diese Arbeit in der Außenwirtschafts- und Handelspolitik

aus; dabei wird ein Konflikt zwischen *economic nationalists* und *liberatarians* ausgetragen. Eine umfassende Deregulierungagenda im Finanzsektor, in der Steuerpolitik sowie am Arbeitsmarkt dient den Kapitalfraktionen als „policy paradigm“ (Jessop 1990).

Das zweite Kapitel wird eine umfassende Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik als Modus der Einbindung subalterner Akteur*innen beschreiben: liberale Eliten, Migrant*innen, LGBTQIA+-Personen werden marginalisiert und sanktioniert, sie sollen die Kosten des Hegemonieprojekts tragen. Dieses Kapitel identifiziert ein nahezu idealtypisches „two nations project“ (Jessop 1990), welches Konsens lediglich durch kulturell-ideologische Zugeständnisse herzustellen vermag - materielle Zugeständnisse sind zwar in der Migrationspolitik vorgesehen, diese sollen jedoch *erstens* erneut nur zulasten anderer subalterner Gruppen erfolgen und sind *zweitens* innerhalb des Hegemonieprojekts selbst umstritten.

Ein drittes Kapitel beschreibt die Personalpolitik sowie die institutionelle Zentralisierung als integralen Bestandteil des rechten Hegemonieprojekts: der Rückbezug auf die strukturellen Selektivitäten zielt auf die Disziplinierung der öffentlichen Verwaltung durch ihre Besetzung mit konservativen Kadern ab, durch eine aggressive Auslegung der *Unitary executive theory* sollen sämtliche politische Entscheidungen beim Präsidenten gebündelt werden, um den Staatsapparat auf die Erfüllung der Interessen der Kapitalfraktionen hinter Donald Trump „abzurichten“: die Selektivitäten des Staatsapparates sollen durch vollumfängliche präsidiale Kontrolle umgestaltet werden.

Die empirischen Kapitel sind jeweils durch Rück- und Vorgriffe zwischen den analytischen Ebenen gekennzeichnet: die Operationalisierung mithilfe des Dreiklangs aus Akkumulationsstrategie, Einbindung subalterner Akteur*innen sowie Rückbezug auf strukturelle Selektivitäten dient lediglich als analytische Heuristik, die folgende Untersuchung wird deren immanente Zusammenhänge sichtbar machen.

## 7. Fossile Re-Industrialisierung als Kern der Akkumulationsstrategie

Eine Akkumulationsstrategie definiert Jessop (1990: 198) als „economic 'growth model'" - es handelt sich um eine wirtschaftliche Blaupause, wie Kapital innerhalb einer Gesellschaft während einer bestimmten Periode akkumuliert wird. Um erfolgreich zu sein, muss eine Akkumulationsstrategie die verschiedenen Kapitalsorten in Einklang bringen; unter Führung einer bestimmten Kapitalfraktion. Jessop betont, dass jede Akkumulationsstrategie letztlich kompatibel mit der produktiven Wertschöpfung in der Industrie sein muss:

> "The heart of the circuit of capital is the production process itself (in popular parlance, wealth must first be created before it can be distributed). This means that the performance of productive (or industrial) capital is the ultimate economic determinant of the accumulation process and that the real rates of return on money capital (including credit) and commercial capital taken as a whole (and thus abstracted from competition) depend in the long term on the continued valorization of productive (or industrial) capital."

Wenn eine solche Inwertsetzung der produktiven Kapazitäten durch das gegenwärtige Akkumulationsstrategie nicht länger möglich ist, sinkt der zwischen den Einzelkapitalien verteilbare Mehrwert - dies wird in einer Krise der bestehenden Akkumulationsstrategie münden (ebd.: 200). Es muss sich dann langfristig eine neue Akkumulationsstrategie herausbilden, welche dem Primat der Produktion Rechnung trägt.

Dieses Kapitel befragt zunächst das „Project 2025" kurz nach dessen Krisenwahrnehmung. Anschließend sollen die Leitlinien der Akkumulationsstrategie herausgearbeitet werden: die fossil-militarisierte Re-Industrialisierung, die Entkopplung von China sowie eine souveränistische Neuordnung der Weltwirtschaft. Anschließend werden Unvereinbarkeiten in der Außenwirtschaftspolitik zwischen *libertarians* und *economic nationalists* diskutiert. Weiter werden mögliche Wiedersprüche zwischen interventionistischer Industriepolitik einerseits und (Finanzmarkt-)Deregulierung andererseits problematisiert. Daran anknüpfend wird die umfassende Deregulierungsagenda sowohl als „policy paradigm" (Jessop 1990: 207) als auch als integratives Moment für den potenziellen Beitritt weiterer Kapitalfraktionen sichtbar gemacht.

Schon die Pressemitteilung zur Veröffentlichung des „Project 2025" machte dessen angestrebte Tragweite deutlich: "The Conservative Promise is just the first step in preparing future conservative leaders for the task of serving their country, and it will continue to guide the movement-wide coalition. We know what time it is; the conservative movement is on offense to restore our great nation" (Roberts 2023). Wie Trump selbst auch oft betont, wähnt Roberts (2023) die USA in einer gesamtgesellschaftlichen Abwärtsspirale, die nur durch eine kollektive, konservative Agitation durchbrochen werden könne - gegen die Inflation, staatliche Eingriffe in die individuelle Bildung, „biological males" im Frauensport und für die „everyday

Americans“ (ebd.). In Anknüpfung an die zuvor identifizierte organische Krise des Neoliberalismus definiert das „Project 2025“ die Abwehr der hegemonialen Herausforderung durch China sowie die Unterwanderung der USA von Innen durch konspirative „verbündete Eliten“ als zentrale Herausforderung, prägnant fasst Kevin D. Roberts (2023: 11) die dem “Project 2025“ zugrundeliegende Problemanalyse zusammen:

> “For a generation, politicians of both parties promised that engagement with Beijing would grow our economy while injecting American values into China. The opposite has happened. American factories have closed. Jobs have been outsourced. Our manufacturing economy has been financialized. And all along, the corporations profiting failed to export our values of human rights and freedom; rather, they imported China’s anti-American values into their C-suites.”

China wird klar als systemischer, totalitärer Feind konstruiert, nicht länger rational als ökonomischer Wettbewerber oder strategischer Rivale der USA ausgemacht: vergangene Dekaden der wirtschaftlichen Kooperation werden als Betrug verräterischer amerikanischer Eliten an ihrem Elektorat verstanden. Roberts wählt zur Veranschaulichung der Herausforderung eine durchaus martialische Metapher: “We solve them [issues] not by trimming and reshaping the leaves but by ripping out the trees—root and branch” (ebd.: 12). Als Allheilmittel gilt dem „Project 2025“ eine Rückkehr zu Wurzeln: zum „single breadwinner“-Modell, zu biologistischen Geschlechterkonzeptionen, zu einer assertiven, unilateralen Außenpolitik und zu einer industriellen Revitalisierung, angeführt durch die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie - dafür sollen finanz- und wirtschaftspolitische Eingriffe progressiver Administrationen rückabgewickelt und Errungenschaften emanzipatorischer Kämpfe zunichte gemacht werden.

Ins Zentrum der konservativen Akkumulationsstrategie rückt bereits das Vorwort eine Vertiefung der fossilen Wirtschaftsweise, diese wird zur *conditio sine qua non* der amerikanischen „Wiederauferstehung“ verklärt: sie sei Grundlage jeden Wirtschaftswachstums, nur durch die Ausbeutung der Erdöl- und Erdgasvorräte könne die Re-Industrialisierung, die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen sowie die Steigerung der Reallöhne gelingen (Roberts 2023: 13). Nur durch „energy dominance“ könne sich die USA von China entkoppeln und Unabhängigkeit von Russland und dem Nahen Osten sicherstellen - zudem soll eine extraktivistische Vertiefung durch entstehende Rohstoffabhängigkeiten die Verfügungsgewalt über Lateinamerika und die Karibik erneuern, die zunehmend durch den wachsenden chinesischen Einfluss herausgefordert wird (ebd.).

Die Problemanalyse soll durch die Feindbildkonstruktionen - China sowie die liberalen Eliten - sowie angeblich entstehende Arbeitsplätze eine Vertiefung der extraktivistischen Wirtschaftsweise als Universalinteresse rahmen, dabei käme dies freilich besonders den

ökonomischen Eliten hinter Trump II sowie der fossilen Spender*innenkoalition hinter der *Heritage Foundation* und dem „Project 2025“ zugute.

Konkret wird die Strategie zur Entfesselung der fossilen Energieträger im Kapitel 12 zum *Department of Energy* dargelegt. Der Autor des Kapitels Bernard McNamee war während der ersten Trump-Administration einer der fünf Commissioner in der Federal Energy Regulatory Commission - zuvor war er Senior Fellow bei der *Texas Public Policy Foundation* (TPPF), einem Think Tank mit langjährigen, engen finanziellen Verbindungen zur Koch-Familiendynastie (*OpenSecrets* 2018). Öffentlich einsehbare Finanzinformationen der letzten Jahre zeigen hohe Spenden von fossilen Unternehmen wie Peabody, Exxon und Chevron sowie von konservativen Einzelspender*innen - wie Charles und David Koch (Gelles 2022). Die TPPF bildet einen wichtigen Knotenpunkt im *policy planning network* hinter „Project 2025“: der langjährige ehemalige Gouverneur von Texas, Rick Perry, wurde 2017 Trumps Energieminister, Kathleen Hartnett White stand dem Council on Environmental Quality vor, Susan Combs und Douglas W. Domenech nahmen Posten im Innenministerium wahr, Brooke Rollins wurde Direktorin des *Domestic Policy Council* im Weißen Haus und erhielt so direkten Zugang zum Präsidenten (ebd.). Die fossile Deregulierungsagenda der TPFF und ihrer Spender*innen konnte durch den *revolving door* während der ersten Amtszeit in die amerikanische Politik eingeschrieben werden, McNamee nutzte die gewonnene Expertise sowie die geknüpften Kontakte anschließend, um im „Project 2025“ die Leitlinien für eine zweite Trump-Administration zu formulieren - erneut zugunsten fossiler Kapitalfraktionen.

Denn die künftige Regierung soll alle regulatorischen Hemmnisse zur Extraktion fossiler Energieträger aufheben. McNamee (2023: 363f.) beginnt sein Kapitel mit einer Beschwörung der bekannten Feindbildkonstruktionen:

> „Under the rubrics of “combating climate change” and “ESG” (environmental, social, and governance), the Biden Administration, Congress, and various states, as well as Wall Street investors, international corporations, and progressive special-interest groups, are changing America’s energy landscape. These ideologically driven policies are also directing huge amounts of money to favored interests and making America dependent on adversaries like China for energy.”

Als ideologischer Referenzpunkt dient für McNamee (2023) die G.W. Bush-Administration: in den 2000ern seien die USA durch eine Entfesselung der fossilen Industrien noch Nettoexporteur von fossilen Energieträgern gewesen, durch Jahrzehnte ideologisch verblendeter demokratischer Politik wäre diese „energy dominance“ geschwunden, stattdessen seien die Wirtschaft und das amerikanische Volk durch diese Energieknappheit existenziell belastet (ebd.: 363). Das Kapitel zielt dabei paradoxerweise besonders auf bestehende Subventionen für erneuerbare Energien ab, diese Zuwendungen stellen dem „Project 2025“ zufolge eine staatlich

erzwungene Verzerrung des Energiemarktes dar und lenkten Kapital in Sektoren, die ohne staatliche Unterstützung nicht profitabel seien (ebd.: 367ff.). Die Aufhebung dieser Subventionen entzöge den Konkurrenten des fossilen Kapitals ihren staatlich garantierten Kapitalzufluss - Investitionen in grüne Projekte würden wirtschaftlich unattraktiver und risikoreicher. Dadurch würden die enormen Kapitalien, welche für die grüne Transformation vorgesehen waren, stattdessen wohl im vollends deregulierten fossilen Energiesektor freigesetzt werden. Flankiert werden soll dies mit dem Widerruf von Emissionszielen und CO2-Preisen - der amerikanische Staat soll im Namen der fossilen Koalition hinter dem „Project 2025" existenzbedrohende politische Eingriffe in den Energiesektor rückabwickeln (ebd.: 376). Konkret soll die Aufhebung progressiver Gesetzgebungen der Biden-Administration, etwa dem *Infrastructure Investment and Jobs Act* und dem *Inflation Reduction Act* Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für den Ausbau erneuerbare Energien beenden - die Abschaffung dieser Programme wird als Wiederherstellung der Marktgerechtigkeit dargestellt, tatsächlich soll der Markt massiv zugunsten der fossilen Industrie verzerrt werden, um die fossile Akkumulationsstrategie proaktiv zu stabilisieren (ebd.: 365).

Kapitel 13 skizziert, wie durch einen Umbau der *Environmental Protection Agency* (EPA) die angestrebte Freisetzung des extraktiven Potenzials regulatorisch flankiert werden soll. Die Autorin Mandy M. Gunasekara war selbst Stabschefin der EPA während Trumps erster Administration - sie will Donald Trump beispielsweise zum Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen überredet haben (Friedman 2023).

Zunächst liest sich das *Mission Statement* des Kapitels auf den ersten Blick wenig radikal: „Creating a better environmental tomorrow with clean air, safe water, healthy soil, and thriving communities" (Gunasekara 2023: 417). Doch weiter führt Gunasekara an gleicher Stelle aus:

> „The EPA needs to be realigned away from attempts to make it an all-powerful energy and land use policymaker and returned to its congressionally sanctioned role as environmental regulator. […] The [Biden] Administration uses its regulatory might to make coal, oil, and natural gas operations very expensive and increasingly inaccessible while forcing the economy to build out and rely on unreliable renewables."

Die EPA soll demnach auf ihre 1970 definierten gesetzlichen Aufgaben im Rahmen des *Clean Air Act* und *Clean Water Act* beschränkt werden, sonstige Vorschriften, welche die Rohstoffextraktion einschränken oder verteuern, sollen unverzüglich aufgehoben werden (ebd.: 419f.). Die negativen Externalitäten der Extraktion, die das fossile Kapital in den letzten Jahrzehnten aufgrund regulatorischer Einschränkungen internalisieren musste, sollen wieder auf die Allgemeinheit rückverlagert werden, um die Profite des fossilen Kapitals zu stabilisieren (ebd.). Die Klimapolitik vergangener demokratischer Administrationen wird als Partikularinteresse progressiver Kapitalfraktionen gerahmt:

> "Not surprisingly, the EPA under the Biden Administration has returned to the same top-down, coercive approach that defined the Obama Administration. There has been a reinstitution of unachievable standards designed to aid in the 'transition' away from politically disfavored industries and technologies and toward the Biden Administration's preferred alternatives (ebd.: 418)."

Die Deregulierungsagenda wird - analog zum vorherigen Kapitel - als inklusive Alternative gefärbt, um die Vorhaben der fossilen Kapitalfraktionen so zu universalisieren. Statt „costly, job-killing regulations that serve to depress the economy and grow the bureaucracy" soll sich die EPA wieder an "cooperative federalism and limited government" orientieren - konkret manifestieren sich diese Leitsätze in einem reduzierten Mandat der EPA, geringeren Durchsetzungsbefugnissen und einem Rückbau staatlicher Kapazitäten in der Umwelt- und Energiepolitik (ebd.: 418ff.). Weiter sollen Genehmigungsverfahren für private Bauvorhaben im Energiesektor vereinfacht werden, konkret indem nicht länger natur- und umweltbezogene Aspekte zur Bewertung der Bauvorhaben herangezogen werden - dies soll Transaktionskosten minimieren und durch verbesserte Renditeaussichten leichter Kapital für den Ausbau der fossilen Energieinfrastruktur attrahieren (ebd., McNamee 2023: 406ff.).

Die Kapitel 12 und 13 zum *Department of Energy* und zur *Environmental Protection Agency* lesen sich - wenig überraschend - wie eine Wunschliste der fossilen Industrie, dies ist einerseits strukturell aus der ökonomischen Abhängigkeit der *Heritage Foundation* und des „Project 2025" von der fossilen Lobby zu erklären (siehe Kapitel 6), andererseits auch durch den Drehtüreffekt, der sich emblematisch anhand der beiden Autoren Bernard McNamee und Mandy M. Gunasekara zeigt.

Doch die Vertiefung der fossilen Wirtschaftsweise liegt nicht nur im Interesse der fossilen Kapitalfraktionen hinter „Project 2025", sondern auch im Interesse des Technologiekapitals und der Krypto-Industrie, welche sich neuerlich der Trump II-Koalition anschlossen, gerade die Technologieunternehmen fügen sich nahtlos in die fossile Akkumulationsstrategie ein. Die rasante Fortentwicklung der künstlichen Intelligenz hat zu einem beispiellosen Anstieg des Energiebedarfs geführt, wodurch die Gewährleistung der Stromversorgung zu einer zentralen strategischen Frage für amerikanische Technologieunternehmen geworden ist - Schätzungen zufolge werden die Vereinigten Staaten allein für die künstliche Intelligenz bis 2028 zusätzlich 50 Gigawatt Strom benötigen, wobei allein Rechenzentren bis zu 12 Prozent des gesamten Stromverbrauchs der USA ausmachen könnten (Collins & Buchanan 2025: 72). Für den amerikanischen Staat ist im Wettlauf um die allgemeine künstliche Intelligenz die Energiedominanz damit zu einem Wettbewerbsfaktor geworden: sind die USA nicht in der Lage, einheimische Energiekapazitäten zu skalieren, könnten Technologieunternehmen ihre Rechenzentren andernorts entwickeln (ebd.: 74). Die Technologieunternehmen selbst sehen in

der Sicherstellung der Energieversorgung die Hauptrolle eines aktiven amerikanischen Staates - ihre Rolle als Energiekonsument würde im Gegenzug die Akkumulationsstrategie nachfrageseitig stabilisieren (ebd.: 83). Denn trotz der weiterhin gültigen Ziele einiger Plattformfirmen, bis 2030 oder 2040 ihre Nettoemissionen auf null zu reduzieren, sind die Technologieunternehmen von diesem Kurs eindeutig abgekommen: die Emissionen von Google stiegen 2024 um 11%, die von Amazon um 6% - Milliardenausgaben für die physische digitale Infrastruktur dürften den Energiebedarf weiter massiv erhöhen, weshalb fossile Extraktion mittelfristig untrennbar mit der Expansion von Zukunftstechnologien verknüpft bleiben dürfte (Brown 2025). Die Deregulierung von Genehmigungsverfahren für Infrastrukturbauvorhaben im Energiesektor dürfte zudem auch „Big Tech" zugutekommen: von neuen *Small Modular Reactor*-Kernkraftwerken, über die Einspeisung fossiler Rohstoffe bis zu Beteiligungen am amerikanischen Stromnetz sind die amerikanischen Technologiekonzerne über Tochterfirmen in den letzten Jahren zu dominanten Akteur*innen in der Energieindustrie geworden (Penn & Weise 2024; 2025).

„Big Tech" wird als Kapitalfraktion vom „Project 2025" selbst zwar noch eindeutig im progressiven Block verortet (vgl. Gilman 2023: 687, Candeub 2023: 878), die im „Project 2025" angelegte, umfassende Deregulierungsagenda im Energiesektor (und darüber hinaus, siehe unten) hat jedoch - zusätzlich zur persönlichen Annäherung zwischen Trump und den Tech-Eliten - unbewusst ein Möglichkeitsfenster für den Beitritt des Technologiekapitals zum konservativen Hegemonieprojekt geschaffen.

Auch das Krypto-Mining leidet als energieintensiver Sektor ebenso unter den abzubauenden Umweltregulierungen - und kann als wichtiger Nachfrager fossiler Energie Renditen des extraktiven Sektors stabilisieren, wohl kaum zufällig schrieb Trump nach einem Treffen mit führenden Persönlichkeiten der Kryptoindustrie in Mar-a-Lago auf Truth Social: „We want all the remaining Bitcoin to be MADE IN THE USA!!! It will help us be ENERGY DOMINANT!!!" (Yaffe-Bellany & Vogel 2025). In der Zwischenzeit wurde den ökonomischen Interessen der Kryptoindustrie daher auch legislativ Rechnung getragen: der *Genius Act* schafft einen regulatorischen Rahmen für *stablecoins*, um die Vormachtstellung des US-Dollars im digitalen Zeitalter abzusichern, der *Clarity Act* setzt Lobbyinteressen um und schützt die Kryptoindustrie vor der mächtigen *Securities and Exchange Commission*, indem Kyptowährungen nun stattdessen von der *Commodity Futures Trading Commission* überwacht werden sollen (Yaffe-Bellany & Jimison 2025). Mit dem *Anti-CBDC Surveillance State Act* schließt sich zudem der Kreis zum „Project 2025". Die Kryptoindustrie sowie republikanische Abgeordnete lehnen eine digitale Zentralbankwährung ab mit vorgeschobenem Verweis auf die

Privatsphäre der Bürger, ein ähnlicher Passus findet sich bereits im „Project 2025“: „A CBDC would provide unprecedented surveillance and potential control of financial transactions without providing added benefits available through existing technologies“ (Winfree 2023: 741) - mit „existing technologies“ dürfte die Kryptoindustrie gemeint sein, deren Profitinteressen durch eine digitale Zentralbankwährung erheblich betroffen wären (Gold 2025).

### 7.1. Militarisierte Re-Industrialisierung: Decoupling, Nearshoring und Staatsinverventionismus in kritischen Industriezweigen

Neben der umfassenden Deregulierung des Energiesektors als Kern der Akkumulationsstrategie enthält das „Project 2025“ eine Reihe weiterer Taktiken zur Re-Industrialisierung der USA. Analog zum Energiesektor sollen im Verteidigungssektor umfassende Eingriffe des Staatsapparates zugunsten ausgewählter Kapitalfraktionen erfolgen, um einerseits industrielle Kapazitäten zu revitalisieren und andererseits Liefer- und Wertschöpfungsketten geoökonomisch neu zu organisieren.

Das Kapitel zum *Department of Defense* verbindet eine Modernisierung des militärischen Beschaffungswesens mit einer staatlich gelenkten Re-Industrialisierung, bei der der Staat sowohl als Anschubinvestor, als auch als Nachfragegarant fungiert: die Regierung soll durch mehrjährige Beschaffungsverträge und Sammeleinkäufe private Investitionen anreizen und so die Kooperation zwischen Staat und Rüstungsindustrie als dauerhaftes Wachstumsmodell institutionalisieren (Miller 2023: 96f.). Steigende Militärausgaben und Reformen des Beschaffungswesens werden im Kapitel zwar als Universalinteresse gerahmt: “Manufacturing components and end products domestically and with allies spurs factory development, increases American jobs, and builds resilience in America’s defense industrial base” (ebd.: 97), doch zweifelsfrei sollen vorrangig die traditionell republikanischen Kapitalfraktionen des militärisch-industriellen Komplexes von der militarisierten Re-Industrialisierung profitieren.

Die entstehende Akkumulationsstrategie kann dabei nicht ohne Pfadabhängigkeiten in der amerikanischen Außenpolitik verstanden werden, denn sie wird explizit mit der „burden sharing“-Doktrin verzahnt: die USA drängen ihre Verbündeten in Europa, Ostasien und im Nahen Osten dazu, mehr Verantwortung für ihre eigene konventionelle Verteidigung zu übernehmen - statt amerikanischer Truppen solle künftig vorrangig amerikanisches Gerät den Verbündeten zur Verfügung gestellt werden, um die Nachfrage nach amerikanischen Rüstungsgütern zu stimulieren (Miller 2023: 94ff.). Die Abhängigkeit von amerikanischen Rüstungsgütern soll also keinesfalls verringert werden, stattdessen sollen die kollektiven Selbstverteidigungsbündnisse nahtlos in integrierte Beschaffungsnetzwerke übergreifen, die auf amerikanischen Standards und Technologien basieren, um so die militärische Vorherrschaft

der USA innerhalb des westlichen Bündnisses zu monetarisieren (ebd.). Rüstungsexporte sollen damit als externer Pfeiler zur Stützung der inländischen Produktionskapazitäten dienen, wodurch die globalen Kriege enorm lukrativ für die amerikanische Rüstungsindustrie werden: nachdem die Biden-Administration noch militärische Unterstützung in Höhe von $67 Milliarden an die Ukraine leistete, setzte Trump diese aus, stattdessen kaufen nun europäische NATO-Staaten Waffen direkt bei der amerikanischen Industrie, um diese anschließend an die Ukraine zu liefern - die militärische Hegemonie wird zugunsten der Kapitalfraktionen des militärisch-industriellen Komplexes monetarisiert (Jakes 2025).

Doch nicht nur traditionelle Großunternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie wie Lockheed Martin, RTX und Northrop Grumman dürften von den im „Project 2025“ angelegten Reformen profitieren: auch das Technologiekapital ist ein zunehmend dominanter Akteur in der Verteidigungsindustrie. Die US-Regierung benötigt leistungsfähige Technologieunternehmen, um mithilfe der künstlichen Intelligenz seinen militärischen Zwangsapparat zu modernisieren, die Technologieunternehmen benötigen wiederum die Exekutive, da sie sich durch die geopolitische Fragmentierung mehrheitlich als nationale Champions positioniert haben und insgesamt zunehmend abhängig von Staatsaufträgen des *Department of Defense* und des *Department of Homeland Security* geworden sind (vgl. Buchanan & Collins 2025, Farrell 2022, Frenkel & Krolik 2025, Wakabayashi & Conger 2021). Das Silicon Valley - in Gestalt seiner Investoren, Start-up-Gründer und Plattformunternehmen - arbeitet folglich weitgehend offen mit dem US-Militär und der Verteidigungsindustrie zusammen. Einst der Verteidigungsindustrie feindlich gesinnt, hat die geopolitische Konkurrenz mit China, der Einsatz künstlicher Intelligenz in den neuen Kriegen sowie der sprunghafte Anstieg von *venture capital* im Verteidigungssektor in Antizipation steigender Militärausgaben und dem vereinfachtem Beschaffungswesen ein Umdenken induziert (Frenkel 2025). Kommunikativ rahmen *OpenAI, Meta* und *Google* diesen Kurswechsel als patriotischen Akt, um die technologische Überlegenheit der USA zu erhalten - tatsächlich steht sie vor allem im Einklang mit der techno-libertären Wende des Silicon Valleys und der amerikanischen Finanzindustrie (ebd.). Erfolgreiche Finanzierungsrunden von *Anduril* - $2,5 Milliarden über den Peter Thiel nahestehenden *Founders Fund* - sowie der Aufstieg von Thiels *Palantir* in die Riege der zwanzig wertvollsten Unternehmen weltweit mit einer Marktkapitalisierung von knapp $400 Mrd. belegen erste Erträge aus den im „Project 2025“ angelegten Militärausgabensteigerungen und Beschaffungsderegulierungen für die ökonomische Koalition hinter Trump II (vgl. Griffith & Metz 2025).

Die Interessen amerikanischer Kapitalfraktionen vermischen sich auch an anderen Stellen vermehrt mit den neuen Imperativen der amerikanischen Außenpolitik, etwa in der Auseinandersetzung mit China. So schlagen die Kapitel zum *Department of Commerce* und zum *Department of State* nicht weniger als eine Rückabwicklung globalisierter Lieferketten vor. Die Autorin des Kapitel 6 zum *Department of State*, Kieron Skinner war *Director of Policy Planning* während Trumps erster Amtszeit und ist anschließend zur *Heritage Foundation* gewechselt - als *Presidential Advisor* ist sie dort die rechte Hand von Präsident Kevin D. Roberts, zuvor war sie bereits an der libertär-konservativen *Hoover Institution* als Research Fellow tätig. Thomas F. Gilman, Autor des Kapitels zum *Department of Commerce* diente während Trumps erster Amtszeit als *Chief Financial Officer* im *Department of Commerce* und war zuvor für den evangelikalen, *pro-Life* Think Tank *American Center for Law & Justice* tätig. Erneut wird damit die enge personelle Verbindung zwischen „Project 2025“ und der Trump-I-Administration deutlich, auch die politischen Vorschläge stehen in Einklang mit dem ökonomischen Nationalismus der Trump I-Administration.

Die in den beiden Kapiteln skizzierten Maßnahmen sollen eng ineinandergreifen, um so schnell wie möglich eine vollständige Entkopplung von China zu erreichen. So soll im *Department of Commerce* ein staatliches Planungszentrum zur Reorganisation von Lieferketten in kritischen Industriezweigen entstehen, „re-hemisphering“ soll im Gegenzug als außenwirtschaftliche Strategie Kontrolle über Liefer- und Wertschöpfungsketten wiederherstellen:

> “The United States must do everything possible, with both resources and messaging, to shift global manufacturing and industry from more distant points around the globe (especially from the increasingly hostile and human rights-abusing PRC) to Central and South American countries. “Re-hemisphering” manufacturing and industry closer to home will not only eliminate some of the more recent supply-chain issues that damaged the U.S. economy but will also represent a significant economic improvement for parts of the Americas in need of growth and stabilization (Skinner 2023: 184).”

Dieses „re-hemisphering“ soll jedoch auch die schon in der Monroe-Doktrin festgehaltene Vormachtstellung über Nord-, Mittel- Südamerika und die Karibik konsolidieren: der wachsende Einfluss Chinas in der Region soll zurückgedrängt werden, indem globalisierte Produktionsprozesse regionalisiert werden; wirtschaftliche und sicherheitspolitische Abhängigkeiten sollen die Einflusssphäre der USA für „raumfremde Mächte“ (Schmitt 2022 [1941]: 22ff.) unzugänglich machen. In diesem Kontext stellt „Project 2025“ außerdem auch bereits grundständige Überlegungen zur Internationalisierung der Energiedominanz an: Der Exekutivapparat soll aktiv neue Absatzmärkte für die fossile Industrie sichern und Verbündete durch Energieabhängigkeit an die USA binden, die Ziele der fossilen Kapitalfraktionen sollen künftig also auch wieder der nationalen Außenpolitik zugrunde liegen (McNamee 2023: 370).

Auch Äußerungen von Donald Trump sowie anderer führender amerikanischer Offizieller lassen Schlussfolgerungen auf eine derartige Weltsicht zu: laut gedachte Annexionspläne zu Kanada, Grönland und dem Panama-Kanal, die zunehmende Einmischung in innere Angelegenheiten Brasiliens, Venezuelas und Argentiniens lassen ein Denken in Einflusssphären vermuten, die sich so auch - mit klar artikulierten ökonomischen Profitinteressen - im „Project 2025“ wiederfindet (vgl. Wong 2025). Ob die zunehmenden Interventionen in Venezuela der Logik der „Energy dominance“ folgen, kann zu diesem Zeitpunkt nur unterstellt werden. Nachdem die Förderung von Erdöl in den USA ihren natürlichen Zenit erreicht hat, ist die Sicherung neuer Vorkommen abseits des Nahen Ostens und Russlands von enormer strategischer Bedeutung: der Zugriff auf venezolanisches Erdöl würde die strategische Abhängigkeit der USA von anderen Regionen insgesamt verringern, folgerichtig wird spekuliert, dass ein mögliches Abkommen zwischen Venezuela und den USA eine neue Ära ausländischer Investitionen in die fossilen Vorkommen Venezuela einläuten könnte (Elliot & Gamio 2025). Die militarisierte *Nearshoring*-Agenda greift damit mit der fossilen Re-Industrialisierung eng ineinander.

Der Staatsapparat soll umgebaut werden, um diese radikale *Nearshoring*-Agenda umzusetzen: etwa soll die die dem *Department of Commerce* nachgeordnete Behörde *International Trade Administration*, bislang ein Instrument der Exportförderung, in diesem Sinne strategisch grundlegend neu ausgerichtet werden (Gilman 2023: 666). Ziel ist es, die Behörde zu einem Instrument geoökonomischer Kontrolle zu machen, welches gezielt die nationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt und die Abhängigkeit von China verringert (ebd.). Im Mittelpunkt steht die Schaffung eines staatlichen Planungszentrums - der *Industry and Analysis Unit* - zur Reorganisation von Lieferketten in kritischen Industriezweigen: diese Einheit soll dauerhaft sektorübergreifende Analysen durchführen und Verwundbarkeiten in essenziellen Bereichen, etwa bei Halbleitern, Batterien, Arznei und Medizintechnik, Lebensmitteln und anderen Schlüsseltechnologien identifizieren und die strategische Entkopplung vorbereiten (ebd.: 669). Auch die Außenhandels- und Investitionsförderung soll entlang strategischer Kriterien reformiert werden: vorhandene Strukturen sollen rationalisiert werden, künftig sollen stattdessen nationale Sicherheitsinteressen, der Zugang zu kritischen Technologien und Rohstoffen und die Zurückdrängung des chinesischen Einflusses auf globalen Märkten im Mittelpunkt der Außenwirtschaftspolitik stehen (ebd.: 666). Weiter sollen insgesamt Exportkontrollen erheblich verschärft werden, um Technologietransfers und Datenabfluss an Staaten wie China und Russland künftig zu verhindern (ebd.).

Freilich dient die angestrebte Entkopplung nicht nur der nationalen Sicherheit - stattdessen liegt dies auch im Interesse amerikanischer *Lead Firms*. Nachdem ostasiatische Konkurrenten zunächst als subalterner Bestandteil der Liefer- und Wertschöpfungsketten Arbeitsschritte mit geringer lokaler Wertschöpfung vollbrachten, entstanden erhebliche Anreize zum *industrial upgrading*: mit China bildete sich als Folge ambitionierter industriepolitischer Interventionen ein konkurrierendes, dynamisches Akkumulationszentrum heraus, dessen eigenständige technologische Kompetenzen im Mittel- und Hochtechnologiesegment die marktbeherrschende Stellung einstmaliger westlicher Pionierfirmen herausfordert (Raza 2025). Amerikanische Unternehmen - besonders aus dem Technologiesektor - versuchen also, vom geostrategischen Wettbewerb zwischen den USA und China zu profitieren und bringen sich opportunistisch für steuerliche Vergünstigungen und vorteilhafte industriepolitische Eingriffe in Stellung, um den Konkurrenzdruck durch chinesische Lead Firms wie *Tencent, Alibaba, BYD* und *Huawei* abzumildern (vgl. ebd.).

Sowohl die Biden- als auch die beiden Trump-Administrationen haben zunehmend Exportkontrollen eingesetzt, um Chinas Zugang zu Zukunftstechnologien, insbesondere Halbleitern und künstlicher Intelligenz einzuschränken: Trump wandte umfassende Exportkontrollen gegen bestimmte, führende Unternehmen wie *ZTE* und *Huawei* an, die Biden-Regierung weitete diesen Ansatz erheblich aus und zielte auf die Hemmung des gesamten technologischen Fortschritts der Volksrepublik durch die Beschränkung von Chip-Exporten aus den USA und verbündeten Staaten ab („small yard, high fence“, Tobin 2025). Die Trump II-Administration nahm 80 Unternehmen (davon 54 chinesische Unternehmen) auf die sogenannte *Entity List* des *Department of Commerce* auf und weitete so die Exportkontrollen aus, um den technologischen *Spill-Over* zu beenden, weitere Maßnahmen umfassten etwa Exportlizenzen für Chip-Verkäufe nach China, Einschränkungen für Exporte von Flugzeugmotoren und anderen industriellen Vorprodukten (ebd., Swanson 2025a, Swanson 2025b). Der Handelskonflikt zwischen den USA und China hat sich zu einer Auseinandersetzung über die Kontrolle um Liefer- und Wertschöpfungsketten ausgeweitet, in dem beide Nationen ihre Verfügungsgewalt über wichtige Technologien und natürliche Ressourcen ausspielen - zunehmend vermischen sich dabei staatliche Imperative mit privaten, rein ökonomischen Interessen (Swanson 2025c). Besonders in der Halbleiterindustrie interveniert die zweite Trump-Administration zunehmend, etwa werden Investitionen in die USA durch das Androhen des Entzugs von Subventionen, staatlichen Aufträgen oder dem Erlass neuer Zölle auf im Ausland hergestellte Komponenten erzwungen - im Gegenzug profitiert das Technologiekapital

von einer weitreichenden Deregulierungsagenda, insgesamt verfestigt sich dadurch dessen Stellung als nationaler Champion (Mickle 2025).

Die Beteiligung der Trump-Regierung am Chiphersteller Intel signalisiert etwa eine neue Epoche; der Staat ist zunehmend in Schlüsselbranchen und -Technologien involviert - entgegen dem jahrzehntelangen republikanischen Imperativ, den Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten (Romm & Swanson 2025). Das jüngst im Oktober und November 2025 aufgestockte Portfolio der Trump-Regierung umfasst mittlerweile Minderheitsbeteiligungen an Firmen aus dem Stahl-, Mineral-, Kernenergie-, und Halbleitersektor im Wert von $10 Milliarden - die Dominanz Chinas über kritische Liefer- und Wertschöpfungsketten führt dazu, dass die USA Anteile an amerikanischen Unternehmen in kritischen Sektoren erwerben, um das Decoupling voranzutreiben und technologische Souveränität zurückzugewinnen (Swanson 2025d). Obwohl die Symbiose dieses emergenten Staat-Kapital-Nexus durchaus auch für die Beteiligten Unternehmen fruchtbar ist, steht bisher letztinstanzlich die nationale Sicherheit über den ökonomischen Interessen der Technologieunternehmen (Mickle & Swanson 2025).

Das *Department of Commerce* soll damit also insgesamt zum Maschinenraum für die strategische Rückverlagerung von Lieferketten, aber auch zur sukzessiven Entkopplung von systemischen Rivalen werden, diese funktionale Neuausrichtung soll den Übergang von einer neoliberal-marktöffnenden zu einer strategisch-interventionistischen Handelspolitik - zugunsten führender Kapitalfraktionen - festschreiben. Außenhandelspolitische Instrumente sollen aber auch zunehmend zur Erreichung geopolitischer Ziele eingesetzt werden: dies schreibt Tendenzen der Trump I- und Biden-Administrationen, die Außenwirtschaftspolitik zunehmend zu versicherheitlichen, fort. Die nationale Sicherheit durchbricht in der Industriepolitik zunehmend neoliberale Marktlogiken, strategische Verwundbarkeiten sollen durch staatlich orchestrierte Entkopplungsmaßnahmen beseitigt werden, ohne dabei die Interessen der Koalition hinter Trump II zu vernachlässigen.

### 7.2. Widerspruch zwischen economic nationalists und libertarians innerhalb des rechten Hegemonieprojekts: „free trade“ oder „fair trade“?

Freilich deutet dennoch einiges darauf hin, dass innerhalb der Neuen Rechten zum Ende der neoliberalen Außenwirtschafts- und Handelspolitik keinesfalls Konsens hergestellt werden konnte (Pager 2025). Vielmehr wird unter den Begriffen „free trade“ vs. „fair trade“ der Machtkampf zwischen *economic nationalists* und *libertarians* auch im „Project 2025“ offen ausgefochten. Im „Project 2025“ wird dieser Dissens durch die Beiträge von Peter Navarro, mittlerweile als *Senior counselor for trade and manufacturing* erneut wichtiger Berater von

Donald Trump, so wie Kent Lassman, seines Zeichens CEO des libertären Competitive Enterprise Institute, abgebildet.

Navarro kritisiert die bis dato vorherrschende „Ricardian Free-Trade Orthodoxy“ als Elitenprojekt aus dem akademischen Elfenbeinturm, welche sich nicht länger mit den Realitäten der amerikanischen Volkswirtschaft decke, Amerika sei nämlich das erste Opfer der Freihandelsideologie: für ihn kann es ohnehin keinen Freihandel, sondern nur fairen Handel geben (790ff.). Assertive Handelspolitik ist für Navarro damit ein Allheilmittel: nationale Sicherheit, Migration, Lohnniveau und Sicherheit kritischer Liefer- und Wertschöpfungsketten hängen ihm zufolge maßgeblich davon ab, ob die Handelspolitik künftig als Instrument der Verteidigung amerikanischer Interessen eingesetzt wird (ebd.). Konkret sollen durch eine interventionistische Handelspolitik einerseits *Offshoring*-Tendenzen verhindert, andererseits Fertigungskapazitäten für Industrie- und Verteidigungsgüter in den USA aufgebaut werden, um die Reallöhne der Arbeitnehmer zu steigern und die Auslagerung von Arbeitsplätzen umzukehren (ebd.). Lassman (2023: 798ff.) betont hingegen die immanente Leistungsfähigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft: ihm zufolge soll sich der Staat aus der Handelspolitik zurückziehen, Handelspolitik sei ein ungeeignetes Mittel, um innen- oder außenpolitische Ziele zu erreichen, stattdessen schaffe die Versicherheitlichung der Handelspolitik lediglich Präzedenzfälle für eine zukünftige Klientelpolitik progressiver Administrationen.

Weitere Uneinigkeit zeigt sich im Umgang mit China. Navarro (2023: 783) sieht Chinas aggressives Vorgehen nicht nur als wirtschaftliche Konkurrenz, sondern als existenzielle Bedrohung, welche im Kontext einer ganzheitlichen geopolitischen und militärischen Rivalität um die Stellung als dominante Wirtschafts- und Militärmacht zwischen den USA und China gesehen werden muss. Chinas Außenwirtschaftspolitik basiere auf „relentlessly mercantilist and protectionist trade policies" (ebd.) welche in den USA zu chronischen Handelsdefiziten führe, ferner würde diese Politik im Inneren mit aggressiver Industrie- und Technologiepolitik flankiert, um globale Wertschöpfungsketten zu dominieren und um die militärisch-industrielle Basis auf eine hegemoniale Auseinandersetzung mit den USA vorzubereiten. Die Verknüpfung von hohen Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen mit erzwungenem Technologietransfer, systematischen Subventionen für staatseigene Betriebe und Produktdumping auf dem Weltmarkt sowie dem zunehmenden strategischen Einsatz von Exportquoten und Ausfuhrzöllen auf kritische Rohstoffe mache weitere Verhandlungen zwecklos: die USA sollen sich stattdessen ökonomisch und politisch vollkommen von China entkoppeln (ebd.: 787). Lassman beschwört hingegen erneut den Nimbus der Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft, ihm zufolge seien die USA China

langfristig strukturell überlegen: demographisch, kulturell und wirtschaftlich - statt sich aus der Weltwirtschaft zurückzuziehen, sollten die USA daher offensiv durch eine Wiederaufnahme des *Trans-Pacific Partnership* die Liberalisierung des Welthandels vorantreiben und die „divide-and-conquer"-Logik Chinas durch eine breite Koalition gleichgesinnter Staaten durchbrechen (Lassman 2023: 814).

Betrachtet man die *Liberation Day*-Zölle sowie die monatelangen anhaltende Eskalationsspirale zwischen den USA und China, dann scheint eindeutig, dass Präsident Trump in der Zollpolitik den Vorschlägen seines Beraters Peter Navarro weitgehend Folge leistet - überhaupt orientierte sich die Außenhandelspolitik der Trump-Administration bislang auffällig eng am „Project 2025", die Fraktion der *libertarians* scheint damit insgesamt gegenüber den *economic nationalists* zunehmend ins Hintertreffen geraten zu sein. Trumps zweite Amtszeit hat die Handelspolitik der USA grundlegend verändert: 54% aller Importe wurden mit Zöllen belegt, wobei fast 90 % der Importe insgesamt durch die assertive Handelspolitik betroffen sind, denn für 46% der Importe gelten im Gegenzug umfassende Ausnahmeregelungen, so etwa für verbündete Staaten im Rahmen des *U.S.-Mexico-Canada Agreements* oder für Irland und Taiwan sowie für Unternehmen, die ein Zweckbündnis mit der Trump-Administration eingegangen sind (Gamio et al. 2025).

Zahlen aus dem August scheinen Navarro vorerst Recht zu geben: die gesamten US-Importe gingen im August 2025 um 5,1 Prozent auf 340,4 Milliarden US-Dollar zurück: US-Unternehmen reduzierten besonders ihre Importe ausländischer Industriegüter, pharmazeutischer Produkte und Elektronik, aufgrund des starken Rückgangs der Importe sank das US-Handelsdefizit gegenüber Juli um fast 24 Prozent auf lediglich 59,6 Milliarden US-Dollar (Swanson 2025e).Die Lage bleibt insgesamt unübersichtlich, jedoch haben sich erste Gewinner der assertiven Zollpolitik rauskristallisiert, die nebenbei auch zur ökonomischen Koalition hinter Trump gehören: neben der Stahl- und Aluminiumindustrie profitiert etwa Tesla dank seiner Fertigungsanlagen in Kalifornien und Texas von den Zöllen im Automobilsektor, da Konkurrenten wie General Motors sowie importierte Autos aus Südkorea, Deutschland und Japan erheblich stärker von ihnen betroffen sind, außerdem schützt der eskalierende chinesisch-amerikanische Handelskrieg Tesla jedenfalls auf dem amerikanischen Markt vor der Konkurrenz chinesischer Lead Firms wie BYD (Eavis 2025, Ewing et al. 2025).

### 7.3. Deregulierungsagenda als Widerspruch zur versicherheitlichten Industriepolitik?

Nachdem der Widerspruch zwischen *libertarians* und *economic nationalists* wohl zunächst eindeutig zugunsten letzterer aufgelöst wurde, tut sich innerhalb des Hegemonieprojekts ein weiterer Widerspruch auf. Augenscheinlich steht die Hinwendung zu einer

interventionistischen Industriepolitik, in welcher wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen zunehmend verschränkt werden sollen, der im Folgenden dargestellten, angestrebten umfassenden Deregulierungsagenda im Finanzsektor diametral gegenüber. Ohnehin gab sich „Project 2025“ dahingehend oberflächlich betrachtet zunächst wenig kompromissbereit, im Vorwort rechnet Rogers (2023: 10) beispielsweise noch schonungslos mit dem transnationalen Finanzsektor sowie dessen Eliten ab:

> „America’s corporate and political elites do not believe in the ideals to which our nation is dedicated […] Instead, they believe in a kind of 21st century Wilsonian order in which the “enlightened,” highly educated managerial elite runs things […] This Wilsonian hubris has spread like a cancer through many of America’s largest corporations, its public institutions, and its popular culture. Those who run our so-called American corporations have bent to the will of the woke agenda and care more for their foreign investors and organizations than their American workers and customers. Today, nearly every top-tier U.S. university president or Wall Street hedge fund manager has more in common with a socialist, European head of state than with the parents at a high school football game in Waco, Texas.”

“Project 2025” gibt demnach rhetorisch vor, eine Rückabwicklung von Jahrzehnten der Finanzialisierung der amerikanischen Volkswirtschaft einzuleiten - wie durch Analyse der vorgeschlagenen Maßnahmen sichtbar gemacht werden soll, ist realiter jedoch vorrangig eine Rücknahme disziplinierender ESG-Kriterien, DEI-Vorschriften und Klimaschutz- und Umweltauflagen vorgesehen, um das Finanzkapital zu entfesseln und Kapitalien in den fossilen Energiesektor zu attrahieren.

Das Kapitel zu den *Financial Regulation Agencies* etwa sieht eine umfassende Deregulierungsagenda vor: Senkung von Compliance-Kosten, Rücknahme von DEI- und ESG-Vorschriften und sogar die Abschaffung bestimmter Behörden. Die *United States Securities and Exchange Commission* wurde zur Aufsicht der Kapitalmärkte nach der Weltwirtschaftskrise 1929 geschaffen: zum Schutz der Anleger, zur Aufrechterhaltung fairer und effizienter Märkte und zur Erleichterung der Kapitalbildung. Es wird argumentiert, die *Securities and Exchange Commission* solle Hindernisse für die Kapitalbildung abbauen und nicht vertiefen: Unternehmen sollen nicht mehr verpflichtet sein, "social, ideological, political, or 'human capital' information that is not material to investors“ offenzulegen, ebenso sollen sie nicht länger an “social justice; corporate social responsibility (CSR); stakeholder theory; environmental, social, and governance (ESG) criteria; socially responsible investing (SRI); sustainability; diversity; business ethics; or common-good capitalism” gemessen werden, Einstellungskriterien wie Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht oder sexueller Orientierung sollen nicht länger eine Rolle spielen (Burton 2023: 830-832). Das *Consumer*

*Financial Protection Bureau*, die *Public Company Accounting Oversight Board*, die *Financial Industry Regulatory Authority* sollen gänzlich abgeschafft werden (ebd.).

Auch das Kapitel zum *Department of the Treasury* gibt Aufschluss über die Deregulierungsagenda: alle Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels sollen eingestellt werden, die USA sollen erneut aus dem Pariser Abkommen und der UN-Klimarahmenkonvention sowie diesmal auch aus der Weltbank und dem IWF austreten, da diese anti-amerikanische Politik betrieben (Walton et al. 2023: 701). Stattdessen soll das *Department of the Treasury* Investitionen in heimische fossile Sektoren fördern:

> "[…] history shows that economic growth and technological/scientific advance through human ingenuity are by far the best ways to prevent and mitigate extreme weather events. (…) The next Administration should use Treasury's tools and authority to promote investment in domestic energy, including oil and gas. It should reverse support for international public- (and private-) based efforts promoting Environmental, Social, and Governance and Principles for Responsible Investment, both of which have badly damaged U.S. energy security (ebd.: 709)."

Die Deregulierung der Kapitalmärkte dürfte damit komplementär zur Abschaffung des *Inflation Reduction Act* und des *Infrastructure Investment and Jobs Act* angelegt sein: durch Rückabwicklung der demokratischen Industrie- und Finanzpolitik sollen öffentliche wie private Finanzströme in den fossilen Energiesektor umgelenkt werden, denn die angestrebte Dominanz im Energiesektor erfordert massive Investitionen, die mit den gegebenen Finanzmarktregulierungen fundamental inkompatibel sind.

Immer mehr kristallisiert sich damit eine umfassende Deregulierungsagenda als kleinster gemeinsamer Nenner heraus. Die Vernichtung letzter historischer Fundsachen aus der *New Deal*-Gesetzgebung soll der ökonomischen Koalition hinter Trump weiter zugutekommen. Das *Department of Labour* fungiert hier als Schaltzentrale, mithilfe welcher umfassende Deregulierungsvorhaben der Trump-Koalition auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt werden sollen. Jonathan Berry - Autor des Kapitels - wirkte bereits während der ersten Trump-Administration in verschiedenen Positionen im *Department of Labor* und *Department of Justice* (Shao & Wu 2024). Die Befugnisse des *Department of Labour* sollen insgesamt drastisch reduziert werden, gleichsam sollen die ohnehin geschwächten Gewerkschaften weiter entmachtet werden, im Kapitel werden Erleichterungen des „Union busting" vorbereitet, zudem sollen weniger konfrontative, unpolitische, korporatistische Formen der Interessensvertretung gestärkt werden, indem Gewerkschaften das im Arbeitsrecht angelegte Vertretungsmonopol entzogen werden soll (Berry 2023: 599ff.). Außerdem soll eine Vorschrift für Bundesbauprojekte abgeschafft werden, wonach Auftragnehmer die ortsüblichen Löhne zahlen müssen - eine Maßnahme, um eine erhebliche Senkung der Löhne im Bausektor zu erzielen.

Ferner soll die Methode zur Berechnung von Überstunden reformiert werden: Die angestrebte Mittelung der Wochenarbeitszeit über längere Zeiträume würde es Unternehmen erlauben, reguläre Überstundenzuschläge zu umgehen und somit die effektive Lohnsumme von Millionen von Beschäftigten zu senken (ebd.: 587f.). Zudem soll durch die weitgehende Aufhebung von Antidiskriminierungsbestimmungen für Auftragnehmer von *federal contracts* weiter dereguliert werden - dies würde vorrangig den staatsnahen Kapitalfraktionen der Verteidigungs- und Energieindustrie zugutekommen (ebd.: 583f.). Diese Deregulierungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt bevorteilen damit zuvorderst die Kapitalfraktionen der emergenten Trump II-Koalition.

Passend dazu skizziert das Kapitel zum *Department of the Treasury* eine umfassende, libertäre Steuerreform. Die Autoren des Kapitels haben, mit Ausnahme von David R. Burton (*Heritage Foundation*), Verbindungen zur Trump I-Administration. William L. Walton (Council for National Policy) war 2016 *Economic Adviser* im *Presidential Transition Team*, Stephen Moore (*Heritage Foundation*) wurde von Trump - letztlich nicht erfolgreich - für das *Federal Reserve* Board vorgeschlagen. Die von den Autoren entworfene Reformagenda zielt darauf ab, das amerikanische Steuerrecht zugunsten führender Kapitalfraktionen zu vereinfachen, um deren Kapitalbildung zu erleichtern und deren Investitionstätigkeiten lukrativer zu machen.

Im Mittelpunkt steht das Ziel, die angebliche Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinnen abzuschaffen: derzeit werden Steuern einmal auf Gewinne von Unternehmen und dann erneut auf die Ausschüttung von Dividenden oder Kapitalerträge fällig (Walton et al. 2023: 696). Ein vereinfachtes System soll die Körperschaftsteuer auf pauschal 18% senken und Steuern auf Dividenden und Kapitalerträge auf 15% begrenzen - dies soll die Rentabilität amerikanischer Unternehmen erhöhen und Investitionsanreize für diese schaffen (ebd.). Langfristig soll die progressive Einkommens- und Unternehmensbesteuerung einer pauschalen Besteuerung des Konsums weichen - diese regressive Steuer würde die Kosten für lebensnotwendige Güter unverhältnismäßig erhöhen und gleichzeitig massive Steuererleichterungen für die *corporate rich* mit sich bringen (ebd.: 698). Als Rechtfertigung wird ein klassisches neoliberales Argumentationsmuster herangezogen: „The corporate income tax is the most damaging tax in the U.S. tax system, and its primary economic burden falls on workers because capital is more mobile than labor" - libertäre Steuerpolitik wird als Standortpolitik zugunsten der Arbeiter*innen gerahmt (ebd.: 696). Durch eine sofortige Reform soll zudem ein zweistufiges flat tax-System eingeführt werden, wodurch beim Erreichen eines bestimmten Einkommensniveaus de-facto eine Lohnsteuerpauschale die bisherige Progression ersetzen würde (ebd.). Zudem sollen die Steuererleichterungen aus Trumps *Tax Cuts and Jobs Act*

fortgeschrieben werden: bei Erbschaften und Schenkungen sollen Freibeträge in Höhe von 12,9 Millionen Dollar gewährt werden, Beträge über dem Freibetrag sollen mit lediglich 20 % besteuert werden (ebd.).

Die unmittelbaren Nutznießer dieser umfassenden Steuerreformen sind Fortune 500-Unternehmen, Großaktionäre und vermögende Privatpersonen oder Familien, deren Steuerlast durch die Begrenzung der „Doppelbesteuerung“ sowie die dauerhafte Senkung der Erbschaftssteuer erheblich reduziert werden soll. In der Tat wurden im *One Big Beautiful Bill Act* der Trump-II-Administration einige dieser Steuererleichterungen verwirklicht und nebenbei durch einen massiven Abbau des Sozialstaates flankiert oder dadurch gar teilweise gegenfinanziert. Insgesamt sollen sich zwar vorgeblich für die meisten Amerikaner*innen Steuervorteile ergeben, tatsächlich wird jedoch erwartet, dass die Wohlhabenden unverhältnismäßig begünstigt und Amerikaner*innen mit niedrigem Einkommen aufgrund erheblicher Kürzungen bei den sozialen Sicherungssystemen disproportional belastet werden - vom untersten Quintil soll zum obersten Quintil umverteilt werden (geschätzt 2,3%, Romm 2025a). In absoluten Zahlen sollen $6,8 Billionen für Steuererleichterungen - etwa durch Senkung der Grenzsteuersätze und eine geringere Unternehmensbesteuerung - anfallen, wobei im Gegenzug besonders bei Medicaid eingespart wird ($817 Milliarden), nach Sektoren betrachtet sollen die Verteidigungsausgaben um 125 Milliarden steigen und im Gegenzug die Ausgaben für Umwelt- und Klimaschutz sowie die grüne Transformation um $540.5 Milliarden sinken, wodurch sich die Präferenzen der Trump II-Koalition insgesamt eindeutig in der Steuer- und Haushaltspolitik durchschlagen (Parlapiano et al. 2025).

Obwohl im „Project 2025“ natürlich der Versuch unternommen wird, diese Reformen zu universalisieren, indem sie als Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeitsagenda gerahmt werden, konzentrieren sich die vorgeschlagenen - und umgesetzten - Steuererleichterungen damit vorrangig auf die obersten Perzentile der amerikanischen Gesellschaft. Nachdem es sich um eine allgemein angelegte Deregulierungsagenda handelt, entsteht hier außerdem ein Instrument, um auch Kapitalfraktionen, die nicht originär dem ökonomischen Block hinter Trump II angehörten, durch Teilhabe an den Steuererleichterungen zu integrieren.

Wie auch die Analyse zur fossilen Re-Industrialisierung aufzeigte, deutet damit vieles darauf hin, dass über die Deregulierung als kleinster gemeinsamer Nenner die wirtschaftlichen Interessen des Krypto- und Technologiekapitals mit den Imperativen der fossilen *Old-Money*-Koalition hinter „Project 2025“ integrierbar gemacht wurden. Die Deregulierungsagenda fungiert damit insgesamt als ‚policy paradigm‘ (Jessop 1990). Die Konkurrenz zwischen den divergenten Kapitalfraktionen wird ausgesetzt, indem die Märkte dereguliert werden und sie so

in einem „freien Spiel der Kräfte“ ihre Renditen auf Kosten von Arbeitnehmer*innen, Sozialleistungsempfänger*innen und grünen Kapitalfraktionen stabilisieren können, womit potenziell emergierende innerhegemoniale Interessensdissonanzen präemptiv zulasten der subalternen Klassen aufgelöst werden sollen.

### 7.4. Zwischenfazit: fossil-militarisierte Akkumulationsstrategie mit umfassender Deregulierungsagenda als „policy paradigm“ (Jessop 1990: 210)

Dieses Kapitel befragte das Hegemonieprojekt nach dessen zugrundeliegender Akkumulationsstrategie. Im Zentrum steht dabei die Vertiefung der fossilen Wirtschaftsweise; die Aufhebung von regulatorischen Hemmnissen soll die industrielle Revitalisierung der USA ermöglichen. Progressive Gesetzgebung soll vollständig rückabgewickelt und Subventionen für erneuerbare Energien abgeschafft werden, freiwerdende Kapitalien sollen in den vollends deregulierten fossilen Sektor umgelenkt werden. Die Spender*innenkoalition hinter Trump II- sowie hinter dem „Project 2025“ wurde als Nutznießer der fossilen Akkumulationsstrategie identifiziert. Doch auch das Technologiekapital und die Krypto-Industrie fügen sich nahtlos in dieses fossile Wachstumsmodell ein, da sich deren Wirtschaftsweise durch einen beispiellosen Energiebedarf auszeichnet - diese Sektoren profitieren von der Verfügbarkeit günstiger fossiler Energie und stützen die extraktive Wirtschaftsweise nachfrageseitig.

Parallel zur Deregulierung des Energiesektors forciert „Project 2025“ im Verteidigungssektor eine militarisierte Re-Industrialisierung. Durch die Kooperation zwischen Staat und Rüstungsindustrie soll ein dauerhaftes Wachstumsmodell institutionalisiert werden, bei dem der Staat als Anschubinvestor und Nachfragegarant fungiert. Die Reformen begünstigen nicht nur den traditionellen militärisch-industriellen Komplex, sondern verschränken zunehmend die Interessen des Technologiekapitals mit dem militärischen Zwangsapparat der Exekutive.

Die geopolitische Rivalität mit China fungiert weiter als Katalysator für eine strategische Industriepolitik und die Rückabwicklung globalisierter Lieferketten. Die Außenwirtschaftspolitik wird versicherheitlicht, ein staatliches Planungszentrum im *Department of Commerce* soll die strategische Entkopplung in kritischen Industriezweigen vorantreiben und Exportkontrollen erheblich verschärfen. Der emergente Staat-Kapital-Nexus wird insbesondere in der Halbleiterindustrie sichtbar, der amerikanische Staat treibt durch Minderheitsbeteiligungen an Schlüsselunternehmen die technologische Souveränität aktiv voran. In der Handelspolitik skizzierte dieses Kapitel jedoch eine offene Konfrontation zwischen *libertarians* und *economic nationalists* - einiges spricht dafür, dass dieser zugunsten letzterer aufgelöst wurde.

Eine umfassende Deregulierungsagenda soll die divergierenden Interessen der Kapitalfraktionen bündeln. Die Finanzmarktderegulierung sieht vor, Kapitalmärkte von disziplinierenden Eingriffen zu befreien, um die privaten Finanzströme in den fossilen Sektor umzulenken. Auch Arbeitsmarkt und Steuerpolitik sollen umfassend dereguliert werden, um die Kapitalfraktionen hinter dem Hegemonieprojekt begünstigen; die Deregulierung fungiert somit als „policy paradigm“ (Jessop 1990: 210), womit die innerhegemonialen Interessensdissonanzen der Trump-II-Koalition zulasten der subalternen Klassen aufgelöst werden sollen. Die angestrebten Reformen zielen auf die Stabilisierung der Profite der fossilen Industrie, des militärisch-industriellen Komplexes und des Technologiekapitals ab, während sie gleichzeitig durch die nahezu willkürliche Deregulierung weitere Kapitalfraktionen integrierbar machen.

Die Akkumulationsstrategie zielt damit vorrangig darauf ab, die Interessen führender Kapitalfraktionen in Einklang zu bringen - die Umfassende Deregulierungs- und Umverteilungsagenda zugunsten des Kapitals allein dürfte kaum ausreichen, um eine breite Unterstützung durch subalterne Akteur*innen sicherzustellen, welche für ein tragfähiges Hegemonieprojekt erforderlich wäre. Es drängt sich daher die Frage auf, mit welchen Zugeständnissen „Project 2025“ die Kohäsion des historischen Blocks herstellen will. Das folgende Kapitel will Antworten auf diese Frage liefern und eine nationalistisch-populistische Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik als zentrales Element des national-populären Programms sichtbar machen. Zudem soll in einem Zwischenfazit in Rekurs auf dieses Kapitel die Vereinbarkeit von Akkumulationsstrategie mit dem Modus der Einbindung subalterner Akteur*innen kritisch diskutiert werden.

## 8. Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik zur Einbindung subalterner Akteur*innen in den historischen Block

Wie Jessop (1990: 207) formuliert, erfordert Hegemonie "the interpellation and organization of different 'class-relevant' (but not necessarily class-conscious) forces under 'political, intellectual and moral leadership' of a particular class (or class fraction) or, more precisely, its political, intellectual and moral spokesmen". Das Hegemonieprojekt soll Partikularinteressen durch politische, intellektuelle und moralische Praktiken universalisieren - konkret identifiziert Jessop (1990: 208) das „national-populäre Programm" als Träger dessen. Das „national-populäre Programm" fördert langfristig jene Klasseninteressen, die kompatibel mit dem Hegemonieprojekt sind und sanktioniert/exkludiert diejenigen Gruppen, deren Partikularinteressen inkongruent mit dem Hegemonieprojekt sind (Jessop 1990: 208). Die Einbindung subalterner Akteur*innen kann jedoch auch mit verschiedenen, in erster Linie nicht-wirtschaftlichen Zugeständnissen versucht werden: „military success, social reform, political stability or moral regeneration" (ebd.) - sie bezieht sich damit nicht zwangsläufig nur auf eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern umspannt auch die Institutionen der Zivilgesellschaft. Jessop (1990: 211f.) unterscheidet weiter zwischen „one nation" und „two nations project": ein „one nation project" zielt auf eine umfassende Hegemonie ab, in der die Unterstützung der gesamten Bevölkerung durch materielle Konzessionen und symbolische Zugeständnisse sichergestellt wird, das limitiert hegemoniale „two nations project" mobilisiert stattdessen lediglich die Unterstützung strategisch wichtiger Bevölkerungsgruppen und wälzt die Nachteile des Projekts auf andere Gruppen ab (Jessop 1990: 211f.).

Dieses Kapitel wird das Hegemonieprojekt der neuen Rechten als idealtypisches „two nations project" sichtbar machen. Konsens wird nahezu exklusiv durch Ausschluss und Sanktion inkompatibler Gruppeninteressen hergestellt. Es wird von vorneherein eine limitierte Hegemonie angestrebt, die Konsensproduktion ist auf die in Kapitel 5 und 6 identifizierte elektorale Basis - die *MAGA*-Bewegung - zugeschnitten. Die Nachteile des Hegemonieprojekts sollen auf migrantische bzw. LGBTQIA+-Subalternitäten abgewälzt werden. Die kulturell-ideologische Mobilisierung findet auf Kosten progressiver, liberaler Familien- und Geschlechterkonzeptionen statt. Zentrale Feindbildkonstruktionen erwachsen aus „woke revolutionaries" (Roberts 2023: 19), „transgender ideology" (ebd.: 5) und den DEI-Vorschriften. Stellenweise sieht das Hegemonieprojekt zwar auch materielle Konzessionen vor - erneut auf Kosten von Nicht-Amerikaner*innen - es darf jedoch insgesamt in Zweifel gezogen

werden, ob diese die in der Akkumulationsstrategie angelegte libertäre Prekarisierung auch nur ansatzweise aufwiegen können.

Bereits aus dem Vorwort von Roberts (2023) lassen sich die zentralen Paradigmen der Konsensproduktion herauslesen. Der Titel „*A promise to America*“ dient als rhetorische Klammer, das Vorwort formuliert in der Folge vier Versprechen an die konservative Bewegung: (1) „Restore the family as the centerpiece of American life and protect our children“, (2) “Dismantle the administrative state and return self-governance to the American people” (3) “Defend our nation’s sovereignty, borders, and bounty against global threats” und (4) “Secure our God-given individual rights to live freely—what our Constitution calls ‘the Blessings of Liberty’” (ebd.: 3).

Diese Leitsätze bilden den ideologischen Nukleus des „Project 2025“. Die hegemoniale Einbindung der subalternen Wählerbasis, also des knapp hundertfach referenzierten "American people“ und des immerhin vierzigfach erwähnten „American worker“, erfolgt entweder durch Verknüpfung subalterner Alltagserfahrungen mit den ideologischen Forderungen des „Project 2025“ oder dialektisch durch Konstruktion und anschließende Bekämpfung eines dämonisierten migrantischen, transsexuellen oder „elitären“ Anderen. Das „Mandate for Leadership“ definiert klar, wer zum Volk gehört und wer als dessen Feind („ruling and cultural elite“, „globalist elites in Washington" (ebd.: 1), „The Great Awokening“, „woke progressivism“, „woke culture warriors“ (ebd.: 1, 4)) aus dem historischen Block exkludiert werden soll und bekämpft werden muss. Diese Abgrenzungs- und Ausgrenzungsrhetorik bildet den zentralen Einbindungsmechanismus ab, politische Zugeständnisse an die *MAGA*-Basis bleiben weitgehend aus und werden stellenweise lediglich auf Kosten anderer subalterner Gruppen in Aussicht gestellt. Das Vorwort des „Project 2025“ selbst etabliert entlang der benannten vier Versprechen eine populistische Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft in eine korrupte Elite und ein moralisch reines Volk, dieser Antagonismus soll zur Mobilisierung und Konsensproduktion genutzt werden. Daneben wird stellenweise versucht, Kongruenz zwischen den Alltagserfahrungen der *MAGA*-Basis und den Forderungen der hegemonialen Koalition herzustellen, um das „Project 2025“ organisch einzufärben.

Die ersten zwei „Versprechen“ dienen der Abgrenzung vom Progressivismus, sie skizzieren gemeinsam betrachtet einen Fahrplan zur Dekonstruktion des Verwaltungsapparates und zur Säuberung der Gesellschaft von progressiver Ideologie - daran knüpfen auch die später untersuchten einzelnen Kapitel des „Mandate for Leadership“ eindeutig an. Das dem “Project 2025” an dieser Stelle zugrundeliegende Verständnis von Zivilgesellschaft liest sich ironischerweise fast gramscianisch: „The next conservative President must make the

institutions of American civil society hard targets for woke culture warriors“ (ebd.: 4). Flankiert werden soll die Gleichschaltung der Zivilgesellschaft durch die Säuberung des feindlichen administrativen Staates von "woke culture warriors who have infiltrated every last institution" (ebd.) keinesfalls soll aber der amerikanische Staat vollständig zurückgebaut werden, er soll punktuell zurechtgestutzt werden: dem Imperativ „personnel is policy“ sollen vielmehr Konservative Kader die Institutionen des Staates übernehmen und anschließend mithilfe des staatlichen Machtapparats die Zivilgesellschaft gegen progressive Eliten und außerhegemoniale Kapitalinteressen „panzern“ (siehe Kapitel 9).

Mehrfach versucht „Project 2025“ schon in der Einleitung zwischen (imaginierter) Alltagserfahrung der *MAGA*-Bewegung und dem Hegemonieprojekt selbst Übersetzungsarbeit zu leisten, exemplarisch etwa: „Look at America under the ruling and cultural elite today: Inflation is ravaging family budgets, drug overdose deaths continue to escalate, and children suffer the toxic normalization of transgenderism with drag queens and pornography invading their school libraries“ (Roberts 2023: 1). An anderer Stelle verspricht Das „Project 2025“, amerikanische Kinder vor "Transgender ideology", "Drag Queens" und "Pornography" zu beschützen (Roberts 2023: 5), jegliche Aufklärungsarbeit über alternative sexuelle Orientierungen und nicht-binäre Geschlechtsidentitäten wird als Pornographie kriminalisiert: “The people who produce and distribute it should be imprisoned. Educators and public librarians who purvey it should be classed as registered sex offenders. And telecommunications and technology firms that facilitate its spread should be shuttered” (ebd.). Die “ruling and cultural elite“ wird dabei im doppelten Sinne zum leeren Signifikanten, jeder unliebsame politisch-ökonomische Gegner kann einerseits jederzeit zur korrupten Elite erklärt werden, an dieser Stelle die als belehrend empfundene Dienstleistungsmittelklasse (Nachtwey & Amlinger 2025) in Verbund mit Telekommunikations- und Technologieunternehmen sowie liberalen Politikern. Andererseits sollen sämtliche Alltagsherausforderungen den Machenschaften eines einzigen Feindes - der “ruling and cultural elite“ - angelastet werden, in den obigen Textstellen werden konkret etwa ökonomische Abstiegsängste, der perzipierte soziale Verfall und eine imaginierte kulturelle Regression projiziert, um die angebliche “ruling and cultural elite“ weiter zu diskreditieren.

Das Vakuum, welches aus dem Auseinanderfallen von „Repräsentanten und Repräsentierten“ entsteht (Babic 2020: 781), soll durch das Hegemonieprojekt der konservativen Eliten und Kaptalfraktionen hinter „Project 2025“ geschlossen werden. An anderer Stelle wirft Roberts (2023: 7f.) den Bundesbehörden vor, Amerikas Interessen aktiv zu untergraben - „unelected bureaucrats“ würden eigenmächtig die Energieproduktion drosseln, illegale Einwanderung

fördern und eine anti-amerikanische Ideologie in Schulen, im Militär und in der Außenpolitik durchsetzen, tatsächliche wie auch imaginierte Probleme werden einer längst diskreditierten Elite angelastet. Dadurch sollen die Voraussetzungen für eine konservative *tabula rasa* geschaffen werden.

„Project 2025" fordert weiter die Verbannung der Begriffe sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Vielfalt, Gleichberechtigung, Inklusion, Geschlecht, Geschlechtergleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit aus dem öffentlichen Leben: „It has no claim to First Amendment protection. Its purveyors are child predators and misogynistic exploiters of women" (ebd.: 5). Als weitere Reizpunkte werden „Critical Race Theory" und „Gender-Ideologie" ausgemacht, diese sollten aus den Lehrplänen jeder öffentlichen Schule entfernt werden: „For public institutions to use taxpayer dollars to declare the superiority or inferiority of certain races, sexes, and religions is a violation of the Constitution and civil rights law and cannot be tolerated by any government anywhere in the country" (ebd.: 5). Die Einbindung subalterner Akteur*innen soll in erster Linie mit nicht-wirtschaftlichen Zugeständnissen erreicht werden; „Project 2025" leistet das Versprechen, den scheinbaren moralischen Verfall der USA aufzuhalten - zunächst durch Abgrenzung, dann durch Ausschluss. Weiße, konservative Wählerschichten werden diskursiv mobilisiert und rhetorisch privilegiert, während progressive Eliten, deren Wählerschichten oder von der feindlichen Koalition protegierte Subalternitäten (Migranten, LGBTQIA+-Personen) ausgeschlossen werden sollen. Es entstehen dadurch die Konturen eines „two nations projects" (Jessop 1990: 211f.), welches in der Folge in der Bildungspolitik, in der Migrationspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik fortwährend re-artikuliert wird.

Das dritte und vierte „Versprechen" nimmt komplementär dazu eine umfassende Feindbildkonstruktion vor: die äußere Bedrohung durch die Volksrepublik China koexistiert, konspiriert gar mit anti-amerikanischen, liberale Eliten, die absichtsvoll gegen „everyday Americans" agitieren (Roberts 2023: 9). Besonders Wall Street-Eliten und rücksichtslose Technologiekonzerne stecken Roberts (2023: 11f.) zufolge mit der Volksrepublik China unter einer Decke:

> "Even before the rise of Big Tech, Wall Street ignored China's serial theft of American intellectual property. It outright cheered the elimination of American manufacturing jobs. These were just the price of progress. […] They [PRC] stole our technology, spied on our people, and threatened our allies, all with trillions of dollars of wealth and military power financed by their access to our market. Then came the rise of Big Tech, which is now less a contributor to the U.S. economy than it is a tool of China's government. In exchange for cheap labor and regulatory special treatment from Beijing, America's largest technology firms funnel data about Americans to the CCP. They hand over sensitive intellectual property with military and intelligence applications to keep the money rolling in. They let Beijing censor Chinese users on their platforms. They let the CCP set their corporate

> policies about mobile apps. And they run interference for our rival's political priorities in Washington."

Erneut werden damit ökonomische Abstiegsängste und Symptome nationalen Bedeutungsverlusts auf den leeren Signifikanten der nationalen Eliten projiziert, hier personifiziert durch die Eliten des Finanz- und Technologiekapitals. Außerdem wird an dieser Stelle der Ausschluss spezifischer Kapitalfraktionen aus der ökonomischen Koalition vorbereitet, indem diese als kosmopolitisch/transnational gerahmt werden, weil sie ihre Profitinteressen über nationalen Interessen der USA gestellt hätten, erst durch die vollständige Diskreditierung bisheriger Funktionseliten entsteht das Möglichkeitsfeld für die Etablierung des konservativen Hegemonieprojekts. Dass sich Teile des vorherigen Machtblocks, vorrangig das Technologie- und Finanzkapital, opportunistisch rekonstituieren würden, um dem neuen Hegemonieprojekt beitreten zu können, war freilich 2023 noch nicht vorherzusehen (siehe Kapitel 6).

Auch Migration, Globalisierung und Wokeness werden zur existenziellen Bedrohung stilisiert: progressive Eliten hätten das amerikanische Volk verraten, weshalb umfassende, kompromisslose politische Maßnahmen gegen Bedrohungen im Inneren wie im Äußeren erforderlich seien, diese Kausalkette ist kongruent mit den bislang identifizierten populistischen Denkmustern (Roberts 2023: 10ff.). Erneut wird stellenweise der Versuch unternommen, die weitgehend kohärente Ideologie im „Project 2025" auf Alltagserfahrungen der *MAGA*-Basis herunterzubrechen, um so diskursiv Anschluss zu finden, etwa zur Migration: „The only direct impact of open borders on pro-open borders elites is that the constant flow of illegal immigration suppresses the wages of their housekeepers, landscapers, and busboys" (ebd.: 11). Diese Einlassungen zur Migrationspolitik deuten bereits an, welche Form die wenigen materiellen Zugeständnisse an die *MAGA*-Basis annehmen können: progressive Einwanderungspolitik habe zu Kriminalität, niedrigen Löhnen und überlasteter öffentlicher Infrastruktur geführt: die illegale Einwanderung müsse unverzüglich beendet und die Grenzen geschlossen werden - zulasten untergeordneter subalterner Gruppen soll ein Kompromissgleichgewicht mit der *MAGA*-Basis erzielt werden.

An anderer Stelle formuliert das Vorwort über die Globalisierung: „For 30 years, America's political, economic, and cultural leaders embraced and enriched Communist China and its genocidal Communist Party while hollowing out America's industrial base […] American factories have closed. Jobs have been outsourced. Our manufacturing economy has been financialized" (ebd.: 11). Auch die zunehmenden Verwerfungen der Globalisierung werden damit den transnationalen Eliten angelastet: sie hätten supranationale Organisationen

geschaffen und internationale Verträge abgeschlossen, um sich nationaler politischer Kontrolle zu entziehen und so sukzessive die nationale Souveränität auszuhöhlen: “Like the progressive Woodrow Wilson a century ago, the woke Left today seeks a world, bound by global treaties they write, in which they exercise dictatorial powers over all nations without being subject to democratic accountability“ (Roberts 2023: 10f.). Die Amtszeit Ronald Reagans - bekanntlich gleichsam Sternstunde der *Heritage Foundation* und Geburtsstunde des „Mandate for Leadership“ - wird paradoxerweise als intellektueller Referenzpunkt ausgemacht, obwohl die Amtszeit von Reagan die Institutionalisierung des Neoliberalismus im Innern sowie dessen Internationalisierung als disziplinierender Neoliberalismus im Äußeren festigte (Roberts 2023: 1f., vgl. Gill 1995). Die Zerstörungslust gegenüber internationalen Institutionen sowie bi- und multilateralen Verträgen scheint daher zunächst widersprüchlich, doch der wiederholte Rekurs auf die nationale Souveränität soll den Einsatz der Exekutivgewalt durch den nächsten Präsidenten in nahezu allen im „Project 2025“ behandelten Politikbereichen rechtfertigen, um das Hegemonieprojekt von einengenden Institutionen - im Inneren wie im Äußeren - zu befreien (Kapitel 9).

Auch religiöse Denkmuster der *MAGA*-Basis werden durchaus aufgegriffen: die in der Declaration of Independence festgehaltene „Pursuit of Happiness“ wird von Roberts umgedeutet und mit religiös-familiärem Leben in lokalen zivilgesellschaftlichen Institutionen unter maximaler wirtschaftlicher Freiheit gleichgesetzt:

> „This pursuit of the good life is found primarily in family - marriage, children, Thanksgiving dinners, and the like. Many find happiness through their work. Think of dedicated teachers or health care professionals you know, entrepreneurs or plumbers throwing themselves into their businesses—anyone who sees a job well done as a personal reward. Religious devotion and spirituality are the greatest sources of happiness around the world. Still others find themselves happiest in their local voluntary communities of friends, their neighbors, their civic or charitable work (ebd.: 13-14).”

Diese Textstelle benennt mit der Familie, der Arbeit, der Religion und den lokalen Gemeinschaften bewusst Kernbereiche des Alltags, um eine Verbindung herzustellen zwischen den unmittelbaren Erfahrungen der subalternen Gruppen und der weitgehend kohärenten, im „Project 2025“ angelegten politischen Weltanschauung - dieser Versuch der Übersetzung soll aktive Zustimmung der so oft angerufenen „everyday Americans“ zum Hegemonieprojekt organisieren. Es geht jedoch ausschließlich um die Herstellung eines historischen Blocks, weswegen die Subalternen nur als Objekt angerufen, aber an kaum einer Stelle des „Project 2025“ tatsächlich als Subjekt ermächtigt werden: sie bleiben Angerufene eines kulturell-ideologischen Narrativs. Im *policy planning network* hinter „Project 2025“ operieren freilich

nicht organische Intellektuelle der subalternen Klassen selbst, sondern professionalisierte Intellektuelle einer dominanten Gruppe, die versuchen, sich organisch selbst einzufärben.
Diese Form der Anrufung mag hegemonial wirksam sein, sie bleibt aber politisch asymmetrisch, denn es bleibt bei der (fingierten) kulturellen Repräsentation, der Übergang zu tatsächlichen materiellen Zugeständnissen bleibt aus, stattdessen erfährt die Textstelle anschließend gar eine libertäre Umdeutung:

> „It's this inalienable right of self-direction—of each person's opportunity to direct himself or herself, and his or her community, to the good— that the ruling class disdains. With the Declaration and Constitution, our nation's Founders handed to us the means with which to preserve this right. […] The United States remains the most innovative and upwardly mobile society in the world. Government should stop trying to substitute its own preferences for those of the people (ebd.: 14)."

Aus der anfänglich noch eher kollektivistischen alltäglichen Lebensrealität vieler Amerikaner*innen wird ein libertärer Individualismus destilliert, der Eigenverantwortung und Staatsfeindlichkeit glorifiziert: Autonomie wird rhetorisch überhöht, soziale Sicherheit, staatliche Leistungen und kollektive Infrastruktur werden delegitimiert, „government" erscheint als feindlich gesinnte, fremde Entität. Die bloße Möglichkeit der Forderung nach materiellen Zugeständnissen wird durch ein durch ein abstraktes, individualisiertes Freiheitsversprechen entwaffnet. Als Legitimation für diese Staatsfeindlichkeit wird angeführt, „unelected bureaucrats" würden sich des Staates ohnehin nur zu ihrem eigenen Vorteil bemächtigen, eine natürliche Konsequenz staatlicher Interventionen in die Volkswirtschaft sei folglich Ungleichheit, der Staat wird diskursiv als Gegenpol zu „social equality and ordered liberty" stilisiert, der dem „dynamic genius of free enterprise" entgegensteht (ebd.: 13f.). Roberts wählt zur Veranschaulichung eine rhetorisch suggestive, logisch inkongruente Analogie:

> „Nighttime satellite images of the Korean peninsula famously show the free-market South lit up, with homes, businesses, and cities electrified from coast to coast. By contrast, Communist North Korea is almost completely dark, except for the small dot of the capital city, Pyongyang, where a psychotic dictator and his cronies live. The same phenomenon is on display in the infuriating fact that four of the six richest counties in the United States are suburbs of Washington, D.C.—a city infamous for its lack of native productive industries (Roberts 2023: 14f.)."

Der Vergleich zwischen Nordkorea und den demokratisch regierten USA soll eine Negativfolie liefern, um die unbedingte Notwendigkeit des eigenen Hegemonieprojekts zu untermauern: Demokratische Eliten, wie auch demokratische Institutionen werden als unproduktiv, gar parasitär gebrandmarkt, diese müssten an die Kette gelegt werden, um das amerikanische Volk endlich zu entfesseln.

Die in der Folge zu diskutierenden Kapitel des „Mandate for Leadership“ folgen dem bereits im Vorwort etablierten sprachlichen Duktus: es werden eigentlich originär libertäre Politikvorschläge sprachlich reaktionär oder religiös eingefärbt; der Abbau oder Umbau staatlicher Institutionen wird mit dem Kampf gegen den Progressivismus oder gegen angeblich übergriffige Eliten gerechtfertigt, die weiterhin als doppelte leere Signifikanten Projektionsfläche für diverse Schuldzuweisungen bleiben.

### 8.1. Die libertär-religiöse Synthese: Bildungspolitik als Schlüssel zur konservativen Hegemonie?

Die Autorin des Kapitels zum *Department of Education*, Lindsey Burke, weist zunächst keine Verbindung zur Trump I-Administration auf, jedoch arbeitete sie zuvor unter anderem 17 Jahre in der bildungspolitischen Abteilung der *Heritage Foundation* sowie für den von Milton Friedman gegründeten Think Tank *EdChoice*, der für eine marktradikale Reform des amerikanischen Bildungswesens lobbyiert (*Department of Education* 2025). Seit Juni 2025 arbeitet Lindsey Burke zudem als *Deputy Chief of Staff for Policy and Programs* im *Department of Education* in der Trump II-Administration, womit das *policy planning network* hinter “Project 2025” erheblichen Einfluss auf die Bildungspolitik gewann.

Im *Mission Statement* zu Beginn des Kapitels formuliert Burke (2023: 319) aufschlussreich zur konservativen bildungspolitischen Agenda:

> “Federal education policy should be limited and, ultimately, the federal *Department of Education* should be eliminated. When power is exercised, it should empower students and families, not government. In our pluralistic society, families and students should be free to choose from a diverse set of school options and learning environments that best fit their needs. Our postsecondary institutions should also reflect such diversity, with room for not only “traditional” liberal arts colleges and research universities but also faith-based institutions, career schools, military academies, and lifelong learning programs.”

Hier verbergen sich bereits zentrale Forderungen einer libertären Bildungspolitik, gleichzeitig wird auch in der Bildungspolitik zu dessen Legitimation ein „two nations project“ (Jessop 1990: 211f.) verfolgt. Die Forderung nach einer Abschaffung des Bildungsministeriums - de facto Rückbau des Sozialstaats - wird als emanzipatorischer Akt gerahmt: Die Familie wird als der moralisch intakte Kern der Zivilgesellschaft gegen den korrupten administrativen Staat in Stellung gebracht, um den libertären Staatsabbau zu legitimieren. Die Textstelle verwendet weiter positiv besetzte Begriffe wie „freedom“, „choice“, „diversity“ und „pluralistic society“ um den Abzug öffentlicher Gelder aus progressiven Bildungseinrichtungen wie *Liberal Arts Colleges* und *Research Universities* zugunsten religiös-konservativer, privater Bildungseinrichtungen zu legitimieren.

Auch die liberalen Eliten werden erneut als Feindbild bemüht:

> "Rather than continuing to buttress a higher education establishment captured by woke "diversicrats" and a de facto monopoly enforced by the federal accreditation cartel, federal postsecondary education policy should prepare students for jobs in the dynamic economy, nurture institutional diversity, and expose schools to greater market forces […] Bolstered by an ever-growing cabal of special interests that thrive off federal largesse, the infrastructure that supports America's costly federal intervention in education from early childhood through graduate school has entrenched itself. But, unlike the public sector bureaucracies, public employee unions, and the higher education lobby, families and students do not need a *Department of Education* to learn, grow, and improve their lives. It is critical that the next Administration tackle this entrenched infrastructure. (Burke 2023: 319ff.)."

Analog zu vorherigen Textstellen werden liberale Eliten als parasitär gebrandmarkt, die zu ihrer eigenen Bereicherung, nicht wegen des „American people" [„families and students"] Institutionen besetzten, an anderer Stelle bezeichnet die Autorin das Bildungsministerium logisch kongruent als „convenient one-stop shop for the woke education cartel" (Burke 2023: 285). Administrativer Staat und liberale Eliten werden als miteinander verschmolzen betrachtet, die libertären Reformen sollen dadurch weiter legitimiert werden: Da die liberalen Eliten die zivilgesellschaftlichen Institutionen gekapert hätten, könne nur der Entzug öffentlicher Gelder und des staatlichen Akkreditierungsmonopols - als letzter Ausweg - die liberale Hegemonie beenden.

Tatsächlich verschwimmen damit an einigen Stellen die Grenzen zwischen libertären und religiös-konservativen Forderungen: die libertäre Entmachtung der staatlichen Akkreditierungsagenturen soll den Bildungssektor „greater market forces" aussetzen, soll aber gleichzeitig den Bildungssektor für religiös-konservative Bildungseinrichtungen öffnen, die durch die strengen Akkreditierungsrichtlinien bislang marginalisiert wurden. Auch die zu reformierende Finanzierung von Bildungseinrichtungen steht ganz im Zeichen dieser libertär-religiösen Synthese. Künftig sollen sogenannte *Education Savings Accounts* oder *Education Vouchers* als privatwirtschaftlicher Intermediär zwischen Staat und Bildungseinrichtung geschaltet werden: anstatt öffentliche Schulen direkt zu finanzieren, sollen Steuergelder in Form von Gutscheinen oder Sparkonten an Familien übergeben werden, diese können für Privatschulen, religiöse Schulen, Homeschooling-Materialien oder private Nachhilfe verwendet werden - dies zwingt öffentliche Schulen, in direkten Wettbewerb mit privaten Anbietern zu treten und subventioniert effektiv den privaten Bildungssektor mit vormals im öffentlichen Sektor allozierten Steuergeldern (Burke 2023: 319ff.). Ähnliche Maßnahmen sollen auch für den Hochschulsektor durchgesetzt werden: Die vollständige Privatisierung der Vergabe von Studentenkrediten soll öffentliche sekundäre Bildungseinrichtungen teilweise von ihrer wichtigsten Einnahme abschneiden, auch im Hochschulsektor würden private und religiöse Einrichtungen von der Deregulierungsagenda profitieren (ebd.: 322).

Kapitel 11 färbt die libertäre Vision von einem minimalen Staat in der Bildungspolitik konservativ-religiös ein, die marktliberalen Maßnahmen dienen aber auch als selektive materielle Konzessionen an die *MAGA*-Basis: die weißen, religiös-konservativen Familien der elektoralen Basis können ihre Kinder auf Privatschulen oder „faith-based institutions" entsenden, dort entfallen die dämonisierten progressiven Curricula wie „transgender ideology" und „critical race theory"; die konservative Administration subventioniert damit ebenfalls die kulturelle Reproduktion ihrer elektoralen Basis. Im Gegenzug werden einkommensschwache Haushalte, etwa Migrant*innen oder Angehörige nationaler Minderheiten, die von einem ausreichend finanzierten öffentlichen Bildungswesen abhängig sind, aus dem „two nations project" (Jessop 1990: 211f.) absichtsvoll ausgeschlossen.

Langfristig schlägt die Autorin des Kapitels einen „*Department of Education* Reorganization Act" vor, um die Behörde durch Umstrukturierungen de-facto abzuschaffen (Burke 2023: 325). Während auf die Abschaffung nationaler Bildungspolitik hingearbeitet wird, soll die neue Regierung zunächst behelfsmäßig die Politik der Biden-Regierung mithilfe von *Executive Orders* unverzüglich umzukehren (ebd.: 325ff.). Während als langfristiges Ziel die Dezentralisierung vorgeschoben wird, soll die Bildungspolitik kurzfristig beim Präsidenten gebündelt werden - auch, um Druck auf progressive Universitäten ausüben. Vorgeschobene Antisemitismus-Vorwürfe dienten etwa dazu, einigen Universitäten eine Kürzung von öffentlichen Mitteln anzudrohen: die *University of Pennsylvania, Columbia University, Brown University, Cornell University* und die *University of Virginia* mussten sich bereits dem Druck der Trump II-Administration beugen und zahlten Geldstrafen in Millionenhöhe, auch die *Ivy League*-Universitäten sind wegen DEI-Programmen und inklusiven Transgender-Verordnungen erheblich unter Druck geraten (Peters & Fuller 2025). Realiter werden damit die Handlungslogiken des „Project 2025" von der Trump-Administration seit Amtsantritt reproduziert, der Schauprozess gegen die formativen Institutionen der liberalen Eliten soll der Erfüllung von Forderungen der *MAGA*-Basis eine Bühne geben, öffentlichkeitswirksam soll die institutionelle Verankerung des konservativ-religiösen Hegemonieprojekts sichergestellt und die Konkurrenzprojekte der liberalen Eliten sanktioniert werden.

### 8.2. Marginalisierung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten zugunsten religiös-konservativer Geschlechts- und Familienbilder als Ab- und Ausgrenzungsmechanismus

Als Querschnittstopos lässt sich im „Project 2025" eindeutig der Kampf gegen nicht-binäre Geschlechtsidentitäten und nicht-traditionelle Familien- und Rollenbilder ausmachen, weshalb in diesem Unterkapitel nicht einzelne Kapitel des „Mandate for Leadership", sondern

exemplarische Textstellen aus dem Kapiteln zum *Department of Education*, *Department of Labour* und *Department of Health and Human Services* herangezogen werden sollen. „Project 2025“ zielt in dieser Hinsicht darauf ab, progressive Errungenschaften zur gesetzlichen Normalisierung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten rückabzuwickeln und nicht-binäre Geschlechtsidentitäten in der Öffentlichkeit weitgehend zu marginalisieren. Am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten sowie im Gesundheitswesen soll eine reaktionäre Re-Politisierung stattfinden, die den Progressivismus aus der Öffentlichkeit zugunsten religiös-konservativer Familien- und Geschlechterrollen verdrängen soll. Daneben bekennt sich Roger Severino im Kapitel zum *Department of Health and Human Services* klar zur *pro-Life*-Ideologie.

Das Kapitel zum *Department of Education* greift ebenfalls, neben omnipräsenter Kritik an angeblicher „transgender ideology“ und als anti-weiß empfundener „critical race theory“ in den Curricula öffentlicher Schulen und Universitäten, an vielen Stellen das Kampffeld „Gender“ und Geschlechtsidentitäten auf, um die *MAGA*-Basis weiter zu mobilisieren. Zunächst soll Geschlecht ausdrücklich nur als das bei Geburt anerkannte biologische Geschlecht definiert werden, nicht länger die sexuelle Identität einbeziehen, auf den Punkt gebracht: „sex is properly understood as a fixed biological fact“ (ebd.: 334). Um dieses reaktionäre Idealbild zu erreichen, müssen Errungenschaften progressiver Administrationen freilich rückabgewickelt werden. Burke (2023: 346) formuliert daher folgende Leitlinien für die nächste konservative Administration, um nicht-binäre Geschlechtsidentitäten unsichtbar zu machen und in Bildungseinrichtungen letztinstanzlich ein Primat der Religion herzustellen:

> „The next Administration should take particular note of how radical gender ideology is having a devastating effect on school-aged children today - especially young girls. […] No public education employee or contractor shall use a name to address a student other than the name listed on a student’s birth certificate, without the written permission of a student’s parents or guardians. […] No public education employee or contractor shall use a pronoun in addressing a student that is different from that student’s biological sex without the written permission of a student’s parents or guardians. […] No public institution may require an education employee or contractor to use a pronoun that does not match a person’s biological sex if contrary to the employee’s or contractor’s religious or moral convictions.”

Es wird der Versuch unternommen, innerhalb des Hegemonieprojekts einen kollektiven Willen herauszuarbeiten, indem die repressiven gesellschaftspolitischen Vorschläge als Schutz von „school-aged children“ und „young girls“ vor einer dämonisierten „radical gender ideology“ umgedeutet werden. Es zeigt sich idealtypisch die Logik eines „two nations projects“ (Jessop 1990: 211f.): die elektoral strategisch wichtige *MAGA*-Basis wird mobilisiert, die Kosten für das Hegemonieprojekt werden externalisiert. Religiöse Kernfamilien mit biologistischem Geschlechtsverständnis werden gestärkt und politisch privilegiert, während progressive Schüler und Lehrer, LGBTQIA+-Personen und deren inklusive Praktiken marginalisiert und

sanktioniert werden sollen. Durch den Ausschluss des politischen Gegners und der von ihm protegierten sexuellen Minderheiten soll das eigene Hegemonieprojekt konsolidiert werden, ohne materielle Zugeständnisse an die subalterne Basis leisten zu müssen.

Der Kampf für biologistische Geschlechtsidentitäten und binäre Geschlechterrollen durchzieht auch das Kapitel zum *Department of Labour*, ganzheitlich soll auf die Eliminierung von LGBTQIA+-Personen aus der Öffentlichkeit hingearbeitet werden. Das *Mission Statement* liest sich dabei oberflächlich betrachtet wie ein Petitum für die Rückkehr in das New Deal-Zeitalter:

> „At the heart of The Conservative Promise is the resolve to reclaim the role of each American worker as the protagonist in his or her own life and to restore the family as the centerpiece of American life. The role that labor policy plays in that promise is twofold: Give workers the support they need for rewarding, well-paying, and self-driven careers, and restore the family-supporting job as the centerpiece of the American economy" (Berry 2023: 581)."

Das Kapitel zum *Department of Labour* wendet sich aber nicht etwa gegen die Finanzialisierung der Arbeitswelt, die Verwerfungen der Globalisierung, die Marginalisierung von Gewerkschaften oder neoliberale Deregulierungsagenden - ganz im Gegenteil sollen viele dieser Formen der Prekarisierung fortgesetzt werden (siehe Kapitel 7.3.). Stattdessen macht das Kapitel die "DEI Revolution in Labor Policy", „Racial Classifications and Critical Race Theory Trainings", "Sex Discrimination", fehlende "pro-life workplace accommodations" und "protections for religious employers" für den Verlust von Arbeitsplätzen sowie für stagnierende Reallöhne verantwortlich (Berry 2023: 581ff.). Durch diese konservative Umdeutung ökonomischer Umwälzungen - tatsächlich induziert durch De-Industrialisierung und aus dieser resultierenden Arbeitsplatzauslagerungen - lassen sich die Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt bequem verkürzt den beiden vergangenen demokratischen Administrationen anhängen, statt etwa die Reagan-Administration als Ausgangspunkt für die Epoche der neoliberalen Globalisierung in die Kritik zu nehmen. Die ökonomische Krise wird ausschließlich der Bürokratie sowie den liberalen Eliten und deren angeblichen progressiven Interventionen in den Arbeitsmarkt angelastet:

> "Despite significant progress by the Trump Administration, a massive administrative state now hangs over productive industry and labor organization, acting as a damper on social and economic life. […] The agencies' authorities have been abused by the Left to favor human resources bureaucracies, climate-change activists, and union bosses—all against the interest of American worker […] Under the Obama and Biden Administrations, labor policy was yet another target of the Diversity, Equity, and Inclusion (DEI) revolution. Under this managerialist left-wing race and gender ideology, every aspect of labor policy became a vehicle with which to advance race, sex, and other classifications and discriminate against conservative and religious viewpoints on these subjects and others" (Berry 2023: 582)."

Die im Kern libertäre Deregulierungsagenda wird zunächst durch eine Negativdefinition legitimiert, indem erneut die politischen Eliten, hier in Gestalt der als bevormundend

wahrgenommenen Dienstleistungsmittelklasse der „human resources bureaucracies", „climate-change activists" und „union bosses" als Feindbilder beschworen werden. Das Hegemonieprojekt soll universalisiert werden, indem mit der Deregulierung einerseits sowie dem Schutz des „American worker" und der „productive industry" vor angeblicher Diskriminierung gegen konservative und religiöse Überzeugungen ein geteiltes Interesse zwischen Kapitalfraktionen und *MAGA*-Basis am Rückbau progressiver Regulierungen etabliert wird.

Konkret schlägt das Kapitel zum *Department of Labour* dieser Logik folgend einige Politikmaßnahmen vor. So sollen Bestimmungen zur Diskriminierung aufgrund des Geschlechts am Arbeitsplatz nicht länger so ausgelegt werden dürfen, dass sie Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechteridentität oder der Geschlechtermerkmale verbieten: „Rescind regulations prohibiting discrimination on the basis of sexual orientation, gender identity, transgender status, and sex characteristics. […] The President should direct agencies to focus their enforcement of sex discrimination laws on the biological binary meaning of ‚sex'" (Berry 2023: 584f.). Doch nicht nur sollen nicht-binäre Geschlechtsidentitäten vollumfassend vom Arbeitsplatz verbannt werden, auch soll der Arbeitsplatz komplementär dazu zugunsten konservativer Wertvorstellungen politisiert werden. Wenn ein Arbeitgeber etwa Sozialleistungen für Schwangerschaftsabbrüche gewährt, soll er künftig gleichwertige oder höhere Leistungen für Schwangerschaft, Geburt, Mutterschaft und Adoption gewähren müssen (Berry 2023: 585). Am Arbeitsplatz soll zudem sichergestellt werden, dass konservative Amerikaner*innen ihre Religion frei ausüben dürfen: „America's religious diversity means that workplaces include people of many faiths and that many employers are faith-based. Nevertheless, the Biden Administration has been hostile to people of faith, especially those with traditional beliefs about marriage, gender, and sexuality" (ebd.: 586). Religiöse Überzeugungen, Bräuche oder Praktiken der Mitarbeiter*innen sollen von den Arbeitgeber*innen angemessen berücksichtigt werden - auch solche zu Ehe, Geschlecht und Sexualität (ebd.).

So deutlich wie in kaum einer anderen Textstelle wird hier der exklusive Charakter des Hegemonieprojekts offen ausbuchstabiert: konservativ-religiöse Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen sollen strukturell privilegiert werden, während LGBTQIA+-Personen explizit aus dem Wirkungsbereich der Anti-Diskriminierungsgesetze exkludiert und damit aktiv marginalisiert werden sollen. Auch in der Arbeitsmarktpolitik verbleiben die Zugeständnisse aber letztlich auf einer kulturell-ideologischen Ebene - wie in Kapitel 7.3. aufgezeigt sieht das Kapitel zum *Department of Labour* gar eine umfassende Deregulierungsagenda vor.

Während Verweise auf die *pro-Life* Bewegung bisher wohldosiert in einzelnen Kapiteln vorkamen und sich „Project 2025“ zunächst eher an DEI-Vorschriften, Klima- und Umweltauflagen und nicht-biologistischen Geschlechtsidentitäten abarbeitete, sieht das Kapitel 14 zum *Department of Health and Human Services* eine erzkonservative *pro-Life* Agenda für das Gesundheitsministerium vor. Verfasst wurde das Kapitel von Roger Severino, Director des *Department of Health and Human Services Office for Civil Rights* während der Trump I-Administration, in der Zwischenzeit Fellow beim erzkonservativen *Ethics and Public Policy Center*. Statt angeblichem progressivem „social Engineering“ soll die Gesundheit und das Wohlergehen aller Amerikaner*innen "from conception to natural death" in den Fokus genommen werden (Severino 2023: 449):

> “Under President Trump, HHS was dedicated to serving “all Americans from conception to natural death, including those individuals and families who face…economic and social well-being challenges.” Under President Biden, the mission has shifted to “promoting equity in everything we do” for the sake of “populations sharing a particular characteristic” including race, sexuality, gender identification, ethnicity, and a host of other categories. […] Nothing less than America’s long-term survival is at stake. Accordingly, HHS must return to serving the health and well-being of all Americans at all stages of life instead of using social engineering that leaves us sicker, poorer, and more divided.”

Die Politik der Biden-Administration wird als „social engineering“ delegitimiert und als arbiträrer, manipulativer Eingriff in die naturalisierte, traditionelle Gesellschaftsordnung dargestellt. In Antizipation einer zweiten Trump-Amtszeit wird dessen Gesundheitspolitik glorifiziert, vor allem „individuals and families who face economic and social well-being challenges“ hätten davon profitiert; mit dem Leitspruch „serving the health and well-being of all Americans at all stages of life“ soll die vorgeschlagene exklusive Gesundheitspolitik, die lediglich der *MAGA*-Basis zugutekommen würde, universalisiert werden.

Severino schlägt weiter vor, das *Department of Health and Human Services* in „Department of Life“ umzubenennen, um den Auftrag der Behörde symbolisch umzukodieren: das Ministerium soll nicht mehr als neutrale oder gar sozialliberale Behörde unter dem Namen *Department of Health and Human Services* firmieren, sondern stattdessen als moralischer Wächter der *pro-Life*-Ideologie positioniert werden. Der Autor lässt insgesamt keinen Zweifel daran, dass die Gesundheitspolitik ganz im Zeichen der *pro-Life*-Bewegung zu stehen habe:

> “From the moment of conception, every human being possesses inherent dignity and worth, and our humanity does not depend on our age, stage of development, race, or abilities. The Secretary must ensure that all HHS programs and activities are rooted in a deep respect for innocent human life from day one until natural death: Abortion and euthanasia are not health care” (Severino 2023: 450).”

An anderer Stelle heißt es, Abtreibung sei „single greatest threat to unborn children in a post-Roe world", die Liberalisierung in der Abtreibungspolitik und der privaten Verfügbarkeit von

medikamentöser Abtreibung soll rückgängig gemacht werden, künftig soll eine Abtreibung nur noch stationär durchgeführt werden dürfen (Severino 2023: 457). Freiwillige Abtreibungen sollen zudem nicht länger von Medicaid abgedeckt werden, um die angebliche „abortion industry“ von staatlicher Finanzierung abzuschneiden (Severino 2023: 471f.). Rhetorisch wird zwar eine Rückabwicklung progressiver Eingriffe in die Gesundheitspolitik propagiert, doch keineswegs soll der Staat sich aus der Gesundheitspolitik zurückziehen, vielmehr soll er aktiv die Agenda der *pro-Life*-Ideologie vorantreiben. In der Gesundheitspolitik ist das „two nations project“ (Jessop 1990: 211f.) damit noch restriktiver: auch schwangere Frauen sollen de-facto nicht länger über sich selbst bestimmen dürfen, die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Restriktion, bis hin zur teilweisen Kriminalisierung von Abtreibungen dienen einseitig der Mobilisierung der religiös-konservativen Basis.

Weiter bekennt sich Severino (2023: 450) - durchaus anschlussfähig an die Ausführungen zur Bildungspolitik sowie zur Arbeitsmarktpolitik - zu biologistischen Geschlechtskonzeptionen:

> “A robust respect for the sacred rights of conscience, both at HHS and among governments and institutions funded by it, increases choices for patients and program beneficiaries and furthers pluralism and tolerance […] Radical actors inside and outside government are promoting harmful identity politics that replaces biological sex with subjective notions of “gender identity” and bases a person’s worth on his or her race, sex, or other identities. This destructive dogma, under the guise of “equity,” threatens American’s fundamental liberties as well as the health and well-being of children and adults alike.”

Progressive Geschlechtsverständnisse werden als Herausforderung für die naturalisierte Gesellschaftsordnung wahrgenommen - rhetorisch werden „pluralism“, „tolerance“ und „choice“ eingefordert, aber diese Begriffe erfahren eine autoritäre Umkehr: tatsächlich soll die bestehende Gesellschaftsordnung vor „harmful identity politics" und „destructive dogma“ geschützt werden - Toleranz bedeutet in einer reaktionären Umdeutung die Ablehnung von diversen Geschlechtsidentitäten zugunsten bei Geburt attribuierter biologischer Geschlechter. Offen wird Geschlechtergerechtigkeit abgelehnt, mit naturalisierten „biological realities“ wird die Ausgrenzung nicht-binärer oder transsexueller Identitäten legitimiert.

Diese biologistische Weltanschauung soll durch die Sozialpolitik konkretisiert werden, wörtlich heißt es: „Families comprised of a married mother, father, and their children are the foundation of a well-ordered nation and healthy society“ (Severino 2023: 451). Dies wird der progressiven Politik der Biden-Administration gegenüber gestellt: diese habe alleinerziehende Mütter und „LGBTQ+ equity” gefördert und hätte die Kriminalisierung heterosexueller Ehen vorangetrieben, wodurch die Familie als Nukleus der amerikanischen Gesellschaft marginalisiert worden wäre (ebd.). Dies liefert der konservativen Basis die moralische Rechtfertigung für die Ablehnung progressiver Sozialpolitik, tatsächlich aber handelt es sich

erneut eindeutig um Ausschlusspolitik mit dem Ziel, nicht-binäre Identitäten zu marginalisieren und aus der Öffentlichkeit zu verdrängen.

Die gesamte Gesundheitspolitik soll darauf ausgerichtet werden, biologisch determinierte Geschlechtsidentitäten und Familienstrukturen aufrechtzuerhalten. „Project 2025“ strebt insgesamt eine vollständige konservativ-religiöse Kontrolle der reproduktiven Sphäre der Gesellschaft an, zu diesem Zwecke sollen progressive Politiken rückabgewickelt, nicht-binäre Geschlechtsidentitäten unsichtbar gemacht und Universitäten, Schulen, Arbeitsstätten und das öffentliche Gesundheitswesen konservativ re-politisiert werden, um auch in den Institutionen der Zivilgesellschaft hegemonial zu werden, nachdem die staatlichen Exekutivapparate durch eine zweite Trump-Amtszeit erobert werden konnten. Die Kohäsion des historischen Blocks soll nicht durch umfassende ökonomische Zugeständnisse, sondern durch eine eindeutige Freund-Feind-Distinktion zwischen der moralisch aufgewerteten *MAGA*-Basis einerseits und den abgewerteten, exkludierten progressiven Eliten und „deren“ Minderheiten andererseits hergestellt werden.

### 8.3. Repressive Migrationspolitik zwischen rassifizierter Mobilisierung und handfesten ökonomischen Zugeständnissen

Dies erstreckt sich auch auf ethnische Minderheiten und Migrant*innen - mit dem großen Unterschied, dass mit der repressiven Migrationspolitik erstmals handfeste ökonomische Zugeständnisse an die *MAGA*-Basis verwoben sind. Dieses Unterkapitel analysiert hierfür zunächst das Kapitel zum *Department of Homeland Security* und betrachtet anschließend maßgebliche Textstellen des Kapitels zum *Department of Labour*, in welchen eine weitgehende Abschottung des Arbeitsmarktes vor Nicht-Amerikaner*innen skizziert wird.

Ken Cuccinelli, während der Trump I-Administration *Deputy Secretary of Homeland Security*, *Senior Fellow* beim vom Russell Vought (siehe Kapitel 9) gegründeten christlich nationalistischen *Center for Renewing America*, verfasst im Kapitel 5 zum *Department of Homeland Security* die Leitlinien einer konservativen Migrationspolitik:

> “To truly secure the homeland, a conservative Administration needs to return the department to the right mission, the right size, and the right budget. This would include reorganizing the department and shifting significant resources away from several supporting components to the essential operational components. Prioritizing border security and immigration enforcement, including detention and deportation, is critical if we are to regain control of the border, repair the historic damage done by the Biden Administration, return to a lawful and orderly immigration system, and protect the homeland from terrorism and public safety threats. This also includes consolidating the pieces of the fragmented immigration system into one agency to fulfill the mission more efficiently (Cuccinelli 2023: 135).”

Kapitel 5 ist damit insgesamt der Entwurf für einen hochgerüsteten Sicherheitsapparat, der sich auf eine einzige Kernaufgabe konzentriert: die Abwehr von Migration von außen und die Exklusion von Migrant*innen im Inneren. Das *Department of Homeland Security* soll insgesamt zerschlagen werden, dafür soll die Migrationspolitik in einer *Border Security and Immigration Agency* konsolidiert werden (Cuccinelli 2023: 138). *Customs and Border Protection, Immigration and Customs Enforcement, Citizenship and Immigration Services, Office of Refugee Resettlement, Executive Office for Immigration Review* und schließlich das *Office of Immigration Litigation* sollen zusammengeführt werden, um das drittgrößte Ministerium in den USA zu schaffen - mit über 100.000 Mitarbeiter*innen (ebd.: 138ff.). Das *Department of Homeland Security* soll weg von einem umfassenden Sicherheitsverständnis, der auch Cybersicherheit und Katastrophenschutz umfasst, hin zu einem engen Sicherheitsbegriff, der sich lediglich auf die Sicherung amerikanischer Außengrenzen bezieht - vor hochstilisierten, migrantischen Bedrohungen.

Humanitäre oder zivile Aspekte der Migrationspolitik werden im Kapitel vollständig der Sicherheitslogik untergeordnet, Migrant*innen werden eindeutig als Gefahr gerahmt und systematisch entmenschlicht:

> "The current border security crisis was made possible by glaring loopholes in our immigration system. The result was a preventable and predictable historic increase in illegal and inadmissible encounters along our southern border. This pulled limited resources from the front lines of our nation's borders and away from their national security mission, releasing a vast and complex set of threats into our country (ebd.: 147)."

Die militarisierte Sprache zeichnet mit den Begriffen „our nation's borders" und „threats into our country" das Bild einer ethnisch homogenen, schützenswerten Gemeinschaft, deren Sicherheit fortwährend auf dem Spiel stehe, wohingegen „illegal and inadmissible encounters" nicht als humanitäre Krise oder als Governance-Herausforderung gerahmt, sondern als „vast and complex set of threats" überhöht werden - Migrant*innen werden systematisch entindividualisiert und pauschal als Sicherheitsrisiko konstruiert. An anderer Stelle, im Kapitel zum *Department of Justice*, wird der Migration die Hauptschuld an der Opioid-Krise in den USA angelastet, so wird die Migrationspolitik zu einem existenziellen Politikfeld stilisiert:

> „There can be no serious dispute that the Biden Administration has opened the southwest border to whomever wants to enter and that some of those entrants are smuggling fentanyl into the country. More than 100,000 Americans died in a one-year period from opioid overdoses, and many of them died specifically from having used fentanyl. The federal government should treat this problem as aggressively as necessary. Enforcing the customs and immigration laws is a matter of life and death (Hamilton 2023: 555)."

Diese Textstelle steht emblematisch für die Abgrenzungs- und Ausgrenzungsrhetorik des „Project 2025": die Migrationspolitik wird mit den perzipierten morbiden Symptomen

soziokulturellen Niedergangs - der Opioid-Krise - in einer irreführenden Kausalkette verwoben, projiziert werden sowohl Drogen- und Migrationskrise auf die angeblichen Verfehlungen der Biden-Administration, destilliert wird daraus final eine Rechtfertigung für eine aggressive, hochgradig repressive Migrationspolitik.

Die repressive Kontrolle illegaler Einwanderung sowie die kompromisslose Durchsetzung von Ausreisepflichten benötigt ein potentes Exekutivorgan, hierfür soll das *Immigration and Customs Enforcement* (ICE) im Rahmen des zu schaffenden „Migrationsministeriums“ zum Herzstück der assertiven Migrationspolitik ausgebaut werden:

> „Since the formation of DHS, ICE has increasingly been tasked with auxiliary missions that have little or nothing to do with either immigration or customs enforcement […] ICE Enforcement and Removal Operations (ERO) should be identified as being primarily responsible for enforcing civil immigration regulations, including the civil arrest, detention, and removal of immigration violators anywhere in the United States, without warrant where appropriate, subject only to the civil warrant requirements of the INA where appropriate (Cuccinelli 2023: 140, 142).”

ICE solle nicht länger unterstützend tätig werden, sondern primär für "enforcing civil immigration regulations" sowie "arrest, detention, and removal" zuständig sein und damit zu einem schlagkräftigen Zwangsinstrument des autoritären Etatismus aufgerüstet werden. ICE soll dabei größtenteils von auferlegten, rechtsstaatlichen Beschränkungen befreit werden: Strafverfolgungs- und Justizbehörden sollen nicht länger ihren Ermessensspielraum nutzen können, um etwa je nach Bedrohungslage und mildernden Umständen anhängige Fälle einzustellen oder niederschwellig kriminelle Ausländer zu dulden (ebd.: 141). Der Abschnitt "without warrant where appropriate" soll ICE gar selektiv von rechtsstaatlichen Pflichten entbinden, dies schafft einen *de facto* rechtsfreien Raum in der Migrationspolitik: während amerikanische Staatsbürger vom vierten Verfassungszusatz (Schutz der Privatsphäre vor willkürlichen staatlichen Eingriffen) geschützt bleiben, sollen „immigration offenders“ vom Exekutivapparat ohne rechtsstaatliche Hürden jederzeit abgeschoben werden können.

Die Grenzen der USA sollen nicht länger im Süden kontrolliert werden, sondern bereits im Inneren: die Grenzziehung wird nationalistisch zwischen Amerikaner*innen und Nicht-Amerikaner*innen gezogen, so soll innerhalb der ICE eine *Enforcement and Removal Operations Subdivision* entstehen, die für Festnahmen und Abschiebungen von migrantischen Straftätern überall in den Vereinigten Staaten zuständig sein soll, sogenannte „sensitive zones", in denen bisher ICE nicht tätig werden durfte, sollen aufgehoben werden, außerdem sollen erteilte Befugnisse zur beschleunigten Abschiebung in den Grenzregionen auf die gesamten USA ausgeweitet werden (ebd.: 142). Auch am Arbeitsplatz soll mit zivilrechtlichen Durchsuchungsbefehlen nach illegalen Migranten gefahndet werden dürfen (ebd.). Die

Mittelausstattung für ICE soll hierfür erheblich steigen: es sollen 100.000 Haftbetten bereitgestellt werden und Tausende neue Verwaltungs- und Vollzugsbeamt*innen eingestellt werden, zudem soll ICE vollen Zugang zu Geheimdienstinformationen erhalten, um die angedachten Exekutivfunktionen vollständig ausführen zu können (ebd.: 143).

ICE hat unter Trump ihre Maßnahmen massiv eskaliert, Bundesbeamte setzten etwa Tränengas gegen Einwohner von Chicago ein, in den Haftzentren in Chicago gab es teilweise weder Wasserflaschen, noch saubere Bettwäsche oder Hygieneartikel; auch der Zugang zu juristischem Beistand wurde erheblich eingeschränkt (Smith 2025). Zuvor intervenierte ICE im Verbund mit der Nationalgarde bereits in die Fehde zwischen Gavin Newsom und Donald Trump und statuierte an Los Angeles ein Exempel, die ICE-Operationen in enger Zusammenarbeit mit lokalen und bundesstaatlichen Behörden in Washington dienten weiter als Präzedenzfall für zukünftige Interventionen in - demokratisch regierte - urbane Zentren (Aleaziz et al. 2025).

Auch die *Citizenship and Immigration Services* sollen von einem neutralen Immigrationsdienstleister zu einem Instrument nationalistischer Rückabwicklung liberaler Migrationspolitik aufgerüstet werden:

> "Since January 2021, USCIS's priorities have been misaligned, and this has transformed it into an open-borders agency, ignoring the critical role that it plays in national security, public safety, and safeguarding the integrity of our immigration system. USCIS should be returned to operating as a screening and vetting agency (Cuccinelli 2023: 143)."

Mit dem Begriff der „open-borders agency" wird die bisherige Funktion als Immigrationsdienstleister delegitimiert, die *Citizenship and Immigration Services* sollen zum Exklusionsapparat zulasten von Migrant*innen umgerüstet werden. Durch eine *Executive Order* sollen sämtliche von den Obama- und Biden-Administrationen vorgenommenen Liberalisierungen des Einwanderungsrechts sowie Hindernisse beim Abschiebevollzug abgebaut werden (ebd.: 143). Es soll intern außerdem eine Subdivision zur Aufdeckung und Bestrafung von Sozialleistungsbetrug entstehen, eine *Denaturalization Unit* soll unrechtmäßig erworbene Aufenthaltstitel und Staatsbürgerschaften widerrufen können (ebd.). Die Exklusionslogik setzt sich damit fort: Zuwanderung wird als existenzielle Bedrohung gerahmt, mit dem angestrebten Umbau der *Citizenship and Immigration Services* zur „screening and vetting agency" soll künftig Grenzschutz schon im Inland betrieben werden - „Project 2025" macht an dieser Stelle unmissverständlich klar, Migrant*innen künftig marginalisieren zu wollen, selbst amerikanische Staatsbürger*innen mit Migrationshintergrund würden - absichtsvoll - einem Zustand permanenter Unsicherheit ausgesetzt.

Flankiert werden soll die repressive Migrationspolitik allerdings auch stellenweise durch ökonomische Zugeständnisse an die *MAGA*-Bewegung. Die in diesem Kontext in den einschlägigen Kapiteln zumeist als „American workers“ referenzierte elektorale Basis soll von einer Abschottung des amerikanischen Arbeitsmarktes durch geringere Migrationsvolumina und den verschlechterten Zugang zu Arbeitsvisen für qualifizierte Fachkräfte profitieren. Cuccinelli (2023: 146) schlägt hierzu schlicht vor, bestehende Leistungen der *Citizenship and Immigration Services*, etwa Arbeitsgenehmigungen und das Einbürgerungsverfahren drastisch zu verteuern, um die reguläre Arbeitsmigration in die USA eindämmen zu können (Cuccinelli 2023: 144ff.).

Weiterführend dazu wird in einem Unterabschnitt des Kapitels zum *Department of Labour* mit der Überschrift „Putting American Workers First” skizziert, wie durch eine restriktive Migrationspolitik, im Verbund mit sogenannten *Hire American Requirements* die Reallöhne und die Arbeitsplatzsicherheit von Amerikaner*innen steigen sollen. Rhetorisch schließt die restriktive Arbeitsmarktpolitik an die in Kapitel 8.2. diskutierten Arbeitsmarktreformen an: „A labor agenda focused on the strength of American families must put American workers first. As the family necessarily puts the interests of its members first, so too the United States must put the interests of American workers first” (Berry 2023: 611).

Bezeichnenderweise sind einzig im Kapitel zum *Department of Labour* sogenannte *Alternative Views* vorgesehen - im Unterkapitel „Putting American Workers First” kommt in diesen ein unauflösbarer Konflikt zwischen den Forderungen nach Arbeitsplatzsicherheit und Reallohnsteigerungen der subalternen *MAGA*-Basis einerseits und der Absicherung der Renditen der dominanten Kapitalfraktionen andererseits zum Vorschein. So formuliert die „Putting American Workers First”-Agenda drei substanzielle Vorschläge zur Visumvergabe sowie zu *Hire American Requirements*, die allesamt aus Arbeitgeberperspektive in den *Alternative Views* in Zweifel gezogen werden.

So schlägt Berry (2023: 611) vor, das H-2A-Visum zunächst auf das derzeitige Vergabevolumen zu beschränken, anschließend soll ein Zeitplan für ein vollständiges Phase-Out des Programms vorgelegt werden. Das H-2A-Visum ermöglicht es bislang ausländischen Staatsangehörigen, temporär in der amerikanischen Landwirtschaft tätig zu werden. Berry (ebd.) argumentiert, die Agrarindustrie solle stattdessen in die Steigerung der Arbeitsproduktivität investieren, um adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten für amerikanische Staatsbürger im Agrarsektor zu schaffen. Im *Alternative View* wird, entweder von Barry selbst in vorauseilendem Gehorsam oder von einem unbekannten zweiten Autor, dagegen klassisch neoliberal argumentiert: strukturell niedrige Löhne sowie die Sicherung eines flexiblen, zuverlässigen und sozial

entrechteten Arbeitskräfteangebots sollen weiterhin Priorität haben, um Renditen und Konsumentenpreise nicht zu gefährden (ebd.: 611f.). Auch das H-2B-Visum für temporäre Tätigkeiten außerhalb des Agrobusiness soll ausgehend vom derzeitigen Vergabevolumen sukzessive abgeschafft werden, wobei der *Alternative View* erneut auf die wirtschaftlichen Vorteile der flexibilisierten, migrantischen Reservearbeitskräfte hinweist (ebd.: 612). Das „Mandate for Leadership" überlässt an dieser Stelle die Mediation zwischen Elektorat und Eliten der künftigen Exekutive, der Konflikt zwischen der Umsetzung der „American Workers First"-Rhetorik und den Erfordernissen der führenden Kapitalfraktionen wird im „Project 2025" selbst nicht aufgelöst.

Berry (2023: 612) schlägt drittens sogenannte *Hire American Requirements* vor: diese sollen festschreiben, dass Auftragnehmer von *federal contracts* einen Anteil von Beschäftigten mit US-Staatsbürgerschaft von zunächst mindestens 70 Prozent aufweisen müssen, wobei der Anteil innerhalb der nächsten zehn Jahren auf mindestens 95 Prozent steigen soll. Amerikanische Staatsbürger*innen sollen folglich auch bei der Einstellung wieder bevorzugt werden dürfen, dies ist zwar derzeit unzulässig, doch Berry (ebd.) verspricht sich von der Bevorzugung amerikanischer Staatsbürger erhebliche Vorteile für amerikanische Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen - freilich wird dies auch nationalistisch als Vorteil für die USA insgesamt gerahmt. Der Staat soll seine Marktmacht als Nachfrager nutzen, um Löhne zu steigern und die Beschäftigungssicherheit amerikanischer Staatsbürger*innen zu erhöhen, indem ausländische Arbeitnehmer*innen aktiv ausgeschlossen werden. Im *Alternative View* wird dagegen erneut neoliberal argumentiert, wonach derlei Quoten eine arbiträre, ineffiziente Verzerrung des Arbeitsmarkts darstellten; ohnehin würde diese Maßnahme nur zu unproduktiven Staatsausgaben führen, wodurch das Haushaltsdefizit anstiege und die Belastung für amerikanische Familien weiter zunehme (ebd.: 613).

Dieser letztlich unauflösbare Widerstreit zwischen *economic nationalists* und *libertarians* ist dennoch für die Bewertung des Charakters des Hegemonieprojekts aufschlussreich: die führenden Kapitalfraktionen sind bereit, die nationalistisch-populistische Exklusions- und Marginalisierungspolitik symbolisch mitzutragen, sobald die Forderungen der *economic nationalists* aber die Profite der führenden Kapitalfraktionen beschneiden würden, werden weitere Zugeständnisse an die subalterne Basis verweigert. Das folgende Unterkapitel soll die zentralen Erkenntnisse des Kapitels 6 zusammenfassen und kursorisch der identifizierten Akkumulationsstrategie entgegenstellen, um daraus Rückschlüsse über die innere Logik des Hegemonieprojekts abzuleiten.

## 8.4. Zwischenfazit: Asymmetrie zwischen Akkumulationsstrategie und der Einbindung subalterner Akteur*innen?

Die Analyse der in den vorangegangenen Unterkapiteln sezierten Politikfelder Bildung, Geschlecht, Familie, Arbeit, Gesundheit und Migration verdichtet sich zu dem Bild eines Hegemonieprojekts, welches der Logik eines „two nations projects“ (Jessop 1990: 211f.) idealtypisch entspricht. „Project 2025“ verzichtet explizit auf die Herstellung eines expansiven Konsenses, der die gesamte Bevölkerung durch breite materielle Zugeständnisse in den historischen Block integrieren würde. Stattdessen basiert die Konsensproduktion auf einer scharfen, antagonistischen Polarisierung der Gesellschaft, bei der die strategisch relevante Wählerbasis der *MAGA*-Bewegung durch aggressive Abgrenzungs- und Ausgrenzungsmechanismen mobilisiert wird, während progressive Bevölkerungsteile, kulturelle Eliten und subalterne sexuelle wie ethnische Minderheiten systematisch sanktioniert und marginalisiert werden sollen. Der Kampf gegen den administrativen Staat wird nicht als libertäre Deregulierung, sondern als Befreiungsschlag gegen eine als parasitär und kulturell fremd wahrgenommene „ruling and cultural elite“ gerahmt. Die ökonomische Prekarisierung, die aus der in der Akkumulationsstrategie angelegten Deregulierungsagenda für die subalterne Basis erwächst, werden durch ein kulturell-ideologisches Angebot kompensiert: Die Wiederherstellung der traditionellen Familie, der Schutz vor einer imaginierten „Gender Ideology“ und die Verteidigung nationaler Souveränität gegen „globalist elites“.

Während die weiße, christlich-konservative Kernfamilie und der vielfach referenzierte „American worker“ rhetorisch ins Zentrum gerückt und politisch privilegiert werden, erfahren nicht-binäre Geschlechtsidentitäten und Migranten eine De-Subjektivierung zu bloßen Objekten der Gefahrenabwehr. In der Bildungspolitik zeigt sich dies durch die Umleitung öffentlicher Mittel in konservativ-religiöse Bildungseinrichtungen, in der Gesundheitspolitik manifestiert es sich in der exekutiven Durchsetzung reaktionärer Kontrolle über den weiblichen Körper und der Verdrängung nicht-biologistischer Geschlechtsidentitäten.

Das einzige Politikfeld, in der das „two nation project“ (Jessop 1990: 211f.) über symbolische Politik hinausgeht und handfeste materielle Zugeständnisse für die eigene Basis in Aussicht stellt, liegt in der Migrationspolitik. Hier wird der Versuch unternommen, durch eine repressive Abschottung des Arbeitsmarktes die Reallöhne der heimischen Arbeiter*innenschaft künstlich zu stabilisieren und durch die garantierte Arbeitsnachfrage der *Hire American Requirements* die Arbeitsplatzsicherheit zu verbessern. Doch genau an dieser Schnittstelle offenbart sich die Inkonsistenz des emergenten historischen Blocks: Wie die *Alternative Views* im Kapitel zum

*Department of Labour* belegen, geraten die *economic nationalists* dort in Konflikt mit den Profitinteressen der führenden Kapitalfraktionen.

Durch die oberflächliche Einbindung der subalternen Basis steht das Hegemonieprojekt damit auf tönernen Füßen: es muss die ökonomische Benachteiligung der elektoralen Basis, welche durch die libertäre Deregulierung in der Akkumulationsstrategie vertieft wird, fortwährend durch die Inszenierung existenzieller Kulturkämpfe und die drakonische Bestrafung konstruierter Feindbilder überdecken. Der Staat soll - muss - daher autoritär umgebaut werden, um als repressives Zwangsinstrument das Hegemonieprojekt abzusichern und die Widersprüche zwischen national-populistischer Forderungen der elektoralen Basis und dem Akkumulationszwang führender Kapitalfraktionen zulasten marginalisierter Gruppen aufzulösen. Nachdem die strukturellen Selektivitäten als „elephant in the room“ teilweise bereits in den Kapiteln 7 und 8 implizit thematisiert wurden, sollen in einem abschließenden Kapitel weiterführende Überlegungen hierzu angestellt werden.

## 9. Rückbezug auf die strukturellen Selektivitäten des amerikanischen Staates: “Taking the Reins of Government”

Im vorangegangenen Kapitel analysierte diese Arbeit die politisch-gesellschaftliche Rahmung der Akkumulationsstrategie - es wurde aufgezeigt, wie disparate gesellschaftliche Interessen ohne substanzielle ökonomische Zugeständnisse in einem national-populären, „two nations project“ gebündelt werden sollen (Jessop 1990: 211f.). Doch ein erfolgreiches Hegemonieprojekt muss auch auf die „vorherrschenden institutionellen Selektivitäten“ (Buckel et al. 2014: 45) des Staates bezugnehmen. Ein Hegemonieprojekt kann sich also nicht bloß von außen in den Staat einschreiben, sondern muss die in jeder historisch spezifischen Staatsform angelegten institutionellen Selektivitäten strategisch bearbeiten. Dies geschieht auf dem Terrain des Staates selbst: die Eigenlogik staatlicher Repräsentations-, Interventions- und Organisationsformen schafft ein Kraftfeld, welches strukturell selektiv gewissen politischen Kräften Handlungsspielräume eröffnet, sich anderen jedoch verschließt (Jessop 1990: 206f.). Nur indem ein Hegemonieprojekt diese Selektivitäten entweder produktiv nutzt, also seine Ziele in eine mit der bestehenden Logik kompatible Form übersetzt, oder sie aktiv umgestaltet, kann es seine eigene Projektlogik in der staatlichen Struktur verankern: nur durch eine solche institutionelle Konsolidierung wird aus einem Hegemonieprojekt ein tatsächlich hegemoniales Projekt.

In Kapitel 7 beschrieb diese Arbeit bereits eine teilweise Umgestaltung staatlicher Selektivitäten zugunsten des fossilen Kapitals sowie einen Rückbezug auf bestehende Selektivitäten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie auf die von beiden Parteien gleichermaßen vorangetriebene neoliberale Deregulierungsagenda in der Finanz- und Steuerpolitik. Das Kapitel 8 beschrieb dann einen umfassenderen, autoritär-repressiven Umbau des Staates in der Bildungs- Gesundheits- und Migrationspolitik, um den Staat als Zwangsinstrument gegen die „ruling and cultural elite“ und „deren“ Subalterne einzusetzen. Damit wird eindrucksvoll deutlich, dass die erfolgreiche Artikulation einer Akkumulationsstrategie sowie die strategische Einbindung subalterner Akteur*innen selbst schon einen konkreten Rückbezug auf die institutionelle Ausgestaltung des Staates verlangt.

Doch „Project 2025“ bezieht sich darüber hinaus bewusst auf weitere strukturelle Selektivitäten des amerikanischen Staates, um nicht bei der Konsolidierung von divergierenden Klasseninteressen zum Hegemonieprojekt verharren zu müssen, sondern um tatsächlich bei erfolgter Wiederwahl von Donald Trump hegemonial zu werden, dazu zählt die Personalpolitik im gesamten integralen Staat im Verbund mit dem Rückbau des Verwaltungsstaates sowie der Rückbezug auf die Exekutivmacht des amerikanischen Präsidenten, der cäsaristisch die Agenda

des Hegemonieprojekts durchsetzen soll. Die folgenden Unterkapitel analysieren die Kapitel 1, 2 und 3, die treffend unter der „Section 1: Taking the Reins of Government“ im „Mandate for Leadership“ subsumiert werden. Dieses Kapitel kann sich nicht nur auf die Ausführungen im „Project 2025“ beschränken und wird selektiv empirisches Material aus der zweiten Trump-Administration heranziehen, um die im „Project 2025“ angelegten Handlungslogiken zu kontextualisieren und so den Rückbezug auf die strukturellen Selektivitäten sichtbar zu machen.

### 9.1. “Personnel is policy”: “right-wing LinkedIn”, die konservative Politisierung der Verwaltung und Abbau des Verwaltungsstaats

Im “Note on ‘Project 2025’” - dem gesamten Dokument vorangestellt - macht der im Wahlkampf in Ungnade gefallene Paul Dans deutlich, dass neben den in dieser Arbeit bereits ausführlich diskutierten Politikvorschlägen aus „Pillar I“ mit „Pillar II“ ein ebenso wichtiger Teil des „Project 2025“ die Auswahl geeigneter, loyaler Verwaltungskader zur bedingungslosen Umsetzung der Agenda ab dem ersten Tag der Administration umfasst:

> „Our goal is to assemble an army of aligned, vetted, trained, and prepared conservatives to go to work on Day One to deconstruct the Administrative State. […] Pillar II is a personnel database that allows candidates to build their own professional profiles and our coalition members to review and voice their recommendations. These recommendations will then be collated and shared with the President-elect’s team, greatly streamlining the appointment process (Dans 2023: XIV).”

Dieses “right-wing LinkedIn“, an dessen Entwicklung der ehemalige Direktor des *White House Presidential Personnel Office* John McEntee beteiligt war, basierte auf einem Fragebogen, auf Grundlage dessen die Loyalität von Regierungsangestellten gegenüber Donald Trump und seiner „America First“-Agenda überprüft werden sollten (Swan & Haberman 2023). Schon die Personalpolitik während der ersten Trump-Administration war damit vollkommen auf die Bedürfnisse des Präsidenten zugeschnitten, doch zunächst fehlten dem Präsidenten die exekutiven Befugnisse, um den Verwaltungsapparat vollumfänglich mit loyalen, konservativen Kadern zu besetzen: erst Ende 2020, kurz vor Ende seiner Amtszeit, sollte die *Executive Order* „Schedule F“ die gesetzliche Grundlage für eine Säuberung des administrativen Staates schaffen. Die Verordnung sollte den Kündigungsschutz weitreichender Teile des Beamt*innentums aufheben und damit dem Präsidenten die Befugnis geben, bis zu 50.000 Beamt*innen im öffentlichen Dienst zu entlassen und durch streng durchleuchtete Loyalist*innen zu ersetzen (ebd.). Biden nahm die Exekutivverordnung freilich unmittelbar nach Amtsantritt zurück, doch die „Schedule F“-Verordnung hinterließ zwei bedeutende Vermächtnisse: die Akteur*innen des konservativen *policy planning networks* kamen zu dem Entschluss, die nächste konservative Administration, egal ob angeführt von Donald Trump oder

Ron DeSantis, müsse auf die „Schedule F"-Verordnung zurückgreifen, um loyale, konservative Kader aus der *MAGA*-Bewegung an den politischen Schalthebeln der Macht zu platzieren (Moynihan 2023). Zunächst ging es darum, hochrangige Posten mit loyalen Juristen zu besetzen, die nicht dem konservativen Mainstream um die *Federalist Society* entstammen, mit der sich Trump verworfen hatte, zunehmend ging es aber auch um mittlere und untere Ebenen der Bürokratie (Swan et al. 2023).

Als weiteres Vermächtnis kann das Personal dahinter gesehen werden: Dennis Kirk gilt als Kronjurist der „Schedule F"-Verordnung und nutzte den Drehtüreffekt für sich, um nach Ende der Trump I-Administration für die *Heritage Foundation* im „Project 2025", gemeinsam mit zwei weiteren Autoren, das zentrale Kapitel 3: „*Central Personnel Agencies: Managing the Bureaucracy*" zu verfassen (Swan & Haberman 2023). Er verfasste das Kapitel gemeinsam mit Donald J. Devine, der schon unter Ronald Reagan selbst Director des *Office of Personnel Management* war und ab 2016 Trump als Berater im *Office of Personnel Management* zur Verfügung stand und Paul Dans, ehemaliger Direktor des „Project 2025", der im Wahlkampf als Bauernopfer für die Kritik an „Mandate for Leadership" zurücktreten musste (MacGillis 2024).

Schon in der Einleitung machen die Autoren die Bedeutung der Personalpolitik deutlich: "From the very first „Mandate for Leadership", the "personnel is policy" theme has been the fundamental principle guiding the government's personnel management (Devine et al. 2023: 69)". Doch zunächst üben sich Devine et al. (2023: 70f.) in eher technokratisch geratener Kritik am professionalisierten Verwaltungsstaat, sie rahmen ihr Ziel der Re-Politisierung und Instrumentalisierung der Verwaltung in libertäre Effizienzargumente:

> "At the very pinnacle of the modern progressive program to make government competent stands the ideal of professionalized, career civil service. […] Yet, as public frustration with the civil service has grown, generating calls to "drain the swamp," it has become clear that their project has had serious unintended consequences. […] The civil service was devised to replace the amateurism and presumed corruption of the old spoils system, wherein government jobs rewarded loyal partisans who might or might not have professional backgrounds. Progressives designed a merit system to promote expertise and shield bureaucrats from partisan political pressure, but it soon began to insulate civil servants from accountability. Complying with arcane rules regarding recruiting, rating, hiring, and firing simply replaced the goal of cultivating competence and expertise."

Die Textstelle greift direkt die populistische Parole „drain the swamp" aus der ersten Trump-Administration auf und konstruiert damit die professionalisierte Bürokratie als Feindbild: diese sei ohnehin ein „modern progressive program", obendrein sei die moderne Bürokratie der Öffentlichkeit nicht länger rechenschaftspflichtig, letztlich habe man korrupte Parteigänger gegen eine inkompetente, unkontrollierbare Verwaltung eingetauscht. Der Angriff auf die

unpolitische Bürokratie wird demokratisch mit dem Wunsch nach mehr öffentlicher Kontrolle gerahmt, im weiteren Verlauf des Kapitels plädieren die Autoren gar dafür, vermehrt angeblich meritokratische Verfahren einzuführen, um die Leistungsfähigkeit des administrativen Staats zu kontrollieren und ungeeignete Beamt*innen auszusieben.

Dahinter steht jedoch eine nationalkonservative Agenda, um die Verwaltung zu re-politisieren: an den Privatsektor angelehnte *Performance Appraisals* sollen einen Teil des Gehalts („Merit pay“) an die Erfüllung von Zielvereinbarungen koppeln, dies wird in expliziter Anlehnung an Ludwig von Mises mit libertären Effizienzargumenten gerahmt, tatsächlich sollen so Beamt*innen zur Erfüllung konservativer Politikmaßgaben gezwungen werden:

> „It is essential that political executives build policy goals directly into employee appraisals both for mission success and for employees to know what is expected. […] Performance appraisal means little to daily operations if it is not tied directly to real consequences for success as well as failure. […] Despite early efforts to institute merit pay throughout the federal government, however, compensation is still based primarily on seniority rather than merit […] political executives should use existing pay and especially fiscal awards strategically to reward good performance to the degree allowed by law (Devine et al. 2023: 74).”

Gerahmt in Effizienzversprechen wird ein direkter Angriff auf das Ideal einer politisch neutralen, tatsächlich meritokratischen Verwaltung vorgenommen: Die Exekutive soll künftig die Umsetzung politischer Zielvorgaben direkt zum Maßstab individueller Leistung machen. Der strategische Einsatz von „fiscal rewards“ soll die Beamt*innen als flexible Arbeitskraft disziplinieren und eine individualisierte, kompetitive Kultur etablieren, um den an anderer Stelle kritisierten, kollegialen Berufsethos des Beamt*innentums zu durchbrechen (ebd.: 73). Weitere Prekarisierungsmaßnahmen sollen die angedachte *Merit pay*-Komponente des Gehalts aufwerten, um so Angestellte im öffentlichen Sektor zur Erfüllung politischer Vorgaben zu zwingen, etwa sollen Basisgehälter und Pensionsansprüche sinken und sich dem Privatsektor annähern (ebd.: 72, 75). Andere Maßnahmen zielen viel direkter darauf ab, unliebsame Beamt*innen stärker unter Druck zu setzen: Disziplinarverfahren sollen beschleunigt werden, dagegen sollen beschleunigte Berufungsprozesse politisch verlässliche Beamt*innen schneller in entscheidende Positionen bringen (ebd.: 74f.). Die Autoren lassen zudem keinen Zweifel daran, dass neben der politischen Verlässlichkeit auch implizit sexuelle Orientierung und Ethnie wieder Einstellungskriterium werden sollen: sie wenden sich gegen die sogenannte *Disparate Impact*-Doktrin, die in diesem Fall im öffentlichen Sektor Einstellungstests verbietet, die sexuelle oder ethnische Minderheiten benachteiligen könnte (ebd.: 72).

Neben diesem Angriff auf die bestehende, professionalisierte Bürokratie dürfte wohl die angestrebte Wiedereinführung der „Schedule F“-Verordnung Dreh- und Angelpunkt für eine konservative Re-Politisierung des Verwaltungsapparates sein: sowohl im Kapitel 1 zum *White*

*House Office* als auch im Kapitel 3 wird eine Wiedereinführung der Richtlinie gefordert, in mehreren weiteren Kapiteln wird auf die Verordnung positiv rekurriert. Besonders die wichtigsten *executive departments,* die direkt dem Präsidenten unterstellt sind, sollen mithilfe der „Schedule-F"-Verordnung mit politischen Beamt*innen besetzt werden. Im Kapitel zum *Department of State* heißt es prägnant: "Focusing the State Department on the needs and goals of the next President will require the President's handpicked political leadership—as well as foreign Department of State service and civil service personnel who share the President's vision and policy agendas—to run the department", auch das *Department of Justice* und das *Department of Defense* sollen re-politisiert werden, um in diesen Schlüsselministerien die Agenda des "Project 2025" kohärent umsetzen zu können (Skinner 2023: 172f.).

Kapitel 1, verfasst von Rick Dearborn (Vizestabschef im Weißen Haus während Trump I) skizziert folgerichtig eine kohärente Agenda, wie im ohnehin bereits mächtigen *Office of Presidential Personnel* die Personalpolitik zentralisiert werden soll, um die Exekutive mit Loyalist*innen zu füllen. Bislang sind bei jedem Machtwechsel rund 3000 Stellen mit *political appointees* neu zu besetzen: durch Wiedereinführung der „Schedule F"-Verordnung könnten gar bis zu 50000 Stellen von der Exekutive selbst mit politischen Beamt*innen besetzt werden. Das Kapitel 1 liefert eine Anleitung, wie das *Office of Presidential Personnel* diesen enormen Bedarf an konservativen Kadern bewältigen soll:

> "The Office of Presidential Personnel is responsible for: [1] Identifying potential political personnel both actively through recruitment and passively by fielding resumes and adjudicating requests from political actors. [2] Vetting potential political personnel by conducting political background checks and reviewing any clearance and fitness assessments by departments and agencies [3] Making recommendations to the President and to other appointment authorities on behalf of the President. [4] Identifying programmatic political workforce needs early and developing plans […] [5] Training and connecting political personnel. […] [6] Serving as a personnel link between conservative organizations and the executive branch. (Dearborn 2023: 32)."

Die aktive Suche nach Personal - wenn auch nicht explizit referenziert wohl im „right-wing LinkedIn" der *Heritage Foundation* - soll sicherstellen, dass die Besetzung nach politischer Loyalität und ideologischer Ausrichtung erfolgt, weiter sollen politische Beamt*innen passgenau nach den programmatisch-politischen Prioritäten des neuen Präsidenten ausgewählt werden. Die Personalpolitik soll beim Präsidenten zentralisiert werden, um zu verhindern, dass Ministerien oder Behörden autonom Personalentscheidungen treffen. Die Funktion als „personnel link between conservative organizations and the executive branch" soll den Drehtüreffekt zwischen konservativen Denkfabriken und dem Exekutivapparat formal institutionalisieren und den Einfluss *policy planning networks* hinter „Project 2025" langfristig festschreiben.

Die strategischen Selektivitäten des amerikanischen Staates sollen damit explizit verändert werden, denn die autonome Bürokratie soll insgesamt politisch loyalen, von der Exekutive handverlesenen Erfüllungsgehilfen der nationalkonservativen Utopie weichen. „Project 2025“ denkt dabei weit über 2025 hinaus: wie es an anderer Stelle heißt, sollen gezielt unerfahrene, aber ambitionierte Konservative auf den unteren Ebenen der nationalen Verwaltung („farm team“) die nötige Erfahrung sammeln, um Vorhaben künftiger demokratischer Regierungen zu obstruieren und in künftigen konservativen Administrationen in mittlere und gehobene Verwaltungsposten aufzurücken (ebd.: 32).

Vieles spricht dafür, dass die Trump II-Administration an dieser Stelle Vorschlag um Vorschlag aus dem „Project 2025“ abarbeitet, oder wie es in Antizipation dessen im „Note on Project 2025“ heißt: „History teaches that a President’s power to implement an agenda is at its apex during the Administration’s opening days. To execute requires a well-conceived, coordinated, unified plan and a trained and committed cadre of personnel to implement it” (Dans 2023: XIII). Früh wurde angekündigt, „Schedule F“ wieder einzuführen, bereits in der zweiten Woche seiner Amtszeit wurde zwei Millionen Staatsbeamt*innen eine Abfindung angeboten, Telearbeit wurde für Behörden abgeschafft, die Regelungen zum *Performance Appraisal* wurden weitgehend aus dem „Project 2025“ übernommen (Haberman & Swan 2025, Mpoke Bigg & Watkins 2025). Die inzwischen technokratisch in „Schedule Policy/Career“ umbenannte „Schedule F“ hat zehntausende Bundesbeamt*innen in jederzeit kündbare, prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt, die nach Abbild des „Project 2025“ reformierten Einstellungsverfahren sehen mehrere brisante Kuriosa vor: unter anderem ist das Verfassen eines Essays vorgesehen, der die wichtigsten *Executive Orders* von Präsident Trump zum Gegenstand haben soll, weiterhin sollen „patriotic Americans“ im Verfahren bevorzugt werden (Broadwater 2025a, Sullivan 2025). Auch der Vorschlag aus dem „Project 2025“, die Entwicklungsagentur USAID zum Testobjekt für die „Schedule F“-Personalpolitik zu machen, wurde von der Trump II-Administration aufgegriffen, an der Behörde wurde durch Massenentlassungen und Etatkürzungen ein Exempel statuiert, sodass die gesamte Behörde bis Juli 2025 rückabgewickelt wurde (Primovac 2023: 271, Wong 2025)

Dieses Unterkapitel analysierte damit die Personalpolitik als zentralen Hebel zur Veränderung struktureller Selektivitäten - der Austausch des Personals durch politische Loyalist*innen soll die Autonomie der Verwaltung durchbrechen und diese der Exekutive unterordnen, um die Agenda des „Project 2025“ ab Tag 1 der Trump II-Administration durchsetzen zu können. Doch um die Analyse zu vervollständigen, fehlt ein entscheidender Aspekt: die vollständige

Zentralisierung der exekutiven Befugnisse, um den Präsidenten zum uneingeschränkten Herrscher über den Verwaltungsapparat zu machen.

### 9.2.König auf Zeit? Institutionelle Zentralisierung der Exekutive beim Präsidenten

Eine fast ehrfürchtige Haltung zum Amt des Präsidenten ist dem „Project 2025“ an vielen Stellen ohnehin tief eingeschrieben:

> “In its opening words, Article II of the U.S. Constitution makes it abundantly clear that “[t]he executive power shall be vested in a President of the United States of America.” That enormous power is not vested in departments or agencies, in staff or administrative bodies, in nongovernmental organizations or other equities and interests close to the government. The President must set and enforce a plan for the executive branch […] The great challenge confronting a conservative President is the existential need for aggressive use of the vast powers of the executive branch to return power— including power currently held by the executive branch—to the American people. (Vought 2023: 43).”

An anderer Stelle formuliert Dearborn pathetisch (2023: 23): “From popular culture to academia, the American presidency has long been a prominent fixture of the national imagination - naturally so since it is the beating heart of our nation’s power and prestige.”

Der Rekurs auf den zweiten Artikel der amerikanischen Verfassung ist dabei kein patriotisches Stilmittel, sondern hat Methode. Die Autoren des „Project 2025“ hängen, wie auch weitgehend die fünf *Supreme Court*-Mitglieder John Roberts, Clarence Thomas, Samuel Alito, Neil Gorsuch, und Brett Kavanaugh, der sogenannten *Unitary executive theory* an, welche aus vier Komponenten besteht:

> „(a) the Constitution vests all of the Executive power in the president; (b) all subordinate executive branch officials are removable at will by the president; (c) the president’s Article II duty to “take Care that the Laws be faithfully executed” entails an exclusive presidential power to decide which laws to enforce or not to enforce; and (d) the president can thus direct and control all subordinate executive officials (Goldsmith 2025).”

Diese Interpretation des zweiten Artikels der amerikanischen Verfassung soll die maximale Zentralisierung der politischen Macht beim Präsidenten legitimieren, mit dem Zweck, die nominelle Unabhängigkeit von *executive departments* und von Bundesbehörden gleichermaßen aufzuheben und die Gewaltenteilung stellenweise zu durchbrechen, etwa bezüglich der Hoheit des Kongresses über den Haushalt, oder über unabhängige Bundesbehörden (French 2025). Das maßgebliche Kapitel 2 zum *Executive Office of the President of the United States* wird von Russell Vought verfasst: er selbst bekleidete während der ersten Amtszeit Trumps einen Posten als Direktor des *Office of Management and Budget* im weißen Haus, verfasste anschließend im „Project 2025“ die Leitlinien für eine zweite Trump-Administration und kehrte zu deren eigenhändiger Umsetzung ins Weiße Haus zurück. Russel Vought wurde schon früh in der zweiten Amtszeit als „Probably the Most Important Person in Trump 2.0“ (Linker 2025)

identifiziert, doch erst nach dem Zerwürfnis zwischen Trump und Musk trat er als eigentlicher Architekt des Staatsumbaus aus dessen Schatten (Davenport 2025).

Wie Vought (2023: 43) unmissverständlich klar macht, soll sich die exekutive Gewalt gegen alle richten, die der präsidialen Agenda im Wege stehen könnten, sei es der Kongress, die Bürokratie, unabhängige Experten oder politisches Personal:

> „This challenge is created and exacerbated by factors like Congress's decades-long tendency to delegate its lawmaking power to agency bureaucracies, the pervasive notion of expert "independence" that protects so-called expert authorities from scrutiny, the presumed inability to hold career civil servants accountable for their performance, and the increasing reality that many agencies are not only too big and powerful, but also increasingly weaponized against the public and a President who is elected by the people and empowered by the Constitution to govern."

Das *Executive Office of the President* beschreibt er als strategische Kommandozentrale, von welche aus dem gesamten amerikanischen Staatsapparat umgebaut werden soll: besonders das ihm angedachte *Office of Management and Budget* soll Ministerien und unabhängige Agenturen disziplinieren, sukzessive ideologisch neu ausrichten und die angebliche „woke faction" im Verwaltungsapparat gänzlich eliminieren (Vought 2023: 43).

Der Präsident ist in der *Unitary Executive Theory* insgesamt als König auf Zeit konzipiert, deswegen sollen im *Office of Management and Budget*, welches Vought als „Fluglotse" des Präsidenten bezeichnet (ebd.), alle Fäden zusammenlaufen: dort soll über den präsidialen Haushalt entschieden werden, auch sollen dort die Gelder, die für Bundesbehörden vorgesehen sind, überprüft werden, Vought sieht explizit die Einbehaltung von vom Kongress bewilligter Gelder vor, sollten diese der nationalkonservativen Agenda entgegenstehen: „OMB [*Office of Management and Budget*] can then direct on behalf of a President the amount, duration, and purpose of any apportioned funding to ensure against waste, fraud, and abuse and ensure consistency with the President's agenda and applicable laws" (ebd.: 45f.). Wie im vorherigen Unterkapitel thematisiert, sollen hier Personal- Beschaffungs- und Rechnungswesen der Bundesbehörden gebündelt werden, um sämtliche Bereiche der amerikanischen Politik unter die Kontrolle des Präsidenten zu stellen (ebd.: 44). Konsistent mit der dritten Annahme der *Unitary Executive Theory* sollen zudem sämtliche von den Bundesbehörden erlassenen Richtlinien dort überprüft werden können (ebd.).

Vought hat in der Zwischenzeit die für ihn selbst geschriebene Blaupause aggressiv umgesetzt: zunächst nutzte Vought den zwischenzeitlich drohenden *Shutdown* der USA als Vorwand, um *food stamps* für Millionen von Amerikaner*innen mit niedrigem Einkommen zu streichen, Regierungsangestellte zu entlassen oder ihnen ihre Gehälter vorzuenthalten und Gelder für Projekte in demokratisch geführten Bundesstaaten zurückzuhalten (Broadwater 2025b).

Konkret nutzte er die für ihn konzipierte Rolle als rechte Hand des Präsidenten, um $8 Milliarden Subventionen für grüne Industrie sowie Infrastrukturinvestitionen in Höhe von $18 Milliarden in demokratisch geführten Staaten zurückzuhalten sowie proaktiv die unabhängigen Bundesbehörden zur Rechenschaftspflicht gegenüber dem *Executive Office of the President* zu verpflichten, um deren politische Unabhängigkeit faktisch aufzuheben (Davenport 2025).
Er setzt damit in deutlich kohärenterer Weise fort, womit Elon Musk und sein *Department of Government Efficiency* bereits zu Beginn der Trump-II-Administration begannen: diese übernahm Kontrolle über die Personalabteilungen, das Finanzwesen sowie die digitale Infrastruktur unliebsamer Behörden - unter dem Vorwand, Betrug und Verschwendung öffentlicher Gelder aufzudecken - und nutzte diese, um Subventionen aus dem *Inflation Reduction Act* oder für Umweltschutz- und DEI- Maßnahmen zu streichen; in einem finalen Schritt sollten rund 40% der Angestellten im öffentlichen Sektor entlassen werden, doch durch den Wiederstand einiger Bundesgerichte sowie dem Zerwürfnis zwischen Trump und Musk blieb die DOGE-Agenda letztlich unvollendet (Murray et al. 2025). Doch trotz des öffentlichen Disputs zwischen Musk und Trump hat Vought hinter den Kulissen dafür gesorgt, dass die Handlungslogiken hinter DOGE für die Trump-II-Administration umsetzbar bleiben: die meisten hochrangigen DOGE-Mitarbeiter*innen wurden mit Schlüsselpositionen in Bundesbehörden betraut, um die Agenda des „Project 2025“ in den Schlüsselministerien aktiv voranzutreiben, aber auch, um die Politik unabhängiger Behörden *de facto* unter Exekutivvorbehalt zu stellen (Flavelle et al. 2025).
Unübersehbar wird damit der Rückbezug auf die strukturellen Selektivitäten des amerikanischen Staates deutlich: nachdem dieser seit der Unabhängigkeitserklärung in Gestalt des Kongresses ein mächtiges legislatives Organ vorsieht, welcher die Exekutive überwacht, Richter und Beamt*innen im Amt bestätigt, unabhängige Behörden ins Leben ruft und über die *power of the purse* verfügt, sollen dessen Befugnisse sukzessive zurückgebaut werden, die Zentralisierung der Überwachung der unabhängigen Behörden im *Executive Office of the President* sowie die Verfügungsgewalt über deren Finanzmittel sollen die Exekutive gar stellenweise über die Legislative stellen. Allenfalls soll die Exekutive mit der Legislative offen in Konkurrenz treten, Vought setzte wiederholt sogenannte *pocket recissions* ein; ein Taschenspielertrick, um Gelder kurz vor Ende des Fiskaljahres einzufrieren, ohne dass der Kongress rechtzeitig reagieren kann - damit soll die *power of the pourse* des Kongresses herausgefordert werden (Romm 2025b). Gleichfalls sollen die in Artikel 2 der Verfassung vorgesehenen Befugnisse des Präsidenten maximal ausgedehnt werden - nachdem die *checks and balances* dieses freie Spiel der Kräfte zunächst explizit zulassen, kommt es auf die

Judikative an; diese ist aber längst mit Loyalist*innen besetzt, wodurch ein Möglichkeitsfenster zur Rekonfiguration des staatlichen Kraftfeldes entsteht, um das Hegemonieprojekt des „Project 2025“ strukturell zu begünstigen.

„Project 2025“ möchte seine Akkumulationsstrategie sowie seine symbolisch-materiellen Zugeständnisse an die *MAGA*-Basis nicht einfach von außen in den Staat einschreiben, sondern zielt darauf ab, die im Staatsapparat angelegten institutionellen Selektivitäten strategisch nutzbar zu machen: durch den personellen Rückgriff auf Trump-Loyalist*innen haben sich die fossil-industriellen Kapitalfraktionen hinter „Project 2025“ bereits der wohl wichtigsten strukturellen Selektivität des amerikanischen Staates bemächtigt: des Drehtüreffekts bzw. des konservativen *policy planning network.*

Aber auch die *checks and balances* sind als zweites Strukturmerkmal des amerikanischen Staates wie maßgeschneidert für einen konservativen *hostile takeover*. Sie sehen keine starre Gewaltenteilung vor, sondern sind als instabiles Machtgleichgewicht konzipiert, welches sich je nach politischen Kräfteverhältnissen und Gestaltungswillen der jeweiligen amerikanischen Institutionen verschieben kann - die Zentralisierung politischer Befugnisse bei der Exekutive, im *Executive Office of the President* soll die „formal unity“ (Jessop 1990: 210) des amerikanischen Staates, emblematisch verkörpert durch einen politisch neutralen Beamt*innenkorps, unabhängige föderale Behörden und bisher *de facto* unabhängige e*xecutive departments* aufbrechen und eine „substantive unity“ herstellen: das Hegemonieprojekt soll die autonomen, oder gar mit der Exekutive konkurrierenden Staatsorgane auf die Förderung der Akkumulationsstrategie und des „national-populären Programms“ (Jessop 1990: 208ff.) abrichten. Die in den Kapiteln 7 und 8 dargelegte Agenda zum Staatsumbau im Sinne führender Kapitalfraktionen sowie zur Einbindung der *MAGA*-Basis belegen diesen Befund.

Das Möglichkeitsfenster, welches sich einerseits durch einen weitgehend dysfunktionalen, tief polarisierten Kongress, andererseits durch eine konservativ politisierte, obersten Judikative öffnet, soll auf dem Terrain des Staates selbst dazu genutzt werden, um nach Wiederwahl von Donald Trump tatsächlich hegemonial zu werden.

### 9.3. Zwischenfazit - Blaupause für Hegemonialwerdung?

„Project 2025“ zielt damit nicht nur darauf ab, die Präferenzen der Koalition hinter Donald Trump in den Staatsapparat einzuschreiben und die Forderungen der subalternen *MAGA*-Basis durch kulturell-ideologische Zugeständnisse zu passivieren. Stattdessen wird eine umfassende Rekonfiguration des amerikanischen Staatsapparates angestrebt, um das Hegemonieprojekt institutionell abzusichern und so den Übergang von einer bloßen Verdichtung von Kapital- und Klasseninteressen zu einem tatsächlich hegemonialen Projekt vorzubereiten.

Diese Arbeit identifizierte hierzu zwei zentrale Mechanismen. Durch die Reaktivierung der „Schedule F"-Verordnung sollen Staatsangestellte in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden und sukzessive durch den Personalpool des „right-wing LinkedIn" der *Heritage Foundation* ersetzt werden. Damit soll die einstmals selbstverständliche Trennung zwischen präsidialer Exekutive und professionellem Beamt*innentums nur noch nominell fortbestehen: die Politisierung von Personalentscheidungen soll die Autonomie des „administrativen Staates" brechen. Diese Säuberung der Bürokratie von politisch unliebsamen Akteur*innen wird mit libertären Effizienzargumenten gerahmt, tatsächlich ersetzt werden sollen jedoch meritokratische Verfahren - das Primat fachlicher Expertise wird durch das Imperativ zu bedingungsloser politischer Loyalität ersetzt. Der Verwaltungsapparat wird von einem potenziellen Veto-Spieler zu einem willfährigen Erfüllungsgehilfen der Exekutive transformiert. Das *Office of Personnel Management* soll durch politisierte Personalentscheidungen das konservative *policy planning network* hinter „Project 2025" direkt mit dem Exekutivapparat verknüpfen und so sicherstellen, dass sich die Partikularinteressen der führenden Kapitalfraktionen über den Drehtüreffekt direkt in den Staat einschreiben können.
Komplementär dazu sieht das Hegemonieprojekt eine aggressive Zentralisierung der Entscheidungsgewalt beim Präsidenten vor, welche durch eine weitgehend vom *Supreme Court* geteilte, radikale Auslegung der *Unitary Executive Theory* ermöglicht wird. Das *Office of Management and Budget* wird in dieser Vorlage zum Königsmacher: indem die Exekutive die vormals konkurrenzlose *power of the purse* des Kongresses zunehmend offen herausfordert, soll die uneingeschränkte Kontrolle von *executive departments* und unabhängigen Bundesbehörden beim Präsidenten zentralisiert werden. Diese angestrebte Machtverschiebung zwischen den Institutionen des amerikanischen Staates zielt darauf ab, die strukturellen Selektivitäten temporär aufzulösen und die „formal unity" des Staates in eine „substantive unity" (Jessop 1990: 210) zu überführen: Der Staatsapparat soll trotz womöglich emergierender innerer Widersprüche und externer Widerstände die Agenda des historischen Blocks durch Zentralisierung der staatlichen Gewalt beim Präsidenten kohärent exekutieren können.
Da das Kompromissgleichgewicht mit den subalternen Klassen im Rahmen des „two nations projects" (Jessop 1990: 211) instabil bleibt, weil es zuvorderst auf gesellschaftlicher Exklusion feindlicher Subalternitäten statt auf breiter materieller Teilhabe fußt, wird der autoritäre Umbau des Staates zur funktionalen Notwendigkeit, um die Akkumulationsstrategie zu „panzern" und den amerikanischen Staat in ein asymmetrisches Machtinstrument führender Kapitalfraktionen zu verwandeln: die Dominanz der Trump-II-Koalition soll auf Sicht institutionalisiert werden, um das Hegemonieprojekt im integralen Staat hegemonial zu verallgemeinern.

## 10. Fazit - Wie lässt sich das „Project 2025“ entlang seiner ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen als Hegemonieprojekt der amerikanischen Rechten charakterisieren?

Unter der theoretischen Vorannahme, es handle sich dabei um ein Hegemonieprojekt, analysierte diese Arbeit „Project 2025“ mit einem neo-gramscianischen „Instrumentenkasten“ in Hinblick auf seine ökonomischen, kulturell-ideologischen und institutionellen Dimensionen. Die Arbeit identifizierte Hegemonie als Zustand intellektuell-moralischer Führung im integralen Staat, bestehend aus Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft. Der Begriff des Hegemonieprojekts hingegen sollte Hegemonie von einer „Bestandsgröße“ zu einer „Stromgröße“ umdeuten, um die Prozesshaftigkeit der Universalisierung partikularer Interessen, also das „Moment der Hegemonie und des Konsenses“ (Opratko 2022: 60) sichtbar zu machen. Diese hegemonialen Kondensationsprozesse umfassen die Verdichtung disparater Kapital- und Klasseninteressen zu einem im integralen Staat um Universalisierung ringenden Hegemonieprojekt. Entlehnt von Jessop (1983, 1990) machte der Dreiklang aus Akkumulationsstrategie, Einbindung subalterner Akteur*innen und der Rückbezug auf die strukturellen Selektivitäten den Begriff des Hegemonieprojekts operationalisierbar, er wurde zum analytischen Rückgrat dieser Arbeit. Die Verdichtung von Kapital- und Klasseninteressen zu - sowie die Vermittlung des - Hegemonieprojekts wird von organischen Intellektuellen geleistet, diese Arbeit machte in diesem Zusammenhang ein *policy planning network* aus, welche mithilfe des Drehtüreffekts und *board interlocks* durch die Dissemination ihrer intellektuellen Produktionen in der Zivilgesellschaft, aber auch an den Schalthebeln der Macht die amerikanische Politik im Sinne führender Kapitalfraktionen gestaltet.

Nachdem Hegemonie stets in ihrer historischen Struktur (Cox 1981) verstanden werden muss, erarbeitete Kapitel 5 den historischen Kontext des „Project 2025“: von der umfassenden Hegemonie während der „New Deal-Synthesis“ (van der Pijl 2012 [1984]), über die Episode der neoliberalen Globalisierung, welche aufgrund ihrer immanenten Wiedersprüche lediglich von einer „minimalen Hegemonie“ (Cafruny 1990) geprägt war, identifizierte diese Arbeit schließlich die Spätphase der neoliberalen Globalisierung, in welcher diese in eine organische Krise geriet, als Möglichkeitsfenster für ein rechtes Hegemonieprojekt. Jahrzehnte der neoliberalen Restrukturierung führten entgegen dem Versprechen des *trickle-down*-Effekts zu extremer Ungleichheit und zu einer Dominanz des Finanzsektors auf Kosten produktiver Kapazitäten und Arbeitsplätze im Fertigungssektor. Finanzkrise und Pandemie, insbesondere die unzulänglichen Krisenbearbeitungsmaßnahmen, welche einseitige Eingriffe zugunsten führender Kapitalfraktionen umfassten, vertieften die Entfremdung zwischen „Repräsentierten

und deren Repräsentanten“ (Babić 2020: 781). Gesellschaftspolitisch kulminierte diese Krise des „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser 2019) in der Wahl Donald Trumps, der durch seinen *economic nationalism* einen klaren Bruch mit der neoliberalen Globalisierung vollzog. Diese Abkehr blieb keine temporäre Aberration, stattdessen schrieb Biden diese durch seine protektionistische Technologie- und Industriepolitik mit grün-progressivem Antlitz fort. Der Aufstieg Chinas zum hegemonialen Herausforderer verfestigte schließlich diese „geoökonomische Wende“ (Babić et al. 2024) als *bipartisan consensus*. In diese historische Struktur interveniert „Project 2025“.

Kapitel 6 markierte den Auftakt der empirischen Analyse: hier wurde die Verdichtungsleistung der *Heritage Foundation* nachvollzogen. Zunächst wurde aufgezeigt, wie sich hinter dem politischen Außenseiter Trump, der 2016 zunächst eigenfinanziert mit einer elektoralen Koalition aus seiner *MAGA*-Basis sowie den „Lumpenkapitalisten“ (Evans 2021) gewann, über 2020 bis zu seiner Wiederwahl 2024 eine widersprüchliche Koalition aus Finanz-, Industrie- und Technologiekapital formierte, der zuletzt Anfang 2025 auch die Kryptoindustrie beitrat. Anschließend wurde sichtbar gemacht, wie die *Heritage Foundation* als organischer Intellektueller der ökonomischen Allianz hinter der zweiten Amtszeit Donald Trumps fungiert: unter ihrer Schirmherrschaft bündelte „Project 2025“ die disparaten Interessen der beteiligten konservativen Organisationen und deren fossil-industriellen Spender*innenkoalition zu einer kohärenten politischen Strategie. Durch die enge personelle Verflechtung mit der Trump I-Administration wird einerseits die Anschlussfähigkeit an die ökonomische Koalition hinter Trump II selbst sichergestellt, andererseits wurde über die *revolving door* das konservative *policy planning network* selbst Teil der amerikanische Exekutive: maßgebliche Mitglieder des Kabinetts der Trump II-Administration steht in Verbindung mit dem „Project 2025“. „Project 2025“ verknüpft somit die heterogene Allianz führender Kapitalfraktionen hinter Trump II mit der industriell-extraktivistischen Spender*innenkoalition hinter der *Heritage Foundation*. In der intellektuellen Produktion „Project 2025“ verdichtet die *Heritage Foundation* die Interessen führender Kapitalfraktionen zu einem nationalkonservativen Hegemonieprojekt - dessen Charakter wurde anschließend in den weiteren empirischen Kapiteln herausgearbeitet.

In Kapitel 7 wurde die dem „Project 2025“ eingeschriebene Akkumulationsstrategie fassbar gemacht. Diese Arbeit identifizierte eine fossil-militarisierte Akkumulationsstrategie, sowie strategische, industriepolitische Interventionen in geopolitisch sensible Schlüsselsektoren als Kern des Wachstumsmodells, welcher sowohl mit den Interessen der fossil-industriellen Spender*innenkoalition als auch mit jenen der ökonomischen Koalition hinter Trump II in Einklang steht. Der deregulierte Energiesektor - hergestellt durch Rückabwicklung progressiver

Industrie- und Umweltpolitik - soll die Renditen der fossilen Kapitalfraktionen sowie des Finanzsektors absichern, Technologieunternehmen und Kryptoindustrie stabilisieren die Akkumulationsstrategie nachfrageseitig. Die Reformen im Verteidigungssektor zielen in erster Linie darauf ab, klassisch republikanische Kapitalfraktionen in der Rüstungsindustrie zu entlohnen, zunehmend spielen Technologieunternehmen wie *Palantir* und *Anduril* jedoch eine gewichtige Rolle im Rüstungssektor. Die geoökonomischen Eingriffe in sensible Liefer- und Wertschöpfungsketten signalisierten einen entstehenden Staat-Kapital-Nexus, in welchem nationale Interessen zunehmend eng mit dem operativen Geschäft amerikanischer *Lead Firms* verschränkt werden. In der Handelspolitik machte die Arbeit jedoch eine offene Konfrontation zwischen *libertarians* und *economic nationalists* aus, welche womöglich zugunsten letzterer aufgelöst wurde. Weiter identifizierte dieses Kapitel eine aggressive Deregulierungsagenda als „policy paradigm“ (Jessop 1990: 210), welches die divergierenden Interessen der Kapitalfraktionen weiter bündeln und auf Sicht integrationsfähig machen soll, dazu wird durch die fast willkürliche Deregulierung der Beitritt weiterer Kapitalfraktionen zum Hegemonieprojekt möglich. An dieser Stelle identifizierte diese Arbeit bereits, dass Konflikte zumeist zulasten subalterner Akteur*innen aufgelöst werden sollen - trotz stellenweiser inklusiver Rahmung waren kaum ökonomische Zugeständnisse vorgesehen.

Dieser Verdacht sollte sich in Kapitel 8 zu einem zentralen Befund der Arbeit erhärten: als Modus der Einbindung subalterner Gruppen verfolgt „Project 2025“ eine nationalistisch-populistische Ab- und Ausgrenzungspolitik, welche idealtypisch die Definition eines „two nations project“ (Jessop 1990: 211) erfüllt. „Project 2025“ verzichtet damit explizit auf die Herstellung einer umfassenden Hegemonie, der die gesamte Bevölkerung durch breite materielle Zugeständnisse in den historischen Block integrieren würde. Die Konsensproduktion basiert auf einer antagonistischen Polarisierung der Gesellschaft, bei der die strategisch relevante Wählerbasis der *MAGA*-Bewegung rhetorisch-symbolisch privilegiert wird und demgegenüber progressive Bevölkerungsteile, kulturelle Eliten und subalterne sexuelle wie ethnische Minderheiten systematisch sanktioniert und marginalisiert werden. Dies durchzieht die analysierten Politikfelder Bildung, Familie, Geschlecht, Arbeit, Gesundheit und Migration: die Wiederherstellung der traditionellen Familie, der Schutz vor einer imaginierten „gender ideology“ und die Verteidigung nationaler Souveränität gegen „globalist elites“ wurde als periodisch wiederkehrendes kulturell-ideologisches Angebot zur Abmilderung der negativen Auswirkungen der Akkumulationsstrategie identifiziert. Ironischerweise sah „Project 2025“ an wenigen Stellen handfeste ökonomische Zugeständnisse vor, doch einer vorgeschlagenen restriktiven Politik in der Arbeitsmigration, um den Arbeitsmarkt abzuschotten und den

„American worker“ auf diesem zu privilegieren, wurden sogenannte *Alternative Views* entgegengestellt, die aus Perspektive der Kapitalfraktionen diese Forderungen abschmettern. Genau an dieser Schnittstelle offenbart sich die Inkonsistenz des emergenten historischen Blocks: *economic nationalists* geraten dort in Konflikt mit den Profitinteressen der führenden Kapitalfraktionen. Durch die lediglich moralisch-symbolische Einbindung der subalternen Basis steht das Hegemonieprojekt insgesamt auf tönernen Füßen: die ökonomische Benachteiligung der elektoralen Basis, welche durch die libertäre Deregulierung in der Akkumulationsstrategie weiter vertieft wird, soll durch die permanente Mobilisierung gegen konstruierte Feindbilder überdeckt werden.

Nachdem „Project 2025“ in den vorherigen Kapiteln bereits einen umfassenden Staatsumbau anvisierte, um den Präferenzen der Kapitalfraktionen sowie der subalternen Basis Rechnung zu tragen, wurde im finalen Kapitel über die Empirie des Umbaus hinaus „Project 2025“ nach jener der Disziplinierung des Staates zugrundeliegenden Logik befragt. Die Arbeit identifizierte die Rekonfiguration des amerikanischen Staatsapparates als Instrument, um von einer bloßen Verdichtung von Kapital- und Klasseninteressen zu einem tatsächlich hegemonialen Projekt aufzusteigen. Durch die Reaktivierung der „Schedule F“-Verordnung sollen Staatsangestellte in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden und sukzessive durch den Personalpool des „right-wing LinkedIn“ (Swan & Haberman 2023) der *Heritage Foundation* ersetzt werden. Das *Office of Personnel Management* soll durch politisierte Personalentscheidungen das konservative *policy planning network* hinter „Project 2025“ direkt mit dem Exekutivapparat verknüpfen und so sicherstellen, dass sich die Partikularinteressen der führenden Kapitalfraktionen über den Drehtüreffekt direkt in den Staat einschreiben können. Die Trennung zwischen präsidialer Exekutive und professionellem Beamt*innentums soll dadurch nur noch formal fortbestehen, der Verwaltungsapparat soll von einem potenziellen Veto-Spieler zu einem willfährigen Erfüllungsgehilfen der Exekutive degradiert werden. Weiter sieht das Hegemonieprojekt eine aggressive Zentralisierung der Entscheidungsgewalt beim Präsidenten vor, die Exekutive soll die vormals konkurrenzlose *power of the purse* des Kongresses herausfordern und die uneingeschränkte Kontrolle von *executive departments* und unabhängigen Bundesbehörden beim Präsidenten zentralisieren. Diese angestrebte Machtverschiebung zielt darauf ab, die „formal unity“ des amerikanischen Staates in eine „substantive unity“ (Jessop 1990: 210) zu überführen: Der Staatsapparat soll die Agenda des historischen Blocks durch die Zentralisierung der staatlichen Gewalt beim Präsidenten kohärent exekutieren können, um so das Hegemonieprojekt im integralen Staat zu verallgemeinern.

Kurz soll abschließend noch auf die von Jessop (1990) definierten „Erfolgsbedingungen“ für Hegemonieprojekte eingegangen werden. Hegemonie wird durch diese zwar wohl kaum plötzlich messbar, doch lässt sich dadurch das Hegemonieprojekt „Project 2025“ weiter charakterisieren. Jessop 1990 (209-211) formuliert als Bedingung für den Erfolg von Hegemonieprojekten folgende Bedingungen: (1) „Relation to accumulation“, (2) „Strategic orientation“ und (3) „Structural determination“. Außerdem heißt es bei Jessop (1990: 208): “In general it would seem obvious that accumulation and hegemony will be most secure where there is a close congruence between particular strategies and projects” (Jessop 1990: 208).

“Project 2025” sieht mit der fossil-militarisierten Akkumulationsstrategie eine eindeutig identifizierbare, wenn auch stellenweise inkohärente, bisweilen widersprüchliche „Relation to accumulation“ (Jessop 1990: 211) vor. Strittiger ist die Frage, ob die Bedingung der „Strategic orientation“ erfüllt ist: durch die mobilisierende Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik kann wohl die strategisch wichtige Gruppe der *MAGA*-Bewegung zwar temporär in das „two nations project“ (Jessop 1990: 211) eingebunden werden, doch sieht „Project 2025“ letztendlich kaum Zugeständnisse an die ökonomisch-korporatistischen Interessen subalterner Klassen vor - es bleibt auch unklar, was als „policy paradigm“ (Jessop 1990: 210) zur Befriedung von Konflikten zwischen führenden Kapitalfraktionen und deren subalternen Koalitionären dienen könnte (Kannankulam 2012: 30f.). Außerdem benötigt ein erfolgreiches Hegemonieprojekt „Structural determination“ (Jessop 1990: 209): hier beschrieb diese Arbeit die politisierte Personalpolitik sowie die Zentralisierung der politischen Gewalt bei der Exekutive als wirksame Bearbeitung der strukturellen Selektivitäten des amerikanischen Staates, um tatsächlich hegemonial zu werden. Durch die unzureichenden Zugeständnisse ökonomisch-korporatistischer Natur an die subalternen Klassen droht aber fortwährend ein Auseinanderfallen von Akkumulationsstrategie und Konsensproduktion, die Empirie aus der zweiten Trump-Amtszeit deutet darauf hin, dass dies bislang durch die Inszenierung existenzieller Bedrohungen und durch die Mobilisierung von Feindbildern gelingt - nicht auszuschließen, dass bei Versagen der gegenwärtigen Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik die Zwangsinstrumente des amerikanischen Staates auch gegen die subalternen Koalitionäre zum Einsatz kommen könnten.

Nachdem das „Project 2025“ entgegen der organischen Krise der neoliberalen Globalisierung positioniert wurde, scheint es zudem nötig, kurz darauf einzugehen, ob es sich beim „Project 2025“ um eine passive Revolution, oder um ein gegenhegemoniales Projekt handelt. Zunächst wäre anzumerken, dass „Project 2025“ keinen tatsächlichen Bruch mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen der neoliberalen Globalisierung anstrebt, sondern auf deren autoritäre

Rekonfiguration abzielt: der (progressive) Neoliberalismus mag diskursiv vollends delegitimiert worden sein, aber die materielle Basis der neoliberalen Akkumulationsstrategie - insbesondere jene der Clinton-Bush-Iteration *vor* der selektiven grünen Rekonfiguration durch die Obama- und Biden-Administrationen - bleibt in Gestalt des Finanzkapitals, des fossilen Kapitals sowie der Rüstungsindustrie unangetastet. Weiter mag die im „Project 2025" artikulierte Krisendiagnose zutreffen, jedoch wird hinsichtlich ihrer Ursachen ein Zerrbild der sozialen Wirklichkeit gezeichnet, um Konsens für eine Zuspitzung der libertären Deregulierung zu generieren. Zudem ist aus theoretischer Perspektive fraglich, ob ein „two nations project" (Jessop 1990: 211f) tatsächlich überhaupt gegenhegemonial sein kann, wenn es rassifizierte, sexualisierte und klassistische Ab- und Ausgrenzungspolitik fortschreibt oder gar vertieft. Auch darüber, ob die organische Krise des Neoliberalismus damit überwunden werden kann, oder ob es sich beim „Project 2025" letztlich nur um ein weiteres morbides Symptom handelt, kann nur spekuliert werden: die autoritäre Zentralisierung der politischen Macht beim Präsidenten deutet jedenfalls zunächst nicht auf eine vitale, konsensual abgestützte, post-neoliberale Hegemonie hin.

### 10.1. Verortung im Forschungsfeld, Limitationen der Erkenntnisse und Ansatzpunkte für weitere Forschung

Diese Arbeit setzte sich zum Ziel, einen grundständigen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Analyse des „Project 2025" zu leisten und damit in einen Forschungsstand zu intervenieren, der (1) kaum über Überblicksarbeiten verfügt, (2) hochgradig fragmentiert isoliert einzelne Politikbereiche im Hinblick auf deren *Auswirkungen*, nicht auf deren *innere Logik* analysiert, (3) kaum die dem „Project 2025" eingeschriebenen ökonomischen Interessen analysiert und (4) vorangegangene Verdichtungsleistungen des konservativen *policy planning networks* vollkommen ausblendet und das „Project 2025" als bloßes Strategiepapier analysiert. Diese Arbeit lieferte entlang des Dreiklangs Akkumulationsstrategie - Einbindung subalterner Akteur*innen - Bezug auf strukturelle Selektivitäten eine neo-gramscianisch informierte, kritische Überblicksarbeit über das „Project 2025", welche zudem stellenweise die im „Project 2025" angelegten Handlungslogiken als tatsächliche Inspirationsquelle für die Politik der Trump II-Administration sichtbar machte. Die Erkenntnisse der Arbeit stehen nicht im Widerspruch zu den im Stand der Forschung dargestellten Arbeiten zu den einzelnen Politikbereichen; jedoch konnten diese Erkenntnisse konsistent über viele Politikbereiche als Modus der Einbindung subalterner Akteure sichtbar gemacht werden, statt isoliert nur auf deren Auswirkungen abzustellen. Weiter leistet das Kapitel 7 zur Akkumulationsstrategie einen Beitrag zur Leerstelle, die bezüglich der dem „Project 2025" eingeschriebenen ökonomischen

Interessen sowie teils auch der ökonomischen Interessen hinter Trump II bestand. Das Kapitel 6 machte schließlich die Verdichtungsleistung der *Heritage Foundation* sichtbar und ermöglichte eine Analyse des „Project 2025“ als Hegemonieprojekt über das „Mandate for Leadership“ - den Rohtext des Strategiepapiers - hinaus.

Dabei hat diese Arbeit selbstverständlich selbst einige forschungspraktische Entscheidungen getroffen, welche die Reichweite der Ergebnisse einschränkt. Die theoretische Vorannahme, es handle sich um ein Hegemonieprojekt, verstärkte die Tendenz wissenschaftlicher Arbeiten, eine innere Kohärenz des Untersuchungsgegenstandes *a priori* vorauszusetzen. In Kapitel 6 unterstellte diese Arbeit eine vorangegangene Verdichtungsleistung und suggerierte in den darauffolgenden Kapiteln eine strategische Rationalität des Hegemonieprojekts - auch wenn sich diese Arbeit bemühte, Widersprüche in der Außenwirtschaftspolitik sowie das drohende Auseinanderfallen zwischen Akkumulation und Konsens sichtbar zu machen, besteht das Risiko, eine nachträgliche Systematisierung widersprüchlicher und kontingenter Praktiken vorzunehmen. Weiter verstand diese Arbeit Kultur und Ideologie - dem analytischen Zugriff über Hegemonieprojekte als Verdichtung der Interessen führender Kapitalfraktionen geschuldet - etwas einseitig als Gegenstand von Zugeständnissen, die zur Stabilisierung des Hegemonieprojekts beitragen sollen, Ideologie und Kultur wurden damit zwar nicht geleugnet, aber wohl analytisch „funktionalisiert“. Zudem war es herausfordernd, dem „Project 2025“ als *moving target,* welches derzeit im Eiltempo seine Umsetzung findet, gerecht zu werden: die Analyse des Hegemonieprojekts erfolgte trotz selektiver Inklusion von emblematischen Belegen aus der Trump II-Administration primär über das „Mandate for Leadership“ selbst, die tatsächliche Aneignung durch die Trump II-Administration und dessen Übersetzung in gesellschaftliche Praxis blieb weitgehend unberücksichtigt. An diese Erkenntnis anknüpfend konnte die vorliegende Analyse notwendigerweise nur eine Momentaufnahme eines sich stetig wandelnden, weiterhin kontingenten Hegemonieprojekts liefern.

Daraus ergeben sich gleichzeitig aber auch vielfältige Ansatzpunkte für weitere Forschungsarbeiten. „Project 2025“ wurde wahlweise als intellektuelle Vorarbeit für eine Trump II-Administration oder in dieser Arbeit als Verdichtung der Interessen führender Kapitalfraktionen analysiert, die Um- und Übersetzung in konkrete gesellschaftliche Praxis bleibt weiterhin eine Leerstelle. Zudem könnten die in dieser Arbeit angeschnittenen Konfliktdynamiken innerhalb der Kapitalallianz, etwa zwischen *libertarians* und *economic nationalists* oder zwischen konkurrierenden Kapitalfraktionen aufgegriffen werden, um die Frage nach der „Strategic orientation“ (Jessop 1990: 209) zu vertiefen und zu analysieren, ob diese dauerhaft gegeben ist oder lediglich performativ hergestellt wird. Auch Kultur und

Ideologie könnten in weiteren Arbeiten zum „Project 2025“ mehr Raum zur Entfaltung bekommen - genau wie die Frage danach, ob der prekäre Konsens ohne materielle Zugeständnisse langfristig tragfähig bleibt, oder ob dann die staatlichen Zwangsinstrumente unausweichlich zum Vorschein kommen müssten. Auch die Frage nach der Internationalisierung des „Project 2025“ bzw. der ihm eingeschriebenen Handlungslogiken wird in dieser Arbeit kursorisch in Kapitel 7 diskutiert, im Lichte der nationalen Sicherheitsstrategie der Trump II-Administration dürfte dies weitere wichtige Erkenntnisse über den Charakter des Hegemonieprojekts versprechen. Dies gilt ebenso für die im Kapitel 7 diskutierte geoökonomische Reorganisierung der Liefer- und Wertschöpfungsketten - sollten sich diese Befunde insgesamt erhärten, muss ernsthaft über die Zukunft der neoliberalen Globalisierung diskutiert werden.

### 10.2. Ausblick - Rückkehr des progressiven Populismus, Radikalisierung des konservativen *policy planning networks*, weitere Konsolidierung der Kapitalallianz

Nachdem diese Arbeit mit der Analyse des „Project 2025“ wohl prospektiv den Ausgangspunkt des durch Joe Biden um vier Jahre verspäteten Siegeszug des reaktionären Populismus rekonstruierte, hat sich in dessen Windschatten wohl ein einstmaliger Herausforderer rekonstituiert. Der progressive Populismus wartet im Lichte der Exzesse der Trump II-Administration revitalisiert mit zahlreichen alten, wie auch einigen neuen Führungspersönlichkeiten auf und scheint mit Blick auf die *Mid Terms* 2026 sowie der Präsidentschaftswahl 2028 zu einem echten Machtfaktor heranzuwachsen. Mit den „No Kings“-Demonstrationen wurden in den gesamten USA Millionen von Menschen mobilisiert, um demokratische Prinzipien zu verteidigen und gegen den „executive overreach" und das entstehende „authoritarian regime" Flagge zu zeigen, konkret entzündeten sich die Demonstrationen im Herbst erneut an den politischen Schachzügen um den drohenden *Shutdown,* an den übergriffigen ICE-Razzien sowie am Einsatz der Nationalgarde in progressiven Metropolen (Knoll 2025). In New Jersey, Virginia und New York City errangen demokratische Kandidat*innen in Gestalt von Mikie Sherrill, Abigail Spanberger und Zoran Mamdani Erdrutschsiege, besonders bei jungen Wähler*innen und Angehörigen ethnischer Minderheiten überzeugte die progressive Agenda; ob der immer noch schwelende Konflikt zwischen den neoliberalen Zentrist*innen und den demokratischen Sozialist*innen damit produktiv aufgelöst werden kann, bleibt jedoch offen (Lerer 2025). Die *Fighting Oligarchy*-Tour von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez bringt jedenfalls die progressiven Demokrat*innen für die *Mid Terms 2026* in Stellung; bleibt abzuwarten, ob die Anti-Establishment-Rhetorik verfängt und ob sich nicht gar die Fraktion, welche sich derzeit

pragmatisch an die Trump II-Administration annähert, innerhalb der Demokraten bis dahin die Oberhand gewinnt (Browning 2025). In der Zwischenzeit haben progressive Denker*innen das Franchise des „Mandate for Leadership*"* gekapert und planen, selbst ein „Project 2029" zu veröffentlichen.

Doch auch bei einigen Republikanern herrscht so etwas wie Götterdämmerung: da Trump, trotz anderslautender Selbsteinschätzung 2028 nicht erneut antreten darf, ist der Präsident längst zu einer „lame duck" geworden (Bouie et al. 2025). Der Würgegriff, mit welchem Trump die Republikaner einst disziplinierte, scheint daher gelockert: der Kurswechsel der Kongress-Republikaner*innen bezüglich der *Epstein-Files,* sowie eine verstärkte legislative Kontrolle der unilateralen Außen- und Handelspolitik des Präsidenten, etwa bezüglich Venezuela oder Russland belegen dies zunächst (Hulse 2025). Hintergrund dürften ebenfalls die *Mid Terms* 2026 sein: die Demokraten liegen dort in Umfragen mit über 5% vorn, die Beliebtheit des Präsidenten liegt bei etwa 40%; die stringente Umsetzung des „Project 2025" führte wohl dazu, dass Trump die Versprechen seiner *Affordability*-Kampagne zugunsten seiner migrations- und handelspolitischen Exzesse opferte, die ökonomische Lage vieler Amerikaner*innen bleibt entgegen seinen populistischen Verheißungen prekär (Cohn 2025).

Ist der Spuk des reaktionären Populismus damit spätestens 2028 überwunden? Während die gegenwärtigen elektoralen Verhältnisse jedenfalls darüber spekulieren ließen, stellt sich die *Heritage Foundation* als Königsmacherin der reaktionär-religiösen Rechten ebenfalls auf eine post-Trump-Ära ein. In Gestalt von Präsident Roberts stellte sich die *Heritage Foundation* jüngst hinter Tucker Carlson und verteidigte dessen kontroverses Interview mit Nick Fuentes, einem bekannten Holocaust-Leugner; auch, wenn die *Heritage Foundation* darum bemüht ist, nach diesem Eklat die Wogen zu glätten, hat man sich damit diskursiv für Rechtsaußen geöffnet, um bewusst das politische Terrain für 2028 zu sondieren (Fahrenthold & Bensinger 2025). Ihr Franchise werden sie wohl nicht kampflos ausgeben, aber ob das konservative „Project 2029" erneut auf einen Präsidenten aus dem Trump-Kosmos zugeschnitten sein wird, bleibt abzuwarten; nachdem „Reaganites", Sozialkonservative und Wirtschaftsliberale aus der Republikanischen Partei jedoch weitgehend verdrängt wurden, sind ernstzunehmend Alternativen rar gesät.

Die Macht führender Kapitalfraktionen dürfte sich dabei ungeachtet elektoraler Verhältnisse oder politischer Ränkeschmiede weiter zuspitzen: die industriepolitischen Interventionen des Amerikanischen Staates werden - wie auch die hegemoniale Auseinandersetzung mit China - wohl die Trump II-Amtszeit überdauern und in Schlüsselsektoren zunächst Monopolgewinne für einzelne Unternehmen garantieren, daneben dürfte der emergierende Staat-Kapital-Nexus

„sicherheitsrelevante“ Unternehmen weiter privilegieren - gegenüber inländischer Konkurrenz, aber auch auf dem Weltmarkt (vgl. Rappeport & Swanson 2025). Fossile Energiegiganten wie auch dominante Unternehmen aus dem Technologiesektor werden wohl die legalen Kanäle über *Super-PACs* und *Donor-Advised-Funds* weiterhin nutzen, um ihren enormen Einfluss auf die amerikanische Politik - vermittelt über *beide* Parteien - sicherzustellen. Neu ist, dass auch die Kryptoindustrie mit dem *Fellowship PAC* plant, mit über $100 Millionen kryptofreundliche Kandidat*innen bei den kommenden Wahlen zu unterstützen (Schleifer et al. 2025). Auch die Technologieunternehmen planen indes, ihre *Super-PACs* aufzustocken: rund $200 Millionen sollen eingesetzt werden, um künftig KI-freundliche Regulierungen durch Abwahl von „insufficiently supportive politicians“ zu erzwingen, die regulatorischen Leitplanken sollen auch künftig die Interessen des Technologiekapitals widerspiegeln (Schleifer & Tan 2025). Die USA dürften damit weniger aufgrund ihrer längst erblichenen normativen Vorbildfunktion, sondern aufgrund ihrer Stellung als permanent umkämpftes Zentrum kapitalistischer Hegemonie ein privilegierter Analysegegenstand der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie bleiben.

## 11. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahlkampfspenden 2016 nach Sektor und Kandidat*in. Eigene Darstellung nach *OpenSecrets* 2017.. ..... 51
Abbildung 2: Wahlkampfspenden 2020 nach Sektor und Kandidat. Eigene Darstellung nach *OpenSecrets* 2021. ..... 53
Abbildung 3: Wahlkampfspenden 2024 nach Sektor und Kandidat*in. Eigene Darstellung nach *OpenSecrets* 2025a. ..... 54
Abbildung 4: Spenden zur Amtseinführung von Donald Trump 2025 nach Sektor. Eigene Darstellung nach *OpenSecrets* 2025b. ..... 57

## 12. Quellenverzeichnis


Abelson, D. E. (2014). Old world, new world: the evolution and influence of foreign affairs think-tanks. *International Affairs*, *90*(1), 125-142.

Aleaziz, H., McDonald, B., & Vaz, A. (2025, 1. Oktober). *How Washington became a testing ground for ICE*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/10/01/us/politics/washington-dc-ice.html

Amlinger, C., & Nachtwey, O. (2025). *Zerstörungslust: Elemente des demokratischen Faschismus*. Suhrkamp.

Babic, M. (2020). Let's talk about the interregnum: Gramsci and the crisis of the liberal world order. International affairs, 96(3), 767-786.

Babic, M., de Graaff, N., Linsi, L., & Weinhardt, C. (2024). The geoeconomic turn in international trade, investment, and technology. *Politics and Governance*, *12*.

Bacon, D., & Devine, D. (2023). Central personnel agencies: Managing the bureaucracy. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 69-90). The Heritage Foundation.

Becker, F., Candeias, M., Niggemann, J., & Steckner, A. (Hrsg.). (2013). *Gramsci lesen: Einstiege in die Gefängnishefte*. Argument Verlag.

Bender, M. C. (2024, February 16). Trump fully devours the Republican establishment. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/02/16/us/politics/trump-republican-party-establishment.html

Berry, J. (2023). Department of Labor and related agencies. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 581-617). The Heritage Foundation.

Bieling, H. J. (2011a). „Integraler Staat“ und Globalisierung. In B. Opratko & O. Prausmüller (Hrsg.), *Gramsci global: Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie* (pp. 89-110). Argument Verlag.

Bieling, H. J. (2011b). Internationale Politische Ökonomie: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bieling, H. J. (2013). Neogramscianismus. In: Wullweber, J., Graf, A., Behrens, M. (Eds.) Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Globale Politische Ökonomie (pp. 185-200). Springer VS.

Bieling, H. J., & Steinhilber, J. (2000). Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie.

Bouie, J., Cottle, M., & French, D. (2025, December 6). Republicans are quietly pushing back against Trump. *The New York Times*. [Audio podcast transcript]. https://www.nytimes.com/2025/12/06/opinion/republicans-trump-pushback.html

Bremmer, I. (2021). The technopolar moment: How digital powers will reshape the global order. *Foreign Affairs*, *100*, 112.

Bremmer, I. (2025). The Technopolar Paradox: How the Fusion of Tech and State Power Is Transforming Global Politics. *Foreign Affairs*. https://www.foreignaffairs.com/united-states/technopolar-paradox-ian-bremmer-fusion-tech-state-power

Broadwater, L. (2025a, 28. August). *Trump targets agencies long seen as above politics. Critics see big risks*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/28/us/politics/trump-firings-cdc-fed.html

Broadwater, L. (2025b, 10. November). *For Trump, nothing was off limits during the shutdown*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/11/10/us/politics/trump-government-shutdown.html

Brown, C. (2025, 5. August). *Big tech's net-zero goals are looking shaky*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/05/climate/tech-companies-climate-goals.html

Browning, K. (2025, April 16). Sanders and Ocasio-Cortez electrify Democrats who want to fight Trump. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/04/16/us/politics/bernie-sanders-aoc-trump-democrats.html

Buckel, S., Georgi, F., Kannankulam, J., & Wissel, J. (2012). „[…] wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann. "Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise. *Forschungsgruppe› Staatsprojekt Europa‹ (Hg.), Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Die EU in der Krise, Münster*, 12-49.

Buckel, S., Georgi, F., Kannankulam, J., & Wissel, J. (2014). Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. *Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa "(Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: transcript*, 15-84.

Burke, L. M. (2023). Department of Education. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 319-361). The Heritage Foundation.

Burton, D. R., & Bowes, R. (2023). Financial regulatory agencies. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 829-844). The Heritage Foundation.

Cafruny, A. W. (1990). A Gramscian concept of declining hegemony: Stages of U.S. power and the evolution of international economic relations. In D. P. Rapkin (Hrsg.), *World leadership and hegemony* (S. 97-118). Lynne Rienner Publishers.

Candeias, M. (2007). Gramscianische Konstellationen: Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In A. Merkens & V. Rego Diaz (Eds.), *Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis* (pp. 45-68). Argument Verlag.

Candeub, A. (2023). Federal Trade Commission. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 869-882). The Heritage Foundation.

Carr, B. (2023). Federal Communications Commission. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 845-859). The Heritage Foundation.

Center for Responsive Politics. (2017). *2016 Presidential Race*. *OpenSecrets*. https://www.*OpenSecrets*.org/pres16

Center for Responsive Politics. (2021). *2020 Presidential Race*. *OpenSecrets*. https://www.*OpenSecrets*.org/2020-presidential-race

Center for Responsive Politics. (2025a). *2024 Presidential Race*. *OpenSecrets*. https://www.*OpenSecrets*.org/2024-presidential-race

Center for Responsive Politics. (2025b). *Trump Administrations: 2025 Inauguration Donors*. *OpenSecrets*. https://www.*OpenSecrets*.org/trump/2025-inauguration-donors

Choer Moraes, H., & Wigell, M. (2022). Balancing dependence: The quest for autonomy and the rise of corporate geoeconomics. In *The political economy of geoeconomics: Europe in a changing world* (pp. 29-55). Cham: Springer International Publishing.

Cohn, N. (2023, October 12). The new Republican establishment. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2023/10/12/upshot/new-republican-establishment-speaker.html

Cohn, N. (2025, December 2). The G.O.P. continues to slip. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/12/02/upshot/republicans-special-elections-trump.html

Colgan, J. D., & Keohane, R. O. (2017). The liberal order is rigged: Fix it now or watch it wither. Foreign Affairs, 96(3), 36-44.

Collins, T., & Buchanan, B. (2025). The AI Grand Bargain: What America Needs to Win the Innovation Race. *Foreign Aff.*, *104*, 72.

Cox, R. W. (1981). *Social forces, states and world orders: beyond international relations theory*. Millennium, 10(2), 126-155.

Cox, R. W. (1983). *Gramsci, hegemony and international relations: an essay in method.* Millennium, 12(2), 162-175.

Cuccinelli, K. (2023). Department of Homeland Security. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 133-169). The Heritage Foundation.

Dans, P. (2023). The 2025 Presidential Transition Project: A note on "Project 2025". In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. xiii-xv). The Heritage Foundation.

Davenport, C. (2025, 29. September). *The man behind Trump's push for an all-powerful presidency*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/09/29/us/politics/russell-vought-trump-budget.html

Davis, M. (2021). Grabenkämpfe: Anmerkungen zu den US-Wahlen 2020. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *51*(203), 201-220.

De Graaff, N., & Van Apeldoorn, B. (2021). The transnationalist US foreign-policy elite in exile? A comparative network analysis of the Trump administration. *Global Networks*, *21*(2), 238-264.

Dearborn, R. (2023). White House Office. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 23-42). The Heritage Foundation.

Dembicki, G. (2024, August 15). *Revealed: Shell oil nonprofit donated to anti-climate groups behind Project 2025*. DeSmog. https://www.desmog.com/2024/08/15/revealed-shell-oil-non-profit-donated-to-anti-climate-groups-behind-project-2025/

Demirović, A. (2007). Politische Gesellschaft - zivile Gesellschaft: Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In S. Buckel & A. Fischer-Lescano (Eds.), *Hegemonie gepanzert mit Zwang: Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis* (pp. 21-42). Nomos.

Demirovic, A. (2018). Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *48*(190), 27-42.

Democracy Forward. (2024, Juni). *The people's guide to Project 2025: Breaking down the far-right playbook to take our country backward*. https://democracyforward.org/work/the-peoples-guide-to-project-2025/

Dombrowski, P. (2024). Trump, Project 2025 and American grand strategy. *Survival*, *66*(6), 17-32.

Domhoff, G. W. (2022). *Who Rules America?: The Corporate Rich, White Nationalist Republicans, and Inclusionary Democrats in the 2020s*. Routledge.

Doyle, K. (2023, November 17). *Donations have surged to groups linked to conservative Project 2025*. NBC News. https://www.nbcnews.com/politics/2024-election/donations-surged-groups-linked-conservative-project-2025-rcna125638

Drezner, D. W. (2016, February 1). So when will realists endorse Donald Trump? *The Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2016/02/01/so-when-will-realists-endorse-donald-trump/

Eavis, P. (2025, 10. März). *Who likes tariffs? Some U.S. industries are eager for them*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/03/10/business/economy/trump-tariff-supporters.html

Elliott, R. F., & Gamio, L. (2025, 5. Dezember). *Lots of oil, little production: What to know about Venezuelan energy*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/12/05/business/energy-environment/venezuela-oil-trump.html

Evans, T. (2007). Das Ende der Immobilienblase in den USA. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *37*(146), 129-137.

Evans, T. (2018). Donald Trumps Ziel, den „Sumpf trocken zu legen“. Zum US-Wirtschaftsaufschwung seit 2009. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *48*(190), 91-114.

Evans, T. (2021). Zwischen Kontinuität und Bruch: Die US-Wirtschaft in der Ära Trump und die Corona-Krise. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *51*(203), 269-295.

Ewing, J., Hvistendahl, M., & Swanson, A. (2025, 8. März). *Trump's tariffs could help Tesla, by hurting its rivals more*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/03/08/world/asia/trump-trade-musk-tesla.html

Fahrenthold, D. A., & Bensinger, K. (2025, November 13). Under fire for Tucker Carlson remarks, think tank chief pleads ignorance. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/11/13/us/politics/kevin-roberts-heritage-foundation-tucker-carlson.html

Farrell, M. (2022, 7. Dezember). *Pentagon divides big cloud-computing deal among 4 firms*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2022/12/07/business/pentagon-cloud-contracts-jwcc.html

Fassler, J. (2024a, August 14). *6 billionaire fortunes bankrolling Project 2025*. DeSmog. https://www.desmog.com/2024/08/14/project-2025-billionaire-donor-heritage-foundation-donald-trump-jd-vance-charles-koch-peter-coors/

Fassler, J. (2024b, October 25). *Mapped: How 6 billionaire family fortunes fund Project 2025*. DeSmog. https://www.desmog.com/2024/10/25/project-2025-trump-mapped-how-6-billionaire-family-fortunes-fund-climate-denial/

Fassler, J. (2024c, December 16). *Fracking billionaires and climate denial groups behind Trump's cabinet*. DeSmog. https://www.desmog.com/2024/12/16/6-fracking-billionaires-and-climate-denial-groups-behind-trumps-cabinet/

Fassler, J. (2024d, October 28). *The friendly new face of dark money: How Fidelity, Schwab, and Vanguard helped wealthy donors pour $171 million of dark money into Project 2025*. DeSmog. https://www.desmog.com/2024/10/28/friendly-new-face-dark-money-fidelity-schwab-vanguard-donor-advised-funds-daf-project-2025/

Fassler, J. (2025, June 2). MAPPED: 70 Percent of Trump's Cabinet Tied to Project 2025 Groups. *DeSmog*. https://www.desmog.com/2025/06/02/map-70-percent-trump-cabinet-tie-project-2025-heritage-afpi-convention-states-dunn-doge/

Fassler, J., & Kelly, S. (2024, November 8). *Climate deniers waiting in the wings as Trump reclaims presidency*. DeSmog. https://www.desmog.com/2024/11/08/climate-deniers-heritage-project-2025-trump-wheeler-bernhardt-gunasekara/

Flavelle, C., Davenport, C., Nehamas, N., Conger, K., & Montague, Z. (2025, 7. Juni). *After his Trump blowup, Musk may be out. But DOGE is just getting started*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/06/07/us/politics/trump-musk-doge-interior-epa.html

Fraser, N. (2019). *The old is dying and the new cannot be born: From progressive neoliberalism to Trump and beyond*. Verso Books.

French, D. (2025, 21. August). *One sentence in the Constitution is causing America huge problems*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/21/opinion/trump-constitution-unitary-executive.html

Frenkel, S. (2025, 4. August). *The militarization of Silicon Valley*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/04/technology/google-meta-openai-military-war.html

Frenkel, S., & Krolik, A. (2025, 30. Mai). *Trump taps Palantir to compile data on Americans*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/05/30/technology/trump-palantir-data-americans.html

Friedman, L. (2023, 4. August). *A Republican 2024 climate strategy: More drilling, less clean energy*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2023/08/04/climate/republicans-climate-project2025.html

Fukuyama, F. (1992). *The end of history and the last man*. Penguin Books.

Gamio, L., Collins, K., & Swanson, A. (2025, 5. November). *Almost half of U.S. imports now have steep tariffs*. The New York Times. https://www.nytimes.com/interactive/2025/11/05/business/economy/trump-tariffs-us-imports.html

Garcia-Navarro, L. (2024, 21. Januar). Inside the Heritage Foundation's plans for 'institutionalizing Trumpism'. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/01/21/*MAGA*zine/heritage-foundation-kevin-roberts.html

Gelles, D. (2022, 4. Dezember). *The Texas group waging a national crusade against climate action*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2022/12/04/climate/texas-public-policy-foundation-climate-change.html

Geoghegan, P. (2020). *Democracy for sale: Dark money and dirty politics*. Bloomsbury Publishing.

Gill, S. (1991). *American hegemony and the trilateral commission* (Vol. 5). CUP Archive.

Gill, S. (1995). Globalisation, market civilisation, and disciplinary neoliberalism. *Millennium*, *24*(3), 399-423.

Gill, S. (2014). *Market civilization, new constitutionalism and world order*. In: Gill, S., & Cutler, A. C. (Eds.). *New constitutionalism and world order*. Cambridge University Press.

Gilman, T. F. (2023). Department of Commerce. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 663-689). The Heritage Foundation.

Gindin, S., & Panitch, L. (2012). *The making of global capitalism: The political economy of American empire*. Verso Books.

Gläser, J., & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Springer-Verlag.

Gold, M. (2025, 17. Juli). *What to know about the three crypto regulation bills in Congress*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/07/17/us/politics/crypto-regulation-bills-explainer.html

Goldmacher, S. (2020, October 28). The 2020 campaign is the most expensive ever (by a lot). *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2020/10/28/us/politics/2020-race-money.html

Goldmacher, S. (2024, 24. Juli). How Kamala Harris took command of the Democratic Party in 48 hours. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/07/25/us/politics/kamala-harris-democrats-nomination.html

Goldmacher, S., Koeze, E., Shorey, R., & Gamio, L. (2020, October 25). *Election 2020: The two Americas financing the Trump and Biden campaigns*. The New York Times.

https://www.nytimes.com/interactive/2020/10/25/us/politics/trump-biden-campaign-donations.html

Goldsmith, J. (2025, 28. Januar). *Maximum executive power and the fate of the unitary executive*. American Enterprise Institute. https://www.aei.org/op-eds/maximum-executive-power-and-the-fate-of-the-unitary-executive/

Graham, D. A. (2025). *The project: How project 2025 is reshaping America*. Random House.

Gramsci, A. (1971). *Selections from the prison notebooks* (Q. Hoare & G. N. Smith, Eds. & Trans.). International Publishers.

Griffith, E., & Metz, C. (2025, 7. Februar). *A.I. military start-up Anduril close to deal that would value it at $28 billion*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/02/07/technology/anduril-funding-valuation-28-billion.html

Gunasekara, M. M. (2023). Environmental Protection Agency. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 417-447). The Heritage Foundation.

Gutierrez-Romine, A. (2025). From Comstock to Project 2025: Zombie Laws, Purity Culture, and the Policing of Pregnancy. *California History*, *102*(3), 100-106.

Haberman, M., & Swan, J. (2023, April 20). *Heritage Foundation makes plans to staff next G.O.P. administration.* The New York Times. https://www.nytimes.com/2023/04/20/us/politics/republican-president-2024-heritage-foundation.html

Haberman, M., & Swan, J. (2025, 19. Januar). *Trump will strip protections from career civil servants, Miller says*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/01/19/us/politics/trump-inauguration-stephen-miller.html

Hamilton, G. (2023). Department of Justice. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 545-580). The Heritage Foundation.

Hanieh, A. (2023). World money and oil: Theoretical and historical considerations. *Science & Society*, *87*(1), 50-75.

Harvey, D. (2003). The new imperialism. Oxford University Press.

Helleiner, E. (2017). The Evolution of the International Monetary and Financial System. In: Ravenhill, J. (Ed.), Global Political Economy. Fifth edition (pp. 199-224). Oxford University Press.

Himmelstein, J. L. (1990). To the Right: The Transformation of American Conservatism. *University of California Press*.

Homans, C. (2024, 31. Juli). Vance's links to the Project 2025 leader complicate Trump's attempts at distance. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/07/31/us/politics/project-2025-vance-trump.html

Huke, N. (2019). Neoliberale Alternativlosigkeit, progressiver Liberalismus und der Aufstieg des autoritären Populismus: Warum die Ohnmacht antikapitalistischer Politik ein Grund zur Sorge ist, nicht aber das Gendersternchen. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *49*(197), 631-644.

Hulse, C. (2025, November 20). Congressional Republicans begin to look beyond Trump. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/11/20/us/politics/republicans-trump-congress.html

Jacobson, G. C. (2017). The triumph of polarized partisanship in 2016: Donald Trump's improbable victory. *Political Science Quarterly*, *132*(1), 9-41.

Jakes, L. (2025, 29. August). *Weapons to start flowing into Ukraine under European deal with Trump*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/29/world/europe/ukraine-weapons-europe-purchases.html

Jessop, B. (1983). 'Accumulation Strategies, State Forms, and Hegemonic Projects', Kapitalistate, 10, 11: 89-111.

Jessop, B. (1990). State Theory. Putting Capitalist States in their Place. University of Pennsylvania Press.

Kannankulam, J., & Georgi, F. (2012). Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen: hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa'.

Knoll, C. (2025, October 17). What we know about the latest 'No Kings' protests. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/10/17/us/no-kings-protest.html

Krauthammer, C. (1990). The unipolar moment. *Foreign Affairs*, *70*, 23.

Lapavitsas, C. (2023). *The State of Capitalism: Economy, Society, and Hegemony*. Verso Books.

Lerer, L. (2025, November 5). The Democrats just took a big step toward getting their groove back. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/11/05/us/politics/democratic-party-mamdani.html

Levien, S. J. (2024, 27. Juni). Biden campaign takes aim at Project 2025, a set of conservative proposals. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/06/27/us/politics/biden-trump-project-2025.html

Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2023). Tyranny of the Minority: Why American Democracy Reached the Breaking Point. Crown Publishing.

Linker, D. (2025, 23. Januar). *Who is Russell Vought? Probably the most important person in Trump 2.0*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/01/23/opinion/russell-vought-trump-second-term.html

Lipton, E., Yaffe-Bellany, D., & Protess, B. (2025, April 29). Secret deals, foreign investments, presidential policy changes: The rise of Trump's crypto firm. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/04/29/us/politics/trump-crypto-world-liberty-financial.html

MacGillis, A. (2024, 1. August). *The man behind Project 2025's most radical plans*. ProPublica. https://www.propublica.org/article/project-2025-trump-campaign-heritage-foundation-paul-dans

Mahler, J., Mac, R., & Schleifer, T. (2024, October 18). How tech billionaires became the G.O.P.'s new donor class. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/10/18/*MAGA*zine/trump-donors-silicon-valley.html

Manjoo, F. (2016, July 20). Peter Thiel's embrace of Trump has Silicon Valley squirming. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2016/07/21/technology/peter-thiels-embrace-of-trump-has-silicon-valley-squirming.html

Martin, J., & Burns, A. (2016, May 21). Key G.O.P. donors still deeply resist Donald Trump's candidacy. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2016/05/22/us/politics/donald-trump-republican-fundraising.html

Massoglia, A. (2024, March 11). *Unprecedented surge in 'dark money' floods 2024 elections*. OpenSecrets. https://www.opensecrets.org/news/2024/03/unprecedented-surge-in-dark-money-floods-2024-elections/

Mayer, M. (2021a). Demokratische Mehrheiten in Washington und eine erneuerte US-Linke? Die US-Linke unter Biden (Teil 1). *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *51*(203), 221-243.

Mayer, M. (2021b). Demokratische Mehrheiten in Washington und eine erneuerte US-Linke? Die Politik der Biden-Harris-Regierung und die Linke (Teil 2). *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *51*(205), 719-740.

Mayer, M. (2024a). Soziale Bewegungen der Gegenwart: Progressive und rechte Bewegungen. In C. Lammert, M. B. Siewert & B. Vormann (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* (S. 399-416). Springer Fachmedien Wiesbaden.

Mayer, M. (2024b). Geschichte und Struktur sozialer Bewegungen in den USA. In C. Lammert, M. B. Siewert & B. Vormann (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* (3. Aufl., S. 57-73). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39686-2_72

Mayer, M. (2025). Die USA am Vorabend einer neuen Ära. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *55*(218), 211-234.

McNamee, B. L. (2023). Department of Energy and related commissions. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 363-415). The Heritage Foundation.

Mearsheimer, J. J. (2019). Bound to fail: The rise and fall of the liberal international order. *International security*, *43*(4), 7-50.

Medvetz, T. (2012). *Think tanks in America*. University of Chicago Press.

Mickle, T. (2025, 13. August). *Trump has made himself commander in chief of the chip industry*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/13/technology/trump-chips-nvidia-intel.html

Mickle, T., & McCabe, D. (2024, November 7). Before the election, tech C.E.O.s were quietly courting Trump. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/11/07/technology/trump-tech-ceos.html

Mickle, T., & Swanson, A. (2025, 19. November). *How Trump and Nvidia's C.E.O. became partners on the international stage*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/11/19/technology/trump-nvidia-jensen-huang.html

Miller, C. (2023). Department of Defense. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 91-131). The Heritage Foundation.

Morton, A. D. (2007). *Unravelling Gramsci: hegemony and passive revolution in the global political economy*. Pluto Books.

Moynihan, D. P. (2023, 27. November). *Trump has a master plan for destroying the 'deep state'*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2023/11/27/opinion/trump-deep-state-schedule-f.html

Mpoke Bigg, M., & Watkins, A. (2025, 29. Januar). *What to know about Trump's plan to slash the federal work force*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/01/29/us/politics/trump-federal-workers-buyout.html

Murray, E., Kim, J., & White, J. (2025, 27. März). *The DOGE playbook targeting federal agencies*. The New York Times. https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/27/us/politics/doge-playbook-musk-cuts.html

Navarro, P., & Lassman, K. (2023). Trade. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 765-823). The Heritage Foundation.

Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge University Press.

Norrlof, C. (2018). Hegemony and inequality: Trump and the liberal playbook. *International Affairs*, *94*(1), 63-88.

Nye Jr, J. S. (2019). The rise and fall of American hegemony from Wilson to Trump. *International affairs*, *95*(1), 63-80.

O'brien, R., & Williams, M. (2019). *Global political economy: Evolution and dynamics*. Bloomsbury Publishing.

OpenSecrets. (2018, 14 November). *Stung by Trump and midterms, the Koch network changes its approach*. https://www.opensecrets.org/news/2018/11/stung-by-trump-and-midterms-the-koch-network-changes-its-approach/

Opratko, B. (2022). *Hegemonie: Politische Theorie nach Antonio Gramsci*. Verlag Westfaelisches Dampfboot.

Overbeek, H. (2004). Transnational class formation and concepts of control: towards a genealogy of the Amsterdam Project in international political economy. *Journal of international relations and development*, *7*(2), 113-141.

Overbeek, H. (2024). Transnational neoliberalism in organic crisis. In *The Elgar Companion to Antonio Gramsci* (pp. 428-447). Edward Elgar Publishing.

Pager, T. (2025, 8. April). *Musk disparages Trump's trade adviser, exposing rift in president's inner circle*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/04/08/us/politics/musk-navarro-tariffs-fight.html

Parlapiano, A., Sanger-Katz, M., Bhatia, A., & Katz, J. (2025, 30. Juni). *Everything in Trump's big tax and spending law, and how much it will cost or save*. The New York Times. https://www.nytimes.com/interactive/2025/06/30/upshot/senate-republican-megabill.html

Parmar, I. (2015). *Foundations of the American Century: The Ford, Carnegie, and Rockefeller foundations in the rise of American power*. Columbia University Press.

Penn Libraries. (2025, May 22). *Public policy research think tanks: Top think tanks - US*. University of Pennsylvania. https://guides.library.upenn.edu/c.php?g=1035991&p=7509974

Penn, I., & Weise, K. (2024, 16. Oktober). *Hungry for energy, Amazon, Google and Microsoft turn to nuclear power*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2024/10/16/business/energy-environment/amazon-google-microsoft-nuclear-energy.html

Penn, I., & Weise, K. (2025, 14. August). *Big tech's A.I. data centers are driving up electricity bills for everyone*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/14/business/energy-environment/ai-data-centers-electricity-costs.html

Peters, J. W., & Fuller, A. (2025, 18. April). *How universities became so dependent on the federal government*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/04/18/us/trump-universities.html

Piroddi, C., Gilby, L., Koivusalo, M., McCallum, A., Brown, A., & Stephenson, C. (2025). The Hegemony of far-Right Populism, Project 2025, and the Dangers Ahead for Science and Public Health. *International journal of social determinants of health and health services*, 56 (1).

Plott, E., & Martin, J. (2021, February 26). Trump loyalists spurn 'failed Republican establishment of yesteryear.' *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2021/02/26/us/politics/trump-cpac-conservatices-cruz.html

Primorac, M. (2023). Agency for International Development. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 253-282). The Heritage Foundation.

Project 2025 Observer. (n.d.). *Project 2025 Observer*. Abgerufen am 17. Dezember 2025 von https://www.project2025.observer/en

Project 2029. (n.d.). *Project 2029: Drive change together*. Abgerufen am 18. Dezember 2025 von https://www.project2025.observer/en https://www.project2029.me/

ProPublica. (n.d.). *Heritage Foundation*. Nonprofit Explorer. Abgerufen am 18. Dezember 2025 von https://projects.propublica.org/nonprofits/organizations/237327730

Quinan, C. Q. (2025). From criminalization to erasure: Project 2025 and anti-trans legislation in the US. *Crime, Media, Culture*, 17416590241312149.

Rappeport, A., & Swanson, A. (2025, October 15). U.S. to take control of more companies to counter China. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/10/15/us/politics/us-government-companies-china.html

Rattner, S. (2024, September 9). How Project 2025 would change the country. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/09/09/opinion/project-2025-trump-change.html

Raza, W. (2025, 07. Mai). Trumps Zollpolitik: Geopolitische Gratwanderung mit unklarem Ausgang. *Makronom*. https://makronom.de/trumps-zollpolitik-geopolitische-gratwanderung-mit-unklarem-ausgang-48822

Roberts, A., Choer Moraes, H., & Ferguson, V. (2019). Toward a geoeconomic order in international trade and investment. *Journal of International Economic Law*, *22*(4), 655-676.

Roberts, K. D. (2023). Foreword: A promise to America. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 1-17). The Heritage Foundation.

Rodrik, D. (2017). *Populism and the economics of globalization* (No. w23559). National Bureau of Economic Research.

Romm, T. (2025a, 1. Juli). *Poorest Americans dealt biggest blow under Senate Republican tax package*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/07/01/business/poor-americans-senate-legislation.html

Romm, T. (2025b, 17. Juni). *White House eyes rarely used power to override Congress on spending*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/06/17/us/politics/trump-vought-congress-spending-rescission.html

Romm, T., & Swanson, A. (2025, 25. August). *After U.S. takes stake in Intel, Trump pledges 'many more' deals*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/08/25/us/politics/trump-intel-economy-strategy.html

Salajan, F. D., & Jules, T. D. (2024). US Education in the Age of Trumpism, Project 2025, American Isolationism, and the Global Polycrisis: Charting a New Role for Comparative and International Education. *Comparative Education Review*, *68*(4), 519-537.

Scherrer, C. (1999). *Globalisierung wider Willen?: die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*. Ed. Sigma.

Scherrer, C. (2019). Direkte Konfrontation statt Umzingelung: US-Handelspolitik unter Trump mit China. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *49*(194), 35-57.

Scherrer, C. (2021). Capitalism First-wie immer, nur anders: Die US-amerikanische Außenwirtschaftspolitik unter Präsident Biden. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *51*(203), 297-315.

Scherrer, C. (2023). Herausforderungen für den US-Dollar und das Währungsregime. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *53*(213), 597-617.

Schleifer, T. (2024a, September 1). Who are the biggest donors to Trump and Harris? *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/09/01/us/elections/democratic-republican-political-donors.html

Schleifer, T. (2024b, August 14). Trump gambles on outside groups to finance voter outreach efforts. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/08/14/us/politics/trump-voter-outreach-super-pacs.html

Schleifer, T., & Sun, A. (2024, October 21). Harris sets record for biggest fund-raising quarter ever. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/10/21/us/elections/harris-trump-campaign-finance.html

Schleifer, T., & Tan, E. (2025, August 26). Silicon Valley pledges $200 million to new pro-A.I. super PACs. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/08/26/technology/ai-super-pacs-silicon-valley.html

Schleifer, T., Yaffe-Bellany, D., & Goldmacher, S. (2025, September 15). New crypto super PAC garners $100 million to help push industry agenda. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/09/15/us/politics/crypto-super-pac-fellowship.html

Schmitt, C. (2022 [1941]). Völkerrechtliche Großraumordnung: mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht. Vierte, um ein Personenregister ergänzte Auflage der Ausgabe von 1941.

Schweller, R. L. (2018). Why Trump Now: A Third-Image Explanation: A Third-Image Explanation. In *Chaos in the liberal order: The Trump presidency and international politics in the twenty-first century* (pp. 22-39). Columbia University Press.

Severino, R. (2023). Department of Health and Human Services. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 449-502). The Heritage Foundation.

Shao, E., & Wu, A. (2024, 22. Oktober). The many links between Project 2025 and Trump's world. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/interactive/2024/10/22/us/politics/project-2025-trump-heritage-foundation.html

Shao, E., Yourish, K., & Kim, J. (2025, 14. Februar). How Trump's directives echo Project 2025. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/interactive/2025/02/14/us/politics/project-2025-trump-actions.html

Skinner, K. K. (2023). Department of State. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 171-199). The Heritage Foundation.

Smith, M. (2025, 5. November). *Federal judge imposes restrictions on ICE facility at center of Illinois protests*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/11/05/us/judge-chicago-ice-facility-conditions.html

Steinkopf, J. (2025). Discursively Constructing the Postneoliberal Subject: Conservative Christianity and the American Worker in Project 2025: The American Worker in Project 2025. *Subjectivity*, 1-19.

Stiglitz, J. E. (2003). Globalization and its discontents. Penguin Books.

Sullivan, E. (2025, 10. Juni). *In Trump's 'patriotic' hiring plan, experts see a politicized federal work force*. The New York Times.

Swan, J., & Haberman, M. (2023, April 20). Heritage Foundation makes plans to staff next G.O.P. administration. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2023/04/20/us/politics/republican-president-2024-heritage-foundation.html

Swan, J., Goldmacher, S., & Haberman, M. (2024, 7. Januar). How Trump has used fear and favor to win Republican endorsements. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2024/01/07/us/politics/trump-republican-endorsements.html

Swan, J., Savage, C., & Haberman, M. (2023, 1. November). *If Trump wins, his allies want lawyers who will bless a more radical agenda*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2023/11/01/us/politics/trump-2025-lawyers.html

Swanson, A. (2025a, 25. März). *U.S. adds export restrictions to more Chinese tech firms over security concerns*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/03/25/business/economy/trump-chinese-tech-firms-chips-security.html

Swanson, A. (2025b, 28. Mai). *U.S. pauses exports of airplane and semiconductor technology to China*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/05/28/business/economy/jet-engine-chip-software-exports-to-china.html

Swanson, A. (2025c, 3. Juni). *A new era of trade warfare has begun for the U.S. and China*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/06/03/business/economy/us-china-trade-supply-chains.html

Swanson, A. (2025d, 25. November). *$10 billion and counting: Trump administration snaps up stakes in private firms*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/11/25/us/politics/trump-intel-steel-minerals-china.html

Swanson, A. (2025e, 19. November). *Trump's global tariffs curtailed trade, data shows*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/11/19/us/politics/trumps-tariffs-trade-data.html

Swanson, A., & Wong, E. (2022, 13. Oktober). With new crackdown, Biden wages global campaign on Chinese technology. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2022/10/13/us/politics/biden-china-technology-semiconductors.html

The *Heritage Foundation*. (2023). „Mandate for Leadership"*: The Conservative Promise*. https://static.heritage.org/project2025/2025_MandateForLeadership_FULL.pdf

The Heritage Foundation. (2023, 21. April). *Project 2025 publishes comprehensive policy guide, 'Mandate for Leadership: The Conservative Promise'*. https://www.heritage.org/press/project-2025-publishes-comprehensive-policy-guide-mandate-leadership-the-conservative-promise

Theveßen, E. (2025). *Deadline: Wie das System Trump die Demokratie aushöhlt und uns alle gefährdet - Handelskriege, Staatsverachtung und Inflation unter Trump*. Piper Verlag.

Tobin, M. (2025, 12. Juni). *How Washington has tried to control China's tech*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/06/12/business/washington-china-export-controls-tech-huawei.html

United to Protect Democracy. (2024, Januar). *Promises, powers, and plans: The authoritarian playbook for 2025*. https://www.authoritarianplaybook2025.org

van Apeldoorn, B., & de Graaff, N. (2012). Beyond neoliberal imperialism? The crisis of American empire. In H. Overbeek & B. van Apeldoorn (Hrsg.), *Neoliberalism in crisis* (S. 207-228). Palgrave Macmillan.

Van Apeldoorn, B., & De Graaff, N. (2015). *American grand strategy and corporate elite networks: The Open Door since the end of the Cold War*. Routledge.

van Apeldoorn, B., & Overbeek, H. (2012). Introduction: The life course of the neoliberal project and the global crisis. In H. Overbeek & B. van Apeldoorn (Hrsg.), *Neoliberalism in crisis* (S. 1-20). Palgrave Macmillan.

Van Apeldoorn, B., Veselinovič, J., & De Graaff, N. (2023). *Trump and the remaking of American grand strategy: The shift from Open Door globalism to economic nationalism*. Springer Nature.

Van Der Pijl, K. (1989). Ruling Classes, Hegemony, and the State System: Theoretical and Historical Considerations. *International Journal of Political Economy*, *19*(3), 7-35.

Van der Pijl, K. (2012 [1984). *The making of an Atlantic ruling class*. Verso Books.

Vought, R. T. (2023). Executive Office of the President of the United States. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 43-67). The Heritage Foundation.

Wakabayashi, D., & Conger, K. (2021, 3. November). *Google wants to work with the Pentagon again, despite employee concerns*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2021/11/03/technology/google-pentagon-artificial-intelligence.html

Walt, S. M. (2018). The Donald versus "The Blob". In *Chaos in the liberal order: The Trump presidency and international politics in the twenty-first century* (pp. 40-46). Columbia University Press.

Walton, W. L., Moore, S., & Burton, D. R. (2023). Department of the Treasury. In P. Dans & S. Groves (Hrsg.), *Mandate for leadership 2025: The conservative promise* (S. 691-715). The Heritage Foundation.

Wong, E. (2025a, 26. Mai). *Trump's vision: One world, three powers?* The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/05/26/us/politics/trump-russia-china.html

Wong, E. (2025b, 23. Februar). *Trump appointees fire 2,000 U.S.A.I.D. employees and put others worldwide on leave*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2025/02/23/us/politics/trump-usaid-employees-firing.html

Wu, A., Gamio, L., Gebeloff, R., Shao, E., & Bender, M. C. (2024, 19. November). Key to Trump's win: Heavy losses for Harris across the map. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/interactive/2024/11/19/us/politics/voter-turnout-election-trump-harris.html

Yaffe-Bellany, D., & Jimison, R. (2025, 17. Juli). *Crypto industry reaches milestone with passage of first major bill*. The New York Times. https://www.nytimes.com/2024/10/16/business/energy-environment/amazon-google-microsoft-nuclear-energy.html

Yaffe-Bellany, D., & Vogel, K. P. (2025, July 9). The 'Trump pump': How crypto lobbying won over a president. *The New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/07/09/us/politics/trump-crypto-lobbying.html